

Das Wahlverhalten der türkischstämmigen Wahlberechtigten in der Bundesrepublik Deutschland

**Eine Untersuchung zur Erklärung des politischen Verhaltens
von Deutsch-Türken bei den Bundestagswahlen 2002 und 2005
(Arbeitstitel)**

Dissertation zur Erlangung des Grades des Doktorgrades
an der Fakultät Wirtschafts- und Sozialwissenschaften,
Fachbereich Sozialwissenschaften
der Universität Hamburg
vorgelegt von Mustafa Acar

Hamburg, 2010

Tag der Mündlichen Prüfung: 08.12.2010

Erstgutachter: Prof. Dr. Friedbert W. Rüb

Zweitgutachter: Prof. Dr. Cord Jakobeit

Inhaltsverzeichnis

	Abkürzungsverzeichnis.....	5
	Tabellenverzeichnis.....	6
	Abbildungsverzeichnis.....	8
1	Einleitung.....	9
1.1	Forschungsstand.....	9
1.2	Fragestellung.....	12
1.3	Methodische und inhaltliche Vorgehensweise.....	14
2	Erklärungsmodelle für politisches Verhalten.....	17
2.1	Bestimmungsfaktoren der Wahlentscheidung.....	17
2.2	Theorien des Wahlverhaltens.....	20
2.2.1	Das Sozialstrukturelle Modell I: Columbia-School.....	20
2.2.2	Das Sozialstrukturelle Modell II: Cleavage-Theorie.....	23
2.2.3	Der sozialpsychologische Ansatz.....	29
2.2.4	Der Rational-Choice-Ansatz.....	38
2.3	Möglichkeiten und Grenzen der Erklärungsansätze.....	47
2.4	Die Erklärungsansätze und Übertragungsmöglichkeiten auf die Situation der türkischstämmigen Wählerschaft.....	49
2.5	Zusammenfassung.....	53
3	Die Entwicklung des politischen Lebens von Türken in der Bundesrepublik Deutschland.....	55
3.1	Politische Partizipationsmöglichkeiten.....	56
3.2	Politisches Interesse und politische Integration.....	63
3.3	Interessenvertretung durch die politische Organisationen.....	71
3.4	Einbürgerungsentwicklung.....	76
3.5	Wählerpotenzial türkischer Herkunft.....	84
3.6	Zusammenfassung.....	89
4	Die Strategien der deutschen Parteien für die türkischstämmigen Wahlberechtigten.....	91
4.1	Eine kurze Zusammenfassung der Entwicklung bis 2002.....	93
4.2	Migrations- und Integrationsthemen in den Wahlprogrammen der	

	Parteien zu den Bundestagswahlen 2002 und 2005.....	96
4.2.1	Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD).....	97
4.2.2	Christlich Demokratische Union (CDU)/Christlich-Soziale Union (CSU).....	99
4.2.3	Bündnis 90/Die Grünen.....	103
4.2.4	Die Freien Demokraten (FDP).....	105
4.2.5	PDS (2002) und die Linkspartei/PDS (2005).....	108
4.3	Die Frage des EU-Beitritts der Türkei.....	110
4.4	Türkischstämmige Kandidaten der Parteien.....	116
4.5	Parteiinterne, -externe Organisationen und Veranstaltungen.....	120
4.6	Zusammenfassung.....	125
5	Das Wahlverhalten der türkischstämmigen Wählerschaft bei den Bundestagswahlen 2002 und 2005.....	127
5.1	Wahlergebnisse und Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen 2002 und 2005.....	128
5.2	Sozialstruktur und Wahlverhalten.....	133
5.2.1	Migrationshintergrund, Ethnizität und ethnische Gruppenzugehörigkeit.....	133
5.2.2	Erklärungskraft der klassisch-sozialstrukturellen Variablen.....	138
5.2.3	Die Wirkung des Islams auf das Wahlverhalten.....	144
5.3	Migrationscleavage.....	150
5.4	Das situative Wahlverhalten.....	160
5.4.1	Bedeutungsverlust der Parteiidentifikation.....	160
5.4.2	Themenorientierung (Issues).....	163
5.4.3	Kandidatenorientierung und Lösungskompetenzen.....	175
5.4.4	Wahlempfehlungen der Selbstorganisationen.....	179
5.5	Der Einfluss der türkischen Medien in Deutschland und der Türkei auf das Wahlverhalten.....	183
5.6	Zusammenfassung.....	192
6	Resümee und Zukunftsaussichten.....	194
	Literaturverzeichnis.....	205

Abkürzungsverzeichnis

AKP	Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung
ATIB	Türkisch-Islamische Union i Europa
CHP	Republikanische Volkspartei
CDU	Christlich Demokratische Union
CSU	Christlich Soziale Union
DGB	Deutsche Gewerkschaftsbundes
DITIB	Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion
DIDF	Föderation der Demokratischen Arbeitervereine aus der Türkei in der BRD e.V.
DTI	Deutsch-Türkische Interessengemeinschaft
DTF	Deutsch-Türkisches Forum
DTU	Deutsch-Türkische Union
EU	Europäische Union
Emek Partisi	Partei der Arbeit
FES	Friedrich-Ebert-Stiftung
FDP	Die Freien Demokraten
HDF	Föderation der Volksvereine türkischer Sozialdemokraten e.V.
HÜR-TÜRK	Freiheitlich Türkisch-Deutscher Freundschaftsverein e.V.
IMGM	Islamische Gemeinschaft Milli Görüs
KAS	Konrad-Adenauer-Stiftung
LTD	Liberale Türkisch-Deutsche Vereinigung
NRW	Nord-Rhein-Westfalen
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus
SPD	Sozialdemokratisch Partei Deutschlands
TGD	Türkische Gemeinde in Deutschland
VIKZ	Verband der Islamischen Kulturzentren
ZfT	Zentrum für Türkeistudien
ZMD	Zentralrat der Muslime in Deutschland

Tabellenverzeichnis

3.1.	Politische Interesse von Türken in 1996, 1997 und 1999.....	66
3.2.	Interesse an deutscher Politik im Zeitvergleich.....	67
3.3.	Interesse an türkischer Politik im Zeitvergleich.....	67
3.4.	Interessenvertretung durch politische Institutionen in den Jahren 2002 und 2005.....	72
3.5.	Interessenvertretung (voll und teilweise) im Zeitvergleich.....	73
3.6.	Einschätzung der Interessenvertretung (voll und teilweise) durch Institutionen nach Interesse an deutscher Politik in den Jahren 2002 und 2005 (Prozentwerte).....	75
3.7.	Entwicklung der Einbürgerungen von Türken.....	80
3.8.	Die Zahl der Wahlberechtigten türkischer Herkunft 1998.....	86
3.9.	Die Zahl der Wahlberechtigten türkischer Herkunft 2002.....	87
3.10.	Die Zahl der Wahlberechtigten türkischer Herkunft 2005.....	88
4.1.	Staatsangehörigkeitsrecht in den Wahlprogrammen der Parteien zur Bundestagswahl 1998.....	94
4.2.	Migration- und Integrationsthemen in den Wahlprogrammen der SPD zu den Bundestagswahlen 2002 und 2005	98
4.3.	Migration- und Integrationsthemen in den Wahlprogrammen von CDU und CSU zu den Bundestagswahlen 2002 und 2005.....	100
4.4.	Migration- und Integrationsthemen in den Wahlprogrammen von den Grünen zu den Bundestagswahlen 2002 und 2005.....	103
4.5.	Migration- und Integrationsthemen in den Wahlprogrammen der FDP zu den Bundestagswahlen 2002 und 2005.....	106
4.6.	Migration- und Integrationsthemen in den Wahlprogrammen der PDS und der Linkspartei/PDS zu den Bundestagswahlen 2002 und 2005.....	108
4.7.	Die Positionen der Parteien zum EU-Beitritt der Türkei in den Wahlprogrammen zu den Bundestagswahlen 2002 und 2005.....	112
4.8.	Türkischstämmige Abgeordneten im Bundestag.....	117
4.9.	Anteil der Kandidaten mit Migrationshintergrund.....	118
5.1.	Wahlergebnisse der Bundestagswahlen 2002 und 2005	128
5.2.	Wahlergebnis der Bundestagswahl 2002.....	130
5.3.	Wahlergebnis der Bundestagswahl 2005.....	131
5.4.	Soziodemografische Charakteristika gebürtiger Deutscher und eingebürgerter Türken (Spaltenprozentwerte).....	138
5.5.	Parteipräferenz nach soziodemografischen Merkmalen in Jahren 2002 und 2005 (Angaben in Prozent).....	141

5.6. Religionszugehörigkeit der Türken in Deutschland in den Jahren 2002 und 2005 (Prozentwerte).....	144
5.7. Grad der Religiosität im Zeitvergleich (Prozentwerte).....	147
5.8. Parteipräferenz nach der Religiosität (Prozentwerte).....	148
5.9. Gesellschaftliche Konfliktlinien im Jahr 2004.....	150
5.10. Richtungsweisende und neutrale Wahlprogrammaussagen der Parteien von 1983 bis 1998.....	153
5.11. Minderheiten und Multikulturalismus als Themen in den Wahlprogrammen 1998 und 2002.....	154
5.12. Einstellungen der deutschen Direktkandidaten zur Zuwanderung der Muslime, zum Anteil eingebürgerter Türken im Bundestag, zur kulturell Identität und zur Assimilation.....	155
5.13. Gesellschaftspolitische Positionen der Bundesparteien 1998-2005.....	157
5.14. Gesellschaftspolitik der Parteien und Wahlergebnisse.....	158
5.15. Parteiidentifikation eingebürgerter Türken.....	161
5.16. Wichtige politische Probleme im Zeitvergleich.....	164
5.17. Gewichtung (Anteil „wichtig“ und Randfolge „R.“) politischer Probleme nach Wahlpräferenz in 2002 und 2005.....	166
5.18. Arbeitslosenquote von Türken nach Jahren (in.1000).....	167
5.19. Einschätzung der allgemeinen und eigentlichen wirtschaftliche Lage (Prozentwerte).....	168
5.20. Wahlabsicht der Arbeitslose (Prozentwerte).....	169
5.21. Kandidatenpräferenz, Problemlösungskompetenz der nicht an die jeweiligen Parteien gebundenen Wähler.....	177
5.22. Nutzung deutscher und türkischer Medien nach der Medienart im Zeitvergleich (Prozentwerte).....	184
5.23. Nutzung türkischer Zeitungen und meistgesehen türkische Fernsehsender (Prozentwerte).....	185

Abbildungsverzeichnis

2.1.	Das Erklärungsmodell von Lazarsfeld.....	20
2.2.	Das Konfliktlinienmodell nach Lipset und Rokkan.....	25
2.3.	Das ursprüngliche Erklärungsmodell von Campbell et al.	30
2.4.	Das Erklärungsmodell des „American Voter“	31
2.5.	Das Retrospektive Modell von Fiorina.....	44
5.1.	Gewinne und Verluste der Parteien zu 2002.....	132
5.2.	Wahlabsicht eingebürgerter Türken nach Einbürgerungszeitpunkt (Prozentwerte).....	134
5.3.	Wahlergebnisse bei den Bundestagswahlen 2002 und 2005.....	135
5.4.	Wahlpräferenz der türkischen Staatsbürger.....	137
5.5.	Wahlabsicht eingebürgerter Türken ohne Parteiidentifikation.....	162

1 Einleitung

1.1 Forschungsstand

Ein demokratisches System ist ohne freie Wahlen nicht vorstellbar. Das Wahlrecht¹ ist „die Stiftnutter der Demokratie“ (Kaak 1967: 7, zitiert von Beyme 1999: 94). Die freien Wahlen sind in Demokratien freie Entscheidungen der Bürger zwischen Parteien, Personen und Programmen. Innerhalb dieses Prozesses wird die Rolle der Migranten², die Bestimmungsgründe ihres Wahlverhaltens³ und besonders die Wirkung ihrer ethnischen Herkunft auf die Wahlentscheidung von Politikwissenschaftlern als ein interessantes Forschungsthema angesehen.

Die Diskussion um die ethnische Stimme oder den Einfluss der Ethnizität⁴ auf das Wahlverhalten verdichtet sich in der Politikwissenschaft in zwei Meinungen: Die erste sieht die Zugehörigkeit einer ethnischen Gruppe als einen unabhängigen Faktor zur Erklärung des Wahlverhaltens. Die zweite sieht die ethnische Zugehörigkeit als einen vorübergehenden Faktor. Die Ethnizität wurde von Glazer und Moynihans (1963: 310, zitiert von Savoldelli 2006: 16) als dauerhafter und von soziodemographischen Variablen unabhängiger Einflussfaktor definiert, während Wolfinger (1965: 896ff., zitiert von Savoldelli 2006: 16) davon ausgegangen war, dass der Einfluss der Ethnizität in Wahlen von der Stärke der „ethnischen Identifikation“ und dem „Niveau der ethnischen Relevanz“ abhängt, dass Kandidaten der gleichen ethnischen Gruppen eine wichtige Rolle für die Parteipräferenz oder dem Parteiwechsel spielen und dass „Parteibindungen über Generationen hinweg nach ihrer Formung bestehen bleiben, auch wenn die ethnische Zugehörigkeit an Bedeutung verloren hat.“ Dagegen sieht Dahl (1961: 34f) das Verhältnis zwischen dem Einfluss der Ethnizität auf die Wahlen und dem sozioökonomischen Status in seiner dreistufigen Assimilationstheorie: Auf der ersten Stufe befinden sich sozioökonomisch homogene, niedrige Gruppen, die nach der Ethnizität wählen, auf der zweiten Stufe finden sich Gruppen mit Sozialstatus, in der es noch ethnische Einheit und Solidarität gibt

1 Das Wahlrecht bezeichnet hier das Recht, „zu wählen“ und „gewählt zu werden“ (Schubert/Klein 2001: 312).

2 Der Begriff „Migrant(en)“ bezieht sich nicht nur auf Menschen mit einer anderen Staatsbürgerschaft als der deutschen, sondern auch auf Menschen mit deutscher Staatsbürgerschaft, die nicht deutscher Herkunft sind.

3 In der vorliegenden Arbeit wird mit Wahlverhalten das „politische Verhalten“ bezeichnet, „das auf die Auswahl von Entscheidungsalternativen, insbesondere die Wahl von Personen und politischen Parteien (...) gerichtet ist“ (Schmidt 2004: 785).

4 Ethnizität bezeichnet „die individuell empfundene Zugehörigkeit zu einer Volksgruppe, deren gemeinsame Merkmale z.B. Sprache, Religion bzw. gemeinsame Traditionen sein können“ (Schubert/Klein 2001: 88).

und auf der dritten Stufe sind sozioökonomisch heterogene Gruppen angesiedelt, die nicht nach der Ethnizität, sondern nach ihrem neuen Sozialstatus wählen. Auf dieser Stufe verliert die Ethnizität ihre Bedeutung.

In den Niederlanden ist seit 1985 das Wahlverhalten unterschiedlicher Migrantengruppen auf kommunaler Ebene ein Thema wissenschaftlicher Arbeiten. Michon und Tillie (2003) haben von 1986 bis 2002 bei fünf Kommunalwahlen in Amsterdam die politische Partizipation und das Wahlverhalten von Migrantengruppen (Türken, Marokkanern, Surinamern und Antillianern) untersucht. Sie sind in ihrer Studie zu folgenden Ergebnissen gekommen: dass „Ideologie ein wichtiger Faktor insbesondere bei der Entscheidung für eine Partei ist“ und dass „die Ethnizität eine Rolle nämlich bei der Entscheidung für einen Kandidaten spielt.“ Weiterhin dass Migranten „sich sehr häufig für linke Parteien entscheiden“ und dass „eine Mischung verschiedener Modelle zur Erklärung dieser besonderen Parteipräferenzen der verschiedenen ethnischen Gruppen herangezogen werden kann“ (Michon/Tillie 2003: 110). Bei Türken als eine dieser unterschiedlichen Migrantengruppen spielt die Ethnizität eine größere Rolle als die Klassenzugehörigkeit und Ideologie. Ein türkischer Kandidat bei den Christdemokraten „brachte 1998 53% der Stimmen türkischer Wahlberechtigten ein“ (Savoldelli 2006: 17). Sie können nach Kandidaten ihrer ethnischen Herkunft unterschiedliches Wahlverhalten zeigen und „geben immer noch türkischen KandidatInnen ihre Stimme“ (Michon/Tillie 2003: 107). Wenn es eine türkische Partei gibt, wählen sie diese Partei, wie in Rotterdam, wo „beispielsweise die unabhängige türkische Partei Hakyol die Stimmenmehrheit der Wählenden türkischer Abstammung erhielt, was auf die politische Mobilisierung durch islamische Organisationen zurückzuführen ist“ (Savoldelli 2006: 17). In Amsterdam „gaben sie 1994 den Christdemokraten einen großen Teil ihrer Stimmen; 2002 wandten sie sich dann den Konservativ-Liberalen zu“ (Michon/Tillie 2003: 110).

Das Wahlverhalten eingebürgerter Personen in Deutschland ist im Vergleich zu den Niederlanden in der Politikwissenschaft und Migrationsforschung ein relativ neues Forschungsthema und wurde „bisher seltsamer Weise kaum untersucht“ (Beyme 1999: 108). Bislang „gibt es nur wenige empirische Analysen des Wahlverhaltens eingebürgerter Personen in Deutschland“ (Wüst 2002: 31). Daten, die die politischen Einstellungen, Parteipräferenzen und das Wahlverhalten von eingebürgerten Türken in Deutschland abbilden, beruhen meistens auf Untersuchungen der Konrad-Adenauer-Stiftung (Wilamowitz-Moellendorff 2001, 2002, 2005) und des Zentrums für Türkeistudien innerhalb der standardisierten Mehrthemenbefragungen (Goldberg/Humbert 1998, Sauer/Goldberg 1999, Goldberg/Sauer 2003 und 2004,

Sauer/Goldberg 2006, Sauer 2007).

Nach den Ergebnissen dieser empirischen Untersuchungen des Zentrums für Türkeistudien wählen Türken und Deutsch-Türken⁵ mehrheitlich die SPD und sympathisieren mit den Grünen. Ihr Wahlverhalten wird von ihrem „Arbeiterstatus“, ihrer „Migrationsgeschichte“, individuellen „soziodemographischen Faktoren sowie aktuellen politischen Inhalten und Kandidaten“ beeinflusst. Zu den wichtigen politischen Problemen zählen „Arbeitslosigkeit, Ausbildungsstellenmangel und Ausländerfeindlichkeit“ (Goldberg/Sauer 2004: 156ff., Sauer/ Goldberg 2006: 150ff., Sauer 2007: 160ff.). Die eingebürgerten Personen türkischer Herkunft „dürften gegenüber der Gesamtheit der Wahlberechtigten nicht nur andere sozioökonomische Strukturen aufweisen“, sondern auch „der andere kulturell-ethnische Hintergrund dieser Gruppe könnte sich auf die politische Meinung niederschlagen“ (Goldberg/Humbert 1998: 4).

Eine erste umfangreiche Untersuchung über das Wahlverhalten der eingebürgerten Personen in Deutschland wurde von Andreas Wüst (2002) durchgeführt. Er hat anhand der empirischen Politbarometerdaten in seiner Dissertation die politischen Einstellungen und das Wahlverhalten eingebürgerter Personen (aus Rumänien, der ehemaligen Sowjetunion, Polen und der Türkei) in Deutschland untersucht und versucht, theoretische Erklärungsmodelle der Wahlforschung mit Erklärungsansätze der Migrationsforschung zu kombinieren. Nachdem er diese Gruppen mit soziodemographischen Variablen charakterisierte, analysierte er das politische Interesse, die politische Informiertheit, die Wahlbeteiligung und das Wahlverhalten dieser Gruppen. Wüst (2003a: 113ff., 2003b: 29ff.) kommt in seiner Arbeit zu dem Ergebnis, dass die ehemalige Staatsangehörigkeit ein wichtiger Einflussfaktor auf die Wahlentscheidung eingebürgerter Personen in Deutschland ist. Weiterhin stellt er fest, dass die Gruppenzugehörigkeit zur Bestimmung des Wahlverhaltens wichtiger als andere soziodemografische Faktoren ist und dass jede ethnische Gruppe zu bestimmten Parteien neigt. In diesem Zusammenhang zeigt sich, dass die eingebürgerten Türken mehrheitlich die SPD und die Grünen wählen und dass sich die Mehrheit von ihnen nicht vorstellen kann, die Unionsparteien zu wählen. Wüst erklärt dieses Wahlmuster mit dem herkunftsspezifischen Migrationscleavage, der von der unterschiedlichen Migrations- und Integrationspolitik der Parteien abhängt.

⁵ Der Begriff „Deutsch-Türken“ verbreitet sich in den Medien, in der Alltagssprache und in halbamtlichen Dokumenten“ (Leggewie 2005: 67). Obwohl dieser Begriff „in der Literatur zum Teil für alle in Deutschland lebenden Türken verwendet wird“ (Ottensschläger 2004: 9), wird in dieser Arbeit für die Eingebürgerten die Bezeichnung Türken verwendet.

Diese Parteipräferenzen der Türken wird auch durch die Untersuchung von Wilamowitz-Moellendorff (2005: 40ff.) bestätigt. Er stellt in seiner Untersuchung fest, dass sich der Großteil der Türken aufgrund ihrer Arbeiterschaft in einem SPD-nahen und gewerkschaftlich beeinflussten Umfeld befindet. Er benennt vier wichtige Themenfelder: Diskriminierung, der EU-Beitritt der Türkei, Kampf gegen Rechtsradikalismus und Arbeitslosigkeit, die das Wahlverhalten der türkischstämmigen Deutschen beeinflussen. Da sich bei diesen Themenfeldern Defizite in der Vermittlung der CDU-Positionen zeigen, bevorzugt die überwiegende Mehrheit der eingebürgerten Türken die SPD.

1.2 Fragestellung

Die empirische Wahlforschung beschäftigt sich mit der Frage, "Wer wählt wen warum?" (Wehling 1991: 7) und setzt sich zum Ziel, das Wahlverhalten der Wähler anhand der unterschiedlichen Determinanten und Einflussfaktoren zu erklären. Bei der Wahlforschung und dem Wahlverhalten türkischstämmiger Wahlberechtigter, die aus einer anderen politischen und sozialen Kultur kommen, müssen andere Faktoren außer den Einflussfaktoren der Wahlforschung, die das Wahlverhalten der gebürtigen Deutschen erklären, berücksichtigt werden.

Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit dem Wahlverhalten der türkischstämmigen Wahlberechtigten bei den Bundestagswahlen 2002 und 2005 in Deutschland und versucht, die Ergebnisse beider Bundestagswahlen hinsichtlich eines Grundmusters des Wahlverhaltens und der verschiedenen speziellen Bestimmungsfaktoren zu untersuchen. Seit über 45 Jahren leben Türken in der Bundesrepublik Deutschland. Ein großer Teil ist in Deutschland geboren. Trotz der Integrationsversuche existieren noch immer Fremdheitsgefühle auf beiden Seiten. Die Realität sieht jedoch so aus, dass Türken mit Deutschen zusammen leben und sich mit der deutschen Politik beschäftigen. Sie erwerben die deutsche Staatsangehörigkeit und vergrößern im Verhältnis zur Vergangenheit ihre politischen Partizipationsmöglichkeiten, weiterhin durch ihr Herkunftsland beeinflusst sind. In diesem Zusammenhang sollen in dieser Arbeit die speziellen Faktoren festgelegt werden, die neben den Erklärungsansätzen der Wahlforschung das Wahlverhalten der eingebürgerten Türken erklären können. Im Zentrum der vorliegenden Arbeit steht die Frage, wie die türkischstämmige Wählerschaft bei den Bundestagswahlen 2002 und 2005 gewählt hat. Daraus ergeben sich die folgenden Leitfragen:

- In welchem Ausmaß haben die Faktoren Migrationshintergrund⁶, Ethnizität oder ethnische Gruppenzugehörigkeit auf das Wahlverhalten gewirkt?
- Welche theoretischen Ansätze eignen sich am besten zur Erklärung des Wahlverhaltens von Türken?
- Wurde das Wahlverhalten der türkischstämmigen Wählerschaft von den türkischen Medien in Deutschland und der Türkei (durch Regierungen, Parteien und Politiker) beeinflusst?

Die Erwartung, dass sich auf die erste und die dritte Frage eine Antwort geben lässt, beruht auf den Annahmen, dass die migrationsspezifischen Faktoren bei den Bundestagswahlen 2002 und 2005 einen erklärungskräftigen Einfluss auf das Wahlverhalten der türkischstämmigen Wählerschaft hatten und darauf dass das Wahlverhalten der türkischstämmigen Wahlberechtigten bei diesen Bundestagswahlen von türkischen Medien in Deutschland und von der türkischen Regierung, Parteien und Politikern beeinflusst worden ist. Die zweite Leitfrage beruht auf der Annahme, dass das Wahlverhalten der Wählerschaft türkischer Herkunft sowohl bei der Bundestagswahl 2002 als auch 2005 mit den kurzfristig situativen Einflussfaktoren und mit den migrationsspezifischen Konfliktlinien besser und schlüssiger erklärt werden kann. Um diese Annahme zu überprüfen, sollen die klassisch-sozialstrukturellen Determinanten des Wahlverhaltens, die auf dem soziologischen Ansatz basieren, neben der Religions- und Konfessionszugehörigkeit als Kontrollvariable berücksichtigt werden.

Diese Arbeit befasst sich nicht nur mit den drei oben vorgestellten Fragen. Um das Wahlverhalten dieser besonderen Wählergruppe zu erklären, soll zunächst die Entwicklung ihres politischen Lebens in Deutschland und die politischen Angebote der

⁶ Der „Migrationshintergrund“ ist vor allem seit 2000 ein stetig verwendeter Begriff geworden und besitzt unterschiedliche Definitionen. Bei der Bestimmung des Migrationshintergrunds es laut Statistischen Bundesamt (2005: 6f.) (1) wird nur die Zuwanderung auf das Gebiet der heutigen Bundesrepublik ab 1950 berücksichtigt, (2) werden auch die Nachkommen der Zuwanderer berücksichtigt, die bereits in der Bundesrepublik geboren sind, (3) wird darauf verzichtet, die Bevölkerung mit Migrationshintergrund vollständig nach der Generationserfolge gegliedert nachzuweisen, (4) wird für alle Ausländer und für alle Eingebürgerten ein Migrationshintergrund unterstellt. Die beschriebenen Annahmen lassen sich zur folgenden Definition von Menschen mit Migrationshintergrund zusammenfassen: Zu den Menschen mit Migrationshintergrund zählen „alle nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Zugewanderten sowie alle in Deutschland geborenen Ausländer und alle in Deutschland als Deutsche Geborenen mit zumindest einem zugewanderten oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil“. Dies bedeutet, dass in Deutschland geborene Deutsche einen Migrationshintergrund haben können, sei es als Kinder von Spätaussiedlern, als ius soli-Kinder ausländischer Elternpaare oder als Deutsche mit einseitigem Migrationshintergrund.

Parteien für diese Wählergruppe als Hintergrund erläutert werden. In diesem Zusammenhang stellen sich die Fragen:

- Inwieweit dürfen Türken in Deutschland politisch partizipieren?
- Inwieweit interessiert Türken deutsche Politik?
- Welche politische Organisationen und Institutionen sehen sie als Interessenvertreter an?
- Wie viele Wähler türkischer Herkunft gibt es in Deutschland?
- Welche Strategien und Aktivitäten setzen die Parteien für diese Wählerschaft ein und welche Rolle spielen sie bei der Wahlentscheidung der Türken?

1.3 Methodische und inhaltliche Vorgehensweise

Die Analyse des Wahlverhaltens erfolgt im Allgemeinen auf zweierlei Art: anhand von „Wahlergebnissen“ und aufgrund von „repräsentativen Umfragen“ (Rudzio 2000: 202). Die erste Methode macht hier keinen Sinn, weil die Ergebnisse der Bundestagswahlen 2002 und 2005 keine Aussagen darüber machen, wie viele türkischstämmige Wahlberechtigte es gibt und wie viele von diesen Wahlberechtigten zur Wahl gingen. Alle Berechnungen beruhen auf Schätzungen. Die oben formulierte Fragestellung zum Wahlverhalten der türkischstämmigen Wahlberechtigten bei den Bundestagswahlen 2002 und 2005 erfordert deswegen adäquate Daten unterschiedlicher empirischer Untersuchungen.

Im Rahmen der empirischen Analysen dieser Arbeit werden die Umfragedaten der unterschiedlichen Untersuchungen, der türkischen Medien, der Stiftungen wie der Konrad-Adenauer-Stiftung und des Zentrums für Türkeistudien, die Daten des Statistischen Bundesamtes, die Presseerklärungen der kulturellen und politischen Vereinigungen, die Wahlprogramme der Parteien und die durchgeführten Interviews genutzt. Die Zahl der türkischstämmigen Wahlberechtigten bei den Bundestagswahlen 2002 und 2005 basiert auf eigenen Berechnungen, die mittels der Daten des Statistischen Bundesamtes gewonnen wurden. Besonders die Umfragen des Zentrums für Türkeistudien bieten sich als Datenquelle an, weil sie über einen längeren Zeitraum (seit 1999) kontinuierlich Daten zur Wahlabsicht, Mediennutzung, Problemwahrnehmung, Interessenvertretung und zum politischen Interesse der Türken in Deutschland erheben.

Kapitel 2 der vorliegenden Arbeit beschäftigt sich mit den theoretischen Erklärungsmodellen des Wahlverhaltens. In erster Linie werden die Bestimmungsfaktoren der

Wahlentscheidung und mit dem soziologischen Modell, der Cleavage-Theorie, dem sozialpsychologischen Modell und dem Rational-Choice-Ansatz die vier einflussreichsten Theorien des Wahlverhaltens vorgestellt und diskutiert. Im nächsten Schritt werden die Möglichkeiten und Grenzen der Erklärungsansätze erläutert. Zuletzt werden die Übertragungsmöglichkeiten dieser Modelle auf die Situation der türkischstämmigen Wahlberechtigten und mögliche Erklärungen für das Wahlverhalten dargelegt.

In Kapitel 3 sollen die politisch relevanten Aspekte in der Entwicklung des politischen Lebens der Türken in der Bundesrepublik Deutschland umrissen werden, um das Wahlverhalten der türkischen Wählerschaft zu verstehen. Dabei werden zunächst die politischen Partizipationsmöglichkeiten, ihre Formen und ihre Bedeutung für die türkische Bevölkerung diskutiert. Anschließend soll das politische Interesse im Zeitvergleich und die politische Integration beleuchtet werden. Darauf folgend soll die Interessenvertretung der Türken durch Selbstorganisationen und Institutionen wie Parteien, die türkische und die deutsche Regierung, Gewerkschaften und Integrationsräte im Zeitvergleich erklärt werden. Am Ende dieses Kapitels wird die Einbürgerungsentwicklung, ihre politische und rechtliche Bedeutung für die Türken untersucht und die Zahl der türkischstämmigen Wähler für die Bundestagswahlen 2002 und 2005 berechnet.

Kapitel 4 soll zur Beantwortung der Frage beitragen, welche Strategien und welche politische Angebote und Aktivitäten die deutschen Parteien zur Mobilisierung der türkischstämmigen Wählerschaft haben. Im ersten Schritt soll die Entwicklung bis 2002 hinsichtlich der Migrations- und Integrationspolitik der Parteien zusammengefasst werden. Die ideologischen Positionen der Parteien spiegeln sich in den Wahlprogrammen, die unterschiedliche Themen aufgreifen. Deswegen werden im zweiten Schritt die Migrations- und Integrationsthemen in den Wahlprogrammen der fünf Parteien (SPD, CDU/CSU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und Linkspartei/PDS) zu den Bundestagswahlen 2002 und 2005 vergleichend analysiert. Die Meinungen der Parteien werden in um die Frage des EU-Beitritts der Türkei- der von den Türken in Deutschland als wichtiges und emotionales Thema angesehen wird- verdichtet. Der nächste Schritt beschäftigt sich mit den türkischstämmigen Kandidaten der Parteien, die als Verbindung zwischen Türken und den deutschen Parteien eine wählermobilisierende Rolle spielen. Schließlich geht es um die parteiinternen/parteiexternen Organisationen, Veranstaltungen und anderen Nutzungskanäle wie z.B. das Internet in der politischen Kommunikation, die von den Parteien zur Mobilisierung der Wählerschaft türkischer Herkunft aufgegriffen werden.

Kapitel 5 präsentiert das Wahlverhalten der türkischstämmigen Wählerschaft bei den Bundestagswahlen 2002 und 2005. Zuerst sollen die Wahlergebnisse der beiden Bundestagswahlen, die Wahlbeteiligung und die Verteilung der Stimmen nach Parteien anhand der empirischen Daten aufgezeigt werden. Dann wird innerhalb des Abschnitts ‚Sozialstruktur und Wahlverhalten‘ beleuchtet, wie der Migrationshintergrund als sozialstrukturelles Merkmal sowie Ethnizität und ethnische Gruppenzugehörigkeit das Wahlverhalten der Türken beeinflussen. Des Weiteren wird untersucht, ob die klassisch-sozialstrukturellen Variablen Einfluss auf die Wahlentscheidung dieser Gruppe haben und welche Wirkung der Islam und islamische Konfessionen auf das Wahlverhalten haben. Im nächsten Schritt wird erläutert, wie die migrationsspezifischen Konfliktlinien oder die Migrationscleavages gestaltet werden und warum ihnen so große Erklärungskraft für das Wahlverhalten der Wähler türkischer Herkunft zukommt. Anschließend sollen die kurzfristig-situativen Faktoren des Wahlverhaltens mittels der speziellen Problemorientierung, der Kandidatenorientierung und der Wahlempfehlungen der Selbstorganisationen analysiert werden. An dieser Stelle wird ein Überblick über die Parteiidentifikation der Türken gegeben. Abschließend wird der Einfluss der türkischen Medien in Deutschland und der Türkei (durch Regierungen, Parteien und Politiker) auf das Wahlverhalten und die Wahlentscheidung der Türkischstämmigen diskutiert. Die Arbeit schließt in Kapitel 6 mit dem Resümee und den Zukunftsaussichten, die zusammenfassend einen Ausblick auf die Zukunft geben.

2 Erklärungsmodelle für politisches Verhalten

Gemäß der Fragestellung soll dargestellt werden, mit welchen theoretischen Ansätzen das Wahlverhalten von Deutsch-Türken erklärt werden kann. Um diese Frage zu beantworten, sollen theoretische Erklärungsmodelle des Wählerverhaltens aufgezeigt werden. In diesem Zusammenhang gliedert sich dieses Kapitel in vier Teile. Zunächst werden die verschiedenen Bestimmungsfaktoren und unterschiedlichen Theorien - die sozialstrukturelle und sozialpsychologische Theorie sowie der Rational-Choice-Ansatz - dargestellt. Dann sollen die Möglichkeiten und Grenzen der Erklärungsansätze und die Möglichkeiten der Übertragung dieser Theorien auf die Situation von türkischstämmigen Wahlberechtigten präzisiert werden.

2.1 Bestimmungsfaktoren der Wahlentscheidung

Die freien, allgemeinen, gleichen, geheimen und unmittelbaren Wahlen sind das Grundelement in der Demokratie und dieses Element ist der wichtigste Unterschied zwischen den demokratischen und anderen Systemen, weil die Bürger durch die Wahlen am politischen Entscheidungsprozess aktiv teilnehmen können. In einem demokratischen System haben die Bürger das Recht, die politische Macht „zwischen miteinander konkurrierenden Parteien, Personen und Sachprogrammen“ (Wehling 1991: 7) zu verteilen und den politischen Prozess zu beeinflussen.

Die Wahlforschung ist in der Politikwissenschaft ein breit gefächertes Thema und lässt sich „nach Gegenstandsbereich, Erkenntnisinteresse und Methoden in mehrere Richtungen“ (Westle 1987: 627) unterscheiden. Das Ziel ist hier, Theorien zu entwickeln und zu prüfen, um das Wahlverhalten zu erklären. Die empirische Wahlforschung untersucht, welche Einflüsse auf die Entscheidung des Wählers einwirken. In diesem Sinne sind die Hauptfragen der Wahlforschung „Wer wählt wen, warum und mit welcher Wirkung?“ (Bürklin/Klein 1998: 10).

In einer Demokratie gibt es viele Wirkungsweisen, die die Wahlentscheidung bestimmen. Die Bestimmungsfaktoren der Wahlentscheidung werden „mittels theoretischer Modellannahmen und entsprechender empirischer Überprüfungen ermittelt und quantifiziert“ (Eith 1997: 27). Zudem werden die Unterschiede zwischen den individuellen Wahlverhaltensanalysen und der Wahlentscheidung auf Aggregatebene bestimmt. Die Wählerentscheidung ist „sowohl von makropolitischen und makrosozialen Determinanten als auch von mikrosoziologischen und sozialpsychologischen Bestimmungsgründen“ geprägt und diese Bestimmungsfaktoren der Wahlentschei-

dung werden „grundsätzlich in vier Kategorien“ (Schultze 1991: 11f.) zusammengefasst:

- Die strukturellen Determinanten: Diese Faktoren gliedern sich zum einen auf der Makroebene, z. B. in die Gesellschaftsstruktur, das politische System mit seinem Institutionsgefüge, die Struktur der Öffentlichkeit, die Medienlandschaft und zum anderen auf der Mikroebene, z. B. in die Umwelt der sozialen Verankerung des Wählers, die sozialen und kulturellen Milieus, die gesellschaftlichen Organisationen usw.
- Persönlichkeitsfaktoren: Normen und Verhaltensweisen, der Sozialisationsprozess, die politische Kultur, die gesellschaftlichen Wertorientierungen und Parteidentifikation werden als Persönlichkeitsfaktoren genannt.
- Die politisch-situativen Faktoren: Diese sind die Bedingungen des Parteienwettbewerbs, die Zahl und Aussichten der konkurrierenden Parteien, Koalitionsmöglichkeiten, Kandidaten-Alternativen, Meinungsklima usw.
- Die politisch-konjunkturellen Faktoren: Die innen- und außenpolitische Lage, wirtschaftliche Erwartungen, Personal- und Sachfragen im Wahlkampf zählen zu diesen Faktoren.

In diesem Zusammenhang sieht man, dass sich die Einflussfaktoren der Wahlentscheidung erstens in einem Spannungsverhältnis zwischen den langfristigen-strukturellen und politischen Kurzzeiteinflüssen bilden. „Diese Determinanten sind miteinander eng verbunden“ (vgl. ebd.: 11). Zum Beispiel können die politischen Kurzzeiteinflüsse die konstante Grundeinstellungen beeinflussen, die Entscheidungen der Wähler können Nicht- oder Wechselwähler verändern oder auch zu einer langfristigen Umorientierung führen. Die strukturellen Einflüsse gehören zu den langfristigen Determinanten der Wahlentscheidung. Die Langzeitdeterminanten lassen sich vor allem von den soziologischen Theorien der Columbia und Michigan School hervorheben. Die vordergründig rationale Wahlentscheidung betrachtenden Theorien der ökonomischen Politik konzentrieren sich auf die Kurzzeiteinflüsse. Hierbei handelt es sich um konjunkturelle Faktoren, wie das Kandidaten-, Partei- und Programangebot und um die anderen situativen Faktoren wie die Wettbewerbsbedingungen und die Parteienkonstellationen.

Andererseits resultiert die Wahlentscheidung aus dem Spannungsfeld von individuellen und Gruppenentscheidungen. Identischen Entscheidungen werden meistens von den Faktoren wie gruppenspezifische Weltanschauungen, Gruppenidentität,

gleiche Interessen usw. bewirkt. Wenn die Wähler von diesen Faktoren unabhängig sind und eigene ökonomische Situationen voranstellen oder emotionale Bindungen an bestimmte Parteien haben, sind die individuellen Faktoren ausschlaggebend.

„Wenn Gruppeneinflüsse eher längerfristigen Charakter haben und persönliche, am eigenen Vorteil orientierte Entscheidungskalküle auch kurzfristig ihre Determinanten verändern, so bildet die zeitliche Differenzierung der Einflussfaktoren vor allem auf der Makroebene eine eigenständig zu analysierende Dimension“ (Eith 1995: 27).

Die Wahlentscheidung in der Aggregatebene wird sowohl von den standfesten sozialen Strukturen als auch von den situativen Faktoren wechselseitig beeinflusst. Neben diesen müssen einige spezielle Faktoren berücksichtigt werden, wenn das Wahlverhalten wahlberechtigter Türken untersucht wird, da sie aus einer anderen politischen und sozialen Kultur kommen und noch von der alten Kultur beeinflusst werden. Der Migrationshintergrund, die ethnische Gruppenzugehörigkeit, die Abhängigkeit vom Herkunftsland, die Einflüsse der türkischen Medien und der Regierung spielen eine große Rolle bei der Wahlentscheidung der türkischstämmigen Wähler.

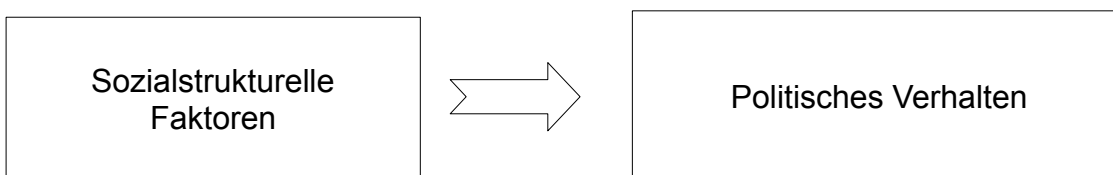
Die unterschiedlichen, vielseitigen und speziellen Bestimmungsfaktoren der Wahlentscheidung werden in den theoretischen Erklärungsmodellen je nach Relevanz teilweise erklärt. Es gibt kein umfassend erklärendes und allgemein anerkanntes Modell des Wahlverhaltens, es gibt mehrere Modelle, „die jeweils unterschiedliche Facetten und Ebenen der Wahlentscheidung beleuchten“ (ebd.: 28). Andererseits sind die Erklärungsmodelle zum Teil konträr angelegt, zum Teil bauen sie aufeinander auf. „In allen Analysen finden sich jedoch Elemente aller Erklärungssätze, manchmal stark im Vordergrund, manchmal eher im Hintergrund“ (Roth/Wüst 1998: 125). Das Wahlverhalten der türkischstämmigen Wahlberechtigten kann man durch diese Theorien alleine nicht erklären, weil die migrationsspezifischen Faktoren das Wahlverhalten von Deutsch-Türken als Individuen und als soziale Gruppe im Speziellen determinieren. Die Kombination dieser Theorien hilft das Wahlverhalten von wahlberechtigten Türken in Deutschland zu erklären.

2.2 Theorien des Wahlverhaltens

2.2.1 Das sozialstrukturelle Modell I: Columbia-School

Die sozialstrukturellen Ansätze zur Erklärung von Wahlverhalten werden im Allgemeinen als der soziologische Ansatz oder die Columbia School genannt. Dieses Modell lässt sich in das mikro- und das makrosoziologische Erklärungsmodell unterteilen. Das mikrosoziologische Erklärungsmodell ist von Paul F. Lazarsfeld und seinen Mitarbeitern formuliert worden. Der makrosoziologische Erklärungsansatz ist von Seymour Martin Lipset und Stein Rokkan entwickelt worden und als Cleavage-Theorie benannt worden. Diese Theorie hat auf den Erkenntnissen von Paul F. Lazarsfeld aufgebaut und hat „letztlich eine Erklärung für die Entstehung der Parteiensysteme in Westeuropa angeboten“ (Roth/Wüst 1998: 104).

Abbildung 2.1: Das Erklärungsmodell von Lazarsfeld



Quelle: Bürklin/Klein, 1998: 59

Die soziale Kreis-Theorie von Georg Simmel⁷ wird als theoretischer Grundgedanke des mikrosoziologischen Ansatzes akzeptiert. „Paul F. Lazarsfeld hat diese Überlegungen für den Wähler übernommen“ (ebd.: 104). Die sozialstrukturellen Zugehörigkeiten wie sozioökonomischer Status, Konfession, Beruf, Vereinszugehörigkeit, Alter, Wohnort sind als der soziale Kreis des Menschen definiert und üben Druck als auch Kontrolle auf die Individuen aus. Ein problemloses Leben mit dem sozialen Umfeld ist für Individuen sehr wichtig, weil sie sich in sozialen Kreisen bewegen.

Empirisch haben sich Paul Lazarsfeld und seine Mitarbeiter für die Ergebnisse der Wahlgeographie-Theorie von Andre Siegfried und Stuart A. Reice interessiert. Die Wahlgeographie-Theorie nimmt an, dass „die natürliche Beschaffenheit einer Region als Voraussetzung soziologischer und ökonomischer Umweltbedingungen und diese wiederum als prägend für das politische Verhalten angesehen werden“

⁷ Nach der von Georg Simmel entwickelten Theorie ist „jeder Mensch in mehrere soziale Kreise eingebunden, also Familie, Freundeskreis, Arbeitsplatz usw.“ (Roth/Wüst 1998: 104).

(Westle 1987: 627f.). Rice behauptete, dass „politische Ideen sich am schnellsten entlang von großen Verkehrsverbindungen ausbreiten“ (Roth/Wüst 1998: 105). Lazarsfeld, Berelson und Gaudet haben im Jahr 1940 eine Panel-Befragung in Erie County in Ohio bezüglich der Präsidentschaftswahlen durchgeführt und im Jahr 1944 als „The People's Choice“ publiziert. In dieser Befragung war das Thema die Gruppenbindungen als Bestimmungsfaktoren der Wahlentscheidung. Das Modell versucht, „Wahlverhalten vor allem mit Hilfe sozialer Umweltfaktoren zu erklären“ (Winter 1997: 127). Mit den Ergebnissen dieser Studie hat Lazarsfeld nachgewiesen, dass das Wahlverhalten der Individuen durch das soziale Umfeld, in dem sie leben und arbeiten, beeinflusst wird. Die gleichen sozialen Erfahrungen bringen nach und nach politisch gemeinsames Verhalten hervor. Hierzu schrieb Lazarsfeld (zit. nach Eith 1997: 29): „Voting is essentially a group experience“. Die Entscheidungen der Wähler bilden sich entweder durch die Zugehörigkeit zu bestimmten Gruppen oder Verbänden, die Kommunikation mit Meinungsführern usw. und neigen zu einer bestimmten politischen Einstellung oder stehen im Widerspruch zur Umgebung.

„Diese Situation bezeichnen *Lazarsfeld u.a.* als ‚cross-pressures‘ und machten es zum Ziel ihrer Untersuchungen, die Inkonsistenzen und Konflikte zwischen den die Wahlentscheidung beeinflussenden Faktoren, die den Wähler in verschiedene Richtungen drängen, herauszuarbeiten“ (Bürklin/Klein 1998: 55, Hervorh. dort).

Wenn die Wähler „durch inkonsistenteres Wahlverhalten unter cross-pressure“ stehen, haben sie „geringeres politisches Interesse und niedrigere Wahlbeteiligung als der Durchschnitt“ (Falter 1992: 5). Ein streng katholischer, gewerkschaftlich organisierter Arbeiter der 60er Jahre ist ein Beispiel für die politische cross-pressure-Situation. Die Religiosität und Zugehörigkeit zur katholischen Kirche zwingen zur CDU, die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft zwingt zur SPD.

Zur Determiniertheit des Wählerverhaltens durch die soziale Gruppe hat sich der Index der politischen Prädispositionen (index of political predisposition) konstruiert, „dem ein hoher Prognosewert zugemessen wurde“ (Roth/Wüst 1998: 105). Diesen Index der politischen Prädispositionen bildet man aus den drei langfristig wirksamen Variablen sozioökonomischer Status, Konfessionszugehörigkeit und Wohngegend. Die politische Prädisposition ist von Lazarsfeld u.a. „als vorgelagerte, stabilisierende Einflussgröße“ (Bürklin/Klein 1998: 56) verstanden worden.

„Miteinander kombiniert können sich die einzelnen Variablen in ihrer Wirkung

auf das individuelle Wahlverhalten gegenseitig verstärken [...], sie können sich in ihrem Effekt aber auch gegenseitig abschwächen oder gar aufheben [...]" (Maier/Rattinger 2000: 5).

Die Zugehörigkeit zu einer Gruppe verursacht gleiches politisches Verhalten. Wenn die Homogenität und gegenseitige Einflussnahme in einer Gruppe stark sind, kann man die politische Neigung einer Person eher schätzen. „Je fester gefügt die sozialen und/oder kulturellen Milieus, je stärker die Gruppenbindungen, je gleichförmiger folglich auch die durch Meinungsführer vermittelten Informationen sind, desto konstanter ist das Wahlverhalten“ (Schultze 1991:12).

„Nach der Stärke ihrer Neigung zu einer bestimmten Partei“ gliedern Lazarsfeld u.a. die Wähler in drei Typen (Bürklin/Klein 1998: 55):

- a) „Crystallizers“: Diese Wähler sind stabil und homogen, haben die gleichen Neigungen zu einer Partei und Interesse an den politischen Themen.
- b) „Wavers“: Diese sind unsicher und schwankend.
- c) „Party-Changers“: Diesen Wählertyp nennt man Wechselwähler, sie leben in einem heterogenen Sozialmilieu.

Nach Bürklin und Klein (1998: 19) hat das Verständnis der Theorie von Lazarsfeld in diesem Zitat Eingang gefunden: „A person thinks, politically, as he is, socially. Social characteristics determine political preference.“ Eine entsprechende Übersetzung lautet: „Ein Mensch denkt politisch entsprechend seinem sozialen Sein. Soziale Merkmale bestimmen die politischen Präferenzen.“

Der mikrosoziologische Ansatz von Paul F. Lazarsfeld u.a. ist von einigen Autoren kritisiert worden. Vor allem können die Autoren des Colombia-Modells „keine wirkliche Erklärung ihrer Beobachtungen anbieten“ (Falter et al. 1990: 7). Andererseits können die Kurzzeiteinflüsse auf die Wahlentscheidung nicht ausreichend erklärt werden.

„Es gelingt nicht, befriedigende Erklärungen für kurzfristige politische Veränderungen und stark schwankende Wahlergebnisse zu liefern. Es gelingt dem Modell nicht, Phänomene wie Wechselwahl, Protestwahl und Stimmenthaltung adäquat zu integrieren. Es stellt sich überhaupt die Frage, ob ein Konzept, das die gesellschaftliche Situation und politische Kultur einer amerikanischen Kleinstadt der 40er Jahre abbildet, in allen Einzelheiten auf die Situation der

BRD übertragbar ist. Wohl kaum“ (Moshövel 2004: 18).

In diesem Modell geht es nicht um die persönlichen Interessen von Wählern, um die Rolle der psychischen und individuellen Merkmale es geht auch nicht um die Entscheidungen der Wähler, nicht um die Parteien, Programme und Kandidaten. „Es betont stabile Elemente des Wahlverhaltens auf Kosten der dynamischen Entwicklungen und vernachlässigt stark den Einfluss aktueller politischer Entwicklungen“ (Eilfort 1994: 73). Von situativen Interessen und Präferenzen der Wähler ist in diesem Ansatz keine Rede. Ihre Präferenzen sind „die gewohnten Präferenzen seiner sozialen Umgebung“ (Moshövel 2004: 18).

Ein anderer wichtiger Punkt bei der Kritik an dieser Theorie ist die Homogenität der sozialen Kreise. Nach den Autoren dieses Ansatzes versucht das Individuum, in seinem sozialen Kreis ohne Spannung zu leben und seinen sozialen Kreis homogen zu erhalten. Der Wähler handelt bei den Wahlen nach dem traditionellen Muster seiner sozialen Umwelt. Die Gültigkeit dieser Theorie wurde in modernen Gesellschaften aber heftig diskutiert.

„Die im Columbia-Modell suggerierte Homogenität der sozialen Kreise findet sich nur selten in modernen Gesellschaften, die ja durch starke soziale und räumliche Mobilität gekennzeichnet sind, die wiederum tendenziell zur Auflösung von Bindungen führt“ (Roth/Wüst 1998: 106).

2.2.2 Das sozialstrukturelle Modell II: Cleavage-Theorie

Die Cleavage-Theorie ist im Jahr 1967 von Seymour Martin Lipset und Stein Rokkan entwickelt worden und gehört zu den sozialstrukturellen Erklärungsmodellen auf der Makroebene des politischen Systems. Der Ausgangspunkt der Cleavage-Theorie von Lipset und Rokkan bezieht sich auf die strukturfunktionalistische Theorie von Talcott Parsons⁸, die die Entwicklung gesellschaftlicher Strukturen zu erklären versucht. Die Cleavage-Theorie arbeitet daran, die langfristigen Konfliktlinien und nationalen Parteiensysteme zu erklären. Die zentrale Hypothese von Lipset und Rokkan besagt, dass „die Struktur von Parteiensystemen ein Reflex auf sozial-

⁸ Parsons definiert Gesellschaft als „ein soziales System, das eine Vielzahl untergeordneter sozialer Systeme“ umfasst. Aus den Handlungen der Einzelnen entsteht die Gesellschaft. Gesellschaft wird vorgestellt als umfassendes Handlungssystem, wobei dieses System in Subsysteme zerfällt, die bestimmte Strukturelemente besitzen und bestimmte Funktionen erfüllen. Die einzelnen Elemente wirken im Sinne eines Systems funktional zusammen“ (zit. nach Wiswede 1991: 106).

strukturell verfestigte gesellschaftliche Interessengegensätze sei“ (Winter 1997: 123).

In den 60er Jahren wurde in Deutschland eine entsprechende Theorie, die sozialmoralischen Milieus, von M. Rainer Lepsius entwickelt. Das Arbeitermilieu und das katholische Milieu sind die wichtigsten dieser Milieus. Unter den sozialmoralischen Milieus versteht Lepsius „soziale Einheiten, die durch eine Koinzidenz mehrerer Strukturdimensionen wie Religion, regionale Tradition, wirtschaftliche Lage, kulturelle Orientierung, schichtspezifische Zusammensetzung der intermediären Gruppen, gebildet werden“ (zit. nach Winter 1997: 123)

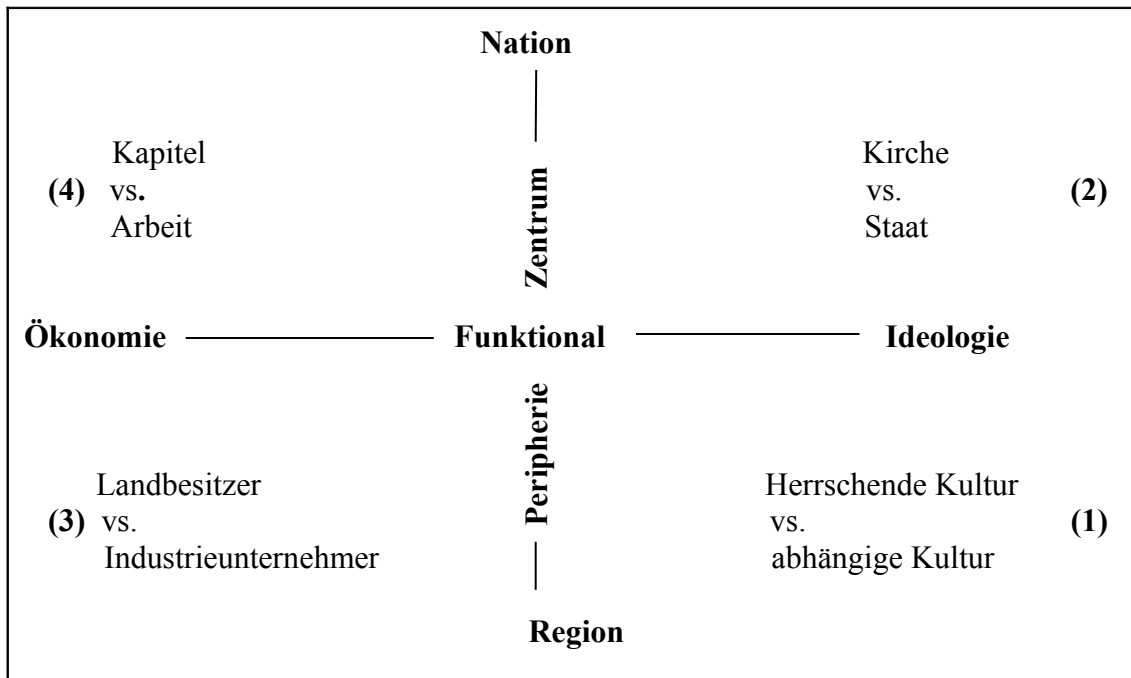
Nach dieser Theorie von Lepsius ist das Parteiensystem „Ausdruck und Träger politischer Grundorientierungen, die durch soziale Strukturzusammenhänge vorgeprägt sind und konstitutive soziale Konflikte innerhalb einer Gesellschaft reflektieren“ (Lepsius 1973: 56). Wenn die Menschen ähnlicher oder gleicher Interessengruppen ihre gemeinsamen Erfahrungen austauschen und miteinander regelmäßig Kontakt haben, bilden sich immer sozialmoralische Milieus. Mit der Zeit bringt diese Situation „ähnliche Lebenslagen, Einstellungen und politische Wunschvorstellungen“ (vgl. Gluchowski et al. 2001: 183). Die Parteibindungen werden auf die „Wechselwirkung zwischen den auf die Konfliktlinien definierten sozialstrukturell relevanten Gruppen und den sie vertretenden Parteien zurückgeführt“ (ebd.: 183).

Die Cleavage-Theorie hat zwei Dimensionen. Die funktionale Dimension enthält die Konflikte um Ökonomie und Ideologie, die territoriale Dimension enthält die Konflikte um Nation und Region. Lipset und Rokkan verstehen die territorialen Konflikte „als Ergebnis der Nationenbildung des achtzehnten und neunzehnten Jahrhunderts in Europa. Sie liegen zeitlich vor den Konflikten auf der funktionalen Ebene [...]“ (Roth/Wüst 1998: 108).

Lipset und Rokkan erklären die politischen Konfliktlinien mit dem Parteiensystem, insofern die Konfliktstruktur in einer Gesellschaft über Entwicklung und Eigenschaft des jeweiligen Parteiensystems bestimmt wird. Die gesellschaftlichen Spannungen gehen auf Modernisierungsprozesse der Industriegesellschaften zurück, „die sich in allen europäischen Gesellschaften seit der frühen Neuzeit vollzogen haben“ (Arzheimer/Falter 2003: 569). Die Parteien entstehen parallel zu diesen Konflikten, organisieren sich entlang dieser gesellschaftlichen Spannungen und versuchen „durch die fortlaufende politische Artikulation der Gruppeninteressen ihre besondere Klientel an sich zu binden“ (Gluchowski et al. 2001: 182). Man versteht unter Cleavages relativ stabile „Koalitionen zwischen Parteieliten und bestimmten sozia-

len Gruppen“ (Bürklin/Klein 1997: 74), wie zwischen den Sozialdemokraten und den Gewerkschaften oder zwischen der katholischen Kirche und der Zentrumspar-
 tei. Die Zahl der Konflikte und der Koalitionsbildung „determinieren die Nachfrage
 nach Parteien und die Spaltung der Wählerschaft“ (Winter 1997: 124).

Abbildung 2.2: Das Konfliktlinienmodell nach Lipset und Rokkan



Quelle: Roth/Wüst, 1998: 107

Vier soziale Hauptkonflikte, die in den europäischen Parteiensystemen auch heute noch wirksam sind, werden in einem Vierfelderdschema dargestellt (Abbildung 2.2). Diese Hauptkonflikte sind:

a) Zentrum versus Peripherie: Es geht hier um die geographischen Konflikte sowie Konflikte zwischen dem Zentrum eines Landes und den sprachlichen, religiösen, kulturellen oder ethnischen Bevölkerungsgruppen in den Regionen (peripher).

b) Staat versus Kirche: Hier stehen die Konflikte zwischen der Säkularisierung und der Kirche im Mittelpunkt: „Staatliche versus kirchliche Kontrolle im Bildungssystem“ (Schultze 1991: 12), „ideologische und kulturelle Gegensätze zwischen einzelnen Konfessionen“ (Winter 1997: 124).

c) Stadt versus Land: Die Konfliktlinie besteht hier zwischen agrarischen (Land) und industriellen (Stadt) Interessen.

d) Kapital versus Arbeit: Darunter versteht man den Konflikt zwischen Arbeitern und Kapitalbesitzern sowie allgemein die Arbeiterbewegung und die Industrielle Revolution.

Zentrum/Peripherie- und Staat/Kirche-Konflikte beziehen sich im Allgemeinen auf die „kulturelle Sphäre und „gehen auf die Entwicklung des modernen Nationalstaates zurück“, während die beiden letztgenannten Konflikte „vor allem ökonomisch motiviert und als Folge der Industriellen Revolution zu betrachten sind“ (Arzheimer/Falter 2003: 569).

Nach der Koalitionsbildung zwischen politischen und gesellschaftlichen Eliten und sozialen Gruppen um gemeinsame Interessen wird der Konflikt dauerhaft im nationalen Parteiensystem institutionalisiert. Während des „Institutionalisierungsprozess neuer Cleavages“ in einem bestehenden Parteiensystem gilt es „vier Schwellen“ zu überwinden (Eith 1997: 31).

- Die Legitimationsschwelle: Die neuen Cleavages oder Parteien müssen sich in der Struktur der Gesellschaft verankern, „die artikulierte Kritik ist als berechtigt anzusehen“ (Roth/Wüst 1998: 110).
- Die Integrationsschwelle: Personen, die vom Konflikt betroffen sind, „müssen die Motivation und Möglichkeiten haben, sich zur Wahrung ihrer Interessen zusammenzuschließen“ (Arzheimer/Falter 2003: 570).
- Die Repräsentationsschwelle: Parteien müssen eigene Kraft und politischen Repräsentationsmöglichkeiten innerhalb des Wahlsystems haben, um den politischen Entscheidungsprozess zu beeinflussen.
- Die Mehrheitsschwelle: „Um größere strukturelle Veränderungen im nationalen System durchzusetzen“ (Roth/Wüst 1998: 110), benötigen die Parteien nur die Hilfe der Wahlmehrheit im politischen System.

Wenn Eliten gesellschaftliche und soziale Konflikte aufgreifen, können sie diese in Parteipolitik je nach Rahmen des politischen Systems umsetzen. Im Hintergrund dieser Politik steht, dass Parteien regelmäßig Konflikte aktivieren, um die politische Identität und die Parteibindung zu erneuern. Die „Cleavage–Theorie“ verknüpft Auswirkungen sozioökonomischen und sozialen Wandels mit dem Handeln politischer Eliten. Die Frage nach dem Verhältnis gesellschaftlicher Konflikten und den Parteiensystemen berührt zentrale Felder der Demokratietheorie, da Parteien einen wichtigen Teil moderner Massendemokratien darstellen. So repräsentieren die Parteien

eine intermediäre Organisation, die zwischen Gesellschaft und Politik vermittelt. Zudem werden gesellschaftliche Interessen zu alternativen Programmangeboten. Im parteilichen Diskurs findet politische Integration unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen statt: Sie mobilisieren regelmäßig Anhänger und Wähler, stabilisieren und legitimieren auf diese Weise repräsentative Demokratien.

Die Cleavage-Theorie geht davon aus, dass „kurzfristige Einflüsse durchaus zu Änderungen im Wahlverhalten führen können, dass diese Änderungen aber durch die stabilisierenden Effekte der tradierten Cleavages sehr stark erschwert werden“ (Bürklin/Klein 1998: 20). Die Parteiensysteme in Industriestaaten zeigen eine hohe Dauerhaftigkeit und sich wesentlich nicht verändern, „solange das System der sozialen Konflikte stabil bleibt“ (Arzheimer/Falter 2003: 570). Dies veranlasste Lipset und Rokkan dazu, ihre These von den „eingefrorenen Parteiensystemen“ zu entwickeln. „Die Parteiensysteme der sechziger Jahre reflektierten mit nur wenigen Ausnahmen die Konfliktlinien der zwanziger Jahre“ (Roth/Wüst 1998: 112), obwohl „sich in Einzelfällen die Namen der Parteien geändert haben“ (Arzheimer/Falter 2003: 570). Diese These verheißt auch zukünftig „hohen Stabilität der Zuordnung von Parteien und Wählern“ (Bürklin/Klein 1998: 20).

Lipset und Rokkan sprechen über das Konzept der Wählerorientierung (Voter Alignments), um ihre Voraussetzungen zu überprüfen. Auf der individuellen Ebene bezeichnet das Konzept die Bindungen der Wähler an Parteien zweidimensional. Einmal bestimmen ein räumliches Umfeld und dessen politisches Klima die politische Orientierung. Die Wähler verhalten sich „wie die Wohngemeinde und deren politische Führer, unabhängig von sozioökonomischen Faktoren“ (Winter 1997: 125). Andererseits geht es um die Wahlnormen der sozialen Gruppierungen. Die Wähler hängen hier nicht von der Wohngegend ab. Sie wählen wie die eigene gesellschaftliche Gruppierung, der sie angehören.

Im Allgemeinen zeigt sich die Cleavage-Theorie als ein erfolgreiches Instrument, um die Entstehung der Parteiensysteme in den europäischen Industriestaaten und auch in Deutschland zu erklären. Die Entstehung und Weiterentwicklung politischer Parteien hat in Deutschland stets an vorhandene soziale Gruppierungen angeknüpft. In der Bundesrepublik Deutschland sind „Wahlverhalten und Entwicklung des Parteiensystems seit 1949 von zwei großen dominierenden Konfliktlinien, Staat gegen Kirche und Arbeit gegen Kapital“ (Schultze 1991: 18, Roth/Wüst 1998: 111), geprägt worden. Im Konflikt zwischen Staat und Kirche geht es um die religiöse und nicht religiöse Orientierung. Der konfessionelle Konflikt ist in Deutschland „zwi-

schen dem Katholizismus und dem konservativ-nationalen bzw. dem liberalen Protestantismus“ (Eith 1997: 32) verlaufen. Aus diesem konfessionellen Konflikt hat sich die religiöse Konfliktlinie entwickelt (vgl. Pappi 1985: 269). In dieser Spannungslinie stehen „kirchlich gebundene oder religiös orientierte Wähler einerseits und wenig gebundene, religiös abstinente Wähler andererseits“ (Roth/Wüst 1998: 111f). In diesem Zusammenhang ziehen die Unionsparteien Nutzen aus dem konfessionellen Konflikt.

„Seit den ersten Analysen von Bundestagswahlen gilt als Erfahrungsregel: Ein protestantischer, kirchlich ungebundener, gewerkschaftlich organisierter, städtischer Facharbeiter ist mit großer Wahrscheinlichkeit ein SPD-Wähler, wohingegen ein kirchlich gebundener, katholischer Landwirt oder sonst freiberuflich Erwerbstätiger in einer ländlichen Region mit noch größerer Wahrscheinlichkeit ein CDU-Wähler ist“ (Winter 1997: 125).

Diese Erfahrungen zeigen, dass die religiöse Konfliktlinie bei den Wahlen in Deutschland eine hohe Stabilität vorführt und diese Stabilität „gilt bis hin zu den jüngsten Wahlen“ (vgl. Pappi 1986: 196).

Die sozioökonomische Konfliktlinie zwischen Kapital und Arbeit hat im 19. Jahrhundert die Arbeiterschaft gebildet. „Parallel zur sozialen und gesellschaftlichen Organisation dieser Gruppierung gelang es der entstehenden Sozialdemokratie, diese Gruppe politisch zu mobilisieren und in allen weiteren sozialen Konflikten politisch zu vertreten“ (Bürklin/Klein 1998: 75). In der Bundesrepublik Deutschland existierte eine Koalition zwischen der Arbeiterschaft und der SPD. Diese Koalition ist „bis heute stabil geblieben, das Verhältnis zwischen der SPD und der Organisationen der Arbeiterschaft ist immer verstärkt worden“ und „das gilt heute noch“ (Roth/Wüst 1998: 112). Diese beiden Konfliktlinien haben auch heute in Deutschland viel Bedeutung für das Wahlverhalten.

In Zusammenhang mit „der Erweiterung der Konfliktstruktur des Cleavage-Ansatzes für die Bundesrepublik“ (Eith 1997: 32) wurde über neue Konfliktlinien im Zuge neuer sozialer Bewegungen diskutiert. Besonders mit dem Entstehen und dem Erfolg der Grünen in den 1980er Jahren hat sich eine neue Konfliktlinie entwickelt: die zwischen so genannten postmateriellen Werten und den klassischen politischen Werten.

Obwohl die Cleavage-Theorie von Lipset und Rokkan eine hohe Erklärungskraft für die Entstehung und Entwicklung der Parteien und Parteiensysteme in westlichen

Demokratien hat, kann sie dagegen „mit ihrem Interessenbegriff nicht beantworten, worin die sozialstrukturell vermittelten Normen des politischen Verhaltens zwischen den Individuen einer spezifischen Konfliktgruppe und den diese vertretenden Parteien bestehen“ (Klingemann/Steinwede 1993: 52).

Heutzutage binden sich immer weniger Bürger dauerhaft an eine Partei. Die Cleavage-Theorie vermag jedoch nicht zu erklären, worin „die Ursachen des individuellen Parteienwechsels“ (Roth/Wüst 1998: 112) bestehen. Andererseits bleibt mit dem sozialstrukturellen Modell weitgehend ungeklärt, „welche sozialen Gruppen für welche politischen Programme und Politikinhalt empfänglich sind und in welcher Weise sich Individuen politisch beeinflussen lassen“ (Moshövel 2004: 23). Eine andere Kritik basiert darauf, dass sich der makrosoziologische Ansatz von Lipset und Rokkan „mit den komplementären mikrosoziologischen Erkenntnissen der Lazarsfeld-Gruppe und Lepsius' Überlegungen zu einer Meso-Ebene“ verbinden lassen und ein solches kombiniertes Erklärungsmodell „jedoch letztlich unbefriedigend bleibt“, weil dieses Modell „politischen Wandel nur schlecht erklären kann“ (Arzheimer/Falter 2003: 571).

Nach diesem Erklärungsansatz entscheidet der Wähler ausschließlich vor dem Hintergrund seiner sozialen Umwelt, nicht aber gemäß individueller Präferenzen, gegebener Restriktionen oder situativen Interessen. Die konflikttheoretische Erweiterung des soziologischen Ansatzes von Lipset und Rokkan bringt auch keinen wirklichen Fortschritt für die Erklärung des individuellen Entscheidungsverhaltens der Wähler, den kurzfristigen Schwankungen im Kräfteverhältnis und in den Wahlergebnissen der Parteien.

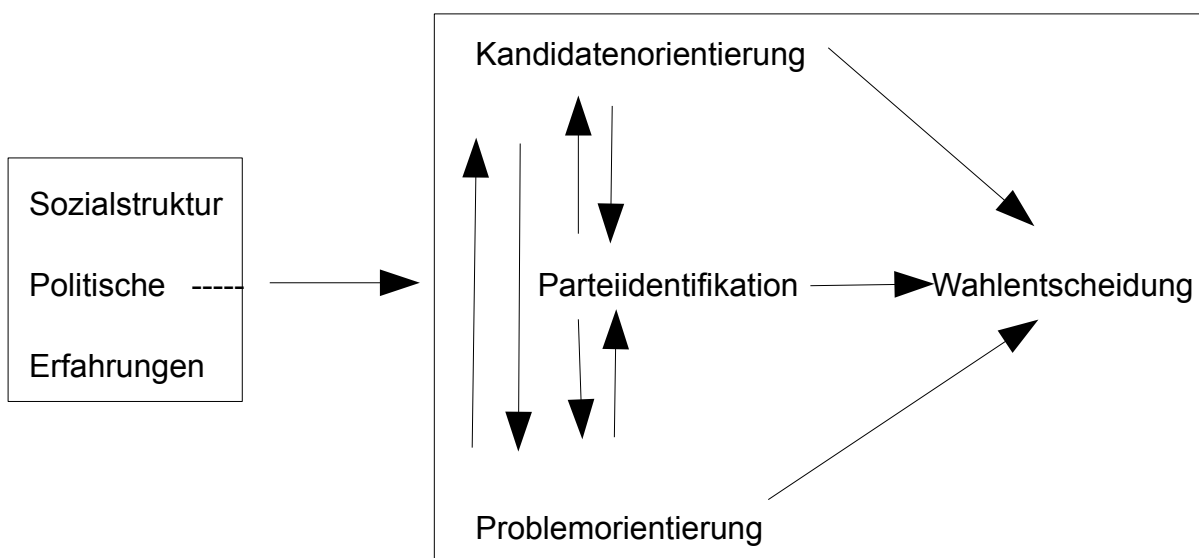
2.2.3 Der sozialpsychologische Ansatz

Der sozialpsychologische Ansatz wurde von Angus Campbell, Gerald Gurin und Warren E. Miller an der University of Michigan/Ann-Arbor als Alternative zum soziologischen Erklärungsansatz Lazarfelds entwickelt und wird wegen seiner Herkunft als „Michigan-Modell“ oder als „Ann-Arbor-Tria“ bezeichnet, weil er drei Variablen Parteiidentifikation, Kandidatenorientierung und politische Sachfragen als erklärende Faktoren ins Zentrum des Modells stellt. Das Wahlverhalten wird von diesen drei zentralen Einstellungen oder Bedingungsfaktoren konstituiert. Das Modell fokussiert den individuellen Entscheidungsprozess. „Die individuelle Wahlentscheidung ist nicht sozialstrukturell determiniert, sondern das Ergebnis verschiedener lang-

und kurzfristiger Einflüsse auf das Individuum“ (Roth/Wüst 1998: 113). Obwohl der sozialstrukturelle Ansatz vor allem auf die Erklärung „der Stabilität des individuellen Wählerverhaltens zielt“, handelt es sich bei Michigan School um „den Wechsel von Parteipräferenzen, um die kurzfristige Abweichung vom traditionellen Wahlverhalten und um deren Ursachen“ (Schultze 1991: 13).

Die erste Wählerstudie „The Voter Decides“, die 1954 „von Campbell u.a. am Institute for Social Research vorbereitet und durchgeführt wurden“ (Bürklin/Klein 1998: 57), unterscheidet sich von den Arbeiten von Lazarsfeld in zwei Punkten: Erstens wurde methodisch „eine bundesweite Stichprobe“ von Campbell und seinen Mitarbeitern verwendet, wogegen „sich die Forscher von der Columbia University jeweils auf regionale Untersuchungen gestützt hatten“ (Arzheimer/Falter 2003: 571). Zweitens wurde das Wahlverhalten „durch die Verlagerung der Erklärung der Wahlentscheidung von gruppenbezogen-soziologischen Faktoren zu individualpsychologischen Variablen“ (Bürklin/Klein 1998: 57) erklärt. Diese Studie ermöglichte erste repräsentative Vergleiche zwischen den US-Präsidentenwahlen 1948 und 1952. Abbildung 2.3 zeigt das ursprüngliche Modell, wie es Campbell et al. in „The Voter Decides“ 1954 dargestellt haben.

Abbildung 2.3: Das ursprüngliche Erklärungsmodell von Campbell et al.⁹



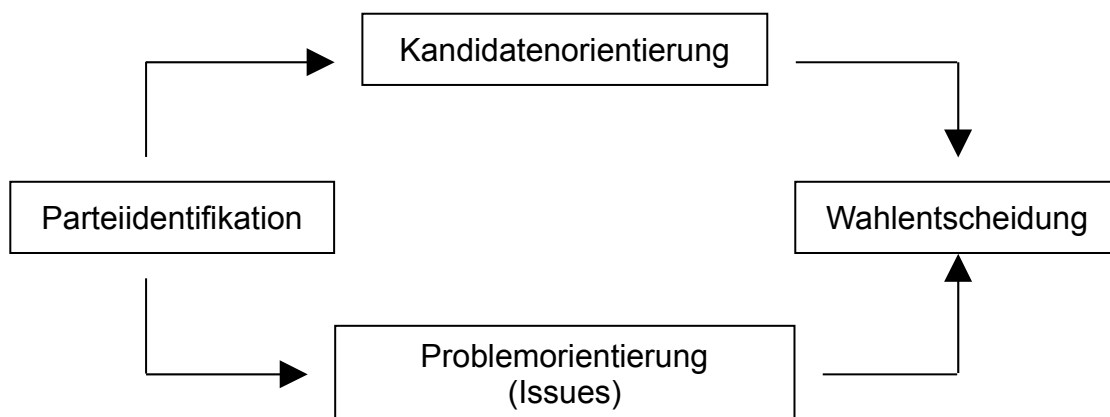
Quelle: Bürklin/Klein 1998: 60

In dieser ursprünglichen Beziehung „standen alle drei psychologischen Variablen zunächst gleichberechtigt nebeneinander“ (Arzheimer/Falter 2003: 572). Zwischen den Variablen stand die Parteiidentifikation unter dem Einfluss der Issue- und Kan-

⁹ „Dieses Diagramm ist in dieser Form nicht veröffentlicht, sondern wurde entsprechend der Ausführungen von Rossi (1959: 36ff.) entworfen“ (Bürklin/Klein 1998: 60).

didatenorientierungen. Umgekehrt beeinflusst die Parteiidentifikation „als eine Art Filter bei der Wahrnehmung und Einschätzung kurzfristiger Einflüsse“ (Roth/Wüst 1998: 114). Bei Campbell ist eine sehr deutliche Verlagerung der Erklärung der Wahlentscheidung von gruppenbezogen-soziologischen Faktoren hin zu individual-psychologischen Variablen zu erkennen. Die sozialstrukturellen Faktoren bleiben in diesem Modell, „weil sie im Kausalitätstrichter vorgelagert, aus dem Erklärungsmodell ausgespart wurden“ (Bürklin/Klein 1998: 60). Im Kausalitätstrichter verdichten sich im Laufe der Zeit zu einem Komplex politischer Einstellungen und die jeweilige Situation wird entsprechend subjektiv gedeutet.

Abbildung 2.4: Das Erklärungsmodell des „American Voter“



Quelle: Schultze 1991: 14

Wegen der „entstehenden Unklarheit über den Status der Parteiidentifikation“ (Bürklin/Klein 1998: 61) und der „heftigen Kritik dieses Psychologismus“ (Arzheimer/Falter 2003: 572) wurde in der Folgestudie „The American Voter“ 1960 explizit die Parteiidentifikation als langfristig wirksame Einstellung konzeptioniert. Die Parteiidentifikation ist daher „nicht unmittelbar von einer spezifischen Wahlsituation beeinflusst und strukturiert die Issue- und Kandidatenorientierung“ (Bürklin/Klein 1998: 61) (vgl. Abb. 2.4). „The American Voter“ unterscheidet sich von den älteren Arbeiten der Michigan-School in zwei Gesichtspunkten: Die Parteiidentifikation ist nun „eine längerfristig stabile Variable, die den eher tagespolitisch geprägten Orientierungen an Kandidaten und Sachfragen kausal vorgelagert ist“ und die drei psychologischen Variablen werden „nicht mehr als gegeben angesehen, sondern ihrerseits auf wei-

ter in der Vergangenheit liegende Faktoren zurückgeführt“ (Arzheimer/Falter 2003: 572).

Im sozialpsychologischen Erklärungsmodell werden stark die psychologische Komponente der öffentlichen Meinungsbildung und die situative Wahrnehmung politischer Objekte durch die Wähler hervorgehoben. Im Vordergrund stehen allgemeine Einstellungs- und Interpretationsmuster von Parteien, Kandidaten oder Sachthemen. Diese Einstellungen sind „weniger stabil als die objektiven sozialen Umweltfaktoren, die innerhalb sozialstruktureller Konzepte maßgeblich sind“ (Moshövel 2004: 26).

„Wenn wir verstehen wollen, was den Wähler bei seiner Wahlentscheidung beeinflusst, müssen wir herausfinden, womit er diese Entscheidung verbindet. Bei der Stimmabgabe handelt eine Person in einer politischen Welt, in der er oder sie Persönlichkeiten, Themen und Parteien wahrnimmt [...]. Daraus folgt, dass die Messung von Wahrnehmungen und Bewertungen der genannten Objekte die erste für die Erklärung des Wahlverhaltens zu überwindende Hürde ist“ (Campbell u.a. 1960: 42/66).¹⁰

Der Wähler befindet sich in diesem Modell „in einer Entscheidungssituation zwischen seiner dauerhaften Bindung an eine Partei und seiner Beurteilung der aktuellen Politik, der Parteien und ihrer Kandidaten“ (Görlitz/Prätorius 1987: 629). Die Parteiidentifikation wird mit einer Parteimitgliedschaft gleichgesetzt, womit nicht die formale, aktive, sondern eine psychologische Mitgliedschaft gemeint ist. Sie ist „eine langfristig stabile, affektive Bindung an eine Partei, die im Prozess der Sozialisation, meist schon in der Jugend, in Familie und Schule erworben und um so stabiler wird, je häufiger sich der Wähler in der Zeit bei Wahlen mit derselben Partei identifiziert“ (Schultze 1991: 13).

Die Bindung an eine Partei besteht weniger aus den objektiven Umweltfaktoren selbst, als vielmehr aufgrund der subjektiven Wahrnehmung äußerer Einflüsse. Die sozialstrukturellen Merkmale beeinflussen nicht direkt, sondern mittelbar über politische Einstellungen. Diese Einstellungen „stellen gleichzeitig den Wahrnehmungsfilter dar, über den Personen ihre gegenwärtige und zukünftige Umwelt wahrnehmen“ (Bürklin/Klein 1998: 58). In diesem Zusammenhang geht die Wirkung der Faktoren bis in die Kindheit zurück und verdichtet sich im Laufe der Zeit in einem „Kausalitätstrichter“ (funnel of Causality) zu einem System aufeinander bezogener Einstellungen.

¹⁰ zitiert nach der Übersetzung von Gabriel 2001: 229, in: Moshövel 2004: 26.

„Die Parteiidentifikation als eine Art psychologischer Parteimitgliedschaft ist demzufolge als Destillat eines Kausalitätstrichters zu verstehen, in den als vorgelagerte Faktoren die persönlichen Erfahrungen und politischen Orientierungen des bisherigen Lebens eingeflossen sind. Die Messung der Parteiidentifikation erfolgt sehr spät, an einer bereits sehr engen Stelle dieses Trichters, in zeitlicher Nähe zur Wahl. Deshalb wird die Parteiidentifikation hier bereits von kurzfristigen Einflüssen, der Kandidaten- und Issueorientierung, beeinflusst. Umgekehrt wirkt die Parteiidentifikation als eine Art Filter bei der Wahrnehmung und Einschätzung kurzfristiger Einflüsse“ (Roth/Wüst 1998: 114).

Die Parteiidentifikation macht es nötig, dass die Informationen aus der sozialen Umwelt von dem Wähler wahrgenommen und gefiltert werden. Der Wähler wird in seinem Bewerten politischer Vorgänge in einer bestimmten Weise „gefärbt“ und wird passend zu seiner Beurteilung stark geprägt. Der große Teil der Wählerschaft bewertet Kandidaten und Sachthemen „seiner“ Partei durchweg positiver und stimmt im Normalfall auch für sie. Die Parteiorientierung kann dabei auch im Sinne „einer Kosten-Nutzen-Kalkulation interpretiert werden: Als politische Bezugsgruppe vermag sie, – gerade für politisch weniger Interessierte und Informierte – Komplexität zu reduzieren, die Informationskosten zu senken“ (Moshövel 2004: 27) und „Ordnung in die schier unüberschaubare Vielgestaltigkeit des politischen Raumes zu bringen“ (vgl. Falter et al. 1990: 9). Als langfristiger Orientierungspol der Wahlentscheidung hat sie für die individuelle Wahlentscheidung vor anderen Faktoren insoweit Priorität.

„Die Parteiidentifikation geht folglich den weitaus meisten konkreten Einstellungen voraus und kann daher am besten als eine zentrale, hochgeneralisierte Attitudendimension angesehen werden, während die objektspezifischen Einstellungen [...] eher an der Peripherie des Attitüden-Strukturgitters lokalisiert sind“ (Falter 1977: 478).

Nach Campbell u.a. wird eine Parteiidentifikation in erster Linie „im Rahmen der politischen Sozialisationsphase erworben und mit zunehmender Wahlerfahrung im Lebenszyklus verfestigt“ (vgl. Maier/Rattinger 2000: 7). Neuere Überlegungen halten zusätzlich eine Ableitung von Parteibindungen aus soziologischen Gruppenbezügen oder auch „der reziproken Wirkung einer konkreten Sachfragenorientierung“ (vgl. Falter 1977) für möglich. Man kann wohl davon ausgehen, „dass die Entstehung einer Parteibindung oder Parteiidentifikation nicht monokausal auf einen einzigen Faktor zurückgeführt werden kann“ (Moshövel 2004: 27). Man nimmt an, dass

die politische Sozialisation auf der Grundlage interdependent wirksamer Einflüsse erfolgt. In diesem Zusammenhang spielen sowohl Erfahrungen innerhalb primärer Bezugsgruppen wie Freunde, Familie als auch die sekundären sozialen Beziehungen wie Arbeitskollegen, Bekannte eine wesentliche Rolle.

Obwohl die Parteiidentifikation „als sozialpsychologisches Äquivalent zu Lazarsfeld Index der politischen Prädisposition“ verstanden werden kann, „ist die Konzeptionalisierung kurzfristiger Einflussfaktoren auf das Wahlverhalten etwas Neues“ (Roth/Wüst 1998: 115). Das sozialpsychologische Modell sieht Abweichungen von der längerfristigen Parteienbindung durch kurzfristige Einflüsse vor. Bedeutsam für solche Abweichungen ist die Orientierung des Wählers an Kandidaten, Problemen und Problemlösungskompetenz der Parteien. Die Parteiidentifikation, die das politische Verhalten langfristig beeinflusst, wird „durch die Bewertung der zur Wahl stehenden Kandidaten“ und „durch die wichtigsten politischen Streitfragen sowie den entsprechenden Lösungskompetenzen der Parteien“ (Arzheimer/Falter 2003: 571) ergänzt. Kandidatenorientierung und Sachfragen (Issues) können einen direkten, eigenständigen Einfluss auf die Wahlentscheidung nehmen. Wenn es einen möglichen Konflikt zwischen Kurz- und Langzeitbestimmungsfaktoren gibt,

„kann der Wähler durchaus eine Wahlentscheidung entgegen seiner grundlegenden Parteiorientierung treffen. Verlieren diese intervenieren den Kurzeinflüsse aber wieder an Bedeutung, kehrt er im Allgemeinen zu derjenigen Partei zurück, der er sich affektiv verbunden fühlt“ (Eith 1997: 35).

Die allgemeine „Abschwächung der Parteibindungen und Parteiidentifikationen“ schafft erst die Voraussetzungen für die Empfänglichkeit der Wählerschaft „für mediale Präsentationen, politische Versprechungen und attraktive Erscheinungen der politischen Kandidaten und Programme“ (Moshövel 2004: 28). Es handelt sich bei der Kandidatenorientierung um einen kurzfristig wirksamen Faktor. Sie impliziert die Bewertung der Kandidaten für ein politisches Amt hinsichtlich ihrer persönlichen Eigenschaften durch den Wähler. Kandidatenbewertung ist eine mehrdimensionale Größe, die eine Wahrnehmungs- und Bewertungskomponente einschließt. Der Wähler nimmt die Parteien, Kandidaten, Sachthemen und Lösungsvorschläge unterschiedlich wahr.

„Aus diesem Grund ist die Einstellung eines Wählers zu den verschiedenen Lösungsvorschlägen einzelner Kandidaten oder Parteien für die Wahlentscheidung um so wichtiger, je stärker er selbst von diesem Problem betroffen ist oder deren Lösung als dringlich erachtet“ (Roth/Wüst 1998: 115).

Kandidateneffekte werden darin unterscheiden, ob „sie mit der Persönlichkeit oder mit der jeweiligen Rolle, die der Kandidat im politischen Leben einnimmt, zusammen hängen“ (Maier/Rattinger 2000: 8). Die persönlichkeitsbezogenen Merkmale der Kandidatenorientierung hängen von der wahrgenommenen Problemlösungskompetenz, Integrität, den Eigenschaften wie Vertrauenswürdigkeit, sympathisches Auftreten oder dem äußeren Erscheinungsbild der Kandidaten ab. Demgegenüber stehen die leistungsbezogenen Merkmale der Kandidatenorientierung: die Kompetenz zur Lösung konkreter Sachfragen oder generalisierte Eigenschaften wie Führungsstärke. Rollenbasierte Effekten sind Vorteile, die aus der Position resultieren (Amtsbonus) oder die ein Amtsinhaber aktuell in der Politik besetzt. „Dazu gehört zum einen der grundsätzliche Respekt gegenüber dem Amt an sich, zum anderen auch die größere Medienpräsenz und günstigere Zugangsvoraussetzungen zu den Informationsmedien“ (Maier/Rattinger 2000: 8). Wenn die Kandidaten miteinander im Wettbewerb unterschiedliche Eigenschaftsprofile aufzeigen, „gestaltet sich die Zusammenfassung einzelner Elemente des Kandidatenprofils zu einem Gesamtbild immer dann schwierig“ (Moshövel 2004: 29), wenn z.B. „einer von ihnen als kompetenter, der andere aber als der sympathischere eingestuft wird“ (vgl. Gabriel 2001: 235). Im Allgemeinen kann man für die Bedingungen des kandidatenorientierten Wahlverhaltens sagen, dass der Kandidat bekannt und bedeutsam sein muss, dass der Wähler eine Kandidatenpräferenz besitzen muss, und dass die Kandidatenorientierung einen Einfluss auf das Wahlverhalten haben muss.

Die Themenorientierung bezieht sich auf die Einstellungen eines Wählers zu einzelnen politischen Sachfragen, aktuellen Problemen und Politikinhalt und ist damit ein kurzfristiger Effekt. In der empirischen Wahlforschung hat das sozialpsychologische Erklärungsmodell „seit den siebziger Jahren“ mit einigen „Positionen“, besonders mit der Issues-Forschung, an Gewicht gewonnen, „die mit der gestiegenen Bedeutung aktueller Politik die Rationalität der Wahlentscheidung betonen“ (Schultze 1991: 15). Die Themenorientierung (issues) wird in Valenzissues und Positionsissues differenziert. Der Valenzissue bezeichnet die politischen Ziele, in denen die Bewertung der Wählerschaft grundsätzlich übereinstimmt. Über die Wünschbarkeit der Issues „besteht gesamtgesellschaftlich weitgehend Konsens, während hinsichtlich der Art und Weise, wie die Probleme gelöst werden sollen, diskutiert werden kann“ (Maier/Rattinger 2000: 8). Ein gutes Beispiel für den Valenzissue ist „die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“ (Gibowski 1991: 125). Die Gesellschaft stimmt überein, dass die Arbeitslosigkeit reduziert werden muss. Aber es gibt keine Einigkeit darüber, mit welchen Mitteln dieses Problem gelöst werden kann.

„Der Positionsissues“ bezeichnet dagegen die „umstrittenen Themen, bei denen die Parteien gegensätzliche Standpunkte vertreten“ (Schultze 1991: 16). In einer Gesellschaft gibt es zu einem Thema grundsätzlich verschiedene Meinungen. Z.B. werden die Einsätze der Bundeswehr im Ausland in der Gesellschaft kontrovers diskutiert, aber es gibt keinen einheitlichen Standpunkt. Die Themenorientierung der Wählerschaft kann sich auf „retrospektives Voting oder prospektives Voting“ (Bürklin/Klein 1998: 113, Roth/Wüst 1998: 123) beziehen. Bei dem retrospektiven Voting orientieren sich die Wähler an den in Vergangenheit erbrachten Leistungen. „Insbesondere bei der Bewertung der ökonomischen Kompetenz der Parteien“ ist sehr wichtig, ob sich die Wähler bei ihrer Wahlentscheidung vordergründig an ihrer „eigenen individuellen Situation (pocketbook voting)“ orientieren oder ob die Wähler bei ihrer Wahlentscheidung an der „gesamtgesellschaftlichen Situation (sociotropic voting)“ (Moshövel 2004: 30, Bürklin/Klein 1998: 113) interessiert sind. Politische Sachthemen betreffend ist es für die Wählerschaft nicht so einfach, eine klare Einschätzung der Themenvielfalt und eine deutliche Selbstpositionierung vorzunehmen.

R. O. Schultze (1991: 15ff.) betont sechs Ergebnisse der Issue- Forschung für die Einschätzung des Bedeutungsgehaltes von Sachthemen auf die Wählerentscheidung:

- Zuerst muss man drei Voraussetzungen erfüllen, um Issues wirksam zu machen. Die Wähler müssen „das Sachthema nicht nur“ wahrnehmen, sondern auch als bedeutungsvoll „ansehen“. Dieses Thema muss zwischen den Parteien strittig sein, denn nur von den Positionsissues können Einflüsse auf die Wählerentscheidung ausgehen, nicht von den Valenzissues.
- Es geht bei der „Einschätzung von Sachfragen weniger um das Problem als solches als um die zu erwartenden individuellen Auswirkungen.“
- Es handelt sich „weniger um das konkrete Programmangebot der Parteien zur Lösung einer bestimmten Sachfrage als vielmehr um die Lösungskompetenz.“
- Die Sachthemen und Problemlösungskompetenz werden eingeschätzt, diese Einschätzung wird „durch die sozialstrukturellen und Umweltbedingungen des Wählers“ gefiltert und „bleibt gebunden an die Parteipräferenz und/oder an seine ideologischen Grundorientierungen.“
- Der Wähler orientiert sich an den in der Vergangenheit erbrachten Leistungen. Die retrospektive Wahlentscheidungstheorie wurde von Morris P. Fiorina formuliert.

- Im Allgemeinen misst der Wähler bei seiner Entscheidung den Fragen der Innenpolitik wie Wirtschaftsentwicklung, Arbeitsplatzsicherung und sozialer Sicherheit einen höheren Stellenwert als aus den außenpolitischen Themen zu.

Trotz der großen Bedeutung für die empirische Wahlforschung wird das sozialpsychologische Erklärungsmodell in einigen Punkten kritisiert. Vor allem wird das Problem der drei Einflussfaktoren und das Parteiidentifikationskonzept von den Wissenschaftlern kritisiert. „Die Erklärungskraft der einzelnen Determinanten ändert sich von Wahl zu Wahl. Aus diesem Grund sind exakte Wahlprognosen allein auf Grundlage der drei Erklärungsfaktoren nicht möglich“ (Roth/Wüst 1998: 117). Die langfristige und stabile Parteiidentifikation war Hauptkritikpunkt, weil sie stark auf die anderen Erklärungsfaktoren wirkt. „Die Parteiidentifikation liegt als unabhängige Variable inhaltlich zu nahe an der abhängigen, zu erklärenden Variablen, also der Stimmabgabe für eine Partei“ (Eilfort 1994: 74). „Die parteipolitisch außerordentlich bedeutsamen Grundlagen des Parteienkonflikts“ in den europäischen Staaten stellen „die Bedeutung der Parteiidentifikation“ (vgl. Gabriel 2001: 239) in Frage.

Der zweite Kritikpunkt an diesem Modell ist die Problematik der Übertragung auf andere politische Systeme und Gesellschaften außerhalb der USA. Es stellt sich die Frage, „inwieweit angesichts der Unterschiedlichkeit der politischen Institutionen und Akteure das amerikanische Konzept auf die Situation der Bundesrepublik sinnvoll angewandt werden kann“ (Moshövel 2004: 33). Im Zusammenhang mit den Übertragungsmöglichkeiten der Parteiidentifikation auf die Bundesrepublik wird „immer wieder die Validität der deutschen Parteiidentifikationsfrage bezweifelt“ (Roth/Wüst 1998: 117). Es stellen sich auch die Fragen, welchen Stellenwert der Kandidat in einem bundesdeutschen Wahlkampf hat, „ob für eigenständige Kandidateneffekte überhaupt Raum bleibt und was der Begriff Kandidatenorientierung in der Bundesrepublik bedeutet“ (Gabriel 2001: 237).

2.2.4 Der Rational-Choice-Ansatz

Die nicht nur in der Politikwissenschaft, sondern in den gesamten Sozialwissenschaften entwickelte Rational-Choice-Theorie ist ein wichtiges Erklärungsmodell für das Wahlverhalten und wird in der Wahlforschung in neuerer Zeit verstärkt verwendet. Die Pionierstudie „Ökonomische Theorie der Demokratie“ von Anthony Downs, die im Jahr 1957 erschien, gilt als Klassiker. Downs „übertrug das Menschenmodell der neoklassischen Ökonomie auf die Politik und gab damit den Startschuss für ein neues Forschungsprogramm in der Politikwissenschaft,“ (Arzheimer/Falter 2003: 574). Mit diesem Modell wurde „die Wahlentscheidung primär auf das kurzfristige Kosten-Nutzen-Kalkül der Individuen“ zurückgeführt und somit haben die kurzfristigen Faktoren eine wichtige Bedeutung erlangt, weil diese, „insbesondere der Einfluss politischer Sachfragen am systematischsten im Rahmen der Rational-Choice-Theorie untersucht werden“ (Bürklin/Klein 1998:107). Die Studie war einer der ersten Versuche, politische Zusammenhänge auf der Basis ökonomischer Modellannahmen zu analysieren und zählt nach wie vor zu den einflussreichsten und meistdiskutierten Anwendungen rationalistischer Ansätze in diesem Bereich. In seinem Werk entwirft Downs ein Modell, das sowohl das Wahlverhalten als auch das Handeln von Parteien auf Grundlage des Homo Oeconomicus erklären will.

Die Theorie von Downs unterscheidet sich von den soziologischen und sozialpsychologischen Erklärungsmodellen in zwei Punkten. Erstens stützte er sich nicht auf „die empirischen Untersuchungen“, sondern „beschränkte sich darauf, aus einigen wenigen axiomatischen Annahmen deduktiv eine Vielzahl von empirisch prüfbaren Aussagen abzuleiten“ und zweitens ist „bei der von Downs begründeten Forschungsrichtung der Modellcharakter viel stärker ausgeprägt als bei den bisher vorgestellten Ansätzen der Wahlforschung“ (Arzheimer/Falter 2003: 574ff.). Wurden die anderen beiden Modelle speziell zur Erklärung des Wahlverhaltens entwickelt, handelt es sich bei Downs' Modell um die Übertragung einer universellen Theorie auf das Wahlverhalten.

Die Grundannahme von Downs ist, dass sich Wähler und Politiker wie rationale Akteure auf dem politischen Markt verhalten. Auf diesem politischen Markt „fungieren die Parteien mit ihren Programmen als Anbieter. Der Wähler als rationaler Käufer orientiert sich in seiner Entscheidung an dem maximal für ihn zu erzielenden politischen Nutzen“ (Eith 1997: 40). Parteien sind rationale Stimmenmaximierer, also bestrebt, bei Wahlen so viele Prozentpunkte wie möglich zu ergattern. Wähler sind rationale Nutzenmaximierer, also darauf aus, von den Maßnahmen und Programmen

der politischen Aktionen den höchsten Gewinn und größtmöglichen Nutzen davon zu tragen. Präferenzen der Akteure sind durch ihr Eigeninteresse bestimmt, damit kann jegliches politische Handeln auf eigennützige Interessen zurückgeführt werden. Dies wird von Downs (1968: 26) als „Eigennutz-Axiom“ bezeichnet. Rationales Verhalten eines Wählers bedeutet für Downs in diesem Zusammenhang, „dass er sich seinen Zielen auf einem Weg nähert, auf dem er nach bestem Wissen für jede Einheit des Wertertrags den kleinstmöglichen Aufwand an knappen Mitteln einsetzt“ (ebd.: 5).

Die Menschen handeln egoistisch, insofern sie vor allem ihr materielles Wohlergehen zu maximieren versuchen. Die Entscheidung des Wählers für ein bestimmtes Programm bzw. eine Partei richtet sich dabei nach Kosten-Nutzen-Kalkülen. Der Wähler vergleicht hier die Arbeit der Regierungspartei „in der abgelaufenen Legislaturperiode mit dem vermuteten Ergebnis der Oppositionsparteien, wären diese an der Macht gewesen“ (Eith 1997: 40). Dann entscheidet sich für eine Partei, die seine Ziele am besten verwirklicht.

Der Rationalitätsbegriff im Kontext der Rational-Choice-Theorie ist eng definiert und darf nicht mit dem Alltagsverständnis von „rational“, im Sinne „einer begründeten Wahlentscheidung“ (Bürklin/Klein 1998: 108), verwechselt werden. Downs schränkt den „Rationalitätsbegriff“ auf „politische und wirtschaftliche Rationalität“ ein, um „tautologische Schlüsse“ und damit „Nicht-Falsifizierbarkeit“ (Downs 1968: 6) zu vermeiden.

„Der Begriff der Rationalität bezieht sich niemals auf die Ziele, die ein Individuum verfolgt, sondern ausschließlich auf die Mittel, die es bei der Verfolgung dieser Ziele anwendet. Als rational gilt dabei ein Verhalten, das die als gegeben unterstellten Ziele des Handlungsträgers möglichst effektiv realisiert. [...] Der Begriff der Rationalität bezieht sich immer nur auf Handlungsprozesse“ (Bürklin/Klein 1998: 108).

In diesem Zusammenhang hat die Rationalität also nichts mit den Zielen zu tun, die ein Wähler mit seiner Wahl verfolgt. Diese können im alltäglichen Sprachgebrauch durchaus „irrational“ sein, sein Verhalten wird im Rational-Choice-Modell als „rational“ betrachtet, wenn er aus einer Reihe von Alternativen diejenigen aussucht, mit denen er sein Ziel am ehesten zu erreichen glaubt.¹¹ In der Voraussetzung des Ra-

¹¹ In diesem Zusammenhang unterscheidet Downs zwischen rationalen Irrtümern und irrationalen Verhalten. „Ein rationaler Mensch, der systematisch irgendeinen Fehler begeht, wird damit aufhören, wenn er (1) entdeckt, worin der Fehler besteht, und wenn, (2) die Kosten der Behebung des Fehlers geringer sind als die aus der Behebung entspringenden Vorteile. Unter den gleichen

tionalitätsverständnisses muss der Wähler „Präferenzen besitzen“ (vgl. Zintl 1989: 53). Die Präferenzen der Wähler werden als „fix“ und „exogen“ modelliert, „d.h., die Präferenzen der Menschen sollen nicht erklärt werden, sondern es soll untersucht werden, wie sich Menschen bei konstanten Präferenzen unter welchen Umweltbedingungen (Restriktionen) verhalten“ (Bürklin/Klein 1998: 109). Nach Downs handelt ein Mensch rational, wenn er durch folgende Merkmale gekennzeichnet wird:

„(1) wenn er vor eine Reihe von Alternativen gestellt wird, ist er stets imstande, eine Entscheidung zu treffen; (2) er ordnet alle Alternativen, denen er gegenübersteht, nach seinen Präferenzen, so dass jede im Hinblick auf jede andere entweder vorgezogen wird oder indifferent oder weniger wünschenswert ist; (3) seine Präferenzordnung ist transitiv; (4) er wählt aus den möglichen Alternativen stets jene aus, die in seiner Präferenzordnung den höchsten Rang einnimmt; (5) er trifft, wenn er vor den gleichen Alternativen steht, immer die gleiche Entscheidung“ (Downs 1968: 6).

Allerdings gilt die unter 4. aufgestellte Bedingung nur, wenn die Person unter Sicherheit entscheiden kann. Das bedeutet, der Handlung muss ein bestimmtes Ergebnis zugeordnet werden können. Bei Entscheidungen unter Risiko besteht nur eine gewisse Wahrscheinlichkeit des Eintreffens der Erwartung. Also „konfrontiert der Akteur in der Handlungsentscheidung seine Präferenzen mit situativen Restriktionen, identifiziert er die beste realisierbare Alternative und handelt entsprechend“ (Zintl 1994: 504). Weil das Rational-Choice-Modell die individuellen Präferenzen der Wähler als stabil annimmt, „können Veränderungen im Wahlverhalten folglich auch nur durch Veränderungen der konkreten situativen Restriktionen erklärt werden“ (Bürklin/Klein 1998: 109). Einflüsse, die auf die Wahlentscheidung wirken, lassen sich folglich „nicht auf der Ebene des individuellen Wählers suchen, sondern in den spezifischen Charakteristika der Handlungssituationen, also der jeweiligen Wahl“ (ebd.: 109).

Die politische Funktion von Wahlen in einer Demokratie ist das Auswählen einer Regierung. Nach Downs ist rationales Wählen immer „instrumentell“, weil es „zielgerichtet“ (vgl. ebd.: 110) ist. Die anderen Funktionen der Wahlen werden von Downs ausgeblendet. Er sieht jede Wahl nicht nur als ein Mittel zur Regierungsbildung, sondern „auch eine Signalvorrichtung, welche die Zeichen entweder auf Kontinuität oder Wandel stellt“ (Peters 2000: 298). Gemäß dem Eigennutzaxiom handeln politische Parteien, um „Einkommen, Macht, Einkünfte und Prestige“ zu erlan-

Bedingungen wird ein irrationaler Mensch seine Irrtümer nicht korrigieren, weil er eine nichtlogische Neigung zu ihrer Wiederholung hat“ (Downs 1968: 9).

gen und „Ideologien entwickeln sich aus diesem Bestreben als Mittel zur Erreichung dieses Amtes“ (Downs 1968: 108). Im Downsschen Modell können Ideologien „als Leitbilder für eine ideale Gesellschaft“ (Peters 2000: 296) verstanden werden.

Mit einem staatlichen Amt verbundene Vorteile können jedoch nur dadurch erreicht werden, indem man gewählt wird. Deshalb besteht das Hauptziel der Regierenden, bzw. als regierende Partei in der Wiederwahl. Der Wahlsieg ist zugleich das Ziel der politischen Parteien, die derzeit nicht regieren. Um dieses Ziel zu erreichen, wird eine Regierung in einem demokratischen Staat versuchen, „die Zahl der für sie abgegebenen Stimmen zu maximieren und sie behandelt ihr politisches Programm lediglich als Mittel zu diesem Zweck“ (Downs 1968: 40). Die Parteiprogramme „bieten den Wählern jene politische Konzepte an, von denen sie glauben, dass sie die Mehrheit der Wähler ansprechen“ (Bürklin/Klein 1998: 113). Eine Partei benutzt ihr Parteiprogramm lediglich dazu, möglichst viele Wähler auf sich vereinigen zu können, Stimmen zu maximieren und so an die Macht zu kommen. „Parteien produzieren politische Programme nicht um ihrer selbst willen“ (ebd.: 113).

Der politische Prozess besteht aus den Parteien, welche Güter anbieten und Wählerstimmen nachfragen, und den Wählern, welche die Wahlstimme als Gut anbieten und politische Güter nachfragen. Das einzige Ziel der Parteien in diesem Prozess ist das Streben nach Macht. Der Rational-Choice-Wähler sucht sich die passende Partei nach dem Kriterium des zu erwarteten Nutzeneinkommens. Die programmatischen Aussagen der „konkurrierenden Parteien“ werden hier vom Wähler verglichen, „dahingehend, inwieweit sie geeignet sind, die real existierende Gesellschaft mit seinem persönlichen Bild von der ‚guten Gesellschaft‘ in Übereinstimmung zu bringen“ (Downs 1968: 38ff.). Um seine Wahlentscheidung zu treffen, bildet der Wähler „ein Parteiendifferential, bei dem er die vergangene Leistung, die Einschätzung der künftigen Leistungen und die Wahlchancen berücksichtigt“ (Peters 2000: 299) werden.

In einem Zweiparteiensystem ist dieses Parteiendifferential exakt die Differenz aus dem Nutzen der aktuellen Regierungspartei und dem zu erwartenden Nutzen der Oppositionspartei. Wenn das Parteiendifferential „positiv“ ist, „entscheidet der Wähler sich für die Regierungspartei“, wenn es „negativ“ ist, „für die Oppositionspartei“, wenn es aber „gleich null“ ist – gelangt er also zu keinem stichhaltigen Ergebnis – „enthält so er sich der Stimme“ (Bürklin/Klein 1998: 111) und bleibt indifferent. In einem Mehrparteiensystem muss der Wähler Mutmaßungen beachten, um die Chan-

cen der präferierten Partei abschätzen zu können. „Mehrparteiensysteme steigern den Druck auf die Wähler, irrational zu sein, also Nutzenkalkulationen zu unterlassen“ (Downs 1968: 150). Die Wahl einer voraussichtlich chancenlosen Partei ist nur dann rational, wenn der Wähler eine zukünftige verbesserte Auswahlmöglichkeit seinem gegenwärtigen Einfluss auf die Regierungsauswahl vorzieht.

Um sein Nutzeneinkommen abwägen zu können, braucht der Wähler Informationen. Nach Downs (1968: 45) hängt die Beurteilung des Wählers jeder Partei ab, „(1) von den Informationen, die er über ihre Politik hat, und (2) von der Beziehung zwischen den ihm bekannten Eigenheiten ihrer Politik und seiner Auffassung von der guten Gesellschaft.“ Der ideale Wähler Downs' ist der vollständig informierte Bürger, der die Fähigkeit besitzt, das Nutzenpotential verschiedener Parteien im Detail zu vergleichen, zu bewerten und der dadurch in der Lage ist, zu einer sicheren Entscheidung über die für ihn optimale Alternative zu gelangen. Der vollständig informierte Wähler ist die wenig realistische Hypothese der Theorie Downs'. „Kein Wähler, auch nicht der politisch noch so interessierte Staatsbürger wird über die konkreten Standpunkte der konkurrierenden Parteien zu allen politischen Streitfragen Bescheid wissen“ (Bürklin/Klein 1998: 111).

Die Wähler können keinesfalls sicher sein, ob die Parteien ihre Wahlversprechungen später auch tatsächlich einhalten. Deswegen „misst Downs dem Problem der Ungewissheit zentrale Bedeutung zu“ (Peters 2000: 299). Unsicherheit bildet sich in folgenden Fällen: „Ungewissheit über die zukünftigen Aktionen der Parteien und Ungewissheit über die Auswirkungen des Regierungshandelns auf des eigenen Nutzen der Wähler“ (Moshövel 2004: 136f.).

Wegen der Unmöglichkeit vollständiger Informationen in der Realität muss der Wähler „normalerweise unter 'Ungewissheit' entscheiden“ (Roth/Wüst 1998: 121). Ungewissheit ist jeder Mangel an sicherem Wissen über den Verlauf vergangener, gegenwärtiger, zukünftiger oder hypothetischer Ereignisse. Sie ist graduell und kann durch zusätzliche Informationen reduziert werden. Nach dem Modell von Downs ist jeder Akteur durch Ungewissheit gekennzeichnet. „In der wirklichen Welt hindern die Ungewissheit und der Mangel an Information selbst den intelligentesten und bestinformierten Wähler daran, sich so zu verhalten, wie wir es beschrieben haben“ (Downs 1968: 44). Downs räumt selbst ein, „dass die für eine rationale Entscheidung nötigen Informationen erst nach und nach erworben und sukzessive erstellt werden können und dass dieser Vorgang zwangsläufig mit Kosten für die Akteure verbunden ist“ (Moshövel 2004: 132):

a) übertragbaren Kosten, d.h. solche, „die der Wähler auf jemand anders abwälzen kann“ (vgl. Downs 1968: 204). In diese Kategorie fallen Analysekosten, d.h. der Aufwand zur Koordination der Informationen (Kosten-Nutzen-Abwägung) sowie Auswertungskosten, d.h. der Aufwand zur Erstellung des Parteiendifferentials. Diese Kosten werden dem Wähler im besten Fall weitgehend abgenommen: von seinem sozialen Umfeld, den Medien oder den Parteien selbst;

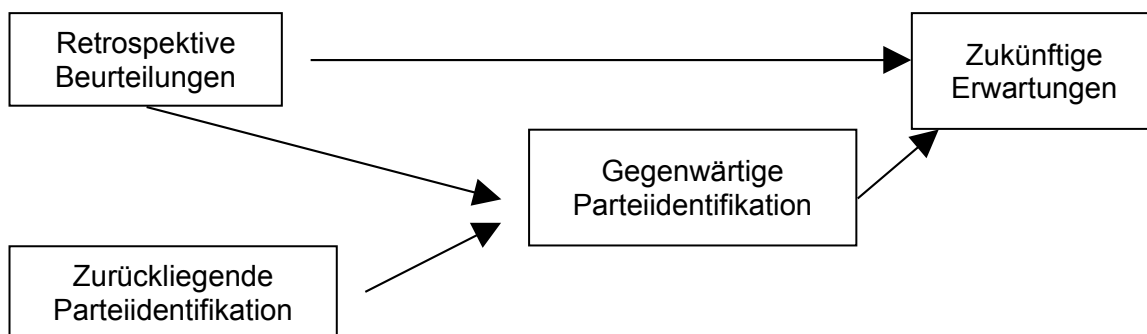
b) nicht übertragbaren Kosten, d.h. Beschaffungskosten: jeder Aufwand an Zeit (Zeitkosten) und Mühe zur Sammlung von Informationen: z.B. das allmorgendliche Lesen der Tageszeitung oder einfach das tägliche Gespräch mit Freunden und Bekannten. Zumindest diese Kosten muss der Wähler wohl oder übel auf sich nehmen, will er zu einer rationalen Entscheidung gelangen.

Der Wähler, der sich unvollständig informiert, muss die Kosten und den Nutzen, Arbeit und Aufwand, die nötig sind, gegeneinander abschätzen, berechnen und kalkulieren, um eine Entscheidung zu erreichen. „Je weniger Schritte der Wähler selbst durchführt, desto geringer werden für ihn natürlich die direkten Kosten“ (Downs 1968: 205). Im besten Fall sind die Kosten gleich null. Wenn die Kosten den erwarteten Nutzen übersteigen, muss der Wähler überlegen, ob sich der Aufwand überhaupt lohnt, ob „der Sieg einer bestimmten Partei sich hinsichtlich der für ihn daraus resultierenden Folgen als so relevant erweist, dass eine fundierte Analyse der Alternativen sich deutlich rentiert“ (Moshövel 2004: 133).

Bei dem Rational-Choice-Modell wird das Wahlparadoxon, das in der Folgezeit in der Rational-Choice-Literatur hinzukam, als ein wichtiges Problem diskutiert. „Wenn Wahlverhalten wirklich instrumentelles Verhalten ist, [...] dann macht es in Massendemokratien für den Einzelnen letztlich keinen Sinn, sich an Wahlen zu beteiligen“ (Bürklin/Klein 1998: 124). Wegen der Millionen anderen Wähler ist die Stimme eines Wählers eigentlich irrelevant. „Daher ist der Stimmzettel des Einzelnen nur ein Tropfen in einem Ozean“ (Downs 1968: 238). Zur Enträtselung des Wahlparadoxons wurden „zahlreiche Lösungen vorgeschlagen, die aber ihrerseits mit Komplikationen verbunden sind“ (Behnke 1999: 325). Um dieses Paradox aufzulösen, sucht Downs nach weiteren Vorteilen, die der Wähler von der Wahlteilnahme hat und die eine Teilnahme an selbiger erklären. Downs führt hier den Nutzen des Systems Demokratie für den Wähler an. Demokratie kann „ohne Beteiligung ihrer Bürger nicht funktionieren“ und sie ist in diesem Sinne „eine Belohnung für die Wahlbeteiligung“ (Bürklin/Klein 1998: 124) oder anders formuliert „die Wahlteilnahme ist der Preis für die Demokratie“ (Downs 1968: 264f).

Eine wichtige Weiterentwicklung des Ansatzes von Downs ist die Theorie der retrospektiven Wahlentscheidung oder „Retrospektive Voting“, die von Morris P. Fiorina (1981) formuliert und „am US-amerikanischen Beispiel erfolgreich getestet“ (Schultze 1991: 16) wurde. Dieses Modell wird in Abbildung 2.5 dargestellt.

Abbildung 2.5: Das retrospektive Modell von Fiorina



Quelle: Roth/Wüst 1998:124

Die Theorie retrospektiver Wahlentscheidung zeigt, dass „sich die Modelle des rationalen Wählerverhaltens besonders mit dem sozialpsychologischen Modell gut verbinden lassen“ (Roth 1998: 51). Der Ansatz von Fiorina berücksichtigt „nämlich nicht nur retrospektives und prospektives Wählen (Downs), sondern auch das Herzstück des Ann-Arbor-Modells, das Konstrukt der Parteiidentifikation“ (Roth/Wüst 1998: 123). Die Parteiidentifikation hängt von retrospektiven Einflüssen ab, die durch neue politische Erfahrungen der Veränderung unterliegen. Darum wird die Parteiidentifikation von diesem Modell in eine vergangene und eine gegenwärtige aufgeteilt. Das Modell zeigt sich als Weiterentwicklung der Theorien von Keys und Downs.

Die Argumentation von Downs ist bisher, dass der Wähler seinen Nutzen durch einen Vergleich der Regierungspartei in der zurückliegenden Legislaturperiode mit dem vermuteten Ergebnis der Oppositionsparteien, wären diese an der Macht gewesen, ermittelt, weil Informationen über zukünftige Ereignisse und zukünftiges Verhalten schwer bewertet werden kann. Fiorina entwickelte diese Situation weiter.

„Aufgrund der vergangenen Erfahrung schätzt ein Wähler die generalisierten Kompetenzen der Parteien ein, bewertet sie und kommt so ebenfalls zu einer

langfristigen kostenreduzierenden Parteibindung, die allerdings durch neue Erfahrungen auch wieder revidierbar ist“ (Eith 1997: 47).

Auf diese Weise „stellen die Wähler zumindest sicher, dass eine erfolgreiche Politik weitergeführt werden kann, während eine erfolglose Politik zur Abwahl der Regierung führt“ (Bürklin/Klein 1998: 113). In diesem Zusammenhang ist die ökonomische Situation ein Mittel zur Messung des Erfolgs der Politik. Der Wähler orientiert sich aber „nicht primär an seiner eigenen ökonomischen Situation, sondern vielmehr an der allgemeinen ökonomischen Situation“ (ebd.: 113). Die Parteiidentifikation zeichnet sich „als ein stark von retrospektiven Einflüssen abhängiges Element aus, das durch neue politische Erfahrungen der Veränderung unterliegt“ und deswegen unterscheidet dieses Modell nicht nur bei den Rational-Choice-Bestandteilen zwischen Vergangenheit und Zukunft, sondern „splittert die Parteiidentifikation in eine zurückliegende und eine gegenwärtige Parteiidentifikation auf“ (Roth/Wüst 1998: 123).

Eine weitere Theorie im Rational-Choice-Ansatz ist das expressive Wählen. G. Brennan und L. Lomasky (1985, 1993) schlagen gegen den instrumentellen Charakter der Wahlentscheidung das Konzept des expressiven Wählen vor. Ihre Argumentation nimmt zuerst an, dass Marktverhalten und politisches Verhalten kaum vergleichbar und nicht deckungsgleich sind. Die Grundannahme des Modells expressiven Wählen ist, dass „der Akt der Präferenzbekundung selbst einen Nutzen stiftet, der unabhängig vom Ergebnis der kollektiven Entscheidung ist“ (Bürklin/Klein 1998: 132). Nach Brennan und Lomasky wird die Wahlentscheidung „als intrinsisches Motiv“ (Pappi 1996: 241) oder „als Ausdruck eines tieferen Interesses, am Wahlakt selbst teilzunehmen“ (Roth/Wüst 1998: 124), verstanden. Die individuelle Wahlentscheidung motiviert man demnach nicht instrumentell, sondern expressiv und expressiver Nutzen ist größer als instrumenteller. „Ein Wähler zieht folglich einen expressiven Nutzen aus der Tatsache, dass er gemäß seiner politischen Präferenzen abstimmt“ (Bürklin/Klein 1998: 132). Für den Wähler ist ein Wahlsieg erwünscht, aber nicht notwendig. Darum spielt das Wahlparadox beim expressiven Wählen keine Rolle.

Obwohl die Rational-Choice-Theorie in den Wirtschaftswissenschaften ein bedeutendes Modell ist, wird die Theorie in der Politikwissenschaft kontrovers diskutiert. Bei der Kritik am Rational-Choice-Ansatz müssen die unterschiedliche Ausformungen dieses Modells beachtet werden.

“Bis auf den heutigen Tag besteht eine gewisse Unklarheit darüber, was unter

dem Begriff der Rational-Choice-Theorie zu subsumieren ist, was der Begriff der Rationalität im Bereich des Wählerverhaltens konkret bedeutet und wo die Vorteile und Grenzen des Rational-Choice-Ansatzes liegen“ (Bürklin/Klein 1998: 108).

Das Modell „setzt im allgemeinen hohe kognitive Fähigkeiten und Verhaltensintentionen voraus, deren Existenz bei der Mehrzahl der Wähler der theoretischen Diskussion stark umstritten ist“ (Busch 1997: 185). Einer der Hauptkritikpunkte ist die individualistische Perspektive des Modells von Downs, „die politische Gruppenakteure auf Individuen reduziert“ (Moshövel 2004: 75). Auch bietet diese Theorie keinen „Explikationswert“ für die Vorlieben der Wähler, „die als exogene Faktoren als gegeben und relativ stabil betrachtet werden“ (ebd.: 75).

Ein anderer Kritikpunkt ist, dass diese Theorie die hohen Wahlbeteiligungsraten in den meisten westlichen Demokratien, z.B. „in der Bundesrepublik bei gleichzeitig geringem Informationsstand der Wähler“ (Roth/Wüst 1998: 122), nicht erklären kann. Aufgrund der Nutzen-Kosten Asymmetrie hinsichtlich der Irrelevanz einer einzelnen Stimme erscheint es irrational, überhaupt zu wählen.

Bei Anwendung der Theorie in der empirischen Forschung treten Probleme auf. Gabriel (1999: 471) formuliert die beiden zentralen Probleme. Zum ersten „bezieht sich die für diese Theorien grundlegende Rationalitätsannahme ausschließlich auf zweckrationales Verhalten und blendet andere Formen sozialen Verhaltens aus.“ Zum zweiten „fehlt bisher eine überzeugende und allgemein akzeptierte Operationalisierung des für die ökonomische Theorie der Politik wichtigen Konstrukts der Nutzenmaximierung.“ Weil es keine akzeptierte Operationalisierung der Nutzenmaximierung gibt, kann die Anwendung des Rational-Choice-Modells zu unterschiedlichen Erklärungsmodellen führen. „Die herkömmliche Operationalisierung des Rational-Choice Ansatzes steckt in einer Sackgasse“, weil „die Situationsbeschreibung für den außerökonomischen Kontext zu eng ist“, und „die Prämisse des Modells des rationalen Wählers erscheint nicht angemessen und zudem realitätsfremd“ (Eith 1997: 45). Es gibt kaum empirische Studien diese Ansatzes, die über die Aggregatdatenanalyse hinausgehen.

2.3 Möglichkeiten und Grenzen der Erklärungsansätze

In den vorangegangenen Abschnitten wurden die wichtigsten Erklärungsmodelle des Wählerverhaltens dargestellt und die verschiedenen Zugänge dieser Theorien aufgezeigt. Dabei ist deutlich geworden, dass die unterschiedlichen Ansätze nicht als sich ausschließende Alternativen, sondern als komplementäre Erklärungsmodelle angesehen werden sollten, die für die bestimmte Wählergruppe besonders gute Erklärungsmöglichkeiten anbieten können. Andererseits sind aber auch die Schwierigkeiten der Wahlforschung deutlich geworden, den komplexen Prozess der Wahlentscheidung angemessen in theoretischen Modellen abzubilden. Gruppenspezifische Faktoren und Interessen, individuelle Handlungskalküle, Lang- und Kurzzeiteinflüsse werden kaum in einem einzigen Ansatz berücksichtigt. Wegen der unterschiedlichen Prämissen, Vorgehensweisen und Fragestellungen können die Erklärungsansätze nicht direkt verglichen werden. „Die Erklärungsmodelle beschränken sich auf verschiedene Facetten“ (Korte 2005: 82).

Das historisch-soziologische Erklärungsmodell untersucht in erster Linie die Präferenzstruktur der Wähler in Gruppeninteressen. Politische, ökonomische und kulturelle Faktoren werden durch eine Analyse des historisch „fundierten“ (Eith 1997: 57) und „gewachsenen“ (Korte 2005: 82) Konfliktmusters identifiziert. Diese Faktoren bedingen die Herausbildung und Stabilisierung von verschiedenen Gruppeninteressen. Wenn es um die kulturellen Faktoren und deren Wirkungen geht, werden sie durch die unterschiedlichen Regional- und Milieustudien deutlich gemacht. Politische Eliten haben in diesem Erklärungsmodell eine große Bedeutung. „Langfristig formulieren und repräsentieren sie die jeweiligen Weltbilder, kurzfristig aktualisieren sie diese in Form von tagespolitischen (Gruppen-) Forderungen anlässlich von Wahlen“ (Eith 1997: 57). Die Ursache des langfristigen Wahlverhaltens erklärt man durch die politische Wirkung der gesellschaftlichen Grundstrukturen und Milieus, „die nur einem schrittweise vorankommenden Veränderungsprozess unterliegen“ (Korte 2005: 82). Somit werden für politische Parteien Ausgangspotenziale und deren mittelfristige Veränderung abgeschätzt. „Kurzfristige Stimmungsumschwünge entziehen sich weitgehend dem Analyseinstrumentarium des soziologischen Ansatzes“ (Eith 1997: 57).

Der Rational-Choice-Ansatz bezieht sich auf einen gegensätzlichen Ausgangspunkt. Dieses Modell zeigt, dass nicht die Präferenzstruktur und Interessen der Wählerschaft, sondern die äußeren Bedingungen und Restriktionen des Handlungsraums, in dem die Wähler ihre Entscheidung zu treffen haben, die Einflussfak-

toren zur Erklärung des Wahlverhaltens sind. Wenn es sich bei der Entscheidung der Wähler um die kurzfristigen Umschwünge handelt, wird diese Situation als Reaktion auf veränderte Bedingungen wie die Arbeitslosenquote, die Inflationsrate usw. kommentiert. Natürlich nehmen die Wähler die Veränderungen der Restriktionen unterschiedlich wahr und wegen der spezifischen Situationen können diese Veränderungen unterschiedliche Reaktionen hervorrufen. Aber die Frage, „warum Restriktionsveränderungen zu unterschiedlichen Reaktionen führen“ (Eith 1997: 58), bleibt außerhalb des Gegenstands von Wahlanalysen in dieser Theorie. Das Verhalten der politischen Eliten hat auch im Rational-Choice-Modell „eine Schlüsselfunktion“ (Korte 2005: 83). Die politischen Parteien wollen ihre Stimmen maximieren, um an die Macht zu kommen. Darum bearbeiten sie die günstigsten Themen zu diesem Zweck und beeinflussen die Wählerschaft. Die Parteien als Anbieter richten sich dabei nach Kosten-Nutzen-Kalkülen, also immer nach den Wünschen ihrer potentiellen Nachfrage.

„Allerdings schärft dieses Wettbewerbsmodell mit seiner Orientierung an den Wünschen der potentiellen Käufer auch den Blick für die Mitverantwortung der Wähler am Zustand des politischen Systems. Diese Erklärungsperspektive hat ebenfalls ihre Grenzen. Nur unbefriedigend lassen sich im Rahmen einer Rational-Choice-Analyse letztlich langfristige Verschiebungen der Parteienpotentiale sowie regionale Unterschiede im Wählerverhalten erklären“ (Eith 1997: 58).

Das individualpsychologische Modell hat „eine gewisse Mittelposition“ (Korte 2005: 83) zwischen den soziologischen und rationalen Erklärungsansätzen. Das Wählerverhalten beschränkt sich nicht lediglich auf die soziale Struktur der den Wähler umgebenden Umwelt. Aus subjektiver Wahrnehmung erlangt der Wähler seine Einstellung, die seine Entscheidung bei der Wahl bestimmt. Die Sozialstruktur wirkt sich also nicht direkt auf die Wahlentscheidung aus, sondern vermittelt über politische Einstellungen. Drei zentrale Einstellungen Parteiidentifikation, Kandidatenorientierung und politische Sachfragen strukturieren das Wahlverhalten. Die Wahlentscheidung ist umso stabiler, je eindeutiger und konsistenter diese drei Einstellungen zusammenpassen. Die Präferenzstruktur der Wählerschaft „spiegelt sich in der Ausprägung und in der Verteilung der individuellen Parteiidentifikationen wieder“ (Korte 2005: 83). Dieses Erklärungsmodell richtet sich weniger auf die sozialstrukturellen Ursachen und die langfristigen Veränderungen. Bei aktuellen Wahlentscheidungen geht es um das Zusammenspiel von langfristiger Orientierung und kurzfristiger Problembewertung. Die Relevanz der Issueorientierung nimmt für die Ausprä-

gung einer Parteibindung zu. In diesem Zusammenhang „nähert sich der individualpsychologische Ansatz dem theoretischen Erklärungsmodell der Rational-Choice-Analyse an, ist allerdings wesentlich einfacher zu operationalisieren“ (Eith 1997: 58). Andererseits wird die Bedeutungszunahme der kurzfristigen Faktoren als eine Gefahr gesehen. „Wissenschaftliche Studien, die ausschließlich mit kurzfristigen Faktoren argumentieren, kommen oft zu sehr spezifischen Aussagen, die kaum auf andere Wahlen übertragbar sind“ (Arzheimer/Falter 2003: 583).

Die Wahlforschung ist in der empirischen Sozialforschung das am weitesten entwickelte Teilgebiet der Politikwissenschaft. Es gibt nicht einem umfassenden Modell, um das Wahlverhalten zu erklären. Die unterschiedlichen Erklärungsmodelle konzentrieren sich auf die eigenen Perspektiven und Schwerpunkte. „Die Modelle sind dabei keineswegs als maßstabsgetreu verkleinerte Abbilder der sozialen Wirklichkeit zu verstehen“ (ebd.: 564). Jedes Modell betont bestimmte Aspekte der Realität. Die Kombination von unterschiedlichen Erklärungsansätzen kann das Wahlverhalten besser erklären.

2.4 Die Erklärungsansätze und Übertragungsmöglichkeiten auf die Situation der türkischstämmigen Wählerschaft

Welche Konsequenzen für die theoretische Erklärung des Wahlverhaltens von türkischstämmigen Wahlberechtigten bei den Bundestagswahlen sind aus der bisherigen Diskussion zu ziehen? Mit welchen theoretischen Ansätzen kann man das Wahlverhalten von Deutsch-Türken erklären? Sind die Erklärungsansätze übertragbar und welche Bedeutung haben diese Modelle für das politische Verhalten von Deutsch-Türken?

Man muss zuerst feststellen, dass sich die Parteipräferenzen und das Wahlverhalten von Deutschen türkischer Herkunft von dem der gebürtigen Deutschen und in der Türkei lebenden Türken unterscheiden, dass die migrationsspezifischen Faktoren¹² und der kulturell-ethnische Hintergrund, also die ehemalige Staatsbürgerschaft, eine große Wirkung auf die Wahlentscheidung eingebürgerter Türken in Deutschland haben.

Während Wüst (2003a: 19) den sozialpsychologischen Ansatz, die Rational-Choice-Elemente und den Migrationshintergrund für die Erklärung der politischen Ein-

¹² Nach Wüst (2003a: 118) gelten die ehemalige Staatszugehörigkeit, das Einbürgerungsjahr, der Integrationsgrad und der Geburtsort als die migrationsspezifischen Faktoren.

stellungen und des Wahlverhaltens von Migranten anwendbar sieht und dabei theoretische Ansätze der Wahlforschung kombiniert mit solchen aus der Migrationsforschung verwendet, übernehmen Michon und Tillie (2003: 105ff.) das Konzept der Cleavages (Konfliktlinien) und das ökonomische Modell des Wahlverhaltens. Durch eine Kombination dieser Ansätze ist die Wahlentscheidung der Migranten erklärbar. Darüber hinaus ist er in seinen Studien zu den Ergebnissen gekommen, dass sich alle Migranten dem vorherrschenden politischen Links-Rechts-Diskurs anpassen und dass die Ethnizität und Ideologie für die Erklärung des Wahlverhaltens der Migranten eine wichtige Rolle spielen.

Bisherige Arbeiten, besonders in Deutschland (Wüst 2002) und in den Niederlanden (Tillie 1998, 2003) haben gezeigt, dass der klassisch- soziologische Ansatz und langfristige Faktoren der Wahlentscheidung für die Erklärung des Wahlverhaltens von eingebürgerten Personen in zu geringem Maße anwendbar sind. Eigentlich spricht man in der Wahlforschung von einer „fortschreitenden Entkopplung von Sozialstruktur und Wahlverhalten“ (Veen/Gluchowski 1988: 225ff). Klassische sozialstrukturelle Faktoren spielen für die Erklärung des Wahlverhaltens von Eingebürgerten „zwar eine Rolle, möglicherweise jedoch keine dominante“ (Wüst 2003a: 119), weil die eingebürgerten Wähler türkischer Herkunft „gegenüber der Gesamtheit der Wahlberechtigten nicht nur andere soziökonomische Strukturen aufweisen dürften“, sondern auch „der andere kulturell-ethnische Hintergrund dieser Gruppe sich auf die politische Meinung niederschlagen könnte“ (Goldberg/Humbert 1998: 4). Neben der Religionszugehörigkeit, die „eine zusätzliche Bedeutung für die Erklärung des Wahlverhaltens von Eingebürgerten hat“ (Wüst 2003a: 122), haben in diesem Rahmen die Faktoren Beruf, Bildungsgrad, Religiosität und Gewerkschaftsmitgliedschaft bei den politischen Präferenzen und dem Wahlverhalten partielle Erklärungskraft. Stattdessen „besitzen die ehemalige Staatsbürgerschaft bzw. Ethnizität und der Migrationshintergrund große Erklärungskraft“ (Wüst 2005: 142) für die politischen Einstellungen von Deutsch-Türken. In diesem Sinne ist der Migrationshintergrund ein sozialstrukturelles Merkmal.

Obwohl Klassen- und Religionskonfliktlinien, „die früher die wichtigsten Cleavages in Europa waren“, als wichtigste Identifikationen ihre Bedeutung verloren haben, „vertreten einige Wissenschaftler die Ansicht, dass sich neue Cleavages entwickelt haben, welche die Parteiensysteme und die Parteipräferenz gegenwärtig bestimmen,“ (Michon/Tillie 2003: 105). Diese neuen Konfliktlinien können von Land zu Land unterschiedlich sein und strukturieren neue Wählergruppierungen. Für die empirische Wahlforschung ergeben sich neue Konfliktlinien durch spezielles Wahl-

verhalten entlang ethnischer Cleavages, die traditionellen Cleavages überlagern. In diesem Zusammenhang stellt Wüst (2003a, 2003b) in Deutschland einen Migrationscleavage fest, der einerseits durch die jeweilige migrationsgruppenspezifische Parteipolitik determiniert und andererseits von der ehemaligen Staatszugehörigkeit der Neubürger geformt wird. Sowohl Erfahrungen mit Parteien im Rahmen der eigenen Migration- und Integrationsprozesse als auch mono- bzw. multikulturelle Gesellschaftskonzeptionen der Parteien spielen eine entscheidende Rolle. Er bezeichnet aufgrund seiner empirisch gewonnenen Erkenntnisse den Migrationshintergrund als wichtige, mittelfristig stabile Variable, die zur Erklärung und Prognose des Wahlverhaltens eingebürgerter Personen beiträgt. Der große Einfluss der ehemaligen Staatsangehörigkeit auf das Wahlverhalten zeigt sich in multivariaten Erklärungsmodellen, die versuchen, den Einfluss einzelner Variablen im Zusammenspiel mit vielen anderen, potenziell erklärungskräftigen Variablen zu bestimmen. Nach Wüst (2003a: 124) bestimmt auch „die Gruppenzugehörigkeit“, die von den Türken in Deutschland stark wahrgenommen wird, „das Wahlverhalten maßgebender als andere soziodemographische Faktoren.“

Die Cleavage-Theorie kann auch nach Michon und Tillie (2003: 105f.) die Frage besser erklären, warum Migranten bestimmte Parteien wählen. Sie gehen davon aus, dass die Wahlstrategien aus der Perspektive der wahlberechtigten Migranten innerhalb des Konzepts der Cleavages ausgemacht werden, dass Migranten in diesem Modell theoretisch drei Arten von soziologischen Identifikationen entwickeln können: „eine der Ethnizität, eine der Arbeiterklasse oder eine Schwarze.“¹³ Die Ethnizität spielt eine Rolle, wenn Migranten sich mit ihrer eigenen ethnischen Gruppe identifizieren. In diesem Fall wählen sie eine Partei, die sich auf die ethnische Herkunft gründet oder eine Person, die derselben ethnischen Gruppe angehört. Die Ethnizität ist hier ein erklärender Faktor. Wenn Migranten sich mit der Klassenzugehörigkeit identifizieren, wählen sie die Partei, welche die Arbeiterklasse repräsentiert. In diesem Fall spielt die Ethnizität keine Rolle. In der Bundesrepublik Deutschland gibt es keine Partei, die sich auf die ethnische Herkunft gründet. Aber die „Inhalte der Wahlprogramme der deutschen Parteien“ und ihre türkischstämmigen Kandidaten haben nicht nur auf das Wahlverhalten der eingebürgerten Türken, sondern auch auf die „Verbindung zwischen Parteien und eingebürgerten Wählern“ (Wüst 2005: 142) einen besonderen Einfluss. „Den situativen Einflussfaktoren der Kandidatenbewertung kommt eine größere Bedeutung als der Orientierung an Sachthemen zu“ (Eith 1997: 66).

¹³ „Schwarz bezieht sich in diesem Fall auf alle, die aufgrund ihrer Rassenzugehörigkeit diskriminiert werden“ (Michon/Tillie 2003: 105).

Die Theorien zu den situativen Einflussfaktoren können das Wahlverhalten der türkischstämmigen Wahlberechtigten noch besser und schlüssiger als die Theorien längerfristiger Einflussfaktoren erklären, weil die situativen Einflussfaktoren auf die eingebürgerte Gruppe türkischer Herkunft naturgemäß stärker als auf die deutschen Wähler wirken. Andererseits „stoßen Wahlanalysen langfristig-struktureller Art zunehmend auf Grenzen“ und „alle greifbaren Sozialvariablen vermögen einen beträchtlichen und steigenden Anteil des Wählerverhaltens nicht mehr zu erklären“ (Rudzio 2000: 216). In dieser Hinsicht hat das Rational-Choice-Modell des Wahlverhaltens zwei Bedeutungen in der Wahlforschung von Migranten. Zum ersten lassen sich „kurzfristige Stimmenumschwünge“ im Allgemeinen besser durch das „Untersuchungsdesign des Rational-Choice-Ansatzes und des Ann-Arbor-Modells analysieren“ (Eith 1997: 59). Zum zweiten wird dieses Modell noch einfacher operationalisiert. „Es bezieht sich auf alle Bürger gleichgültig, welcher ethnischen Herkunft sie sind“ (Michon/Tillie 2003: 105).

In diesem Modell wählt jeder Bürger für die Partei, von der er sich die meisten Vorteile verspricht. Vielmehr wird der kurz- und mittelfristige Nutzen in den Mittelpunkt gestellt und die Wahlentscheidung an diesen Nutzenerwartungen ausgerichtet. Personen wählen jeweils die Partei, die ihrer aktuellen Interessenlage entsprechend den größten Nutzen für die Person erbringt, wenn diese Partei an die Regierung kommt. Personen wählen die Partei, der sie die höchste Lösungskompetenz bei für wichtig erachteten Problemen zuschreiben. Wichtige Fragen sind: Welche Probleme erachtet der türkischstämmige Wähler für wichtig (Problemrelevanz) und von welcher Partei nimmt er an, dass sie diese am ehesten in seinem Sinne lösen kann (Problemlösungskompetenz)? Zugleich kann angenommen werden, dass die Parteien als rationale Akteure ein wachsendes Interesse an der Mobilisierung von Eingebürgerten haben müssen, um Wählerstimmen zu maximieren.

Der Untersuchung des Wahlverhaltens der türkischstämmigen Wähler in Deutschland liegen als Konsequenz der bisherigen Diskussion folgende Annahmen zugrunde: Das Wahlverhalten lässt sich migrationsanalytisch als Wechselwirkung zwischen der Ethnizität, dem Migrationscleavage und kurzfristig-situativen Faktoren verstehen. Langfristig wirksame und historisch soziologische Einflussfaktoren können das politische Verhalten von Deutsch-Türken nicht genügend erklären. Den Migrationshintergrund muss man als einen sozialstrukturellen Faktor beachten. In diesem Kontext ist das Wahlverhaltensmuster der türkischstämmigen Wählerschaft am besten durch eine Kombination der oben vorgestellten Modelle, dem Migrationshintergrund bzw. der Ethnizität und den Einflüssen der Türkei (türkische Regierungen,

Parteien und Politiker) und türkischen Massenmedien in Deutschland erklärbar, die für die Wählerschaft türkischer Herkunft besonders bestimmende Faktoren sind. „Die Kombination von verschiedenen theoretischen Perspektiven und unterschiedlichen methodischen Analysestrategien eröffnet der empirischen Wahlforschung einen erfolgversprechenden Weg“ (Eith 1997: 60).

2.5 Zusammenfassung

Im vorangegangenen Kapitel wurden die wichtigsten Erklärungsmodelle des Wahlverhaltens, ihre Möglichkeiten, Grenzen und Übertragungsmöglichkeiten auf die Situation der Wählerschaft türkischer Herkunft vorgestellt. Am Ende dieses Kapitels sollte deutlich geworden sein, dass die Wählerentscheidung sowohl von langfristigen (strukturellen) als auch von kurzfristig-situativen Faktoren bestimmt wird und dass die unterschiedlichen Erklärungsmodelle durchaus komplementär sind.

Nach dem soziologischen Ansatz von Lazarsfeld wird das Wahlverhalten durch den sozioökonomischen Status wie die soziale Klasse, die Religionszugehörigkeit, den Beruf und den Wohnort des Wählers beeinflusst, während das Cleavage-Modell von Lipset und Rokkan von vier Hauptkonfliktlinien (Zentrum vs. Peripherie, Staat vs. Kirche, Stadt vs. Land und Arbeit vs. Kapital) in der Gesellschaft ausgeht, denen die Parteien zugeordnet werden können. Personen werden dann auf den Polen dieser Konflikte lokalisiert und dementsprechend wird auf das Wahlverhalten geschlossen.

Im Gegensatz zum sozialstrukturellen Ansatz geht es dem sozialpsychologischen Ansatz von Campbell et al. darum, das Wählerverhalten nicht lediglich auf die soziale Struktur der den Wähler umgebenden Umwelt zu beschränken. Das Individuum selbst steht hier im Mittelpunkt. Die Sozialstruktur hat keine direkte Einwirkung auf die Wahlentscheidung, sondern vermittelt über politische Einstellungen. Das Wahlverhalten wird durch die Parteiidentifikation, Kandidatenorientierung und politische Sachfragen strukturiert. Während das Konzept der Parteiidentifikation einen langfristigen Einflussfaktor beschreibt, handelt es sich bei der Themen- und Kandidatenorientierung um kurzfristig wirksame Faktoren. Die persönliche Wahlentscheidung wird durch das Zusammenspiel dieser lang- und kurzfristigen Einflüsse determiniert.

Der Rational-Choice-Ansatz geht von der rationalen Nutzenkalkulation der Wähler aus. Die Parteien agieren als Anbieter politischer Programme, die von den Wählern

nachgefragt werden. Die Entscheidung des Wählers für ein bestimmtes Programm bzw. eine Partei richtet sich dabei nach Kosten-Nutzen-Kalkülen. Sie wählen die Partei, von der sie den größten Nutzen erwarten.

Diese verschiedenen Ansätze des Wahlverhaltens sind jeder für sich nicht anwendbar, um sowohl das Wählerverhalten von Deutschen als auch von Deutsch-Türken zu erklären, weil jedes Modell eigene Grenzen, Möglichkeiten und Fragestellungen hat. Die Erklärung des Wahlverhaltens der türkischstämmigen Wahlberechtigten mittels dieser Theorien ist wegen der migrationsspezifischen Faktoren, besonders durch langfristig wirksame Einflussfaktoren, nicht praktikabel. Neben den situativen Faktoren haben der Migrationshintergrund, Migrationscleavages, die Ethnizität und Gruppen- und Religionszugehörigkeit eine große Bedeutung, um das Wahlverhalten eingebürgerter Türken zu erklären.

3 Die Entwicklung des politischen Lebens von Türken in der Bundesrepublik Deutschland

Das Wahlverhalten wird nur „unter sehr speziellen Fragestellungen als singuläres Phänomen“ (Eith 1997: 70) betrachtet, etwa wenn es sich bei der Wahlforschung um den Migrationshintergrund handelt. Im folgenden Kapitel gilt es, die historische Entwicklung des politischen Lebens von Türken in der Bundesrepublik Deutschland zu untersuchen. Entsprechend den dargelegten Arbeitshypothesen dieser Studie stehen hierbei die Fragen nach den wahlverhaltensrelevanten Entwicklungen im Vordergrund. Wie hat sich das politische Leben von Türken in Deutschland formiert? Inwieweit dürfen die Türken in Deutschland politisch partizipieren? Welche politischen Partizipationsformen stehen den in Deutschland lebenden Türken zur Verfügung? Inwieweit und inwiefern interessiert Politik die Türken? Von welchen politischen Organisationen wird ihr Interesse vertreten und inwieweit steht das politische Interesse mit der Einschätzung der Institutionen als Interessenvertretung in Zusammenhang? Welche politische Bedeutung hat die Einbürgerung für die Türken? Wie viele türkischstämmigen Wähler und Wählerinnen gibt es in der Bundesrepublik Deutschland?

Die nachfolgende Untersuchung gliedert sich entsprechend dieser Ausrichtung in fünf Teile. Zuerst soll präzisiert werden, welche politischen Partizipationsmöglichkeiten die Türken haben und wie sie partizipieren. Anschließend ermöglicht die Diskussion über das politische Interesse und die politische Integration einen Überblick über die historische Entwicklung. Die Interessenvertretung durch politische Institutionen nach Meinung der Türken soll in erster Linie bearbeitet werden, weil sie für die Beurteilung von deutschen Parteien und das Wahlverhalten der türkischstämmigen Wählerschaft maßgeblich sind. Nach der Einbürgerungsentwicklung lassen sich schließlich am Ende dieses Kapitels die Größe und Zahl der türkischstämmigen Wahlberechtigten für die Bundestagswahlen 2002 und 2005 berechnen und diskutieren.

3.1 Politische Partizipationsmöglichkeiten

In einer Demokratie ist es wichtig, dass allen gesellschaftlichen Gruppen die Möglichkeit geboten wird, ihre Sichtweisen in den politischen Diskurs einzubringen, weil Partizipation die Basis der demokratischen Gesellschaft und „ein zentraler Qualitätsfaktor politischer Steuerung in repräsentativen Demokratien“ (Kornelius /Roth 2004: 7) ist. Demokratische Beteiligung in vielfältiger Weise ist gleichzeitig auch eine Grundbedingung für die Legitimation staatlicher Aktivität. Andererseits aber nimmt Partizipation an, dass Menschen über Ressourcen wie etwa Zeit, Bildung, Wissen, soziales Kapital etc. verfügen, um sich zu engagieren. Die Wahrnehmung individueller und politischer Rechte hängt nicht nur mit dem Rechtsstatus, sondern auch „mit unterschiedlichen Rahmenbedingungen“ (vgl. Roth 2000: 39) zusammen. Grundvoraussetzung für soziale und politische Partizipation sind entsprechende Interessen und Einstellungen, die sich durch Sozialisation vor-, neu- und weiter formen.

Politische Partizipation kann man in unterschiedlicher Form, konventionelle /institutionalisierte oder unkonventionelle fördern, organisieren und praktizieren. Die Frage, wer sich an demokratischen Entscheidungen beteiligt, ist eng verbunden mit der Form politischer Teilhabe. Nach Woyke (1990: 101) wird die Beteiligung der Bürger am politischen Entscheidungsprozess in fünf Möglichkeiten zusammengefasst:

- Wahlen und Abstimmungen
- Mitgliedschaft in Parteien
- Mitgliedschaft in Interessenverbänden
- Mitgliedschaft in Bürgerinitiativen
- Individuelle Einwirkung auf den Gesetzgeber oder die öffentliche Meinung

Zur institutionalisierten politischen Partizipation zählen die Teilnahme an Wahlen und Volksentscheiden, die Mitgliedschaft in Parteien und Interessensvertretungen oder die Kandidatur für ein politisches Amt. Die unkonventionelle Beteiligung „– legal oder illegal – findet ohne institutionellen Rahmen wie Studentenproteste, Demonstrationen oder Boykotte statt“ (Kornelius/Roth 2004: 27), d.h. Partizipation bedeutet Beteiligung, Teilhabe aber auch Einbeziehung, Mitwirkung und Tätigkeit in allen gesellschaftlichen oder sozialen Bereichen wie Bildung und Kunst, Beruf und Hobby, Sport und Freizeit, Betrieb, Verein oder Verband.

„Von institutionalisierten Partizipationsformen ist dann zu sprechen, wenn das repräsentativ-parlamentarische System einen bestimmten Weg der Einfluss-

nahme strukturell vorsieht; mittels nicht-institutionalisierter Partizipationsformen wird versucht, durch Kanäle außerhalb des Systems Einfluss zu gewinnen.“ (Uehlinger 1988: 114)

Der Begriff „Partizipation“ soll im Rahmen dieser Arbeit als die aktive Beteiligung von Personen oder Personengruppen „bei der Erledigung der gemeinsamen politischen Angelegenheiten“, die Teilhabe „an politischen Willensbildungsprozessen, insbesondere an Wahlen und an Verwaltungsentscheidungen“ (Schubert/Klein 2001: 219) verstanden werden.

Seit einigen Jahren werden die politischen Partizipationsmöglichkeiten der Migranten von Wissenschaftlern diskutiert. Die Möglichkeiten der politischen, sozialen, beruflichen und kulturellen Teilhabe von Migranten sind wichtige Rahmenbedingungen für Integrationsprozesse, weil die Integration „als die Möglichkeit zur Teilnahme und Teilhabe am Leben angesehen wird“ (Kasdanastassi 2001: 37). In diesem Zusammenhang ist die politische und soziale Partizipation von Türken in Deutschland ein vielseitiges Phänomen, da „die Zuwanderer türkischer Herkunft in Deutschland die bedeutendste Minderheitengruppe in Bezug auf politische Forderungen sind“ (Duyvene de Wit/Koopmanns 2001: 29). Grundsätzlich steigt ihre Bedeutung als aktive oder passive Mitgestalter deutscher Politik, weil die Zahl der Wählerschaft türkischer Herkunft weiter steigen wird.

„Zwei Themen“ (Diehl et al. 1998: 9) stehen im Mittelpunkt der Teilnahme von Migranten an organisierten politischen Aktivitäten. Zum einen wird darüber diskutiert, wie sich die politische Partizipation von Migranten in den deutschen Institutionen gestalten lässt, „um eine stärkere Segregation der Minoritäten zu vermeiden“ (Çetinkaya 2000: 113). Die Diskussion über die Möglichkeiten der stärkeren Einbindung von Migranten in die politischen Entscheidungsprozesse und die Bedingungen, die an den Zugang zur Staatsbürgerschaft geknüpft sein sollten, beherrschen dabei die Diskussion. Zum anderen wird eine Öffnung der deutschen Gesellschaft gegenüber Nichtdeutschen kritisch gesehen, „weil Wertvorstellungen der Majorität und Minorität nicht übereinstimmen, und somit auch keine Vereinbarkeit der Einstellungen möglich ist“ (ebd.: 113).

Bei dieser Diskussion geht es vor allem um die Gruppe der türkischen Migranten, die „schon aufgrund ihrer zahlenmäßigen Stärke besonders sichtbar ist“ (Diehl et al. 1998: 9). Einerseits stellt sich die Frage nach ihrer Integration in das politische und soziale System der Aufnahmegesellschaft besonders dringlich. Andererseits lässt sich argumentieren, dass die Türken „aus einem anderen Kulturkreis“ kom-

men, dass sie in Deutschland durch die Moscheen, türkische Läden, Kindergärten usw. „eine Parallelgesellschaft“ entwickeln und dass eine zunehmende „Einbeziehung in die deutsche Gesellschaft gar nicht möglich ist“ (Diehl et al. 1998: 9).

Die soziale und politische Partizipation türkischer Migranten in Deutschland hat individuelle und institutionelle Rahmenbedingungen. Die rechtlichen Rahmenbedingungen der Partizipation sind in Deutschland „restriktiv und liberal: Die Erfolgsaussichten der deutschlandbezogenen politischen Mobilisierung sind aufgrund des mangelnden Wahlrechts gering“ (Diehl 2002: 215). Die individuellen Rahmenbedingungen hängen neben der Zeit, der Bildung, dem sozialen Kapital usw. von der „Unterbrechung des politischen Sozialisationsprozesses und der Entpolarisierung der Migranten“ (Thränhardt/Hunger 2000: 31), von „einem geringen kulturellen Assimilationsausdruck, der auf die Migranten ausgeübt wird“ (Diehl 2002: 215), von „der Wahrnehmung gesellschaftlicher Probleme und der Betroffenheit“, von „der Artikulationsfähigkeit für individuelle Interessenlagen“ und von „der Motivation und Gratifikation für partizipatives Verhalten“ (Alemann 1978: 50ff.) ab.

Die soziale Partizipation bezeichnet die Partizipation in kulturellen, religiösen und freizeitorientierten Vereinigungen. Obwohl das Umfeld bei den herkunftslandorientierten Vereinigungen „ethnisch segregiert ist“, spielen bei den Vereinigungen des Aufnahmelandes „ethnische Kriterien keine Rolle mehr“ (Diehl et al. 1998: 49). Für viele türkische Migranten haben diese Vereine eine wichtige Bedeutung im Alltagsleben, denn sie greifen ihre Bedürfnisse auf und verfolgen mit unterschiedlichem Erfolg das Ziel, gemeinsame Interessen zu bündeln und zu artikulieren. Dieses Ziel ist nicht nur auf der sozialen Ebene, sondern auch auf der politischen Ebene sehr wichtig, weil diese unpolitischen Gruppierungen als „Vorform politischer Aktivitäten“ (vgl. Jenkins 1981: 117) betrachtet werden können und bei den Mitgliedern „für die öffentlichen Angelegenheiten“ (Diehl et al. 1998: 40) ein Interesse erregen können. In diesem Zusammenhang spielen Migrantenselbstorganisationen eine wichtige Rolle, die in der Vergangenheit und in der Gegenwart als ein Mittel aufgegriffen wurden, sich am politischen Leben zu beteiligen.

Die Selbstorganisationen der Migranten in Deutschland „dienten den Betroffenen für über drei Jahrzehnte als einzige Partizipationsmöglichkeit“ und spielen eine wichtige Rolle als Brücke „im Vermittlungsprozess zwischen Migranten und Institutionen des Aufnahmelandes“ (Assimenios 2001: 19). Mit den Selbstorganisationen sind bei Türken sehr viel stärker als bei Deutschen die Erwartung verbunden, oft aus der Migrationssituation entstandene spezifische Interessen zu vertreten. In

über 40 Jahren haben türkische Migranten in Deutschland innerhalb ihrer ethnisch-kulturellen Kommunikationskreise viele Organisationen gebildet, die von völlig unpolitischen Vereinen unterschiedlichster Zielsetzung bis hin zu Organisationen mit hauptsächlich politischen Ambitionen reichen. Diese Selbstorganisationen, „deren integrative Wirkung jedoch kontrovers diskutiert wird“ (Halm/Sauer 2005: 5), können praktisch viele wichtige Aufgaben übernehmen. Sie können erstens als soziale Träger Maßnahmen anbieten und eine Brückenrolle zwischen den Institutionen/Projekten und den jungen Migranten und deren Eltern übernehmen. Die Mitglieder bekommen in vielen Bereichen Bildung, Beratung, Informationen, Hilfe und Unterstützung. Die Partizipation in diesen Organisationen vermittelt Sicherheit und Schutz, Gemeinschaftsgefühle und Selbstachtung. Diese Organisationen aktivieren die private Selbsthilfe und vernetzen das soziale Kapital. Die Selbstorganisationen stellen eine wichtige kollektive Strategie dar, als Pressuregroup, also als Interessenvertretung, zum Abbau sozialer und ökonomischer Ungleichheit. Diese Organisationen artikulieren eigene Bedürfnisse, um partizipative Lösungsstrategien zu formulieren und ihre Landsleute zu mobilisieren. Auch bei den türkischen Selbstorganisationen macht sich immer stärker das Bewusstsein bemerkbar, „dass man sich als dauerhaft hier lebende Bevölkerungsgruppe um eine Verbesserung der Lebensbedingungen und Lebenssituation im Zuwanderungsland bemühen muss“ (Aydın 1998: 99).

Nach der Untersuchung von Küçükhüseyin (2002: 9) haben diese Organisationen das gesamte Spektrum der türkischen politischen Landschaft, von linksextremistischen, über extremnationalistische bis zu extremistisch religiös-politischen Positionen in die Bundesrepublik verpflanzt. Ihre genaue Zahl ist nicht ermittelbar. Eine präzise Trennung türkischer Organisationen nach Zielen, ideologischen Ausrichtungen oder Aktivitäten ist nicht möglich. Dies hängt in erster Linie mit der Tatsache zusammen, dass die Organisationen, unabhängig von ihrem politischen Standpunkt, auf die Bedingungen in beiden Ländern reagierten, da türkische Migranten in Beziehung sowohl zum Herkunftsland als auch zum Aufenthaltsland standen. Diese Organisationen haben mit der Erkenntnis der Niederlassung von Türken in Deutschland, migrationsspezifische Aktionen entwickelt, „entweder um die Herkunftsidentität zu erhalten, die Integration in die deutsche Gesellschaft zu erleichtern oder um die Interessen der Migranten in Deutschland, soziale, rechtliche und politische Gleichstellung, zu fördern“ (Küçükhüseyin 2002: 10).

„Obwohl sich die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für Migrantenselbstorganisationen in den letzten Jahren ganz entscheidend zum Positiven verändert haben, die Potenziale von Migrantenselbstorganisationen deutlich gestie-

gen sind, ihre Arbeitsbereiche sich ständig erweitert haben und vielen Organisationen eine Professionalisierung ihrer Arbeit gelungen ist, sind Migrantenselbstorganisationen als politischer Faktor, als potenzielle organisatorische Basis kollektiver Interessenfindung, Problemartikulation, Willensbildung und gezielter Einflussnahme im Gefüge der BRD-Gesellschaft noch schwach“ (Jungk 2002: 2).

Den Mittelpunkt der partizipalen Diskussion bildet die politische Partizipation, weil die konventionellen politischen Partizipationsmöglichkeiten für die türkischen Migranten in Deutschland beschränkt sind und die Formen der politischen Beteiligung zum großen Teil von der Struktur der ihnen gebotenen politischen Möglichkeiten abhängen. Der Unterschied in den Partizipationsmöglichkeiten und -rechten von Deutschen und Nichtdeutschen liegt hauptsächlich in der Ausübung des aktiven und passiven Wahlrechts, von dem Ausländer ausgeschlossen sind, d.h. „das Repräsentationsprinzip gilt für sie nicht“ (Çetinkaya 2000: 115). Die Ausnahme stellen hier die Migranten dar, die über die deutsche Staatsbürgerschaft verfügen. In Deutschland werden „in Bezug auf Wahlen und die Wählbarkeit in öffentliche Ämter auf lokaler Ebene und/oder allen politischen Ebenen explizit nur die eigenen Staatsangehörigen angesprochen“ (Waldrauch 2003: 86), d.h. das aktive und passive Wahlrecht wird nur ihnen zugesprochen. Türken haben „ihr Wahlrecht“ verloren, als sie „ihre Heimat verließen“ (Çetinkaya 2000: 115). Sie können bislang nur teilnehmen, wenn sie zum Wahlzeitpunkt in der Türkei sind. Erst 2008 hat das türkische Kabinett beschlossen, das Briefwahlrecht für im Ausland lebende Türken einzuführen. Dies soll für politische Parteien, nicht aber für unabhängige Kandidaten (als solche treten häufig kurdische Politiker auf) gelten.

Die EU-Bürger haben seit 1994 das Recht, auf kommunaler Ebene, nicht aber bei Wahlen auf Landes- oder Bundesebene, zu wählen. Diese Möglichkeit wurde durch den Maastrichter Vertrag im Jahr 1992 geschaffen. Mit dem Maastrichter Vertrag wurde die Unionsbürgerschaft eingeführt.

„Jeder Unionsbürger besitzt mit Wohnsitz in einem Mitgliedsstaat, dessen Staatsangehörigkeit er nicht besitzt, in dem Mitgliedsstaat, in dem er seinen Wohnsitz hat, das aktive und passive Wahlrecht bei den Wahlen zum Europäischen Parlament, wobei für ihn dieselben Bedingungen gelten wie für die Angehörigen des betreffenden Mitgliedsstaates.“¹⁴

Diese Bestimmung gilt auch für die Kommunalwahl in den EU-Ländern. In Deutsch-

14 Artikel 8b, Abs. 2 des EG-Vertrages, in: Assimenios 2001: 15.

land hat sich die gemeinsame Verfassungskommission von Bundestag und Bundesrat diesbezüglich auf den neuen folgenden Artikel geeinigt:

„Bei Wahlen in Kreisen und Gemeinden sind auch Personen, die die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedsstaates der europäischen Gemeinschaft besitzen, nach Maßgabe von Recht der Europäischen Gemeinschaft wahlberechtigt und wählbar.“¹⁵

Dagegen wurde das kommunale Wahlrecht für Zuwanderer aus Nicht-EU-Staaten vom Bundesverfassungsgericht am 31. Oktober 1990 als Verstoß gegen das Grundgesetz beurteilt. Diese Bestimmung hat die konventionellen Partizipationsmöglichkeiten von nicht europäischen Bevölkerungsgruppen ausgeschlossen, obgleich die in Deutschland lebenden Migranten überwiegend nicht Unionsbürger sind. „Allein die türkische Bevölkerung in NRW übertrifft die gesamte Zahl der EU-Ausländer“ (Ulusoy 2002: 2). Trotzdem wurde das kommunale Wahlrecht von den Türken „immer wieder gefordert“ (Şen 1992: 79). Mit einem Wahlrecht auf Kommunalebene könnte man erreichen, dass sich Türken in Deutschland zumindest mit der Kommunalpolitik auseinander setzen und an der demokratischen Mitbestimmung teilhaben. Solch ein Vorstoß von Schleswig-Holstein und Hamburg scheiterte jedoch „an einer Verfassungsklage von CDU/CSU“ (BVerfGE 83, 73, 60ff). Es erforderte eine Verfassungsänderung, wollte man den hier lebenden Türken ein Kommunalwahlrecht einräumen.

Die Migranten können ihre politischen Rechte nur gewährleisten, wenn sie die deutsche Staatsbürgerschaft erwerben. Die Einbürgerung ist der einzige Weg, um gleichberechtigt an Wahlen und an der politischen Willensbildung teilzuhaben. Ohne deutsche Staatsbürgerschaft ist die Beteiligung am politischen Willensbildungsprozess begrenzt, weil die Migranten nicht zum Wahlvolk gehören und somit in der Regel von der zentralen demokratischen Mitbestimmungsform ausgeschlossen sind. Andererseits haben sie andere politische Beteiligungsmöglichkeiten, die nicht mehr wie das Wahlrecht diskutiert werden. Diese Möglichkeiten sind „die Übernahme von Parteiämtern sowie die Gründung von Partner- und Unterorganisationen deutscher Parteien von Mitgliedern mit Migrationshintergrund seit den 1990er Jahren“¹⁶, oder die Arbeit von kommunalen Ausländerbeiräten.

In Bezug auf die Beteiligung am politischen Leben in Deutschland kommt der Par-

¹⁵ Artikel 28, Abs. 1, Satz 3 des Grundgesetzes, in: Assimenios 2001: 16.

¹⁶ Reißlandt, Carolin: Politische Partizipation von Migrantinnen und Migranten, in: http://www.bpb.de/themen/H9O99X,0,0,Politische_Partizipation_von_Migrantinnen_und_Migranten.html, 22. Juli 2007.

teimitgliedschaft große Bedeutung zu und in diesem Sinne haben Migranten die gleichen Rechte wie Deutsche. Nichtdeutsche „dürfen in Deutschland Parteimitglieder werden (eine Ausnahme bildet die CSU, die nur Deutsche als Mitglieder zulässt)“, das Wahlrecht und das Recht, „Parteien zu gründen, sind hingegen Deutschen vorbehalten“ (Diehl et al. 1998: 20). Der Organisationsgrad von Türken in politischen Parteien ist im Verhältnis zum Bevölkerungsanteil sehr gering. „Der Wille, an den politischen Verhältnissen aktiv mitzuwirken, wird an der Mitgliedschaft türkischer Migranten in den etablierten Parteien deutlich“ (Aydin 1998: 97). Obwohl es bisher keine gesicherten Daten über die Mitgliedszahlen von Türken in politischen Parteien gibt, kann man aus Beobachtungen und Erfahrungen sagen, dass nur Wenige den Weg in eine Partei finden, Mitglied werden oder sich um ein politisches Amt bewerben. Der 2000 durchgeführte Integrationssurvey des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung zeigt, dass „sich junge türkischstämmige Frauen auch bei der Entscheidung für eine Parteimitgliedschaft stärker als türkischstämmige Männer zurückhalten“ (Glatzer 2004: 84).

Das einzige institutionalisierte Mittel bildet für die in Deutschland lebenden Nicht-EU-Ausländer der Ausländerbeirat, in einigen Städten auch Ausländerrat oder Integrationsbeirat, um Einfluss auf das politische Leben auf kommunaler Ebene zu nehmen. Diese Beiräte werden als „eine Antwort auf die zunehmende Zahl ausländischer Einwohner in den Gemeinden und ihres fehlenden Wahlrechts“ (Detjen 2000: 173) gesehen. Ausländerbeiräte sind „der institutionelle Versuch und das gelungene Experiment der partizipatorischen und eigenständigen politischen Integration“ ethnischer Minderheiten und haben „innerhalb ethnischer Minderheiten eine ungeheure Integrationsleistung vollbracht“ (Kabis 2002: 6). Die Wahl des Ausländerbeirates entspricht in seiner Form anderen demokratischen Wahlen. In der Regel sind die seit mindestens sechs Monaten in der Gemeinde wohnenden Ausländer wahlberechtigt. Zudem wahlberechtigt sind auch Deutsche, die durch Einbürgerung die deutsche Staatsbürgerschaft erworben haben.

Die politische Relevanz der Ausländerbeiräte ist sehr gering, weil sie nur eine beratende oder empfehlende Rolle haben. Die Wahlbeteiligung von Migranten an Ausländerbeiräten ist „sehr niedrig“ und „dieser Mangel stellt die Legitimität der Ausländerbeiräte ernsthaft in Frage“ (Detjen 2000: 174). Die Gründe für die geringe Wahlbeteiligung sind vor allem „in der mangelnden Demokratiefähigkeit von Migranten zu suchen“, dies wird dem Dilemma, in dem sich „die Ausländerbeiräte und mit ihnen die politische Selbstvertretung von Migranten befinden, jedoch nicht gerecht“ (Kabis 2002: 6). Wegen geringer Wahlbeteiligung und „mangelnder Rückkopplung

zur Basis ist die demokratische Legitimationsbasis der Ausländerbeiräte problematisch“ (Kasdanastassi 2001: 51). Darum wurde mittels einer Experimentierklausel in der Gemeindeordnung in NRW neue Modelle eingeführt: der Migrations- bzw. Integrationsrat oder Migrations- bzw. Integrationsausschuss. „Er besteht zu einem Drittel aus Mitgliedern des jeweiligen Stadtrates und zu zwei Dritteln aus über Listen direkt gewählten Nichtdeutschen.“¹⁷

Die Ausländerbeiräte haben viele Probleme. Es mangelt den Beiräten an den „erforderlichen finanziellen und organisatorischen Voraussetzungen“, aber auch an den „persönlichen Ressourcen und Kompetenzen der Ausländerbeiratsmitgliedern“: die mangelnde Sprachkenntnisse von Mitgliedern, „das Fehlen eines gegenseitigen Austausches und Dialogs zwischen den verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Landschaften, das Unwissen über die Rechte und Pflichten dieses Amtes“ (Kasdanastassi 2001: 51).

3.2 Politisches Interesse und politische Integration

Freie Wahlen gibt es nur in der Demokratie, die das Recht der politischen Selbstbestimmung der Bürger garantiert. Die Wahlen sind der einzige Weg der politischen Repräsentation der Bürger. Das politische Engagement der Bürger, das Eindringen in das politische Geschehen und die direkte Wirkung auf die funktionierende Demokratie hängen von der politischen Integration ab.

„Unter politischer Integration versteht man den Prozess, in dessen Verlauf die Bürger durch ihre eigene politische Beteiligung in die politische Willensbildung einbezogen werden und dadurch sowohl die demokratischen Spielregeln anerkennen als auch Loyalitätsbeziehungen gegenüber den politischen Institutionen und Akteuren entwickeln“ (Wessels 2004: 639).

Wenn die politische Integration der Bürger in einer Demokratie nicht geschafft wird, „oder sich soziale Unterschiede in der Beteiligung der Bürger an der Politik zeigen, ist das ein Warnsignal für eine Demokratie“ (ebd.: 639).

In den Diskussionen um die Integration von Türken kommt politische Integration selten zur Sprache. Die Debatten über die Parallelgesellschaft, Leitkultur und den

¹⁷ Sook Kang, Chong 2006: Neue Allianzen für Integration. Politische Partizipation von MigrantInnen in Deutschland, in: http://migrationboell.de/downloads/Integration/Allianzen_Beitrag_Kang.pdf, 02.08.2007.

Multikulturalismus sind durch „diffuse Wertmaßstäbe“ (Linden 2005: 133) geprägt. Nach multikulturalistischer Ansicht lässt sich das politische Handeln ermöglichen, wenn „die verschiedenen ethnischen, kulturellen und religiösen Gruppen in einer Gesellschaft jeweils ihre Eigenständigkeit behalten“ (Esser 2001: 30). Wenn die Kulturen nicht anerkannt werden, ist die Integration nicht möglich. Dagegen beharren die Verteidiger der Leitkultur „auf der subjektiven Akzeptanz und Übernahme eines verbindlichen Wertefundaments“ (Linden 2005: 133). Obwohl beide Ansätze unterschiedliche Thesen behaupten, sind die kulturellen Maßstäbe ihr gemeinsamer Schnittpunkt. Der so genannte „Verfassungspatriotismus“ akzeptiert die politische Identifikation mit der Gesellschaft zugunsten der Einbindung. „Integration erfolgt dabei durch die Gewährung staatsbürgerlicher Rechte und durch die Akzeptanz demokratischer Grundwerte“ (ebd.: 133).

Wenn die Integration im Allgemeinen als „die Herstellung einer Einheit“ verstanden wird, wird die politische Integration als „die Herstellung politischer Einheit“ (ebd.: 132) bezeichnet. Für diese Einheit muss sich nicht nur Aufnahmegesellschaft, sondern auch die Migranten in der gemeinsamen Wahrnehmung an einem ständigen politischen Integrationsprozess beteiligen. In einer repräsentativen Demokratie wie der Bundesrepublik Deutschland muss jeder Bürger die gleiche Chance haben, durch die aktive und passive Wahlbeteiligung den politischen Entscheidungsprozess zu beeinflussen. Die Legitimation von Repräsentanten kann nur durch Wahlen geschaffen werden. Wenn ein Teil der Gesellschaft kein Wahlrecht hat, kann dieser gar nichts beeinflussen. Daraus ergibt sich die Frage, inwieweit die Gewählten Entscheidungen treffen können, die nur für die Aufnahmegesellschaft oder auch für die Migranten gültig sind. Die Interessen und Belange müssen für jeden Teil des Gemeinwesens beaufsichtigt werden. „Es ist die Aufgabe von Regierungen, Parlamenten, Parteien und Verbänden, die Vertretung der Betroffenen, also auch von Migranten, zu gewährleisten“ (Linden 2005: 133).

In diesem Zusammenhang hat Wüst (2006: 228ff.) darauf hingewiesen, dass Personen mit Migrationshintergrund über die Zusammensetzung der Parlamente mit abstimmen und somit – zumindest potenziell – politisch relevant sind und dies ein elementarer Aspekt politischer Integration ist, denn die gewählten Parteien und Abgeordneten sollten ihren Wählern gegenüber verantwortlich und responsiv sein. Das bedeutet im Kern, die Wünsche der türkischstämmigen Wähler programmatisch aufzugreifen, im parlamentarischen Prozess zu vertreten, aber auch weiter mit den Wählern zu kommunizieren und veränderte Problemlagen im parlamentarischen Handeln mit zu berücksichtigen. Abgeordnete mit Migrationshintergrund soll-

ten in der Lage sein, die Belange von Migranten stärker im Blick zu behalten, eine ergänzende Sicht in den politischen Prozess einzubringen, stärker in und mit ihrer eigenen ethnischen Gruppe zu kommunizieren und ihr gegenüber verantwortlicher zu sein. Deshalb sind, neben dem Wahlrecht, die parlamentarische Präsenz und die Mit-Entscheidung von Personen mit Migrationshintergrund wichtige Elemente der politischen Integration von Einwandererminoritäten.

Aufgrund des zeitlich begrenzten Aufenthalts der Türken in Deutschland spielte die politische Integration in den 1960er und 1970er Jahren keine Rolle. Sie erhielten eine auf ein Jahr befristete Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis, diese wurde verlängert, konnten sie ein Beschäftigungsverhältnis nachweisen. Eine langfristige Lösung war in dieser Ära nicht von Interesse. Als sich herausgestellt hat, dass die Türken nach dem Anwerbestopp in Deutschland bleiben und ihre Familien nachholen wollen, wurden neue Regelungen festgelegt. Während der Durchführung des Rückförderungsgesetzes 1983-1984 sind „rund 250.000 Ausländer – hauptsächlich Türken – in ihre Heimat zurückgekehrt. Lediglich 27.800 (1983) bzw. 14.400 (1984) Türken kamen in diesem Zeitraum in die Bundesrepublik Deutschland“ (Şen 1993: 21). Das Rückförderungsgesetz 1983-1984 war eigentlich „ein Anfang für die rechtliche und politische Integration“ (vgl. Thränhardt 2004: 14f.).

Die Integrationsdebatte türkischer Migranten zeigt, dass „nach immerhin 40 Jahren türkischer Migration nach Deutschland das Resultat der politischen Integration mangelhaft ist“, dass „die Politik bei der Wahrnehmung der Migranteninteressen Grenzen hat“ und dass „es keine Integration ohne politische Integration gibt“ (Ceyhun 2003: 152). Ganzheitliche Integration, die „sich nicht auf die kognitive (Sprache), strukturelle (z.B. Bildung) oder juristische (Einbürgerung) Dimension beschränkt“ (Wüst 2006: 228) muss auch die politische Integration einschließen. „Integration muss politisieren und Politik kann integrieren“ (Ceyhun 2003: 152). Umso wichtiger wird unter diesen Umständen die Notwendigkeit der politischen Partizipation von Menschen ausländischer Herkunft bzw. die Förderung der aktiven Beteiligung von Migranten an politischen Entscheidungsprozessen.

„Demokratie heißt, dass Menschen, die von Entscheidungen betroffen sind, ein Recht darauf haben, an diesen Entscheidungen beteiligt oder darin repräsentiert zu sein. Das betrifft Migranten genauso wie Einheimische; daher müsste die Beweislast für die Ungleichberechtigung immer bei denen liegen, die die Ausländer ausschließen wollen“ (Bauböck 2000, zit. nach Assimenios/Shajani-an: 2001: 7).

Im Allgemeinen akzeptiert man politisches Interesse als einen wichtigen Indikator für die Integration der Bürger im politischen Prozess. Das politische Interesse spielt bei der politischen Partizipation eine zentrale Rolle und „stellt eine wichtige Determinante für die Partizipationsformen dar, die über die Beteiligung an Wahlen und die Diskussion der politischen Themen hinausgehen“ (Uehlinger 1988: 177).

Politik ist für die Bürger „ein peripherer Lebensbereich“ und das Ausmaß des politischen Interesses hängt von unterschiedlichen Faktoren „wie Lebensalter und Geschlechtszugehörigkeit“ (Hoffmann-Lunge 2003: 263) ab.

„Es kann mit Sicherheit festgestellt werden, dass politisches Interesse und politische Aktivitäten zwei separate Elemente politischer Integration sind und dass sie soziodemographischen Variablen, wie Sprachkenntnisse und Bildungsniveau, für die Erklärung des Interesses von größerem Gewicht sind als für die der Aktivitäten“ (Berger et al. 2004: 271).

Tabelle 3.1: Politische Interesse von Türken in 1996, 1997 und 1999 (%)

Politische Interessen nach Herkunft in 1996, 1997 und 1999 (%)				
	1996	1997	1999	
			an deutscher Politik	an türkischer Politik
Stark	5,4	12,7	10,05	29
Mittel	9,1	33,7	30,4	31,7
Wenig	39,6	53,6	53,4	34,8
Kein	45,9	-		
Politisches Interesse nach Staatsbürgerschaft 1999				
	türkisch	Deutsch-Türkisch	Deutsch	
Stark	9,5	21,2	18,7	
Mittel	28,5	36,4	45,5	
Wenig	58,4	42,4	35	

Quelle: 1996: Diehl/Urbahn/Esler 1998: 35, 1997: Assimenios/Yvette 2001: 75, 1999: Goldberg 1999: 91

Tabelle 3.2: Interesse an deutscher Politik im Zeitvergleich (Prozentwerte)

Interesse	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
stark	11,4	13,3	13,6	13,5	11,9	11,5	13,3
Mittel	37,4	28,9	29,6	36,6	30,7	29,9	29,8
gering	49,8	57,8	56,8	49,9	54,9	53,4	51,3

Quelle: Sauer 2007: 256

Tabelle 3.3: Interesse an türkischer Politik im Zeitvergleich (Prozentwerte)

Interesse	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
stark	21,4	17,3	21,8	20,0	18,6	18,3	22,7
Mittel	39,9	35,4	32,6	38,7	34,4	33,4	35,7
gering	37,1	47,2	45,5	40,9	44,5	44,1	38,7

Quelle: Sauer 2007: 256

Viele Studien zeigen (vgl. Tabelle 3.1, 3.2, 3.3), dass die türkischen Migranten ein geringeres Interesse an der Politik haben als einheimische Deutsche. Nach den jährlichen regelmäßigen Untersuchungen der Stiftung Zentrum für Türkeistudien ist das Interesse der türkischen Migranten an deutscher Politik geringer ausgeprägt als das an türkischer Politik. Im Vergleich zu den Vorjahren zeigt sich, dass das Interesse an deutscher und türkischer Politik gestiegen ist, bezüglich der türkischen Politik noch stärker als bezüglich der deutschen. Im Zeitraum von 1996 bis 2000 zeigen sich hinsichtlich des Interesses an deutscher Politik nur wenige Veränderungen; stieg das starke Interesse zuerst etwas an, nahm es im Jahr 1999 ab und in Jahren 2001-2003 wieder zu. In den Jahren 2004 und 2005 nahm es leicht ab, im darauf folgenden Jahr jedoch wieder zu. Dagegen bleibt das Interesse an türkischer Politik im Zeitvergleich zwischen den 17,3 und 22,7 Prozenten (vgl. Tabelle 3.2, 3.3) relativ gleich. Das Interesse an Politik ist „erfahrungsgemäß eine Frage des Alters, Geschlechts, der Bildung, teilweise der sozialen Lage“ (Sauer/Goldberg 2006: 141), aber auch des Wahlrechts.

Türkische Frauen haben im Allgemeinen deutlich weniger Interesse an Politik als Männer, „der Unterschied tritt sowohl in Bezug auf deutsche als auch türkische Politik zutage“ (Sauer 2007: 151). Das Alter wirkt sich auch auf das politische Interesse aus. Obwohl „ältere türkische Migranten am Ende des Jahres 1990 noch mehr Interesse an der Politik als junge Migranten hatten“ (Diehl et al. 1998: 37), hat diese Gruppe heute „sowohl bezüglich deutscher als auch türkischer Politik das geringste Interesse. Dagegen interessieren sich junge Migranten ebenso wie die mittleren Altersgruppen überdurchschnittlich häufig für deutsche Politik, bezüglich türkischer Politik entspricht ihr Interesse dem Durchschnitt“ (Sauer 2007: 151).

Das geringe politische Interesse der Türken ist „auf das fehlende Wahlrecht und die damit verbundenen Einschränkungen in ihren Partizipationsmöglichkeiten zurückzuführen“ (Meier-Braun 1999: 7). Diese Hypothese basiert auf der Annahme, dass unter Politik von den Migranten zuerst die Politik der Wahlheimat Deutschland verstanden wird. Aber wenn man davon ausgeht, dass sich das politische Interesse von Migranten stärker auf die Politik des Herkunftslandes bezieht, verwundert das geringere politische Interesse dieses Bevölkerungssegmentes nicht allzu sehr: „Mit steigender Aufenthaltsdauer im Aufnahmeland und schwindenden Rückkehrabsichten dürfte die Identifikation mit dem Herkunftsland und somit auch das Interesse an dem dortigen politischen Geschehen sinken“ (Diehl et al. 1998: 26). Die bestehenden politischen Partizipationsmöglichkeiten, wie „die Vertretung in den Ausländerbeiräten oder die Partizipationsmöglichkeiten für EU-Bürger in Form des Kommunalwahlrechts, scheinen bisher keine Auswirkungen auf das Ausmaß des politischen Interesses zu haben“ (Kasdanastassi 2001: 48).

Eine andere Erklärung bezieht sich „auf die Abhängigkeit der Stärke des politischen Interesses vom Bildungsniveau“ (Diehl et al. 1998: 35). Es ist die Tatsache, dass die Mehrzahl der türkischen Migranten kaum schulische und berufliche Bildung hat und dass das geringe Interesse von Türken an deutscher Politik vom Bildungsniveau und von den Sprachkenntnissen abhängt. Weil „politisches Interesse und Bildungsniveau im Allgemeinen positiv korreliert sind, könnte dies eine Ursache ihres niedrigen politischen Interesses sein“ (ebd.: 35). Diese Behauptung wird durch die Untersuchungen bestätigt: „Je höher die Bildung, desto stärker ist tendenziell das Interesse sowohl an deutscher als auch an türkischer Politik“ (Sauer 2007: 151). Bei dem Interesse an Politik ist für die Türken auch bestimmend, ob sie die Schule in der Türkei oder in Deutschland absolvieren. Wenn sie „die Schule in der Türkei absolviert haben, ist ihr Interesse an deutscher Politik eher gering und das an türkischer groß“, aber wenn sie „die Schule in Deutschland absolvierten, ist ihr Interes-

se an deutscher Politik deutlich ausgeprägter, das an türkischer aber nur wenig schwächer als derjenigen, die die Schule in der Türkei absolvierten“ (Sauer 2007: 151). Neben dem Bildungsniveau und den Sprachkenntnissen hat die soziale Lage Auswirkung auf das politische Interesse. „Je schlechter die soziale Lage (berufliche Stellung, Einkommen) der türkischen Migranten ist, desto geringer ist generell das politische Interesse“ (Goldberg 1999: 91). Dagegen zeigen „Facharbeiter und Selbstständige ein deutlich stärkeres Interesse an deutscher Politik als an türkischer Politik“ (Sauer 2007: 152).

Auch die Auswirkung des Integrationsgrades oder Assimilationsgrades ist für die soziale und sprachliche Integration eindeutig. „Je stärker eine Person assimiliert ist, desto wahrscheinlicher ist es, dass sie sich für Politik interessiert“ (Diehl et al. 1998: 36). Die Sprache ist „der Schlüssel zur Sozialintegration“ (Esser 2001: 74) in der deutschen Gesellschaft. Es scheint auch der Fall zu sein, „dass sich Migrantinnen und Migranten, die gar nicht oder nur schlecht Deutsch sprechen, in weit geringerem Ausmaß für deutsche Politik interessieren“ (Kasdanastassi 2001: 48). Ein anderer wichtiger Indikator für die Sozialintegration ist die Identifikation. Der Grad der identifikativen Assimilation zeigt als das Maß des politischen Interesses, „dass die Zuwanderer, die sich in mancherlei Hinsicht als Deutsche fühlen, ein stärkeres politisches Interesse zeigen als die diejenigen, die sich ganz oder gar nicht als Deutsche fühlen“ (Diehl et al. 1998: 36). Türken, die sich nur mit der Türkei verbunden fühlen, „zeigen unterdurchschnittliches Interesse an deutscher und überdurchschnittliches Interesse an türkischer Politik, bei Deutschlandverbundenen ist es umgekehrt“ (Sauer 2007: 152).

Ein anderer wichtiger Punkt für das politische Interesse und für die Integration in die Aufnahmegesellschaft ist der Geburtsort. „Befragte, die bereits in Deutschland geboren sind, sind stärker an deutscher und weniger stark an türkischer Politik interessiert als die Gastarbeiter der ersten Generation“ (Goldberg 1999: 91). Andererseits spielt es aber „beim politischen Interesse keine Rolle, ob eingebürgerte Türken in Deutschland oder in der Türkei geboren wurden“ (Wüst 2002: 34).

Das Interesse an deutscher Politik ist „bei den eingebürgerten Migranten und bei den Einbürgerungswilligen deutlich höher als bei türkischen Staatsangehörigen“ (Sauer 2007: 152). Diese Ergebnisse weisen daraufhin, dass mit der Erlangung politischer Rechte auch das Interesse an der Politik in Deutschland wächst. Zum anderen zeigen die Ergebnisse auch, dass die politische und gesellschaftliche Integration der Migranten in Deutschland für das politische Interesse wichtig ist. Der

Zusammenhang von Staatsbürgerschaft und Interesse an deutscher Politik macht deutlich, dass der rechtliche Ausschluss der Mehrheit der Migranten vom politischen Leben starken Einfluss auf das politische Interesse nimmt. Von den türkischen Staatsbürgern haben nur „8,4% starkes Interesse an deutscher Politik, 20,7% an türkischer Politik“, bei den deutschen Staatsbürgern haben „21,6% starkes Interesse an deutscher Politik, 26,1% an türkischer Politik“ (Sauer 2007: 152).

Die Mitgliedschaft in einer politischen oder nicht-politischen Vereinigung oder Partei beeinflusst das politische Interesse der Türken mehr als diejenigen, die nicht in einer aufnahmeland- oder herkunftslandsorientierten Organisation Mitglied sind. „Türkische Migranten, die in unpolitischen Vereinigungen aktiv sind, haben ein stärkeres politisches Interesse als solche, die dies nicht tun“ (Diehl 2004: 242).

Das politische Interesse ist gleichzeitig „ein weiterer Faktor für die Neigung von Personen an die Parteien oder für die Parteiidentifikation und für die Veränderung parteipolitischer Grundorientierung“ (Schmitt-Beck/Weick 2001: 3ff). In diesem Sinne begründet das geringere politische Interesse die geringe Parteibindung von Einwanderern. In der empirischen Untersuchung von Diehl (2004: 242) zeigt sich, dass „sich nicht nur Türken, sondern auch Einwanderer anderer Herkunft seltener mit einer deutschen Partei als Deutsche identifizieren.“ Interessierte Personen sind auch stärker motiviert sich mit politischen Fragen auseinander zu setzen. Sie informieren sich über politische Themen intensiver als andere.

Aus den Ergebnissen lässt sich folgende Schlussfolgerung ziehen, dass „die zumindest über das Interesse und die Parteibindungen operationalisierte politische Demobilisierung der Einwanderer nicht nur individuelle Gründe hat, sondern auch die anhaltende politische Exkusion im Aufnahmeland widerspiegelt“ (Diehl 2004: 242).

3.3 Interessenvertretung durch die politischen Organisationen

Die Interessenvertretung der türkischen Migranten durch politische Institutionen und Organisationen in Deutschland ist Bestandteil der Demokratie. Die Vertretung von Minderheiten ist zudem wichtig, weil die politische Integration „neben den rechtlichen Bestimmungen maßgeblich durch das Wirken der großen politischen Institutionen beeinflusst wird“ (Goldberg/Sauer 2003: 146). Wenn diese Institutionen oder Organisationen den Menschen nicht vermitteln können, dass ihre Interessen im politischen Prozess vertreten werden, „kann dies zu Politik- und Demokratieverdrossenheit und der Abwendung von der Politik führen“ (Sauer 2007: 153). Die Frage, inwieweit türkische Migranten ihre Interessen durch politische Institutionen vertreten wissen, steht mit der Bewertung dieser Institutionen im Zusammenhang.

Die Mehrheit der türkischen Migranten sieht die eigenen Interessen nicht oder nur teilweise durch politische Institutionen vertreten. Eine volle Interessenvertretung wird „mit Blick auf die Institutionen nur sehr selten genannt“ (ebd.: 154). In der Beurteilung der Interessenvertretung im Jahr 2002 liegen auf dem ersten Rang die Gewerkschaften mit 36% (voll und teilweise), dann kommen der Reihe nach die deutschen Parteien (32,9%), die Selbstorganisationen (30,8%), die Bundesregierung (30,4%), die Integrationsräte (30,2%) und die Bürgerinitiativen (24,8%). Die türkische Regierung liegt mit 15,9% auf dem letzten Rang. Alle Organisationen und Institutionen bleiben als volle Interessenvertretung unter 11,5%. An dieser Kategorie haben die türkischen Selbstorganisationen den höchsten Anteil mit 11,5%, gefolgt von den Gewerkschaften mit 11,4% und der Bundesregierung mit 7,9%. Die türkische Regierung liegt auf dem letzten Rang mit 5,0%. Bemerkenswert ist hier, dass die Bundesregierung überwiegend als Interessenvertreter gesehen wird (vgl. Tabelle 3.4).

Im Jahr 2005 fällt auf, dass alle Institutionen noch weniger als Interessenvertreter als 2002 gesehen werden und es keinen großen Unterschied zwischen den Werten gibt. In der Reihenfolge der Anteile an der vollen Interessenvertretung liegen türkische Selbstorganisationen mit 7,8% auf dem ersten Rang, die türkische Regierung mit 6,2% auf dem zweiten Rang und Gewerkschaften mit 5,1% auf dem dritten Rang. Alle anderen Institutionen und Organisationen liegen unter 5%. Die Bundesregierung, die im Jahr 2002 auf dem dritten Rang lag, liegt auf dem letzten Rang mit 2,8%. Die höchsten Anteile der Kategorien „voll und teilweise“ entfallen mit 29,5% auf die türkischen Selbstorganisationen, die Gewerkschaften (26,2%) und die Integrationsräte (23,6%).

Tabelle 3.4: Interessenvertretung durch politische Institutionen in den Jahren 2002 und 2005 (Prozentwerte)

Interessenvertretung 2002	Voll	Teilweise	Gar nicht	Weiß nicht
Selbstorganisationen	11,5	19,3	32,9	33,4
Gewerkschaften	11,4	24,6	28,4	31,2
Bundesregierung	7,9	22,5	33,2	33,1
Bürgerinitiativen	7,4	18,4	25,2	44,4
NRW Regierung	6,9	17,7	32,8	39,6
Deutsche Parteien	6,4	26,5	43,9	21,0
Ausländerbeiräte	6,2	24,0	36,6	30,5
Türkische Regierung	5,0	10,9	66,5	14,7
Interessenvertretung 2005	Voll	Teilweise	Gar nicht	Weiß nicht
Selbstorganisationen	7,8	21,7	45,3	23,8
Türkische Regierung	6,2	17,4	52,9	23,0
Gewerkschaften	5,1	21,1	49,7	22,3
NRW Regierung	4,5	15,2	41,3	38,0
Integrationsräte	3,6	20,0	51,4	23,6
Deutsche Parteien	3,0	18,9	63,1	14,1
Bürgerinitiativen	2,9	12,4	53,4	30,2
Bundesregierung	2,8	10,3	53,0	33,0

Quelle: Goldberg/Sauer 2003: 146, Sauer/Goldberg 2006: 144

Die Anteile an den Kategorien „gar nicht“ und „weiß nicht“ sind sowohl 2002 als auch 2005 sehr hoch. Der höchste Anteil in der Kategorie „Gar nicht“ entfällt 2002 auf die türkische Regierung (66,5%), 2005 auf die deutschen Parteien (63,1%), gefolgt von den deutschen Parteien in 2002 (23,9%) und den Bürgerinitiativen in 2005 (53,4%), den Ausländerbeiräten in 2002 (36,6%), der Bundesregierung in 2005 (53,0%) und der türkischen Regierung (52,9%). Die Kategorie „weiß nicht“ liegt im Jahr 2002 zwischen 14,7% und 44,4% und im Jahr 2005 zwischen 14,1% und 38% (vgl. Tabelle 3.4).

Tabelle 3.5: Interessenvertretung (voll/teilweise) im Zeitvergleich (Prozentwerte)

Interessenvertretung	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Selbstorganisationen	39,8	45,0	28,7	30,8	32,1	30,1	29,6
Gewerkschaften	33,1	46,2	32,2	36,0	35,7	34,7	26,2
Integrationsräte	32,0	45,5	27,5	30,2	27,3	28,4	23,6
Deutsche Parteien	33,8	35,2	26,7	32,9	32,2	34,4	21,9
Türkische Regierung	26,2	23,5	16,1	15,9	18,0	25,7	23,6
Bürgerinitiativen	22,5	39,2	24,8	24,8	25,3	26,0	15,3
NRW Regierung	26,9	34,4	23,0	24,6	20,7	26,2	19,7
Bundesregierung	32,9	37,2	28,1	30,4	32,1	35,3	13,1

Quelle: Sauer 2007: 256

Im Vergleich zu den Vorjahren (Tabelle 3.5) zeigt sich, dass bei den Migranten das Gefühl kaum wächst, durch politische Institutionen und Organisationen im politischen System vertreten zu sein. Zwischen den Jahren 1999 und 2000 wuchs die Zuschreibung relativ stark und betraf alle Institutionen, im Jahr 2001 zeigt sich ein starker Einbruch. „Es ist zu vermuten, dass hier die Diskussion um das Einbürgerungs- und Zuwanderungsgesetz [...] verantwortlich war“ (Sauer 2007: 154). 2002 „nahm die Zuschreibung der Interessenvertretung wieder zu“, 2003 „ergab sich bei

einigen Institutionen eine Zunahme, bei einigen eine Abnahme“, im Jahr 2004 blieb „auf gleichem Niveau“, im Jahr 2005 ging es um einen „Rückgang“ und im Jahr 2006 „wuchs die Zuschreibung bei allen Organisationen.“ (Sauer/Goldberg 2006: 146). Dieser Entwicklung verdeutlicht, dass es den zentralen Institutionen des politischen Lebens wie der Bundesregierung und den Parteien nicht gelingt, als Interessenvertreter von der Mehrheit der türkischen Migranten wahrgenommen zu werden.

Im Zeitvergleich gelten die türkischen Selbstorganisationen, die „nicht per se Zeichen von Desintegration sein müssen, sondern ein Faktor für die Unterstützung der Identitätsbildung sein können“ (Diehl et al. 1998: 26) und die Gewerkschaften für die türkischen Migranten in höherem Maße als Interessenvertreter. Dies ist „angesichts der Sozialstruktur (hoher Arbeiteranteil) und der Basisnähe dieser beiden Organisationstypen allerdings keine Überraschung“ (Goldberg 1999: 92). Denn türkischen Selbstorganisationen stehen in Zusammenhang mit dem „Mikro-Kontext“ (vgl. Friedrichs 1994: 266). Diese Organisationen werden von den türkischen Migranten in diesem „Mikro-Kontext“ als „eine potenzielle organisatorische Basis kollektiver Interessenfindung, Problemartikulation, Willensbildung und gezielter Einflussnahme“ gesehen und sind auf „Interessensvertretung gegenüber der Aufnahmegesellschaft ausgerichtet. Diese Möglichkeit ist umso wichtiger, da sich viele Migranten nicht bei der klassischen Willensbezeugung bei Wahlen einbringen können.“¹⁸

Es stellt sich weiterhin die Frage, welchen Einfluss die Einschätzung der politischen Institutionen als Interessenvertretung auf das Interesse an deutscher Politik hat. Das geringe Interesse an der deutschen Politik hat neben dem rechtlichen Ausschluss vom politischen Leben „möglicherweise eine weitere Ursache in der Einschätzung geringer politischer Einflussmöglichkeiten und einer geringen Interessenvertretung durch politische Instanzen und Institutionen“ (Goldberg 1999: 92).

¹⁸ Jungk, Sabine 2002: Politische und soziale Partizipation von Migrantinnen und Migranten und ihren Selbstorganisationen – Möglichkeiten der Mitwirkung Inanspruchnahme und Chancen in Deutschland, in: <http://www.navend.de/html/veranstaltungen/duesseldorf/jungk.htm>, 03. 07 2007.

Tabelle 3.6: Einschätzung der Interessenvertretung (voll und teilweise) durch Institutionen nach Interesse an deutscher Politik in den Jahren 2002 und 2005 (Prozentwerte)

	Interesse an deutscher Politik			
Interessenvertretung 2002	Stark	Mittel	Wenig	Gesamt
Gewerkschaften	59,3	43,4	31,3	36,0
Deutsche Parteien	55,1	44,5	26,4	32,9
Türkische Selbstorganisationen	34,7	38,3	31,1	30,8
Bundesregierung	56,8	38,3	24,6	30,4
Ausländerbeiräte	41,5	41,4	25,4	30,2
Bürgerinitiativen	48,3	32,4	22,2	24,8
NRW Regierung	44,9	31,6	19,5	24,6
Türkische Regierung	13,6	14,5	19,3	15,9
Interessenvertretung 2005	Stark	Mittel	Wenig	Gesamt
Türkische Selbstorganisationen	33,6	33,9	28,4	29,6
Gewerkschaften	30,2	33,6	23,4	26,2
Integrationsräte	26,7	31,9	20,6	23,6
Türkische Regierung	26,7	28,9	21,7	23,5
Deutsche Parteien	31,9	27,9	18,4	21,9
NRW Regierung	26,7	23,6	17,7	19,6
Bürgerinitiativen	19,8	19,3	13,2	15,3
Bundesregierung	15,5	17,3	11,3	13,1

Quelle: Goldberg/Sauer 2003: 149, Sauer/Goldberg 2006: 148

Tabelle 3.6 zeigt, dass das Interesse an deutscher Politik mit der Einschätzung der Institutionen und Organisationen als Interessenvertretung im Jahr 2002 noch höher war als im Jahr 2005. Das Gefühl der Vertretung durch Institutionen ist bei starkem oder mittlerem Interesse an deutscher Politik noch stärker ausgeprägt als bei den Befragten, die kein Interesse haben. Diese Situation bestätigt, dass bei starkem Interesse an deutscher Politik die Interessenvertretung durch alle Institutionen stärker empfunden wird als bei wenig Interesse an deutscher Politik. Dies gilt aber nicht für die türkische Regierung. Sie ist die einzige Institution, bei der an deutscher Politik wenig Interessierte ihr eine höhere Interessenvertretung zuschreiben als Starkinteressierte. Aber man kann nicht festlegen, „ob mangelndes Interesse an deutscher Politik das Gefühl geringer Interessenvertretung verursacht oder ob umgekehrt mangelnde Interessenvertretung zu geringem Interesse an Politik führt“ (Sauer 2007: 157).

3.4 Einbürgerungsentwicklung

Diskussionen um das Staatsbürgerschaftsrecht wurden besonders mit der letzten Reform beendet, als anerkannt wurde, dass die Bundesrepublik Deutschland trotz „einer lange geleugneten Realität“ ein Einwanderungsland geworden ist und dass Einwanderung „ein bekanntes, normales, aber sinnvollerweise zu gestaltendes Phänomen ist“ (Wüst 2003a: 114). Diese Realität wird jedoch nicht als Ausgang der theoretischen und der politischen Diskussion berücksichtigt. In Deutschland leben „15 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund“ (Siebter Bericht der Beauftragten der Bundesregierung 2007: 15). Darunter befinden sich etwa „2,6-3 Millionen hier lebende Türken oder Deutsche türkischer Herkunft“ (Wilamowitz-Moellendorff 2005: 40). Sie sind seit 1950 eingewandert bzw. in einem anderen Land geboren oder haben einen Migrationshintergrund. Nach dem Migrationsbericht 2007 der Bundesregierung¹⁹ liegt der Anteil ausländischer Staatsangehöriger an der Gesamtbevölkerung in Deutschland konstant bei 8,8%. Die größte Ausländergruppe sind nach wie vor die türkischen Staatsangehörigen (25,6%). Fast ebenso viele (24,4%) sind Bürger der EU. Jeder zweite Ausländer in Deutschland hat also entweder die Staatsangehörigkeit der Türkei oder eines Mitgliedsstaats der EU.

Die meisten jungen Ausländer sind von der politischen Teilhabe in der deutschen Gesellschaft ausgeschlossen, obwohl sie in einem demokratischen Land geboren

¹⁹ In: http://www.bundesregierung.de/nn_22918/Content/DE/Artikel/2007/12/2007-1219migrationbericht_lagebericht.html, 19.12.2007.

und aufgewachsen sind. Demokratische Partizipationsmöglichkeiten in allen wichtigen Bereichen dürfen nicht aufgrund der Staatsbürgerschaft eingeschränkt werden, weil Integration auch unter dem Aspekt der staatsbürgerlichen Rechte und der damit verbundenen politischen Partizipation verstanden werden kann. Diese Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft durften in Deutschland seit Jahrzehnten weder wählen noch gewählt werden. Selbst das kommunale Wahlrecht, welches den EU-Staatsangehörigen mit Änderung des Grundgesetzes gewährt wurde, blieb 70% von ihnen vorenthalten. Das kommunale Wahlrecht wird „in den meisten EU-Staaten, darunter Schweden, Dänemark, Niederlande, Frankreich, Großbritannien, Norwegen, Irland, allen Eingewanderten seit Jahrzehnten gewährt“ (Keskin 2005: 162). In Deutschland dagegen sind die Nichtdeutschen von allen politischen Mitentscheidungsmöglichkeiten völlig ausgeschlossen, weil ihnen die deutsche Staatsbürgerschaft fehlt. Denn ohne Staatsbürgerschaft gibt es für Ausländer keine rechtliche, soziale und politische Gleichstellung. Der deutsche Pass bedeutet volle Gleichberechtigung und enthält grundlegende Mitgliedschaftsrechte zur politisch-staatlichen Gemeinschaft, zur Nation. Hierzu gehören das Recht auf einen sicheren Aufenthalt auf dem „staatlichen Territorium“, eine existenzielle Grundsicherung, das Recht auf politische Partizipation, das Recht auf einen „existenziellen Schutz“ sowie im Ausland das Recht auf „konsularischen Schutz.“ (Currle/Wunderlich: 2005: 3)

„Die Politik müsste also an erster Stelle dort beginnen, wo sie direkte Gestaltungsmöglichkeit hat, nämlich die zahlreichen Formen staatlicher Diskriminierung für die dauerhaft in Deutschland lebenden kulturellen Minderheiten beenden. Ähnlich wie in vielen Nachbarländern müsste der Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft erleichtert werden, vor allem ohne die erzwungene Aufgabe der bisherigen Staatsbürgerschaft“ (Keskin 2005: 162).

Obwohl die Reform des deutschen Staatsangehörigkeitsrechts in den politischen Parteien, Gewerkschaften, Kirchen, von Wissenschaftlern und Juristen Jahrzehnte lang diskutiert wurde, „herrscht trotzdem Chaos. Bis zu der Gesetzesänderung 1999/2000 gab es insgesamt 17 verschiedene Anspruchsgrundlagen für die Einbürgerung in insgesamt sieben verschiedenen Gesetzeswerken“ (Dornis 2001: 119):

- Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz (RuStAG): §§ 8, 9, 10, 13, 15
- Ausländergesetz (AuslG): §§ 85 Abs. 1, 86 Abs. 2
- Erstes Gesetz zur Regelung der Staatsangehörigkeit (1StARegG): § 6, 8, 9, 11, 12
- Gesetz über die Rechtsstellung heimatloser Ausländer (HAG): § 21 Abs. 1
- Grundgesetz (GG): Art. 116 Abs. 2

- Reichsverordnung zur Regelung der Staatsangehörigkeit von 1942: § 1 Abs. 1.

Die rot-grüne Bundesregierung versuchte, dieses Chaos zu beseitigen. Nachdem die Koalition aus CDU/CSU und FDP bei der Bundestagswahl 1998 die Mehrheit verlor, bildeten SPD und Bündnis 90/Die Grünen eine Koalition und „vereinbarten eine Änderung des Reichs- und Staatsangehörigkeitsrechts im Koalitionsvertrag von 1998.“²⁰ Das im Januar 2000 novellierte Staatsangehörigkeitsgesetz von 1913 ermöglicht Migranten einen erleichterten Erhalt der deutschen Staatsbürgerschaft. Bis 1993 war die Einbürgerung von Ausländern der ersten Generation nur nach 15 Jahren Aufenthalt möglich und von einer Reihe von Bedingungen abhängig. Hierzu zählen: Erfüllung der Schulpflicht der Kinder, ständiger Hauptwohnsitz in Deutschland, eigener Lebensunterhalt, Aufgabe der ursprünglichen Nationalität, keine Vorstrafen sowie keine Gefährdung der nationalen Sicherheit, weiterhin gehörte „der Verzicht auf die Aktivität in einer politischen Migrantenorganisation und das Bekenntnis zum deutschen Kulturkreis“ (Duyvene de Wit/Koopmans 2001: 4) dazu.

Zum 1. Januar 2000 trat nach langwierigen Diskussionen ein neues Staatsangehörigkeitsrecht in Kraft, was das Territorialprinzip als Ergänzung zum Abstammungsrecht einführt. Dabei wurde der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch das Abstammungsprinzip (bisheriger Grundsatz: mindestens ein Elternteil muss deutscher Staatsbürger sein) teilweise um das Territorialprinzip ergänzt. Mit dem neuen Staatsangehörigkeitsrecht wurden „Geburtsrecht und Anspruchseneinbürgerung wesentlich reformiert“ (Assimenios/Shajanian 2001: 23).

- Deutsche/r durch Geburt: wenn ein Elternteil sich bei der Geburt seit mindestens 8 Jahren dauerhaft und rechtmäßig in Deutschland aufhält und seit mindestens 3 Jahren eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis oder –berechtigung besitzt; hierbei ist Mehrstaatigkeit in Ausnahmefällen möglich.

- Deutsche/r durch Einbürgerung: diese Form erfolgt nicht automatisch, sondern muss beantragt werden, wenn man sich seit 8 Jahren rechtmäßig in Deutschland aufhält und eine Aufenthaltserlaubnis oder –berechtigung besitzt, sich zum deutschen Grundgesetz bekennt, in der Regel einen Lebensunterhalt ohne Sozial- oder Arbeitslosenhilfe sichern kann, straflos ist (nicht länger als 6 Monate Straftat auf Bewährung oder 180 Tagessätze), über ausreichende deutsche Sprachkenntnisse verfügt und schließlich seine Bereitschaft zur Aufgabe der ursprünglichen Staatsan-

²⁰ Storz, Henning/Wilmes, Bernhard 2007: Die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts und das neue Einbürgerungsrecht, in: http://www.bpb.de/themen/OHCOPK,0,0,Die_Reform_Staatsang%C3%B6rigkeitsrechtsund_das_neue_Einb%C3%BCrgerungsrecht.03.07.2007.

gehörigkeit erklärt.

Die Erlangung der deutschen Staatsangehörigkeit ist ein wichtiges und weit reichendes Ereignis, für den Eingebürgerten selbst sowie auch für die Aufnahmegesellschaft. Dieses neue Staatsangehörigkeitsrecht dient der Verbesserung der Integration der dauerhaft in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Migranten und ihrer hier geborenen Kinder durch Erleichterung der Einbürgerung und sieht, gemessen an den bisherigen Voraussetzungen sowie der Praxis und der Erfahrung, politische und administrative Fortschritte bzw. Verbesserungen vor. Wie z.B. dass sich Migranten durch die erworbene Staatsbürgerschaft an den Wahlen aktiv beteiligen können. Die erleichterte Einbürgerung erhöht das Vertrauen in den deutschen Staat und seine Institutionen und fördert insbesondere die politische Integration, weil „Integration in das politische System Integration in die Gesellschaft bedeutet“ (Ceyhun 2003: 156).

„Das Zusammenspiel von schwierigem formalem Zugang und mangelhaftem Wissen kann zu Frustration, schwindendem Interesse an und schwindender Identifikation mit den politischen Institutionen der Aufnahmegesellschaft führen. Die Förderung politischer Partizipation kann somit auch als Integrationsförderung verstanden werden“ (Wolf/Reiter 2006: 4).

Eine Förderung der Einbürgerung der Türken ist neben ihrer Integration in die deutsche Aufnahmegesellschaft wegen der rechtlichen und politischen Vorteile besonders geboten, „da der übergroße Teil der türkischen Migranten auf einen dauerhaften Verbleib im Zuwanderungsland Deutschland eingerichtet ist“ (Sauer 2002: 171). Außerdem ist aus den jüngsten Befragungen türkischer Migranten ersichtlich, dass „zwei Drittel keine Rückkehrabsichten haben und dass sich mehr als die Hälfte mit Deutschland verbunden fühlen“ (Sauer/Goldberg 2001: 274). Infolge der Regelungen des Doppelpasses waren die türkischen Migranten enttäuscht über die Bestimmungen im neuen Staatsbürgerschaftsrecht. Daraufhin fand eine harte Auseinandersetzung zwischen den türkischen Medien, den Selbstorganisationen sowie türkischen und deutschen Politikern statt.²¹

Die Selbstorganisationen meinten, dass die Einbürgerung durch dieses neue Staatsbürgerschaftsrecht erschwert worden sei. Überdies beruhe das internationale Recht allgemein auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit. Wenn das Recht auf doppelte

²¹ Im Zusammenhang mit der doppelten Staatsbürgerschaft bestand vor allem eine Kontroverse zwischen der Ausländerbeauftragten der Bundesregierung, Beck, und dem Vorsitzenden der Türkischen Gemeinden in Deutschland, Keskin, vgl. Hürriyet vom 30.06.2000, in: Keskin 2005: 46.

Staatsbürgerschaft für die Deutschen in der Türkei möglich sei, sollte die gleiche Situation für die türkischen Migranten in Deutschland gelten. Die „Entweder-deutsch-oder-türkisch-Regelung“ (Goldberg/Şen 1999: 24) des neuen Staatsbürgerschaftsrechts widerspreche der tatsächlichen Situation der türkischstämmigen Migranten, die in Wirklichkeit eine Doppelidentität hätten. Dagegen war die Bundesregierung der Auffassung, dass man nur einem Staat als Staatsbürger angehören könne, da sonst rechtliche und diplomatische Vertretung und Verantwortung gegenüber Drittstaaten unklar, auch mit Loyalitätskonflikten der Betroffenen zu rechnen und folglich die Integration gefährdet sei. Zudem sei mit dem neuen Staatsbürgerschaftsrecht die integrierende Veränderung des Geburtsprinzips anstelle des Abstammungsprinzips geschafft worden.

Tabelle 3.7: Entwicklung der Einbürgerungen von Türken

Jahr	Einbürgerung	Jahr	Einbürgerung
1982	580	1995	31.578
1983	853	1996	46.294
1984	1.053	1997	42.240
1985	1.310	1998	59.664
1986	1.492	1999	103.900
1987	1.184	2000	82.812
1988	1.243	2001	76.573
1989	1.713	2002	64.631
1990	2.034	2003	56.244
1991	3.529	2004	44.465
1992	7.377	2005	32.700
1993	12.915	2006	33.388
1994	19.590		

Quelle: Statistisches Bundesamt und eigene Darstellung

Auf der türkischen Seite wurde wiederum die Einbürgerungsvoraussetzung der „ausreichenden Deutschkenntnisse“ stark kritisiert, die in erster Linie die Einbürgerung der ehemaligen Gastarbeiter und Heiratsmigranten erschweren könnte.²² Als

²² Hürriyet vom 30.06.2000, in: Keskin 2005: 46.

Folge der harten Reaktionen der Selbstorganisationen und der türkischen Medien auf das neue Gesetz „entstand bei den türkischen Zuwanderern Verunsicherung“ (Sauer 2002: 174). Obgleich einige Einbürgerungswillige zunächst die Entwicklung in der Praxis in der Türkei abwarten wollten und sich die Zahl der Antragsteller verdoppelt hat, bleibt sie jedoch weit hinter den Erwartungen der deutschen Behörden zurück.

Hinsichtlich der Einbürgerung der Türken kann man in der heutigen Konjunktur eine positive Entwicklung sehen. „Schließlich ist seit Beginn und vor allem seit Mitte der neunziger Jahre ein beträchtlicher Anstieg der Einbürgerungen unter türkischen Staatsbürger/innen zu beobachten“ (Wüst 2002: 88). Sie liegen seit 1991 mit jährlich stetig ansteigenden Einbürgerungszahlen an der Spitze der Statistik. „Im Zeitraum von 1982 bis 1996 wurden 132.745 Personen türkischer Herkunft in Deutschland eingebürgert“ (Goldberg/Humbert 1998: 5). Bis Ende des Jahres 2000 haben insgesamt 420.639 Türken die deutsche Staatsangehörigkeit erworben (vgl. Tabelle 3.7).

Obwohl zum 1. Januar 2000 nach langwierigen Diskussionen ein neues Staatsangehörigkeitsrecht in Kraft getreten ist, ist die Zahl der Einbürgerungen 2000 – 2002 leicht zurückgegangen. Es ist jedoch „eine weitere, kontinuierliche Zunahme eingebürgerter Türken zu erwarten“ (vgl. Wüst 2002: 88). Jährlich erwerben zwischen 40.000 und 60.000 Türken die deutsche Staatsangehörigkeit. Das zeigt auch, dass die Türken auf Dauer in Deutschland bleiben werden. Nach dem am 20. Juli 2005 durch das Statistische Bundesamt bekannt gegebenen Einbürgerungszahlen für das Jahr 2004 hat sich die Zahl der Türken in der Bundesrepublik mit deutschem Pass auf „insgesamt 840.000“ erhöht, d.h. „fast jeder Dritte der 2,6 Millionen Türken in Deutschland“ (Migrationsbericht 2005: 119) hat einen deutschen Pass. 35 000 in Deutschland geborene Kinder kommen pro Jahr hinzu. Obwohl die Zahl der Einbürgerungen von Türken seit 2000 zurückgeht, stellten im Jahr 2006 die größte Gruppe der Eingebürgerten – wie schon in den letzten Jahren – Personen aus der Türkei. Ihr Anteil an allen Einbürgerungen war mit 26,8% etwas höher als der Anteil der türkischen Staatsangehörigen an allen in Deutschland lebenden ausländischen Personen (25,8%).²³

In diesem Zusammenhang ist ebenfalls erfreulich zu beobachten, dass die Zahl der türkischen Migranten zunimmt, die inzwischen in Deutschland heimisch geworden

²³ Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes, Nr. 292 vom 23.07.2007, in: http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pm/2007/07/GenTable_200707,templateId=renderPrint.psml, 23.07.2007.

sind und ihren Lebensmittelpunkt bewusst und zukünftig hier sehen, aber: „Die mehrheitliche Heimatverbundenheit mit Deutschland geht jedoch nicht einher mit einer emotionalen Loslösung von der Türkei, so dass auch in Zukunft von einer Doppelidentität der Migranten ausgegangen werden muss“ (Sauer 2002: 224). Als Resultat der sich erhöhenden Verbundenheit mit Deutschland und der abnehmenden Rückkehrtendenz nimmt auch die Zahl der eingebürgerten türkischen Migranten zu:

„Fast ein Viertel ist vorher eingebürgert, 5% haben den Antrag auf Einbürgerung gestellt und können mit großer Sicherheit die Einbürgerungskriterien erfüllen. Somit erhöht sich die Zahl der eingebürgerten türkischstämmigen Zuwanderer auf ca. 28%. Es gibt weitere 10%, die sowohl die Einbürgerungsabsicht als auch -berechtigung haben. Zusätzlich überlegen sich 9% die Einbürgerung noch“ (Sauer 2002: 177).

In erster Linie wollen sich die hier Geborenen und jüngeren Migranten einbürgern lassen. Dahin gegen sehen die erste Generation und nachgezogene Familienangehörige für die Einbürgerung keine Notwendigkeit. Als Gründe werden hier die rechtlichen Bestimmungen in der Türkei, „die mehrheitliche Heimatverbundenheit mit der Türkei, die Rückkehrabsicht und die nicht hinreichenden Sprachkenntnisse erwähnt“ (ebd.: 217). Gründe für eine Einbürgerung sind insbesondere die rechtlichen Vorteile der Aufenthaltssicherheit und auch die politischen Beteiligungsrechte.

Bezüglich der Einbürgerungsabsicht haben 35% der türkischen Migranten in Berlin erklärt, dass sie keinen Antrag auf Einbürgerung stellen wollen. 21% der Türken in Berlin sind bereits deutsche Staatsbürger, 43% haben entweder schon einen entsprechenden Antrag gestellt oder werden den Antrag demnächst stellen.²⁴ Außerdem wurde in einer in Niedersachsen durchgeführten Umfrage erhoben, dass 13% der Befragten bereits einen Antrag auf Einbürgerung gestellt haben, 31% die Absicht haben, einen solchen Antrag zu stellen und 9% sagen, dass sie vielleicht einen Antrag auf Einbürgerung stellen werden. Somit gibt es in Hinsicht auf einen Einbürgerungsantrag 53% positive Antworten. Dagegen wollen sich 44% der türkischen Migranten nicht einbürgern lassen und 3% wissen es noch nicht.²⁵

²⁴ In: Die Ausländerbeauftragte des Senates von Berlin: Repräsentativumfrage zur Lebenssituation türkischer Berlinerinnen und Berliner. Pressemitteilung vom 15.01.2002, in: Botschaft der Republik Türkei in Berlin: Zur Integration der Türken in Deutschland- Allgemeine Behauptungen und Ergebnisse von Studien, Berlin, 2002, Publikations-Nummer 1, S. 28.

²⁵ In: Ausländerbeauftragte des Landes Niedersachsen: Einbürgerungsabsichten – Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage Einbürgerungshemmnissen in Bremen, Hamburg und Niedersachsen. Dezember 2000/Januar 2001, in: Botschaft der Republik Türkei in Berlin: Zur Integration der Türken in Deutschland- Allgemeine Behauptungen und Ergebnisse von Studien, Berlin, 2002,

Als „Kriterium für die Einbürgerung“ findet nicht einmal „ein Drittel die Sprachregelung akzeptabel, ein weiteres Drittel plädiert für Ausnahmeregelungen für ehemalige Gastarbeiter“ (Sauer 2002: 209). Aber ungeachtet der massiven Kritik am neuen Staatsangehörigkeitsrecht „ist ein zunehmender Trend nicht nur bei der tatsächlichen, sondern auch bei der beabsichtigten Einbürgerung zu beobachten“ (ebd.: 225), der auf eine große Integrationsbereitschaft insbesondere der jüngeren, hier geborenen oder lange hier lebenden Migranten schließen lässt. Nur noch „eine Minderheit schließt eine Einbürgerung definitiv aus“ (ebd.: 225).

Die erzwungene Aufgabe der türkischen Staatsbürgerschaft ist der wichtigste Grund gegen eine Einbürgerung. Wie schon erwähnt, sind die am neuen Gesetz am massivsten kritisierten Regelungen erstens die Deutschkenntnisse und zweitens die Ablehnung der doppelten Staatsbürgerschaft. Aufgrund der Sprachregelung kann ein wesentlicher Teil sich nicht einbürgern lassen. Hingegen möchten sie im Fall der doppelten Staatsbürgerschaft die türkische nicht aufgeben. Ferner glauben „mehr als ein Drittel der türkischen Migranten, sie erlangen durch die Einbürgerung keine Vorteile“ (Sauer 2002: 225).²⁶

Die Motive für eine Einbürgerung in Deutschland sind besonders in den letzten Jahren ein Forschungsthema für die Wissenschaftler geworden (Schmidt-Hornstein 1995, Mehrländer et al. 1996, Sauer/Goldberg 2001, Goldberg/Halm/Sauer 2003, Wunderlich 2005). Diese Untersuchungen zeigten, dass vorwiegend das Wahlrecht als Möglichkeit zur politischen Partizipation neben pragmatischen Motiven wie Verbesserung der beruflichen Chancen, bessere Zukunftsaussichten für die Kinder, Erleichterung des alltäglichen Lebens und des Verreisen genannt wurden. Hauptmotiv für den Antrag auf die deutsche Staatsbürgerschaft sind nach Angaben der Türken rechtliche Vorteile und politische Partizipation. Das Wahlrecht spielt eine wichtige Rolle im Kontext der Einbürgerung und ist ein wichtiger Faktor rechtlicher Gleichstellung von türkischer und deutscher Bevölkerung, weil das Prinzip der Volkssouveränität in Artikel 20 des Grundgesetzes so formuliert wird: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.“²⁷ Dieses Volk, von dem gemäß Art. 20, Abs. 2 Grundgesetz alle

Publikations-Nummer 1, S. 30.

²⁶ Inwieweit sich mit der formalrechtlichen Zuerkennung der Staatsbürgerschaft auch die faktischen Lebensverhältnisse verändern und von denen nicht eingebürgerter Ausländer unterscheiden, ist noch weitgehend unbekannt und bedarf der weiteren Analyse. Darüber geben allerdings auch amtliche Statistiken keine Auskunft mehr, da „Eingebürgerte“ nicht mehr als Ausländer, sondern als Deutsche erfasst werden.

²⁷ In: Schubert/Klein 2000: 309

Staatsgewalt ausgeht, ist das deutsche Volk und das Wahlrecht ist deutschen Staatsbürgern vorbehalten. Die Nichtdeutschen können das allgemeine aktive und passive Wahlrecht nur durch die Einbürgerung erlangen.

3.5 Wählerpotenzial türkischer Herkunft

Die Wahlen sind in der Demokratie ein unverzichtbares Element. Die Wähler bestimmen durch die Wahlen über alltägliche politische Probleme und entscheiden, welche Partei und Kandidaten sie vertreten sollen. Diesbezüglich wurde die türkische Wählerschaft kaum untersucht. Im Kontext der Reform des Staatsbürgerschaftsrechts liegt es nahe, sich mit der Wahlentscheidung eingebürgerter Türken zu beschäftigen. In diesem Zusammenhang stellen sich die Fragen, wie groß die Gruppe eingebürgerter Türken ist und inwieweit sie das Wahlergebnis beeinflussen.

Die Wahlforschung interessiert sich traditionell für die ständige Veränderung der Wählerschaft. In diesem Zusammenhang geht es um die Altersgruppe, besonders der Jung- und Neuwähler. Trotz geringer Beachtung Anfang der neunziger Jahre wurde „die möglicherweise wahlentscheidende Bedeutung von Neubürgern und Neubürgerinnen aufgrund des Paradigmenwechsels im Politikfeld Migration seit dem Regierungswechsel 1998 thematisiert“ (Wüst 2003b: 29).

Die Türken als bedeutendste Minderheitengruppe in Bezug auf politische Forderungen sind aufgrund ihrer Anzahl, des schnelleren Anwachsens der Familien und der großen Einbürgerungszahl für die Politik in Deutschland von besonderem Interesse. Die deutschen Parteien und Politiker kümmern sich stärker um die Belange dieser Bevölkerungsgruppe, da sie ein beachtliches Wählerpotenzial darstellen. Eigentlich hatten „die Parteien und Medien nach dem Jahr 1994 für die wahlberechtigten Türken Interesse gezeigt“ (vgl. Duyvene de Wit/Kopfmanns 2001: 29). Aber erst mit der Bundestagswahl 2002 wurde das Wählerpotenzial von Deutschen türkischer Herkunft berücksichtigt und in den deutschen Medien und der Öffentlichkeit mehr und mehr diskutiert.

Obwohl es viele Behauptungen, Berechnungen und Aussagen über die Zahl der Wählerschaft türkischer Herkunft gibt, „beruhen sie auf sehr unsicheren Grundlagen“ (Wilamowitz-Moellendorff 2005: 41). Es gibt keine exakten Daten, wie viele Türken wahlberechtigt sind und wie viele von diesen bei den Bundestagswahlen abstimmen, weil in den Wahltagsbefragungen der Forschungsgruppe Wahlen und von Infratest nicht nach einer früheren Staatsangehörigkeit gefragt wird. In der re-

präsentativen Wahlstatistik des Statistischen Bundesamtes werden nur die Merkmale Alter und Geschlecht sowie die Konfession katholisch, evangelisch und keine/sonstige erfasst. Eine andere Schwierigkeit besteht darin, dass „die Eingebürgerten nach der Einbürgerung in Statistiken nicht mehr getrennt ausgewiesen werden“ (Wüst 2003a: 115). Das Statistische Bundesamt veröffentlicht jedes Jahr zudem die Altersangaben der eingebürgerten Personen. Aber diese Daten werden nur sehr grob kategorisiert ausgewiesen. Deshalb kann nur eine Mindestzahl von Wahlberechtigten angegeben werden und „aus der Zahl der Einbürgerungen kann man nicht ohne weiteres auf die Gesamtzahl der Deutschen türkischer Herkunft schließen“ (Wilamowitz-Moellendorff 2005: 41).

Trotz der mangelnden Daten muss man hier auch die Sterbefälle, Rückwanderungen in die Türkei und sonstigen Auswanderungen beachten. Das Statistische Bundesamt veröffentlicht ebenfalls jährlich die Geburts- und Sterbefälle der türkischen Migranten in Deutschland. Jedoch ist nicht bekannt, wie viele Deutsche türkischer Herkunft jährlich sterben. Die Rückwanderungen werden nach der Staatsbürgerschaft nicht getrennt ausgewiesen. „Außerdem besitzt ein nicht unbeträchtlicher Anteil der eingebürgerten Türken zusätzlich zu der deutschen auch die türkische Staatsbürgerschaft, hat also die Möglichkeit der Rückwanderung in die Türkei“ (ebd.: 41). Aber in den letzten Jahren nimmt die Rückwanderung in die Türkei ab.

„Die Bekundung der Rückkehrabsicht sagt jedoch eher etwas über das Zugehörigkeitsgefühl zu Deutschland sowie über die Bewertung der Zukunftsperspektiven in Deutschland aus als über tatsächlich geplante Handlungen, denn bisher sind nur Wenige tatsächlich in die Türkei remigriert - dies wird sich auch in näherer Zukunft nicht wesentlich ändern. 60% der türkischstämmigen Migrantinnen und Migranten planen nicht mehr, in die Türkei zu (re-)migrieren“ (Sauer 2007: 95).

Die höchsten Schätzungen gingen für die Bundestagswahl 1998 von 160.000 (Goldberg/Humbert 1998: 6), für die Bundestagswahl 2002 von etwa 450.000 bis 500.000 (Wilamowitz-Moellendorff 2005: 41, Hahlen 2002²⁸) und für die Bundestagswahl 2005 von 600.000 (Kolatz 2005, Gebert 2005, Sontheimer 2005, Am Orde 2005)²⁹ türkischstämmigen Wahlberechtigten aus. Die Konrad-Adenauer-Stiftung

28 Hahlen, Johann 2002: Bundestagswahl 2002. Allgemeine Zahlen und Angaben, in: http://www.destatis.de/presse/deutsch/wahl2002/statement_27_08.htm, 08.03.2006.

29 Kolatz, Kenan 2005: Bundestagswahlen 2005, Presseerklärung Türkischer Gemeinde in Deutschland, in: <http://www.tgd.de/index.php?name=article&sid=492>, 02.06.2006; Gebert, Miriam 2005: Bundestagswahl 2005. Migranten als Wähler, in: *Integration in Deutschland* 3/2005, 21.Jg., 20. September 2005, in: <http://www.isoplan.de>, 02.06.2006; Sontheimer, Michael 2005: Türkisch-

hatte im Jahr 2002 „für die kommende Bundestagswahl (2005) 481.000 wahlberechtigte Deutsche türkischer Herkunft“ (Wilamowitz-Moellendorff 2005: 42) geschätzt. Die Bevölkerungsstatistik rechnet für die nächsten Jahre mit einem türkischstämmigen Wählerpotenzial von rund 900 000 Stimmen.³⁰

Tabelle 3.8: Die Zahl der Wahlberechtigten türkischer Herkunft 27.09.1998

Alter zum Zeitpunkt der Einbürgerung (1982-1996)	Häufigkeit
18 bis unter 25	30.005
25 bis unter 35	29.229
35 bis unter 45	18.058
45 bis unter 55	11.171
55 und älter	5.068
Summe der Wahlberechtigten	93.531
Eingebürgerte Personen über 17 Jahren in 1997	36.912
Eingebürgerte Personen über 17 Jahren 1. Halbjahr 1998	20.987
Mindestzahl der Wahlberechtigten türkischer Herkunft 1998	151.430

Quelle: Goldberg/Humbert 1998: 6

In der Tabelle 3.8 zeigt sich die Berechnung der Wahlberechtigten türkischer Herkunft für die Bundestagswahl am 27.09.1998. Nach dieser Berechnung des Zentrums für Türkeistudien sind für den Zeitraum von 1982 bis 1996 die jeweiligen Jahreswerte für die Altersgruppen summiert. „Die Summe der Personen, welche zum Zeitpunkt der Einbürgerung volljährig waren, ist jedoch eher eine zu niedrige Schätzung der tatsächlichen Zahl der Wahlberechtigten türkischer Herkunft“ (Goldberg/Humbert 1998: 6). In diesen 15 Jahren wird ein Teil der eingebürgerten Personen auch volljährig geworden sein. Obwohl die Summe der Wahlberechtigten 151.430 war, muss die tatsächliche Zahl noch höher sein, „weil für den Zeitraum zwischen 1982 und 1997 ehemals Minderjährige mittlerweile über 18 Jahre alt geworden sind“ und „für das Jahr 1998 nur das 1. Halbjahr berechnet wurde. Daraus folgt, dass die geschätzte Zahl von 160.000 eine realistischere Einschätzung darstellt“ (ebd.: 6).

stämmige Wähler, in: <http://www.mutlu.de/presse/84254.htm>, 02.06.2006; Am Orde, Sabine 2005: Wen wählen MigrantInnen? In: <http://www.taz.de/index.php?id=archivseite&dig=2005/09/15/a0080>, 02.06.2006.

³⁰ In: <http://www.welt.de/data/2004/12/16/375468.html>, 02.06. 2006.

Tabelle 3.9: Die Zahl der Wahlberechtigten türkischer Herkunft 2002

Eingebürgerte Personen zwischen 1972 und 1981	3152
Eingebürgerte Personen zwischen 1982 und 1984 (Sie sind im Jahr 2002 volljährig)	2486
Eingebürgerte Personen über 10 Jahren zwischen 1985-1989 (Sie sind im Jahr 2002 volljährig)	5000
Wahlberechtigte türkischer Herkunft 1989	10638
Eingebürgerte Personen über 15 Jahren in 1990	1.549
Eingebürgerte Personen über 15 Jahren in 1991	2.802
Eingebürgerte Personen über 15 Jahren in 1992	5.762
Eingebürgerte Personen über 15 Jahren in 1993	10.329
Eingebürgerte Personen über 15 Jahren in 1994	15.377
Eingebürgerte Personen über 15 Jahren in 1995	23.675
Eingebürgerte Personen über 15 Jahren in 1996	34.001
Eingebürgerte Personen über 15 Jahren in 1997(a)	28.503
Eingebürgerte Personen über 15 Jahren in 1998(a)	39.941
Eingebürgerte Personen über 15 Jahren in 1999(a)	68.630
Eingebürgerte Personen über 18 Jahren in 2000	47.522
Eingebürgerte Personen über 18 Jahren in 2001	41.777
Eingebürgerte Personen über 18 Jahren in 2002	45.023
Wahlberechtigte türkischer Herkunft 1990 bis 2002	364.891
Summe der Wahlberechtigten bei der Bundestagswahl 2002	375.529

(a)³¹ohne Hamburg

Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen und Darstellung

Tabelle 3.9 zeigt die Berechnung der Wahlberechtigten türkischer Herkunft für die Bundestagswahl 2002. In dieser Berechnung gelten die 15-18-jährigen Personen zwischen 1999 und 2001 als die Wähler, die zum Zeitpunkt der Bundestagswahl 2002 volljährig sind. Für den Zeitraum 1972 bis 1989 werden die volljährigen Personen zu den Zeitpunkten der Bundestagswahlen 2002 und 2005 berechnet. In der Berechnung für die Bundestagswahl 2005 (Tabelle 3.10) werden die 15- bis 18-jährigen eingebürgerten Personen im Jahr 2002, über 16 Jahren 2003, über 18 Jahren 2004 und 2005 sein. Die Anzahl dieser eingebürgerten Personen beträgt 107.132. Diese Anzahl summiert sich mit der Zahl (375.529) der Wahlberechtigten bei der Bundestagswahl 2002. Diese Gesamtsumme beläuft sich auf 482.661, dennoch

³¹ Kornelia Zander, Sachgebietsleiterin der Wanderungen, Einbürgerungen im Statistikamt Nord, erklärte dieses Fehlen: „Die Einbürgerungen von Türken in den Jahren 1997, 1998 und 1999 liegen in Hamburg nicht vor. In diesen Jahren gab es technische Umstellungen, die dazu führten, dass die Einbürgerungsstatistiken nur in geringem Umfang durchgeführt und ausgewertet wurden. Deshalb können wir Ihnen leider keine Daten zukommen lassen.“

eine zu niedrige Schätzung der Anzahl der türkischstämmigen Wahlberechtigten.

Tabelle 3.10: Die Zahl der Wahlberechtigten türkischer Herkunft 2005

Summe der Wahlberechtigten türkischer Herkunft bei der Bundestagswahl 2002	375.529
Eingebürgerten Personen zwischen 15-18-jährigen in 2002 (Sie sind im Jahr 2005 volljährig)	1691
Eingebürgerte Personen über 16-Jährigen in 2003	43.969
Eingebürgerte Personen über 18-Jährigen in 2004	36.221
Eingebürgerte Personen über 18-Jährigen in 2005	25.251
Summe der Wahlberechtigten türkischer Herkunft bei der Bundestagswahl 2005	482.661

Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen und Darstellung

Es ist zu erwarten, dass die eigentliche Zahl der türkischstämmigen Wahlberechtigten noch höher liegt, weil eine korrekte Berechnung der Wahlberechtigten türkischer Herkunft fast unmöglich ist. Es fehlt bei diesen Daten die Zahl der eingebürgerten Türken in Hamburg in den Jahren 1997, 1998 und 1999. In Hamburg leben derzeit 54.153 Türken (Statistisches Bundesamt, Stand 31.12.2007). Diese Anzahl erhöhte sich am Ende des Jahres 2006 auf 58.000 (Statistisches Bundesamt) sowie am Ende des Jahres 2003 auf 60.255.³² Man nimmt bei der Bürgerschaftswahlen 24.02.2008 in Hamburg an, dass knapp „1% (12.500) der 1.241.800 Wahlberechtigten - ausgehend von einer Schätzung für das gesamte Bundesgebiet - türkischstämmige Wähler gewesen sein dürften.“³³ Eine weitere Schwierigkeit bei der Berechnung stellen die Altersgruppen dar. Das Statistische Bundesamt gliedert die

³² Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein: Bevölkerung, Strukturen und Trends. Hamburg 1950 bis 2003, S.13, in: <http://www.statistik.nord.de>, 08.06.2006.

³³ In: <http://www.jurblog.de/2008/02/24/umfrage-sollten-sich-tuerken-auswahltaktischgruende-neinbuergernlassen/>, 03.03.2008.

eingebürgerten Personen türkischer Herkunft nach dem Alter in unter 15, 15 bis 18, 18 bis 25 usw. Die Zahl der Eingebürgerten unter 15 Jahren beträgt in den Jahren von 1990 bis 1999 90.462 und in den Jahren 2000 bis 2004 86.606. In den Jahren 1999 bis 2004 gibt es 177.068 Unter-15-Jährige. Obwohl sie im Verlauf dieser 14 Jahre gealtert sind und ein Teil dabei auch volljährig geworden ist, werden diese Personen in den Berechnungen für die Bundestagswahlen 2002 und 2005 nicht berücksichtigt. Eine Schätzung, wie viele von diesen Personen 14 oder 15 Jahre alt waren und bei den Bundestagswahlen 2002 und 2005 Wahlberechtigte sind, ist unmöglich. Unter der theoretischen Annahme, dass 30% von diesen Personen in den Jahren 2002 und 2005 volljährig sind, d.h. rund 53.000 Personen, ist die realistische Zahl der Wahlberechtigten türkischer Herkunft für die Bundestagswahl 2002 rund 430.000 und für die Bundestagswahl 2005 rund 540.000.

3.6 Zusammenfassung

Ein Zwischenfazit für dieses Kapitel bestätigt diese Schlussforderung: Türken haben in Deutschland geringere politische Partizipationsmöglichkeiten. Sie verfügen – ohne deutsche Staatsbürgerschaft – in Deutschland über keine politischen Rechte als das aktive und passive Wahlrecht. Sie ziehen nur aus der eingeschränkt gegebenen Form der fünf Partizipationsmöglichkeiten am politischen Entscheidungsprozess (vgl. Woyke 1990: 101) Nutzen. Der türkischen Seite fehlt es am Interesse und Willen zur Partizipation und organisatorischen Fähigkeiten. Sie haben in Deutschland noch „keine den Erfordernissen entsprechende Organisationsformen entwickelt“ (Keskin 1998: 19). Andererseits ist politische Partizipation ein wichtiger Bestandteil des Integrationsprozesses von Türken und könnte auf mehreren Ebenen aktiv unterstützt werden.

Geringere politische Partizipationsmöglichkeiten verursachen gleichzeitig geringeres politisches Interesse. Die Ergebnisse der unterschiedlichen Studien zeigen sowohl positive als auch negative Aspekte der politischen Integration von Türken: Als negatives Ergebnis muss die schlechte Bildungs- und Ausbildungssituation, die Deutschkenntnisse von Türken und in der Folge der niedrige ökonomische Status gelten, der die soziale und gleichzeitig auch politische Integration erschwert. „Positives lässt jedoch die verbesserte Situation der jüngeren Generation erwarten“ (Goldberg 1999: 94). Obwohl sich das Interesse an deutscher Politik nur langsam erhöht, ist das ein positives Zeichen. Hier sind aber weitere Anstrengungen notwendig, um die Integration von Türken in das politische Leben der Bundesrepublik vor-

anzutreiben und deren Interesse am politischen Leben in der Bundesrepublik zu erhöhen.

Die Mehrheit der türkischen Bevölkerung in Deutschland sieht die deutschen politischen Organisationen, Institutionen und Verbände nicht als ihr Interessenvertreter. Im Vergleich der Jahre zeigen sich keine großen Veränderungen. Die türkischen Selbstorganisationen, Gewerkschaften und Integrationsräte werden als wichtige Interessenvertreter wahrgenommen. Besonders in den letzten Jahren werden sowohl deutschen Parteien als auch der türkischen Regierung mehr als der Bundesregierung Interessenvertreterfunktion zugeschrieben.

Festhalten lässt sich, dass das Wahlrecht eine wichtige Voraussetzung für die politische Integration von Türken ist. Der Weg dazu ist die Einbürgerung. Die Entwicklung der Einbürgerung von Türken zeigt, dass die türkischen Staatsbürger die deutlich größte Nationalitätengruppe unter den Eingebürgerten bilden. Besonders ab 1995 gab es eine ständige Erhöhung, die im Jahr 1999 mit 103.900 den Rekordstand erreichte. Mit diesem Anstieg wird die Zahl der türkischstämmigen Wahlberechtigten erhöht. Die Zahl der türkischstämmigen Wählerschaft ist für die Bundestagswahl 2002 rund 430.000 und für die Bundestagswahl 2005 rund 540.000 Wählern berechnet worden.

4 Die Strategien der deutschen Parteien für die türkischstämmigen Wahlberechtigten

Neben der gesellschaftlichen Integration der Türken in Deutschland sind ihre politische Integration und Beteiligung, ihr Wahlrecht, ihr Wählerpotenzial, ihr Verhältnis zu den Parteien und ihre parlamentarische Präsenz besonders seit der Bundestagswahl 1998 zentrale Themen geworden. Nicht nur die eingebürgerten Türken, sondern auch die türkischen Staatsangehörigen in Deutschland werden „nicht mehr nur als ausländische Arbeiter angesehen, sondern als der Zivilgesellschaft angehörende ‚Bürger‘, die sogar als ‚ausländische Mitbürger‘ bezeichnet werden“ (Kastoryano 2002: 199). Hierzu bedarf es jedoch der Wahrnehmung von Türken „als (potenzielle) Subjekte und nicht nur als Objekte von Politik“ (Wüst 2006: 228).

Obwohl die Mehrheit der Türken kein Wahlrecht hat, „greifen die Parteien ihrerseits auf Umfragen zurück, um bestimmte Orientierungen, wie etwa die Wahl Tendenzen der potenziellen türkischen Wähler, zu messen“ (Kastoryano 2002: 200). Dieses Interesse zeigt eigentlich, dass sie als politisch Handelnde akzeptiert werden und politisch relevant sind. Während sich ab Mitte der achtziger Jahre das Interesse der türkischen Bevölkerung „mehr und mehr der deutschen Politik“ (Şen 1993: 32) zuwandte und sie sich in den verschiedenen Parteien engagierten, begannen die Parteien, mit den türkischen Organisationen zusammenzuarbeiten, „die großen türkischen Vereine zu unterstützen, Wahlwerbungen in den Vereinszeitschriften zu veröffentlichen“ und parteiinternen Organisationen zu bilden, um „eine Art Wählerinvestition“ (Kastoryano 2002: 200) zu betreiben. Mit der steigenden Zahl der eingebürgerten Türken wurden diese Strategien der Parteien besonders bei den Bundestagswahlen 2002 und 2005 fortgesetzt und erweitert. Ihr Wahlverhalten hat inzwischen größere Bedeutung innerhalb der Parteienkonkurrenz gewonnen.

Zur Erklärung des Wahlverhaltens der türkischstämmigen Wahlberechtigten fehlt den empirisch orientierten Erklärungsversuchen auf der Angebotsseite „jedoch ein Mosaikstein, der helfen könnte zu verstehen“ (Wüst 2005: 142), warum Deutsche türkischer Herkunft bestimmte Parteien präferieren und wählen. Obwohl „die Bindung der Wähler an einzelne Parteien in den letzten Jahren deutlich zurückgeht und die Parteien sich programmatisch und personell nicht mehr so deutlich unterscheiden“³⁴, müssen die Parteien der türkischstämmigen Wählerschaft deutlich machen, warum sie gewählt werden sollen, was sie für die türkischstämmigen Wähler und ihr soziales Umfeld tatsächlich leisten und was sie andererseits nur verspre-

³⁴ Sander, Wolfgang 2007: Wahlprognosen: Wichtige Faktoren und Gesichtspunkte, in: http://www.bpb.de/methodik/CYI382,0,0,M_09_21,04,13.2008.

chen, weil „dies signifikant unterschiedliche Parteipräferenzen sind, deren Ursachen auch in der Haltung der Parteien zu den verschiedenen Einwanderer- und Eingebürgertengruppen liegen könnten“ (Wüst 2005: 143). In diesem Zusammenhang muss man einen Blick auf die Verbindungen zwischen den Parteien und der türkischen Bevölkerung und auf die Wahlprogramme der Parteien werfen. Bestimmte Themen haben „großes Mobilisierungspotential für die türkischstämmige Wählerschaft. Sei es das Ausländerrecht, die Regelung der Zuwanderung oder die Integrationspolitik.“³⁵ Es sind vor allem drei Themen, die das Wahlverhalten der türkischstämmigen Deutschen beeinflussen: „Verhinderung von Diskriminierung, der EU-Beitritt der Türkei und der Kampf gegen Rechtsradikalismus“ (vgl. Wilamowitz-Moellendorff 2005: 43).

In diesem Teil der Arbeit sollen die Angebote der Parteien diskutiert werden, um das Wahlverhalten unter dem Migrationshintergrund zu verstehen. Welche Strategien haben die Parteien für die türkischstämmige Wählerschaft und welche Rolle spielen diese Strategien? Auf welche Merkmale der Parteien ist das Interesse der türkischen Bevölkerung gerichtet und mit welchen Bewertungen werden diese Merkmale verknüpft? Hinsichtlich dieser Fragen gliedert sich das Kapitel in fünf Teile. Zunächst wird die Entwicklung bis 2002 zusammengefasst. Dann sollen die Migration- und Integrationsthemen in den Wahlprogrammen der Parteien zu den Bundestagswahlen 2002 und 2005 präzisiert werden. In einem nächsten Schritt werden die Frage des EU-Beitritts der Türkei und die türkischstämmigen Kandidaten der Parteien diskutiert. Zuletzt werden die parteiinternen und -externen Organisationen und Veranstaltungen behandelt.

Die wirtschaftlichen Themen wie Arbeitslosigkeit werden in diesem Teil nicht thematisiert, weil sie von den Parteien allgemein und außerhalb der Migrations- und Integrationsthemen bearbeitet werden.

³⁵ Halm, Dirk 2004: Migranten: Starke Sympathien für die Sozialdemokratie, in: <http://www.bundestag.de/dasparlament/2004/18/Thema/011.html>, 22.06.2007.

4.1 Eine kurze Zusammenfassung der Entwicklung bis 2002

Seit mit der NPD in den Jahren 1967-68 die politische Diskussion über Ausländer aufkam (vgl. Vogel/Wüst 2003: 266), beschäftigen sich die Parteien immer mehr mit der Migrations- oder der Ausländerpolitik und politisieren dieses Thema. In diesen Diskussionen nimmt die türkische Bevölkerung eine besondere Stellung ein, weil sie die Mehrzahl der Ausländer in Deutschland bildet und die allgemeine Politik „bislang nur unzureichend auf die besondere Problemlage dieser Personen reagiert“ (Wilamowitz-Moellendorff 2005: 40). Obwohl in den 1980er Jahren „die Ausländerfragen vor allem bei Landtagswahlkämpfen wiederholt eine wichtige Rolle spielte“ (Vogel/ Wüst 2003: 267), wurde dieses Thema erst mit den 1990er Jahren in die Bundestagswahlen eingebracht. In dieser Zeit sind die Haltungen, Positionen und Politiken der Parteien für oder gegen Ausländer klar geworden. Während sich SPD, Grüne und nachher die Linkspartei/PDS „stärker um türkischstämmige Bürger bemühen“ (Wilamowitz-Moellendorff 2005: 40), stehen die Unionsparteien für ausiedlerfreundliche Haltungen, „aber zeigen sich hart, wenn es um die Zuwanderung und Integration von Ausländern geht“ (Thränhardt 2002: 221). In diesen Jahren waren „die ideologischen Grundpositionen (monokulturell oder multikulturell) und gruppenpezifischen Präferenzen (pro Aussiedler oder pro Ausländer) der Parteien sehr deutlich“ (Wüst 2003b: 36). Wenn auch der so genannte Asylkompromiss im Jahr 1992 „teilweise auch als Migrationskompromiss bezeichnet wurde“, hat sich das „migrationspolitische Paradigma“ nicht verändert: „Deutschland ist kein Einwanderungsland“ (Vogel/Wüst 2003: 268).

Nach der Bundestagswahl 1998 ging die schwarz-gelbe Regierungskoalition zu Ende. Die neue rot-grüne Regierung wurde von der türkischen Gesellschaft im Allgemeinen gut aufgenommen, obwohl später einige türkischen „Selbstorganisationen und die Presse auf die Bestimmungen im neuen Staatsangehörigkeitsgesetz reagierten“ (Şen 2005: 233). In den Wahlprogrammen der Parteien wurden migrationspezifische Themen „allgemein“ (Vogel/Wüst 2003: 268) behandelt, aber die Staatsangehörigkeitsreform der rot-grünen Koalition war „das zentrale innenpolitische Thema in allen Fraktionen“ (Schröter/Jäger 2005: 24), obwohl sie „nicht im Zentrum des Koalitionsvertrag und der Regierungserklärung“ (Busch 2003: 305) stand. Zum ersten Mal in Deutschland hat diese Regierung das Prinzip des Jus Solis (Erwerb der Staatsangehörigkeit gemäß dem Geburtsort) anstatt des Jus Sanguinis (Erwerb der Staatsangehörigkeit durch Abstammungsprinzip) akzeptiert. Somit hat sich mit diesem Gesetz das migrationspolitische Paradigma verändert und prägte „die sechste Phase der Ausländerpolitik, die 1998 begann und bis Ende

2004 andauerte“ (Meier-Braun 2006: 206). Im Jahr 1999 wurde von der Regierung eine Broschüre zum neuen Staatsangehörigkeitsrecht veröffentlicht und „zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik regierungsamtlich festgestellt: Deutschland ist schon längst zum Einwanderungsland geworden“ (ebd.: 207). Man muss hier die Haltungen der Parteien für oder gegen das Staatsangehörigkeitsgesetz zusammenfassen, weil diese Haltungen das Wahlverhalten der türkischstämmigen Wahlberechtigten bei den Bundestagswahlen 2002 und 2005 näher beleuchten können.

Tabelle 4.1: Staatsangehörigkeitsrecht in den Wahlprogrammen der Parteien zur Bundestagswahl 1998

CDU/CSU	Wir beabsichtigen, im Rahmen einer Reform des Staatsangehörigkeitsrechts als Abschluss erfolgreicher Integration weitere Erleichterungen beim Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit zu gewähren.
FDP	Das Recht, mit der Geburt auch die deutsche Staatsangehörigkeit zu erhalten, muss für in der BRD geborene Ausländer der zweiten und nachfolgenden Generationen gesetzlich verankert werden. Für diese Kinder wollen wir daher die befristete doppelte Staatsangehörigkeit einführen.
SPD	[zu einem modernen Staatsangehörigkeitsrecht] gehört, dass die in Deutschland geborenen Kinder von ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern mit der Geburt die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten, wenn schon die Mutter oder der Vater in Deutschland geboren ist.
GRÜNE	Ein neues Staatsbürgerschaftsrecht soll allen in Deutschland geborenen Kindern den deutschen Pass geben, wenn mindestens ein Elternteil hier seinen dauerhaften Lebensmittelpunkt hat. ...Nach fünf Jahren müssen hier lebende Ausländer das Recht zur Einbürgerung erhalten. Die Anerkennung der doppelten Staatsbürgerschaft ist längst überfällig...

Quelle³⁶: Vogel/Wüst 2003: 270

Die CDU/CSU möchte Erleichterungen nur nach Abschluss erfolgreicher Integration gewähren, d.h., sie verstehen die Einbürgerung, die am Ende, nicht am Anfang der Integration steht, als Ausdruck des Erfolges des Integrationsprozesses und diese

³⁶ In dieser Quelle gibt es keine Daten über die PDS.

Haltung wurde im Beschluss des Bundesausschusses vom 7. Juni 2001 festgelegt. Die doppelte Staatsangehörigkeit kann nach der CDU „nur ausnahmsweise in Betracht kommen, wenn die Aufgabe der bisherigen Staatsangehörigkeit nicht möglich oder nicht zumutbar ist“ (Grindel 2005: 183). Loyalitätskonflikte, Sicherheits- und Integrationsprobleme sind Hauptargumente der Unionsparteien gegen die doppelte Staatsbürgerschaft. Diese Gegenargumente gehen davon aus, dass eine doppelte Staatsbürgerschaft zu Loyalitätsproblemen für den Staatsbürger führt, der sich zum „Diener zweier Herren“ macht, dass der Doppelpass die wachsenden Integrationsprobleme von Ausländern nicht verbessert, sondern „erschweren und behindern“ kann und dass die Mehrstaatigkeit den „Extremisten und Terroristen“ (ebd.: 185ff.) helfen könnte. Im hessischen Landtagswahlkampf der CDU war der Doppelpass „mobilisierungsfähiges Thema“ (Vogel/Wüst 2003: 272).

Die rot-grüne Regierung signalisierte gleich nach der Wahl 1998, dass die Migranten in Deutschland nicht nur „Gäste“, sondern tatsächlich längst „Bürger“ sind und nicht nur gleiche Pflichten, sondern auch gleiche Rechte haben (vgl. Deligöz 2005: 192). Ziel war die Förderung der Integration von Migranten, die seit langem in Deutschland leben. Während die SPD für die dritte Migrantengeneration mit der Geburt die deutsche Staatsangehörigkeit fordert und „im Kindesalter auch die doppelte Staatsangehörigkeit toleriert“ (Vogel/Wüst 2003: 269), fordern die Grünen das Jus Soli für die zweite Generation und plädieren für „die doppelte Staatsbürgerschaft als ein Instrument der Integration“ (Deligöz 2005: 192). Gegen die Kritik der Unionsparteien „setzt die SPD auf ein Gesellschaftsverständnis, das die Rechte und maximale Partizipation aller an einer gemeinsam zu gestaltenden Gesellschaft in den Mittelpunkt rückt“ (Akgün 2005: 179).

Das Optionsmodell der FDP stellt im Gegensatz zu ihrem älteren Koalitionspartner die Staatsbürgerschaftsreform positiv dar. Nach der Optionslösung (Optionsmodell) der FDP erhalten die in Deutschland geborenen Ausländer der zweiten und nachfolgenden Generationen die deutsche Staatsangehörigkeit und dürfen die doppelte Staatsangehörigkeit bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres behalten. Aber sie müssen sich mit der Volljährigkeit für eine der beiden Staatsangehörigkeiten entscheiden. Laut FDP ist „die deutsche Staatsangehörigkeit ein klares Signal“ für nächste Generationen – „unabhängig von der Staatsangehörigkeit ihrer Eltern- zur deutschen Gesellschaft zu gehören, und zwar nicht etwa als Gäste, sondern als integraler Bestandteil. Loyalitätskonflikte in der Praxis haben sich bisher nicht bestätigt“ (Stadler 2005: 199).

Nach dem Willen der PDS „sollen alle Kinder, die hier geboren werden und deren Eltern ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland haben, die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten. Die Praxis der Einbürgerung muss erleichtert und eine Mehrfachstaatsbürgerschaft grundsätzlich ermöglicht werden“ (Integrationskonzept der PDS 2007: 10f.).

Die gegensätzlichen Haltungen der Parteien im Politikfeld Migration zeigen sich auch in ihren Programmen für die Wahl 1998. Die CDU/CSU unterstützen die Spätaussiedler und gewinnen deren Stimmen. SPD und Grüne haben eine migrantenfreundliche Politik und profitieren von diesen Stimmen, besonders von den Stimmen der Deutsch-Türken. Obwohl die FDP deutlich liberalere Programme hat, kann sie nicht mehr von türkischstämmigen Stimmen profitieren.

4.2 Migrations- und Integrationsthemen in den Wahlprogrammen der Parteien zu den Bundestagswahlen 2002 und 2005

Die rot-grüne Regierungskoalition wurde bei der Bundestagswahl 2002 mit einer knappen Mehrheit vor den Unionsparteien bestätigt. Ihre Regierungszeit dauerte bis 18. September 2005. Nach der Wahl zum 16. Deutschen Bundestag 2005 hat sich diese Situation verändert und der rot-grünen folgte eine große Regierungskoalition. Keine der Parteien hat Zuwanderung in den beiden Wahlkämpfen zum Thema gemacht. Die Wahlprogramme aller Parteien, die auch türkisch zusammengefasst werden, implizierten die migrations- und integrationsspezifischen Themen. In diesem Themenfeld gingen die Schwerpunkte und Haltungen der Parteien jedoch auseinander. Einig waren sie sich nur über die Bedeutung einer besseren Integration von Ausländern.

Im Allgemeinen werden diese Themen in den Programmen der Parteien oberflächlich behandelt und bilden nicht den Kern der Programme. Besser lassen sich die Parteien nach ihren Programmen für die Bundestagswahlen 2002 und 2005 innerhalb dieses Themenkomplexes differenzieren und nach ihren Hauptargumente, Thematisierungen und Begrifflichkeiten gliedern. Die im Bundestag vertretenen Parteien lassen sich nach der Stimmenanzahl geordnet.

4.2.1 Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)

Obwohl die SPD im Allgemeinen von „ausländischen Mitbürgern“ spricht (vgl. Vogel/Wüst 2005: 268), verwendet sie in ihren Wahlprogrammen für die Bundestagswahl 2002 und 2005 die Bezeichnungen Ausländer, Zuwanderer, Migrantinnen und Migranten. Während im Wahlprogramm der SPD 2002 drei Begriffe – Integration, Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung und Asylrecht – unter dem Titel „Zuwanderung“ thematisiert wurden, enthielt das Programm 2005 zusätzlich noch die Themen „Bildung und Sprache“, „Zwangsheirat“ und „Kampf gegen Rechtsextremismus“. Das Asylrecht wurde im Programm 2005 nicht thematisiert.

Im Programm 2005 setzt sich die SPD vor allem für eine frühe Sprachförderung von Kindern ausländischer Herkunft ein, um deren Bildungschancen zu erhöhen und um eine „adäquate Zukunftsperspektive in Deutschland“ zu geben. Der Islamunterricht soll „unter Aufsicht der Schulbehörden in deutscher Sprache“ stattfinden. Die SPD will besonders ausländische Frauen fördern, muslimischen Jugendlichen den Einstieg in die Arbeitswelt erleichtern und duldet keine Zwangsheirat.³⁷ Gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus sollen die demokratischen und zivilgesellschaftlichen Kräfte und die politische Bildung in allen Schulen verstärkt werden. Die Einbürgerung wird als das Ziel der Integration bezeichnet. Obwohl Deutschland laut SPD im Jahr 2002 „ein weltoffenes und ausländerfreundliches Land“ war, wurde es im Jahr 2005 als "Einwanderungsland" (Wahlprogramme der SPD 2002: 63, 2005: 32) bezeichnet. In beiden Programmen ist die SPD gegen „die Verfestigung“ (2002) und „Existenz“ (2005) von Parallelgesellschaften, jedoch ist eine Erweiterung der Zuwanderung nicht vorgesehen. Die Zuwanderung soll gesteuert und begrenzt werden. Die sozialdemokratische Integrationspolitik soll „auf Verständigung und Toleranz“ bauen (2002) und „alle“ integrieren (2005).

³⁷ Nicht nur die Nichtregierungsorganisationen, sondern auch die Parteien und das Parlament sind mit diesem Thema beschäftigt. Vor der Bundestagswahl 2005 hat der Bundesrat einen Gesetzesentwurf zur Bekämpfung der Zwangsheirat vorgelegt. Vgl. Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung der Zwangsheirat und zum besseren Schutz der Opfer von Zwangsheirat. Gesetzesentwurf des Bundesrats. Deutscher Bundestag 15. Wahlperiode. Drucksache 15/5951 vom 11. August 2005.

Tabelle 4.2: Migrations- und Integrationsthemen in den Wahlprogrammen der SPD zu den Bundestagswahlen 2002 und 2005

Themen	Bundestagswahl 2002	Bundestagswahl 2005
Parallelgesellschaft	Wir sind gegen jede Verfestigung kultureller Parallelgesellschaften.	Wir sind gegen die Existenz von Parallelgesellschaften.
Einbürgerung	Das neue Staatsangehörigkeitsrecht aus dem Jahre 2000 hat einen wichtigen Beitrag geleistet.	Ziel ist die Einbürgerung der Menschen, die Deutschland legal zu ihrem Lebensmittelpunkt gemacht haben.
Integrationspolitik	Zur sozialdemokratischen Integrationspolitik, die auf Verständigung und Toleranz baut, gibt es keine Alternative. Eine erfolgreiche Integration braucht den Erfolgswillen beider Seiten. Wir verstärken nun die staatlichen Anstrengungen und werben um bürgerschaftliches Engagement. Wir wollen verpflichtende staatliche Integrationsangebote und Kurse für Neuzuwanderer.	Wir wollen alle integrieren, die legal und dauerhaft in Deutschland leben... Beim Integrationsprozess von Frauen ausländischer Herkunft steht ihre gleichberechtigte Teilhabe am politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben im Vordergrund. Wir werden unsere Maßnahmen zur Integration ausländischer Frauen weiter verstärken. Ihre Integration ins Arbeitsleben wird eine weitere tragende Säule unserer Integrationspolitik sein.
Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung	Im globalen Wettbewerb um die besten Köpfe geht es nicht um das "ob" von Zuwanderung, sondern darum, wie sie im Interesse Deutschlands gesteuert werden kann. Eine vernünftige Arbeitsmigration begrenzt die Zuwanderung daher auf das volkswirtschaftlich sinnvolle und am Arbeitsmarkt notwendige, ohne die Aufnahmefähigkeit des Landes zu überfordern.	Den von uns begonnenen Weg der Steuerung, Begrenzung und Integration von Zuwanderung wollen wir konsequent fortführen.
Bildung und Sprache		Ohne deutsche Sprache ist eine erfolgreiche Teilnahme am Unterricht nicht möglich. Beginnend mit Sprachförderung im frühen Kindesalter im Rahmen der Kinderbetreuung bis zu berufsvorbereitenden Maßnahmen zum Ende der Schulzeit, werden wir feste Grundlagen für die Bildung von Kindern und Jugendlichen ausländischer Herkunft und für den Einstieg in ihr Berufsleben legen. Wir wollen Kindern und Jugendlichen ausländischer Herkunft eine adäquate Zukunftsperspektive in Deutschland geben und ihnen den Übergang ins Berufsleben ermöglichen.
Religionsunterricht		Wir setzen uns ein, dass verstärkt islamischer Religionsunterricht von in Deutschland ausgebildeten oder anerkannten Lehrerinnen und Lehrern unter Aufsicht der Schulbehörden in deutscher Sprache angeboten wird.
Zwangsheirat		Die Gleichberechtigung von Frauen wird als wichtiger thematischer Schwerpunkt [...] aufgenommen. Wir dulden keine Zwangsheirat. Wir werden die Zwangsheirat explizit als Straftatbestand in das Strafgesetzbuch aufnehmen.
Rechtsextremismus		Die SPD wird bei der Prävention und Bekämpfung von Rechtsextremismus nicht nachlassen. Im Mittelpunkt steht dabei die Stärkung demokratischer und zivilgesellschaftlicher Kräfte. Die SPD wird Projekte und Initiativen, die sich gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus engagieren, nicht im Stich lassen, sondern weiterhin unterstützen.
Asylrecht	Wir stehen uneingeschränkt zum Grundrecht auf Asyl, das wir auch als kulturelle Errungenschaft und moralische Verpflichtung der deutschen Nachkriegsdemokratie begreifen.	

Quelle: Eigene Darstellung der Programme der SPD 2002 - 2005

In einem Vergleich der Inhaltsanalyse der beiden Programme wird deutlich, dass migrations- und integrationsspezifische Themen im Programm 2005 umfangreicher als im Programm 2002 bearbeitet werden und dass politische Probleme, die von den Türken oder/und Deutsch-Türken besonders wahrgenommen und thematisiert werden, und ihre Lösungen klarer erklärt werden. Die Gleichberechtigung von Frauen wird bei dem Wahlprogramm 2005 als „wichtiger thematischer Schwerpunkt“ bearbeitet, während das Wahlprogramm 2002 und die Wahlprogramme anderer Parteien dieses Problem nicht implizieren. Zeitlich fällt auf, dass die Gleichstellung von Frauen und Männern in den Jahren 2004 und 2005 von der türkischen Bevölkerung als eines der politisch relevanten Probleme gesehen wurde (vgl. Kapitel 5, Abschnitt 4.2). Nach der Untersuchung des Zentrums für Türkeistudien im Jahr 2005 wurde die Geschlechtergleichstellung von 79% der Befragten als viertwichtigstes Problem wahrgenommen (vgl. Sauer/Goldberg 2006: 150).

In Zusammenhang mit der Bundestagswahl 2002 hat die SPD als Antwort auf die Wahlfragen von TGD³⁸ (Türkische Gemeinde in Deutschland) am 17.09.2002 erklärt, dass die Minderheiten und die Vielzahl der Kulturen als gleichberechtigt anerkannt werden, sich gegenseitig zu respektieren und ein friedliches Miteinander das erklärte Ziel ist. Diese Meinungen haben sich bei der Bundestagswahl 2005 anhand der Parteienbefragung des Interkulturellen Rates wiederholt.

4.2.2 Christlich Demokratische Union (CDU)/Christlich-Soziale Union (CSU)

Im Wahlprogramm von CDU und CSU für die Bundestagswahl 2002 wurde das Thema Zuwanderung unter den zwei Slogans – „Zuwanderung steuern und begrenzen“, „Integration fordern und fördern“ – bearbeitet und zusammen mit den Bezeichnungen „Ausländer“ und „ausländische Mitbürger“ verwendet. Das Wahlprogramm 2005 bestimmt zuerst den Zustand der Zuwanderung und Integration (Wo stehen wir?) und zählt dann die Forderungen und Wünsche (Was wollen wir?) auf. In dem Programm sprechen die Unionsparteien von „Ausländern“, und bezeichnen die eingebürgerten Ausländer als „Mitbürger“ und „nehmen sie in die Mitte der Gemeinden auf“ (2005. 34).

38 Türkische Gemeinde in Deutschland 2002: Türkische Gemeinde in Deutschland gibt Wahlempfehlungen, in: <http://www.tgd.de/index.php?name=News&file=article&sid=198>, 02.06. 2006.

Tabelle 4.3: Migration- und Integrationsthemen in den Wahlprogrammen von CDU und CSU zu den Bundestagswahlen 2002 und 2005

Themen	Bundestagswahl 2002	Bundestagswahl 2005
Parallelgesellschaft	Die Entwicklung von Parallelgesellschaften darf nicht hingenommen werden.	Ghettobildung und die Entwicklung von Parallelgesellschaften sind Integrationsdefizite.
Integrationspolitik	Die Integration der Zuwanderer ist nicht zum Nulltarif zu haben. Die Integration [...] ist eine Aufgabe aller gesellschaftlichen Kräfte. Wir wollen Ausländer integrieren. Wir erwarten zugleich von ausländischen Mitbürgern, dass sie sich integrieren wollen. Ziel der Integration sind verbindende Überzeugungen. Integration setzt [...] auch das Akzeptieren der Traditionen und Wertvorstellungen in unserer Gesellschaft voraus. Wir lehnen eine multikulturelle Einwanderergesellschaft ab.	Wir wollen, dass Ausländer, die rechtmäßig und dauerhaft bei uns sind, integriert in unserer Gesellschaft auf der Grundlage unserer Kultur und Rechtsordnung leben. Integration ist aber keine Einbahnstraße. Elementar für das Gelingen ist das Erlernen der deutschen Sprache. Wir werden die Integration konsequent vorantreiben. Wir werden die Teilnahme an Integrationskursen von Ausländern konsequent einfordern und das rechtliche Instrumentarium dafür nutzen.
Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung	Deutschland muss Zuwanderung stärker steuern und begrenzen als bisher. Zuwanderung kann kein Ausweg aus den demografischen Veränderungen in Deutschland sein. Wir erteilen einer Ausweitung der Zuwanderung aus Drittstaaten eine klare Absage, denn sie würde die Integrationsfähigkeit unserer Gesellschaft überfordern.	Zuwanderung begrenzen, Integration stärken. Wir werden die Zuwanderung in den Arbeitsmarkt auf Mangelberufe und auf Ausländer begrenzen, die in Deutschland zu Spitzenleistungen in Wissenschaft und Forschung, Wirtschaft und Kultur beitragen können. Wir wollen, dass nachziehende Ehegatten vor der Einreise nach Deutschland ausreichende Deutschkenntnisse erwerben. Wir werden das Kindernachzugsalter senken [...].
Bildung und Sprache	Wir werden das Erlernen der deutschen Sprache stärker einfordern und fördern. Ausreichende deutsche Sprachkenntnisse sollen möglichst schon vor der Einschulung vermittelt werden. Lern- und Leistungsdefizite ausländischer Schülerinnen und Schüler müssen angepackt und behoben werden. Daneben muss die Erwachsenenbildung bessere Angebote machen für Menschen aus anderen Kulturkreisen.	Deutsche Sprache ist elementar für die Integration. Ausländische Eltern müssen alles dafür tun, dass ihre Kinder Anteil an den Lebens- und Arbeitschancen unseres Landes haben.
Religionsunterricht	Wir halten es für erforderlich, dass für Kinder muslimischen Glaubens in Deutschland ein islamisches Unterrichtsangebot in deutscher Sprache eingerichtet wird, das nach staatlich genehmigten Lehrplänen und unter staatlicher Aufsicht von Lehrern unterrichtet wird, für die gleiche Regeln wie für alle Lehrer gelten.	
Zwangsheirat		Wir werden die Menschenrechte der in Deutschland lebenden Mädchen und Frauen aus dem muslimischen Kulturkreis aktiv fördern und schützen. Die Zwangsverheiratung ist verboten. Die Nötigung zur Zwangsheirat wird ein eigener Straftatbestand.
Asylrecht	Nur staatliche Verfolgung darf einen Anspruch auf Asyl und Aufenthalt auslösen. Wir werden die verwaltungsgerichtlichen Entscheidungen in Asylverfahren beschleunigen, [...] um den Missbrauch des Asylrechts zu bekämpfen.	

Quelle: Eigene Darstellung der Programme von CDU/CSU 2002 - 2005

Das Thema „Zwangsheirat“ und die Themen „Asylrecht“ und „Religionsunterricht“ kommen im Wahlprogramm 2002 bzw. im Programm 2005 nicht zur Sprache. Der Rechtsextremismus wird in beiden Programmen nicht thematisiert. Dagegen sprechen die CDU/CSU im Wahlprogramm 2002 (62) von einem Verbot der „extremistischen, nationalistischen, integrationsfeindlichen ausländischen Vereinigungen in Deutschland.“ Deutschland wird in beiden Programmen als „ein weltoffenes und gastfreundliches Land“ (2002: 60, 2005: 34) bezeichnet. In den Wahlprogrammen 2002 und 2005 gibt es keine großen Veränderungen der programmatischen Aussagen der Unionsparteien zum Themenfeld Integrationspolitik, Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung, Bildung und Sprache: Ausländer müssen sich integrieren, Integration muss gestärkt werden, Zuwanderung muss stärker gesteuert und begrenzt werden und deutsche Sprache muss für die Integration sowie bessere Bildungs- und Arbeitschancen erlernt werden.

Außer diesen drei Themen haben die Unionsparteien im Jahr 2002 betont, dass sich die Ausländerarbeitslosigkeit massiv erhöht hat, dass Deutschland kein Einwanderungsland ist, dass die Qualifizierung einheimischer Arbeitskräfte Vorrang vor Zuwanderung hat, dass man die Wohnungspolitik gegen Parallelgesellschaften ausrichten muss, dass die Zuwanderer für ein echtes Miteinander und kein bloßes Nebeneinander an Integrationskursen, in denen die Grundlagen der Rechts- und Gesellschaftsordnung vermittelt werden, teilnehmen müssen und dass man der Fehlentwicklung entgegenwirken muss, die in Deutschland lebende türkische Eltern veranlasst, ihre Kinder in der Türkei zur Schule zu schicken.

Der Slogan der Unionsparteien im Jahr 2005 war „Zuwanderung begrenzen, Integration stärken“. Zuwanderung muss sich auf Mangelberufe und Spitzenkräfte beschränken. Neuzuwanderer werden verpflichtet, an Integrationskursen teilzunehmen und nachziehende Ehegatten sollen vor der Einreise nach Deutschland Deutschkenntnisse erwerben. Das Nachzugalter soll für Kinder gesenkt werden, um eine frühere und bessere Integration zu gewährleisten. Die Menschenrechte der in Deutschland lebenden Mädchen und Frauen aus dem muslimischen Kulturkreis sollen aktiv gefördert und geschützt werden. Die Zwangsverheiratung ist verboten. In diesem Programm lehnen die CDU/SCU die Vollmitgliedschaft der Türkei in der EU ab und fördern eine privilegierte Partnerschaft.

Es ist klar, dass die Unionsparteien bei den Bundestagswahlen 2002 und 2005 „für die türkischstämmigen Deutschen nicht mehr vielversprechend“ sind und dass sie „stärker auf die speziellen Bedürfnisse dieser Gruppe eingehen müssen“ (Wilamo-

witz-Moellendorff 2005: 43). Die von den türkischen Selbstorganisationen und Medien viel diskutierten und kritisierten Themen sind besonders der Erwerb der Deutschkenntnisse vor der Einreise nach Deutschland und die EU-Mitgliedschaft der Türkei. Die Arbeitsmarktprobleme der türkischstämmigen Bürger sind weitere von den Unionsparteien nicht berücksichtigte politische Themen. „Hier ist die wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Kompetenz der CDU gefordert“ (Wilamowitz-Moellendorff 2005: 44). Im Kampf gegen Diskriminierung und Rechtstextremismus „zeigen sich noch Defizite in der Vermittlung von CDU-Positionen, die klar gegen Diskriminierungen sind“ (ebd.: 44). In diesem Zusammenhang wurden die Fragen der TGD (Türkische Gemeinde in Deutschland) an die Parteien vor der Bundestagswahl 2002 von den Unionsparteien nicht beantwortet. Auch auf die Fragen³⁹ des Interkulturellen Rates, Pro Asyl und des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) zur Bundestagswahl 2005 „legt sich die Union anders als SPD, Bündnis '90/Die Grünen, die FDP und die Linkspartei/PDS nicht darauf fest, die bestehenden Förderprogramme für zivilgesellschaftliches Engagement gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus weiterzuentwickeln und auszubauen.“⁴⁰

Die Inhaltsanalyse der beiden Programme zeigt, dass die Unionsparteien für die türkischstämmigen Wahlberechtigten „weniger attraktiv“ sind und dass von ihnen „der größte kulturelle Anpassungsdruck ausgeht“ (Wüst 2005: 145). Obwohl die in Deutschland lebenden Türken nicht linksorientiert sind, kann besonders die CDU von den Stimmen der türkischstämmigen Bürger nicht profitieren. Aber „positiv könnte man sagen: Sie ist ausbaufähig“ (Wilamowitz-Moellendorff 2005: 43). Wenn die CDU ausbau- und gleichzeitig zukunftsfähig bleiben will, muss sie besonders in Wahlkampfzeiten eine Polarisierung des Themas Migration vermeiden.

³⁹ Vor der Bundestagswahl 2005 haben der Interkulturelle Rat, PRO ASYL und das Referat Migrationspolitik beim DGB-Bundesvorstand nach Positionen und Haltungen der im Bundestag vertretenen Parteien gefragt, die sie in den Themenkomplexen Migration, Flucht, Integration und Bekämpfung von Rassismus nach der Bundestagswahl verwirklichen wollen. Der Fragenkatalog und die Antworten können auf der Homepage des Interkulturellen Rates eingesehen werden.

⁴⁰ Burckhart, Günther/Roßocha, Volker/Jäger, Torsten: Parteien beantworten Fragen zu Rassismus, Migration, Integration, Asyl, in: <http://www.proasyl.info/texte/2005/wahlpapier.pdf>, 08.06.2006.

4.2.3 Bündnis 90/Die Grünen

Tabelle 4.4: Migration- und Integrationsthemen in den Wahlprogrammen von den Grünen zu den Bundestagswahlen 2002 und 2005

Themen	Bundestagswahl 2002	Bundestagswahl 2005
Einbürgerung	Die Staatsbürgerschaftsreform wollen wir weiterführen und für die erste Generation der Einwanderer die Möglichkeit des Doppelpasses einführen und die Einbürgerung von Kindern weiter erleichtern.	Wir setzen uns ein für die erleichterte Einbürgerung und die großzügige Hinnahme der doppelten Staatsbürgerschaft. Der automatische Verlust der Staatsbürgerschaft bei Deutschen, die einen anderen Pass annehmen, muss dringend reformiert werden.
Integrationspolitik	Integrationspolitik ist eine Querschnittsaufgabe und kostet Geld. Aber jeder Euro ist eine Investition in die Zukunft unserer Gesellschaft. Die Fehler der alten "Gastarbeiterpolitik" dürfen nicht wiederholt werden. Wir wollen eine Integrationsoffensive. Dauerhaft hier lebende Ausländerinnen und Ausländer müssen gleichberechtigten Zugang zum gesellschaftlichen und politischen Leben haben. Migrantinnen bedürfen hierzu einer besonderen Förderung.	Die multikulturelle Gesellschaft ist Realität, die wir demokratisch gestalten wollen. Sie ist Bereicherung und Herausforderung. Wir werden diese Herausforderung mit einer im Polizei- und Ordnungsrecht verhafteten Ausländerpolitik nicht mehr gerecht. Deshalb haben wir einen Perspektivwechsel eingeleitet: Weg von der alten Ausländerpolitik, hin zur Integrationspolitik als gesellschaftspolitischer Zukunftsaufgabe. Für uns ist Integration der Prozess zu einem Leben in geltendem rechtlichem Rahmen, mit sozialer Chancengleichheit und kultureller Selbstbestimmung. Eine zukunftsfähige, moderne Integrationspolitik kommt nicht ohne rechtliche Gleichstellung und die politische Integration der Migrantinnen und Migranten aus.
Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung	Wir brauchen Einwanderung nicht nur aus wirtschaftlichen, sondern auch aus demographischen Gründen.	
Bildung und Sprache	Sprachkompetenz ist eine Voraussetzung für den Erfolg in Schule und Beruf sowie für soziale Anerkennung. Die Sprachförderangebote des Bundes für Migrantinnen und Migranten müssen weiter entwickelt werden. Interkulturelle Erziehung in Kindergärten und Schulen muss zur Regel werden.	Die frühe sprachliche Integration der Kinder ist eine Schlüsselaufgabe der Integrationspolitik. Doch integrieren kann sich nur, wer Zugang zu Bildung hat. Unser Bildungssystem muss fähig werden mit sozialer und kultureller Heterogenität umzugehen.
Rechtsextremismus	Rechtsextremismus, Rassismus [...] werden wir konsequent bekämpfen und verfolgen. Dies gilt auch für rechtsextreme Organisationen und Parteien. [...] das zivilgesellschaftliche Engagement gegen Fremdenfeindlichkeit wollen wir auch finanziell fördern. Niemand darf wegen der ethnischen Herkunft [...] diskriminiert werden. Wir wollen ein umfassendes Antidiskriminierungsgesetz.	
Asylrecht und Flüchtling	Das Asylrecht ist ein unveräußerliches Menschenrecht. Wir sind die Garanten des Asylgrundrechts unserer Verfassung. Flüchtlingspolitik heißt für uns, Fluchtursachen zu beseitigen und Menschen auf der Flucht bei uns menschenrechtlich und rechtsstaatlich gesicherten Schutz zu gewähren.	Bürger- und Menschenrechte für Zugewanderte und die Einhaltung humanitärer Verpflichtungen gegenüber Flüchtlingen sind und bleiben Kernanliegen grüner Politik.

Quelle: Eigene Darstellung der Programme von den Grünen 2002 – 2005

Die Grünen verwenden in ihren Programmen im Allgemeinen die Ausdrücke „Migrantinnen und Migranten“, „Einwanderer“ und bewerten die Einwanderung am positivsten. Die migrations- und integrationsspezifischen Themen sind im Wahlprogramm von Bündnis 90/Die Grünen für die Bundestagswahl 2002 noch umfangreicher als das Programm 2005 und werden unter dem Slogan „Einwanderungsland Deutschland gestalten“ thematisiert. Im Programm werden besonders das Asylrecht, die Flüchtlingsfrage und die Bekämpfung des Rechtsextremismus detailliert beschrieben. Deutschland wird als ein Einwanderungsland bezeichnet. Sie wollen Opferberatungsstellen, das Bündnis für Demokratie und Toleranz und den Aufbau und die Vernetzung von Vereinen für das zivilgesellschaftliche Engagement gegen Fremdenfeindlichkeit auch finanziell fördern.

Das Programm 2005 betont „die Zukunftsaufgabe der Integration“ und die Realität der multikulturellen Gesellschaft, die „Bereicherung und Herausforderung“ ist. In dem Wahlprogramm wollen die Grünen für die seit Jahren in Deutschland lebenden Menschen ein gesetzliches, dauerhaftes Bleiberecht, für die Zukunft eine aktive Einwanderungspolitik, deren Schlüsselaufgabe die frühe sprachliche Integration der Kinder ist, Vergabe von Arbeitserlaubnissen für Jugendliche, die in Deutschland ihren Abschluss gemacht haben sowie die Residenzpflicht abschaffen. Der Geist des Zuwanderungsgesetzes muss die Politik bestimmen, nicht jedoch der Kleingeist mancher Verwaltungen. Die Integrationskurse müssen für alle sein, die daran teilnehmen wollen. Die Grünen berühren nicht die Steuerung und/oder Begrenzung der Zuwanderung und den Rechtsextremismus.

Die Grünen fordern in beiden Programmen das Erlernen der deutschen Sprache, die Erleichterung der Einbürgerung, die doppelte Staatsbürgerschaft und die Abschaffung alter Ausländer- oder Zuwandererpolitik. Parallelgesellschaft, Zwangsheirat und Religionsunterricht werden in diesen Programmen nicht thematisiert. In ihren Antworten auf die Fragen von TGD zur Bundestagswahl 2002 erklärten die Grünen, dass Islamunterricht von in Deutschland ausgebildeten Lehrern und Lehrerinnen in deutscher Sprache auf Grundlage genehmigter Lehrpläne unter Aufsicht der Schulbehörde erfolgen sollte und dass Lehrstühle für islamische Religion an deutschen Hochschulen eingerichtet werden sollten.⁴¹

In der Analyse der Programme zeigt sich, dass Bündnis 90/Die Grünen klare und weitgehende Antworten zur besonderen Problemlage der Türken und Deutscher türkischer Herkunft haben. Obwohl „kleine Parteien für Neubürger weniger attraktiv

41 In: <http://www.tgd.de/index.php?name=News&file=article&sid=19>, 02.06.2006.

zu sein scheinen“ (Wüst 2003b: 37), sind die Grünen eine der bedeutendsten Parteien für die Wahlberechtigten türkischer Herkunft, wegen ihrer klaren Positionierung gegen Rechtsextremismus und Diskriminierung. Sie sprechen sich für den Doppelpass, die Gleichstellung der Ausländer und die multikulturelle Gesellschaft aus. Diese Haltung des Bündnisses 90/Die Grünen entspricht der Meinung der türkischen Bevölkerung, die „im Integrationsprozess auch ein gewisses Maß an Anpassung unterstützt, das aber nicht Verleugnung der kulturellen Eigenart zu Folge haben darf“ (Goldberg/Humbert 1998: 18).

4.2.4 Die Freien Demokraten (FDP)

Die Themen „Zuwanderung“, „Asylrecht“ und „Integration“ wurden im Bürgerprogramm 2002 der FDP unter dem Titel „Zuwanderung steuern und Integration fördern“ lang und ausführlich erklärt, obwohl das Deutschlandprogramm 2005 der FDP diese Themen nur kurz berührt hat und unter dem Thema „Für ein offenes und tolerantes Miteinander“ überwiegend die Diskriminierung, Zwangsheirat und Rechte von Minderheiten thematisiert hat. Die Liberalen sprechen allgemein von „Zuwanderer und Zuwandererinnen“, „Migranten und Migrantinnen“ und „Ausländern“. Deutschland ist „seit Jahren faktisch ein Einwanderungsland“ (2002) und „bleibt ein Einwanderungsland“ (2005). Im Jahre 2002 hat die FDP zum ersten Mal ihr Bundestagswahlprogramm in einer türkischen Übersetzung angeboten und dies auch 2005 wiederholt.

Das Bürgerprogramm 2002 der FDP will auf den Dreiklang aus stärkerer Ausrichtung der Zuwanderung auf die eigenen Interessen des Landes, Wahrung der humanitären Verpflichtungen Deutschlands und Verbesserung der Integrationsbemühungen setzen. Nach den Liberalen kann die Zuwanderung das Wirtschaftswachstum und die Wohlstandsentwicklung in Deutschland festigen, fördern und helfen, das demografische Problem einer alternden Bevölkerung zu lösen. Die FDP will die Hindernisse für ausländische Studierende und Wissenschaftler abbauen und arbeitserlaubnisrechtliche Regelungen erleichtern.

Tabelle 4.5: Migration- und Integrationsthemen in den Wahlprogrammen der FDP zu den Bundestagswahlen 2002 und 2005

Themen	Bundestagswahl 2002	Bundestagswahl 2005
Integrationspolitik	Deutschland braucht ein umfassendes Integrationskonzept auf allen Ebenen – der Kommune, des Landes und des Bundes. Dieses Konzept muss für die (hier lebenden und künftig kommenden) Menschen gelten. Integration ist das Zusammenleben der Deutschen mit den zugewanderten Menschen. Integration ist nicht Assimilation. Gelungene Integration bedeutet gleichberechtigte Teilhabe am politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben. Die FDP fordert, die Integration als Staatszielbestimmung in das Grundgesetz aufzunehmen.	Wir fordern eine sachliche Diskussion zum Stand der Integrationspolitik in Deutschland. Wir fordern daher ein Konzept, das sich gezielt des Problems der Integration dieser schon länger hier lebenden Zuwanderungsgruppe annimmt und die Angebote verbessert. Wir erwarten aber von Zuwanderern auch die Bereitschaft, Integrationsangebote wahrzunehmen und insbesondere die deutsche Sprache zu erlernen. Wir fordern eine Altfallregelung für Jugendliche, die schon lange in Deutschland leben und, u. a. durch Schulbesuch in Deutschland, gut integriert sind.
Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung	Deutschland braucht auch in Zukunft im eigenen Interesse Zuwanderung. Es ist nicht weiter hinnehmbar. Ein Gesetz muss für die Steuerung der Zuwanderung Regeln schaffen. Die Steuerung der Zuwanderung ist eine herausragende Zukunftsaufgabe.	
Bildung und Sprache	Kenntnisse der deutschen Sprache sind eine unverzichtbare Voraussetzung zur Beseitigung sozialer Benachteiligungen und zum Erreichen schulischer, beruflicher und gesellschaftlicher Erfolge. Zur Verbesserung der schulischen Integrationsansätze sollte die Zweisprachigkeit der Kinder und Jugendlichen im Rahmen der schulischen Ausbildung gefördert werden.	Für die Integration und Bildung muss man die deutsche Sprache lernen.
Religionsunterricht	Die FDP setzt sich für die Einführung eines islamischen Religionsunterrichtes an öffentlichen Schulen ein, der in deutscher Sprache erfolgen und unter der Aufsicht der deutschen Schulbehörden stehen muss.	
Zwangsheirat		Zwangsverheiratungen sind inakzeptabel. Zwangsheirat ist eine Menschenrechtsverletzung und muss als solche deutlich öffentlich geächtet werden.
Diskriminierung		Die FDP bekennt sich zu dem Grundsatz, dass Diskriminierungen wegen der Rasse, der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion, [...] in einer aufgeklärten Gesellschaft keinen Platz haben dürfen.
Asylrecht	Für die FDP kommt weder eine Abschaffung des Asylgrundrechts noch eine Beschneidung der grundgesetzlichen Rechtsweggarantie in Frage.	

Quelle: Eigene Darstellung der Programme der FDP 2002 – 2005

Die FDP will im Deutschlandprogramm 2005 den Stand der Integrationspolitik „sachlich“ und die Integrationsprobleme „offen“ diskutieren. Die Liberalen sprechen sich für ein „umfassendes Integrationskonzept für Zuwanderer und für ein kulturelles Miteinander“ aus. Das Integrationskonzept der FDP nimmt die Integrationsprobleme von Ausländern, die bereits länger in Deutschland leben, an und will die Angebote wie z.B. Sprachkurse verbessern. Sie fordert die Sprachkurse nicht nur für neue Zuwanderer, sondern auch vor allem für jene, die bereits hier leben. Ghettobildung, mangelnde Deutschkenntnisse, Kriminalität und religiöse Intoleranz gelten als die Integrationsprobleme. Eine Ausweitung der Zuwanderung wird von den Liberalen nicht vorgesehen. In diesem Programm wird betont, dass die FDP dem Kampf gegen Diskriminierung und der Stärkung von Minderheitenrechten in besonderer Weise verpflichtet ist.

Die Einbürgerung kommt in beiden Programmen nicht zur Sprache, aber die FDP sieht die Einbürgerung als ein „zentrales Ziel einer Integrationspolitik für Zuwanderer, die auf Dauer in Deutschland leben wollen. Dieses Ziel sollte noch weitaus umfassender verfolgt werden“ (FDP-Bundestagsfraktion 2004: 8).

Obwohl die FDP bei den migrations- und integrationsspezifischen Themen „häufig näher bei den Sozialdemokraten lag“ (Wüst 2003b: 36), können sie auf die türkischstämmigen Wähler nicht wirken. Wegen der Positionen und wahlprogrammatischen Aussagen der Unionsparteien hatte die FDP, die ein liberales Migrations- und Integrationskonzept verfolgt, besonders bei der Bundestagswahl 2002 eigentlich eine Chance, „die sie nicht oder zumindest nicht erfolgreich nutzt“ (ebd.: 38).

4.2.5 PDS (2002) und Die Linkspartei/PDS (2005)

Tabelle 4.6: Migration- und Integrationsthemen in den Wahlprogrammen der PDS und der Linkspartei/PDS zu den Bundestagswahlen 2002 und 2005

Themen	Bundestagswahl 2002	Bundestagswahl 2005
Einbürgerung		Wir treten für ein demokratisches Staatsbürgerschaftsrecht ein, das endgültig vom „Blutrecht“ Abschied nimmt und die doppelte Staatsangehörigkeit zulässt.
Integrationspolitik	Wir brauchen eine aktive Integrationspolitik für die, die einwandern, und für jene, die schon lange oder immer hier leben. Eine aktive Einwanderungspolitik verpflichtet die Gesellschaft zugleich zu sozialen Investitionen in Sprachförderung, in kulturelle Einrichtungen, in konkrete Integrationshilfen und Sozialarbeit. Das aktive und passive Wahlrecht soll für alle gelten, die seit mindestens fünf Jahren ihren ständigen Wohnsitz in Deutschland haben.	Migrations- und Integrationspolitik ist Gesellschaftspolitik, die die kulturelle Vielfalt unserer Gesellschaft aktiv gestaltet. Wir brauchen keine deutsche Leitkultur. Basis des Zusammenlebens in der Gesellschaft sind die im Grundgesetz und in den internationalen Menschenrechtsverträgen festgeschriebenen Grund- und Menschenrechte, die für alle gleichermaßen gelten. Die Gestaltung gesellschaftlicher Vielfalt erfordert zugleich Investitionen in Sprachförderung, in kulturelle Einrichtungen, konkrete Integrationshilfen und Sozialarbeit.
Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung	Die PDS tritt für klare und transparente Regelungen ein, die Vorgaben aus Verfassungs- und Völkerrecht umsetzen und eindeutige Rechtsansprüche schaffen. Zu uns kommen immer Menschen, nie nur „Arbeitskräfte“. Sie brauchen eine rechtliche Gleichstellung im Rahmen eines demokratischen Einwanderungs- und Niederlassungsrechts.	Wir treten für klare und transparente Regelungen ein, die Vorgaben aus Verfassungs- und Völkerrecht umsetzen und eindeutige Rechtsansprüche schaffen. Das rot-grün-gelb-schwarze Einwanderungsgesetz ist geprägt von Abwehr und Ausgrenzung. Menschen, die zu uns kommen, brauchen eine rechtliche Gleichstellung im Rahmen eines demokratischen Einwanderungs- und Niederlassungsrechts.
Bildung und Sprache	Wir wollen in den Schulen die interkulturelle Bildung fächerübergreifend stärken und Mehrsprachigkeit fördern.	Sprachunterricht soll im Rahmen der Integration gebührenfrei sein.
Rechtsextremismus	Wir fordern die konsequente strafrechtliche Verfolgung rassistischer und rechtsextremistischer, neonazistischer und nationalistischer Volksverhetzung und Gewalttaten sowie eine bessere Aufklärung über Antisemitismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit.	Wir fordern die konsequente strafrechtliche Verfolgung rassistischer und rechtsextremistischer, neonazistischer und nationalistischer Volksverhetzung und Gewalttaten sowie eine bessere Aufklärung über Antisemitismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit.
Asylrecht	Nicht nur staatliche, sondern auch nichtstaatliche und geschlechtsspezifische Verfolgung werden als Asylgrund anerkannt. Wir treten weiter für die Abschaffung von diskriminierenden Sondergesetzen, wie es das Asylbewerberleistungsgesetz oder die Residenzpflicht sind, ein.	Menschenwürde und Menschenrechte sind unteilbar. Wir verteidigen das individuelle Grundrecht auf politisches Asyl. Wir fordern weiter die Abschaffung von diskriminierenden Sondergesetzen, wie es das Asylbewerberleistungsgesetz oder die Residenzpflicht sind. Die Linkspartei/PDS fordert die volle Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention.

Quelle: Eigene Darstellung der Programme der PDS 2002 und der Linkspartei/PDS 2005

Sowohl die PDS als auch später die Linkspartei/PDS verwendet in ihren Programmen die Bezeichnungen „Migrantinnen und Migranten“. Sie sind „hinsichtlich Zuwanderungs- und Integrationsfragen stets mindestens so liberal wie die SPD“ (Wüst 2003b: 36). Das Programm der PDS fasste zur Bundestagswahl 2002 die migrationsspezifischen Themen unter den vier Slogans, „Rechtsextremismus bekämpfen“, „Offene Grenzen für Menschen in Not“, „Die Bundesrepublik Deutschland ist ein Einwanderungsland“ und „Diskriminierungen beenden, Gleichstellung verwirklichen“, zusammen. Das Wahlprogramm 2005 der Linkspartei/PDS nennt nur noch zwei Slogans, „Rechtsextremismus bekämpfen“ und „Die Bundesrepublik Deutschland ist ein Einwanderungsland – gleiche Rechte für alle“. Inhaltlich werden die beiden Themen auch im Jahr 2005 beibehalten. Die von den anderen Parteien behandelten Themen Parallelgesellschaft, Religionsunterricht und Zwangsheirat werden von der PDS und der Linkspartei/PDS nicht thematisiert. Die Wahlprogramme wurden in Türkisch zusammengefasst, um von den türkischstämmigen Wahlberechtigten besser verstanden zu werden.

Für die Bundestagswahl 2002 betonte die PDS, dass „der Rechtsextremismus an den Grundlagen der Demokratie nagt“, dass man einen „legalen Aufenthalt und menschenrechtliche Standards“ für die Asyl- und Migrationspolitik schaffen muss, dass die „ethnischen Gruppen das Recht auf Schutz und Förderung der Pflege ihrer Sprache, Kultur und Traditionen haben“, dass „Migrantinnen und Migranten für Lohn- und Sozialdumping missbraucht werden“ und dass man „ein Antidiskriminierungsgesetz gegen den alltäglichen Rassismus, gegen Ausgrenzung“ braucht. Besonders die Forderungen des aktiven und passiven Wahlrechts für die seit mindestens fünf Jahren in Deutschland ständig lebenden Migranten und ein Antidiskriminierungsgesetz entsprachen den Forderungen von der türkischen Selbstorganisationen wie der TGD (Türkische Gemeinde in Deutschland), die auf die türkischstämmigen Deutschen Einfluss hat.

Im Programm 2005 der Linkspartei/PDS geht es um eine menschenrechtlich geprägte Einwanderungs- und Asylpolitik. Integration ist ein zweiseitiger Prozess, der Einwandernde und aufnehmende Gesellschaft gleichermaßen fordert – aktive Integrationspolitik statt „deutscher Leitkultur“. Die Forderung „des Abschieds von einer rigorosen Abschottungspolitik“ wiederholte sich im Wahlprogramm 2005 der Linkspartei/PDS. Über das Programm 2002 der PDS hinaus sind die Kernforderungen der Linkspartei die gebührenfreien Sprachkurse für Einwanderer, die Erleichterung der Einbürgerung und die Zulassung der doppelten Staatsbürgerschaft. Besonders mit der letzten Forderung hatte die Linkspartei/PDS einen Erfolg bei der Bundes-

tagswahl 2005, die türkischstämmige Wählerschaft zu mobilisieren, weil ihre programmatische Aussage zu diesem Thema, das „ca. 260.000 Deutsch-Türken interessiert“ (Şen 2005: 233), sehr klar war und die Ablehnung der doppelten Staatsbürgerschaft den Verlust bestimmter Rechte in der Türkei verursacht.

Die Analyse der Wahlprogramme für die Bundestagswahlen 2002 und 2005 zeigt, dass die migrations- und integrationsspezifischen Themen und die Lösungen besonderer Probleme der Migranten von der Linkspartei/PDS in einer erwartbaren Perspektive (besonders bei den Themen Rechtsextremismus, Diskriminierung, Wahlrecht und Zulassung der Mehrfachstaatsbürgerschaft) behandelt werden.

4.3 Die Frage des EU-Beitritts der Türkei

Türken reagieren auf politische Aussagen und Themen viel emotionaler als die deutsche Bevölkerung und das ist bei der türkischstämmigen Wählerschaft nicht anders. Zu diesen Themen zählt der EU-Beitritt der Türkei. Die Frage des EU-Beitritts der Türkei ist ein zentrales Thema, das sehr emotional diskutiert wird. Besonders in Zeiten vor Wahlen wird die Haltung der Parteien zum EU-Beitritt der Türkei von den türkischen Selbstorganisationen immer wieder thematisiert. Als der Vertreter der Türkischen Gemeinde in Deutschland (TGD) vor den Bundestagswahlen 2002 und 2005 nach Positionen, Haltungen und geplanten Politiken für die neue Legislaturperiode der im Bundestag vertretenen Parteien gefragt hatte⁴², war die Beziehung zwischen der EU und der Türkei eine Kernfrage zusammen mit den Bereichen Einwanderung und Integration. Die Mehrheit der türkischstämmigen Bevölkerung informiert sich über die Debatte der EU-Mitgliedschaft der Türkei durch das türkische Fernsehen und Zeitungen in Deutschland, die das Thema meist emotional aufgeladen.

Die Frage der EU-Mitgliedschaft der Türkei ist in Deutschland ein spannendes außenpolitisches Thema. In diesem Zusammenhang sollen die Positionen der deutschen Parteien zum EU-Beitritt der Türkei analysiert werden, um die Sicht der Deutsch-Türken auf die Parteien zu vermitteln.

Obwohl die SPD in ihrem Wahlprogramm 2002 vom EU-Beitritt der Türkei nicht gesprochen hat, vertrat sie die Meinung, dass „Beitrittsverhandlungen erst beginnen

⁴² Türkische Gemeinde in Deutschland (TGD) 2002: Türkische Gemeinde in Deutschland gibt Wahlempfehlungen, in: <http://www.tgd.de/index.php?name=News&file=article&sid=198>; und Presseerklärung zur Bundestagswahl 2005 - Empfehlung der TGD, in: <http://www.tgd.de>, 02.06.2006.

können, wenn die Türkei die politischen Kriterien für einen Beitritt erfüllt.“⁴³ Im Wahlprogramm 2005 wurde „ein Wortbruch gegenüber der Türkei“ von der SPD abgelehnt und erklärt, dass „die langjährigen Beitrittsverhandlungen mit der Türkei nach Erfüllung der Voraussetzungen am 3. Oktober 2005 beginnen sollen.“ Die Rede Gerhard Schröders kurz vor der Wahl während des Besuchs der Aydin-Dogan-Mediengruppe, dem größten Medienkonzern der Türkei, wirkte auf die Türken sehr viel mehr als das Wahlprogramm. In seiner Rede versprach Gerhard Schröder alles, was die Türken in Deutschland hören wollten.

„Die Türkei hat die Aufnahmebedingungen für einen EU-Beitritt erfüllt – und das sage ich nicht nur im Namen der deutschen, sondern aller Regierungen in Europa. [...] Die Verhandlungen werden lang und schwierig sein – aber sie werden am Ende Erfolg haben.“⁴⁴

Die Haltung der ehemaligen rot-grünen Bundesregierung war klar für eine EU-Mitgliedschaft der Türkei und Bundeskanzler Gerhard Schröder hatte nach seinem Gespräch mit dem türkischen Ministerpräsidenten Erdogan im Jahr 2004 noch einmal bestätigt: „Deutschland wird sich für Beitrittsgespräche der EU mit der Türkei aussprechen.“⁴⁵ Der SPD-Parteivorsitzende Franz Müntefering hat im Bundestag unterstrichen, dass „die Bundesregierung der Türkei eine Beitrittsperspektive geben will“ und dass die Türkei an einem Punkt angekommen sei, an dem sie „die Kriterien für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen erfüllt.“⁴⁶

43 In: Türkische Gemeinde in Deutschland (TGD) 2002: Türkische Gemeinde in Deutschland gibt Wahlempfehlungen, in: <http://www.tgd.de/index.php?name=News&file=article&sid=198>, 02.06.2006.

44 In: Ataman, Ferda: Türkische Wähler, 13. September 2005, Spiegel Online, in: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,374502,00.html>, 15.08.2008.

45 In: http://www.welt.de/politik/article344253/Kanzler_verspricht_Turkei_Unterstuetzung_fuer_EU_gespraeche.html, 15.08.2008.

46 Müntefering, Franz 2004: EU-Beitritt der Türkei große Chance, in: <http://archiv.spd.de/servlet/PB/menu/1011220/1042866.html>, 15.08.2008.

Tabelle 4.7: Die Positionen der Parteien zum EU-Beitritt der Türkei in den Wahlprogrammen zu den Bundestagswahlen 2002 und 2005

Parteien	Bundestagswahl 2002	Bundestagswahl 2005
SPD		Einem Wortbruch gegenüber der Türkei, mit der nach Erfüllung der Voraussetzungen am 3. Oktober 2005 die langjährigen Beitrittsverhandlungen beginnen sollen, treten wir entschieden entgegen.
CDU/CSU	Wir wollen eine europäische Orientierung der Türkei fördern. Wir wollen die Türkei wirtschaftlich, politisch und institutionell außerhalb einer Mitgliedschaft eng mit der Europäischen Union verbinden.	Wir setzen auf eine privilegierte Partnerschaft mit der Türkei. Eine Vollmitgliedschaft lehnen wir ab, weil das die Integrationsfähigkeit der Europäischen Union überfordern würde.
DIE GRÜNEN	Wir halten an der Integrationsperspektive für die Türkei fest. Sobald sie die menschen- und minderheitenrechtlichen und demokratischen Kriterien erfüllt hat, sollten Beitrittsverhandlungen begonnen werden.	Wir wollen mit dem Beginn langjähriger Beitrittsverhandlungen den Weg der demokratischen Modernisierung in der Türkei weiter fördern. Der Weg der Türkei nach Europa ist auch ein Beitrag zur Sicherheit in Europa und in der Welt. CDU und CSU und Populisten aller Seiten schüren bestehende Ressentiments und nutzen diese dazu aus, Verhandlungen mit der Türkei zu verhindern.
FDP	Die Erweiterungsverhandlungen müssen gleichzeitig mit der Vertiefung der Union zügig weitergeführt werden mit dem Ziel, nach strikter Erfüllung der Beitrittskriterien gut vorbereiteten Kandidaten einen raschen Beitritt so rechtzeitig zu ermöglichen. [...] Die Beitrittsländer müssen in ihrem Bemühen unterstützt werden.	Für die Türkei gilt erst recht, dass Alternativen zur Vollmitgliedschaft in den im Oktober 2005 beginnenden und mehr als ein Jahrzehnt andauernden Verhandlungen vorgreiflich mitgedacht werden müssen. Die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei müssen also ergebnisoffen geführt werden. Erst gegen Ende des Verhandlungsprozesses wird man bewerten können, ob die Türkei den „acquis communautaire“ voll umgesetzt hat und ob die EU in der Lage ist, ein weiteres großes Land als Mitglied aufzunehmen.
PDS und DIE LINKE/PDS	Eine erfolgreiche Osterweiterung braucht sozialen und kulturellen Austausch, regionale Offenheit und gegenseitige Kenntnis, Besuchs- und Begegnungsprojekte sowie Mehrsprachigkeit. Um die Chancen der Osterweiterung zu nutzen, braucht es eine Neuausrichtung der Förderpolitik.	

Quelle: Eigene Darstellung der Wahlprogramme der Parteien zu den Bundestagswahlen 2002 und 2005

Die Unionsparteien lehnen unbedingt eine EU-Mitgliedschaft der Türkei ab und empfehlen eine „privilegierte Partnerschaft“, sie wollen also „die Türkei wirtschaftlich, politisch und institutionell außerhalb einer Mitgliedschaft eng mit der Europäischen Union verbinden“ (Wahlprogramm 2002: 67). Die von der Türkei abgelehnte privilegierte Partnerschaft wurde von der CDU, besonders von Angela Merkel und Wolfgang Schäuble, als eine Alternative zur Vollmitgliedschaft der Türkei seit 2004 vorgeschlagen und im Wahlprogramm 2005 erklärt. Als Grund für die Ablehnung wird genannt, dass eine Vollmitgliedschaft „die Integrationsfähigkeit der Europäischen Union überfordern würde“ (Wahlprogramm 2005: 36). Auf diese Haltung der Unionsparteien hat die türkische Gemeinschaft hart reagiert, weil die Abweisung der Türkei sehr persönlich wahrgenommen wurde.

„Die Position der CDU/CSU – die privilegierte Partnerschaft – wird undifferenziert als Ablehnung empfunden. Dieses Gefühl der Ablehnung wird auf die eigene Person übertragen: Wer gegen die EU-Mitgliedschaft der Türkei ist, ist auch gegen die Türken in Deutschland. Auch hier ist eine bessere Kommunikation gefordert“ (Wilamowitz-Moellendorff 2005: 44).

Andererseits erschwert die Haltung der CDU auch die Situation der türkischstämmigen Konservativen in der Union. Emine Demirbüken, Vorsitzende des Forums Integration und Zuwanderung der CDU, erklärte, dass die Ablehnung der EU-Vollmitgliedschaft der Türkei sie als Union in dieser Hinsicht um Jahre zurückgeworfen hat. „Die Leute versichern mir, dass sie meine Partei jetzt bestimmt nicht mehr wählen werden.“⁴⁷

Die Union wollte die Diskussionen eines möglichen Beitritts der Türkei zur Europäischen Union im Jahr 2005 zum Wahlkampfthema machen, obwohl das von der SPD abgelehnt wurde. Nach einer Umfrage von Infratest-dimap⁴⁸ unterstützte die Mehrheit der Befragten die Haltung der Regierungspartei und „sprach sich zu 78% dafür aus, den möglichen EU-Beitritt der Türkei aus den Auseinandersetzungen im Wahlkampf herauszuhalten und nur 20% plädierte hingegen dafür, dem Thema nicht auszuweichen.“ Nach der Mehrzahl der Wähler von CDU/CSU (70%) war der EU-Beitritt der Türkei „kein geeignetes Thema für den Wahlkampf.“

Die Grünen haben eine positive Haltung zum EU-Beitritt der Türkei und kritisieren „die CDU/CSU und Populisten aller Seiten“, die „Verhandlungen mit der Türkei ver-

47 In: Lau, Jörg 2004: Die Türken sind da, in: http://www.zeit.de/2004/10/T_9frken?page=all, 20.08. 2008.

48 In: <http://www.infratest-dimap.de/?id=39&aid=128>, 20.08.2008.

hindern“ (Wahlprogramm 2005: 39f.). Joschka Fischer findet die Haltung von Merkel und Stoiber „gefährlich blind angesichts der Zusagen, die seit 43 Jahren von deutschen Regierungen von Adenauer bis Kohl gemacht worden sind.“⁴⁹ Sie vertreten im Allgemeinen die Meinung, dass die Aufnahme der Türkei in die Europäische Union den Demokratisierungsprozess der Türkei unterstützt, dass „Europa ohne die Überwindung seiner Teilung nicht dauerhaft stabil werden wird“ (Wahlprogramm 2002: 42) und dass „der Weg der Türkei nach Europa auch ein Beitrag zur Sicherheit in Europa und in der Welt ist“ (Wahlprogramm 2005: 39). Dafür muss die Türkei „die menschen- und minderheitenrechtlichen und demokratischen Kriterien erfüllen“ (Wahlprogramm 2002: 42) und „die Rechte der Frauen, ebenso wie religiöse und weltanschauliche Gemeinschaften respektieren“ (Wahlprogramm 2005: 40).

Im Bürgerprogramm 2002 der FDP wurde der EU-Beitritt der Türkei nicht thematisiert, dafür jedoch im Deutschlandprogramm von 2005. Die Liberalen wollen „ergebnisoffene Beitrittsverhandlungen“, bei denen auch über „Alternativen zur Vollmitgliedschaft nachgedacht werden muss, und auch eine privilegierte Partnerschaft vorstellbar ist“ (Deutschlandprogramm 2005: 46). Die Richtung der FDP zum EU-Beitritt der Türkei wurde bei dem 54. Ord. Bundesparteitag diskutiert. Es wurde erklärt, dass die FDP die Fortschritte bei der Erfüllung der politischen Kriterien anerkennt, die die Türkei mit den Verfassungs- und zahlreichen Gesetzesreformen schon jetzt erreicht hat. Weiterhin wurde festgestellt, dass die Türkei mit der Abschaffung der Todesstrafe, der Verbesserung der Stellung der Frau in Recht und Gesellschaft und der Gewährung muttersprachlichen Unterrichts für Minderheiten weitere wichtige Schritte hin zu einer demokratischen Gesellschaft unternommen hat, dass jedoch regionale (z.B. Kurdengebiet) und innereuropäische (Zypern) Konflikte friedlich gelöst werden müssen.⁵⁰

Sowohl die PDS als auch die Linkspartei/PDS haben in ihren Wahlprogrammen zu den Bundestagswahlen 2002 und 2005 aus dem EU-Beitritt der Türkei kein Thema gemacht, sie haben lediglich von der Chance einer erfolgreichen Osterweiterung gesprochen. Die Linkspartei/PDS hat in ihrem Programm⁵¹ zu den Europawahlen 2004 erklärt, dass sie die Aufnahme von Verhandlungen über einen EU-Beitritt der Türkei befürwortet, wenn diese die Kopenhagener Kriterien erfüllt und vor allem die Menschenrechtssituation verbessert. Obwohl Oskar Lafontaine im Jahr 2005 „die

49 In: <http://www.euractiv.com/de/erweiterung/eu-beitritt-turkei-widerstand-frankreich-deutschland/wachst/article-143576>, 25.09.2008.

50 In: http://54.parteitag.fdp.de/webcom/show_article.php?wc_c=431&wc_id=23&wc_p=, 02.07.2008.

51 Presseerklärungen der Linkspartei/PDS, 09.08.2005, in: <http://archiv2007sozialisten.de/presse/presseerklaerungen/viewhtml/zid29363/bsl/n28>, 09.09.2008.

Aufnahme der Türkei in die Europäische Union für falsch gehalten hat“ und „Übergangsfristen für die Dienstleistungsfreiheit und die Arbeitnehmerfreizügigkeit“ von der Linkspartei/PDS deutlich abgesagt wurden, hat sich die Linkspartei/PDS klar für die „ernsthaften Verhandlungen mit der Türkei“ ausgesprochen, „an deren Ende eine Mitgliedschaft stehen kann, wenn das Land alle notwendigen Voraussetzungen erfüllt und der begonnene Reformprozess zu Ende geführt wird.“⁵² Nach der Erfüllung dieser Bedingungen „unterstützt nicht nur die PDS bzw. die Linkspartei in Deutschland, sondern auch die europäische Linke das Recht der Türkei, Mitglied der Europäischen Union zu werden“ (Brie 2006: 8). Die Linkspartei kritisiert die Art der Thematisierung des EU-Beitritts der Türkei sowohl von Seiten der SPD als auch von CDU/CSU. Nach der Linkspartei/PDS will die SPD die Türkei und die Türken in Deutschland gebrauchen. Die Unionsparteien machten den EU-Beitritt der Türkei in verantwortungsloser Weise zum Wahlkampfthema.

„Mit einer rechtspopulistischen und nationalistischen Kampagne, die dazu angetan ist, das Verhältnis zwischen Bundesbürgern und in Deutschland lebenden Türken zu vergiften, soll auf Teufel komm raus ein Wahlergebnis erzielt werden, um eine schwarz-gelbe Koalition zu Stande zu bringen. Das ist übelste Wählertäuschung.“⁵³

⁵² Burckhart, Günther/Roßocha, Volker/Jäger, Torsten 2005: Parteien beantworten Fragen zu Rassismus, Migration, Integration, Asyl, in: <http://www.proasyl.info/texte/2005/wahlpapier.pdf>, 08.06. 2006.

⁵³ Presseerklärung von Sylvia-Yvonne Kaufmann, die Europaabgeordnete der Linkspartei/PDS, 28. Aug. 2005: Keine Wählertäuschung auf dem Rücken von Türiinnen und Türiken, in: http://www.linkspartei.pds-europa.de/dokumente/presse/view_dok_html?zid=1675, 22.10.2008.

4.4 Türkischstämmige Kandidaten der Parteien

In den letzten Jahren werden zunehmend Parlamentskandidaten der Parteien mit Migrationshintergrund im Rahmen der Repräsentationsforschung untersucht.⁵⁴ Ein wichtiger Grund dieser Untersuchungen ist die Zunahme der Kandidaten mit Migrationshintergrund in den Parteien, die als „rationale Akteure“ (vgl. Kapitel 2, Abschnitt 2.2.4) mit den „Repräsentationsangeboten“ die Stimmen von Migranten maximieren wollen.

„Wählermobilisierung findet durch spezifische Repräsentationsangebote der Parteien im Wahlkampf statt; dafür ist Kandidatenaufstellung ein bewährtes Mittel. Das gilt insbesondere für gesellschaftliche Minderheiten, denn eine höhere symbolische Legitimität der Institutionen verspricht eine stärkere Vertretung gruppenspezifischer Interessen“ (Claro da Fonseca 2006: 33).

Besonders nach der rot-grünen Staatsbürgerschaftsreform haben Türken „die zweitgrößte“ (Wüst 2003a: 31) Wählergruppe gebildet. Diese Situation „müsste sich in der Kandidatenaufstellung der Parteien bei Wahlen zum Deutschen Bundestag widerspiegeln“ (Claro da Fonseca 2006: 33). Türkischstämmige Kandidaten der Parteien spielen eine strategische Rolle, um das Wählerpotenzial türkischer Herkunft zu mobilisieren. Sie müssen aber gleichzeitig als Kandidaten oder Abgeordnete auch die Ziele und Probleme der türkischen Bevölkerung aufgreifen und im parlamentarischen Prozess vertreten. „Dabei dürfte es nicht nur einen Unterschied machen, welche Partei sich der Probleme annimmt, sondern auch welche Personen“ (Wüst 2006: 228), weil diese Probleme, die großes Mobilisierungspotenzial für die türkischstämmige Wählerschaft haben, „innerhalb der deutschen Parteien durch Türcinnen und Türken adressiert werden“ und „die politischen Rezepte, die durch die Türcinnen und Türken bei Wahlen honoriert werden könnten, sich wiederum deutlich von den Präferenzen der deutschen Durchschnittsbevölkerung unterscheiden mögen.“⁵⁵ Andererseits „versuchen“ die türkischstämmigen politischen Akteure „ihrerseits zu zeigen, dass sie sich in Deutschland demokratisch definierte Werte angeeignet haben“ (Kastoryano 2002: 203).

⁵⁴ Wüst, Andreas M. 2006: Wahlverhalten und politische Repräsentation von Migranten, *Der Bürger im Staat*, 2006: 56, Heft 4, S. 228-234; Claro da Fonseca, Sara: Neue Bürger - Neue Kandidaten? Die Parteien im Wettstreit um Migrantenstimmen, in: *WZB-Mitteilungen* 114, Berlin 2006, 32-35.

⁵⁵ Halm, Dirk 2004: Migranten: Starke Sympathien für die Sozialdemokratie, in: <http://www.bundestag.de/dasparlament/2004/18/Thema/011.html>, 22.06.2007.

Tabelle 4.8: Türkischstämmige Abgeordnete im Bundestag

Parteien	2002	2005
SPD	Lale Akgün	Lale Akgün
CDU/CSU	-	-
DIE GRÜNEN	Ekin Deligöz	Ekin Deligöz
FDP	-	-
DIE LINKSPARTEI/PDS	-	Hüseyin Kenan Aydın Hakkı Keskin Sevim Dağdelen

Quelle: Eigene Zusammenstellung

Die Parteien rekrutieren besonders seit der Staatsbürgerschaftsreform zunehmend türkischstämmige Migranten als Parlamentskandidaten, um sowohl „aus der eigenen Stammwählerschaft ihre Stimmen zu sichern“, als auch um „aus der ihrer Opponenten neue Stimmen zu gewinnen“ (Claro da Fonseca 2006: 33). Wenn es um die Kandidaten mit Migrationshintergrund geht, differenzieren sich die Parteien, „entsprechend dem mono-multikulturellen Cleavage“, nach „Aussiedlerländer“ und „Rekrutierungsländer für Gastarbeiter“: Die linken Parteien „stellen mehr Kandidaten aus ehemaligen Rekrutierungsländern für Gastarbeiter als aus Aussiedlerländern auf, zudem haben die politisch links stehenden Parteien insgesamt mehr Kandidaten als die Parteien des bürgerlichen Lagers“ (Wüst 2006: 232). Andererseits ziehen die Kandidaten mit Migrationshintergrund der im Bundestag vertretenen Parteien vor. „Indes suggeriert der viel höhere und kräftig steigende Anteil von Migranten unter den parteilosen Einzelbewerbern, dass Migranten eine zunehmend mobilisierte Gruppe sind, die aber wenig Platz in den sich zur Wahl stellenden Parteien findet“ (Claro da Fonseca 2006: 33). Bei den im Bundestag vertretenen Parteien stellen die Linkspartei/PDS, die Grünen und die SPD mehr Kandidaten türkischer Herkunft als die Unionsparteien und die FDP. Diese Aufstellungen können „im besonderen Maße bei den Grünen und der Linken in Form von guter Listenplatzierung und direktem Einfluss der Parteispitze bei der Kandidatenaufstellung erkannt werden“ (Brož 2007: 23). Die Kandidatenverhandlungen der Linkspartei/PDS wurden in der Taz⁵⁶ als „PDS sucht türkische Migranten“ besprochen.

⁵⁶ Tageszeitung, vom 02.07.2005, S. 6.

„Der Blick auf Kandidaten, die in der Türkei geboren wurden, macht den Unterschied noch deutlicher: bei der FDP findet sich kein solcher Kandidat, bei der CDU einer, bei der SPD drei, bei den Grünen vier und bei der Linkspartei acht. Hier gibt es dann doch noch beträchtliche Unterschiede zwischen den bürgerlichen und den linken Parteien“ (Wüst 2006: 232).

Tabelle 4.9: Anteil der Kandidaten mit Migrationshintergrund

Angaben in Prozent	1998	2002	2005
Bundesweit	1,6	1,7	2,1
Türkei oder Nahostregion	41,5	47,4	57,1

Quelle: Claro da Fonseca 2006: 34

Seit 1998 fällt ein Anstieg der Aufstellung türkischstämmiger Kandidaten zum Bundestag auf (vgl. Tabelle 4.9). Wenngleich der Anteil der Kandidaten mit Migrationshintergrund bei der Bundestagswahl 1998 nur 1,6% betrug, war dieser Anteil bei der Wahl 2002 auf 1,7% und 2005 sogar auf 2,1% gestiegen (vgl. Tabelle 4.9). Nach den IMMCANDS-Datensätzen hatten „zwei Drittel der MdBs mit Migrationshintergrund ihre Wurzeln in der Türkei oder der Nahostregion, die meisten Bewerber darunter sind türkischstämmig“ und sie waren „größtenteils Mitglieder der Bundesfraktion der Grünen, seit 2005 auch der der PDS/Linkspartei und der SPD“ (Claro da Fonseca 2006: 35), weil sie bei diesen Parteien gute Wahlchancen finden oder „sich die vergleichsweise besseren Chancen auf Seite der politischen Linken bieten“ (Wüst 2006: 234). Gleichzeitig „liegt dies auch daran“, weil „soziale Gerechtigkeit und politische Integration gerade für SPD, Grüne und Linkspartei traditionell nicht an ethnisch-kulturellen Grenzen Halt machen. Die bürgerlichen Parteien tun sich hier sichtlich schwerer.“⁵⁷ Die Christdemokraten haben im Jahr 2002 zum ersten Mal Kandidaten aus der Türkei rekrutiert. Die FDP hatte kein Parlamentsmitglied mit Migrationshintergrund bei den Bundestagswahlen 2002 und 2005.

⁵⁷ Wüst, Andreas M./Dominic, Heinz 2008: Die politische Repräsentation von Migranten in Deutschland, in: http://www.mzes.uni-mannheim.de/publications/sam_all_d.php?Recno=920, 18.10.2008.

Es ist eine Tatsache, dass „Bundestagskandidaten mit anderem ethnischen Hintergrund der Gruppenrepräsentation nachweislich einen höheren Stellenwert als die einheimischen Kandidaten zumessen“ (Wüst 2006: 233), andererseits aber auch, dass die Kandidaten „häufig auf ihre Herkunft reduziert werden.“⁵⁸ Die politische Kommunikation fordert heutzutage die direkte Ansprache unter Berücksichtigung kulturell bedingter Eigenheiten und Interessen. Diese Kommunikation wird durch die türkischstämmigen Kandidaten, die mit den vorhandenen türkischen Netzwerken wie Moscheen, Vereinen und Selbstorganisationen eng verbunden sind, hergestellt. In diesem Zusammenhang beschäftigen sich türkischstämmige Kandidaten oder Politiker mehr mit der Durchsetzung der politischen Interessen und mit den migrationsrelevanten Fragen der eigenen Wähler, um ihre Stimmen zu gewinnen. So erklärte z.B. Cem Özdemir, Abgeordneter der Grünen im Europäischen Parlament, er nutze seine Herkunft im Wahlkampf.⁵⁹ Türkischstämmige Kandidaten werden sowohl von der türkischen Gesellschaft als auch von ihren Parteien als migrationspolitische Sprecher gesehen, obwohl „sie sich nicht mehr mit dem Migrations- und Integrationsthemen profilieren wollen“ (Wüst 2006: 233). Kenan Kolat, Vorsitzender der Türkischen Gemeinde in Deutschland, empfiehlt türkischstämmigen Politikern, sich für andere Ausschüsse zu bewerben, um sich nicht mit reinem Migranten-Lobbyismus in der eigenen Partei zu isolieren.⁶⁰ Emine Demirbüken der CDU erklärte, sie würden immer die Quoten-Türken bleiben, egal mit welchem Thema sie sich politisch beschäftigten und sie kämpfe dagegen, auf eine Ethnie reduziert zu werden.⁶¹ Die türkische Bevölkerung hat wegen des niedrigen Bildungsniveaus und der Sprachprobleme noch große Erwartungen an türkischstämmige Politiker. Die Parteien brauchen deshalb ihre Vermittlungen im Wettstreit um türkischstämmige Stimmen, denn Migranten werden in Deutschland hauptsächlich „durch Personen mit Migrationshintergrund politisch vertreten“ (vgl. Wüst 2006: 232).

58 Ataman, Ferda 2005: Ausländer im Wahlkampf. Der Türken-Faktor, in: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,372716,00.html>, 15.08.2008.

59 In: Ataman, Ferda 2005: Ausländer im Wahlkampf. Der Türken-Faktor, in: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,372716,00.html>, 15.08.2008.

60 In: Huber, Til 2008: Türkischstämmige Abgeordnete. Bloß raus aus der Lobbyistenecke, in: <http://www.faz.net/s/Rub61EAD5BEA1EE41CF8EC898B14B05D8D6/Doc~EE133267F3B324445A17DB70BE3F58E1F~ATpl~Ecommon~Scontent.html>, 22.10.2008.

61 Ataman, Ferda 2005: Ausländer im Wahlkampf. Der Türken-Faktor, in: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,372716,00.html>, 15.08.2008.

4.5 Parteiinterne, -externe Organisationen und Veranstaltungen

Die parteiinternen als auch die Parteien unterstützenden externen Organisationen ermöglichen eine höhere Wählerbindung. „Durch eine Reduzierung auf Kernkompetenzen ist es den einzelnen Organisationen besser möglich, eine individuellere Ansprache von immer diversifizierteren Zielgruppen zu gewährleisten“ (Hartmann 2007: 244). In diesem Zusammenhang spielen diese Organisationen eine Brückenrolle zwischen den Parteien und der türkischstämmigen Wählerschaft. Ihre Wahlempfehlungen haben eine sichtbare Auswirkung auf die türkische Bevölkerung. Diese parteiexternen Organisationen sind politisch „in der Mitte verortenden Dachorganisationen“ und ihre „Aktivitäten sind diasporapolitisch ausgerichtet, d.h. sie richten sich sowohl auf die deutsche Politik und Gesellschaft als auch auf Kontakte zu gesellschaftlichen oder staatlichen Akteuren in der Türkei“ (Atılgan 2002: 4). Nach der Zusammenarbeit der großen Parteien mit den türkisch-politischen Organisationen haben die Parteien ab den 1990er Jahren parallel zur Zunahme der Einbürgerungen von Türken angefangen, parteiinterne Organisationen, ausgerichtet auf die Wähler türkischer Herkunft, zu bilden. Besonders in den letzten Jahren erscheinen die CDU und FDP im organisatorischen Sinne noch attraktiver als die Grünen und Linkspartei/PDS. „Die SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben sich in diesem Bereich als überregional nicht organisiert“ (Foertsch 2007: 17).

Die SPD ist die erste Partei, bei der „man Ansätze einer intensiveren politischen Integration feststellen kann“ (Şen 1993: 33). Sie „unterstützt die großen türkischen Vereine aus Angst, deren Aktivisten könnten anderen Parteien beitreten“ (Kastoryano 2002: 200). Die HDF (Föderation der Volksvereine türkischer Sozialdemokraten e.V.) ist einer von ihnen. Wegen des parteipolitischen Engagements von Türken hatte die SPD begonnen, „in einzelnen Bundesländern mit dem Dachverband der türkischen Sozialdemokraten (HDF) in Deutschland zusammenzuarbeiten“ (Şen 1993: 32). Die HDF ist im Jahr 1977 von mehreren sozialdemokratisch Orientierten türkischen Vereinen gegründet worden und vereinigt heute „42 Ortsvereine aus der Bundesrepublik und 8 aus anderen europäischen Ländern“ (Atılgan 2002: 16). Sie „steht politisch der streng laizistischen sozialdemokratischen CHP (republikanische Volkspartei) in der Türkei nahe“ (Küçük Hüseyin 2002: 36) und „arbeitet in der Bundesrepublik eng mit der SPD zusammen“ (Atılgan 2002: 16). Im Jahr 2000 wurde in Hamburg das Deutsch-Türkische Forum (DTF) gegründet. Das Forum versucht, „eingebürgerte türkischstämmige und integrationswillige Türkinnen und Türken für die SPD zu gewinnen“⁶² und hat sich folgende grundsätzliche politische Ziele ge-

62 Vgl. „Merhaba-Wir sind dabei!“, in: <http://dtf-hamburg.de/pages/page1-mehr>, 13.08.2008.

setzt: Durch die Einbeziehung der türkischen Mitbürger in den politischen Meinungsbildungsprozess soll die Integration beschleunigt werden. Das Forum soll das Interesse der türkischen Mitbürger am politischen Meinungsbildungsprozess und den politischen Parteien wecken. Die Mitgliedschaft der Migranten und in diesem Fall der in Deutschland lebenden Türken in den politischen Parteien soll forciert werden.⁶³ Die Erfahrungen der Aktivisten des Deutsch-Türkischen Forums haben gezeigt, dass „das Ziel, bestimmte ethnische Gruppen in den politischen Meinungsbildungsprozess einzubeziehen besser zu erreichen ist, wenn die Aktivitäten speziell auf eine ethnische Gruppe ausgerichtet sind. Dazu werden mit wachsendem Erfolg Foren und direkte Bürgergesprächen angeboten.“⁶⁴ Im April 2002 haben SPD-Politiker, Mitglieder des DTF, Gewerkschaftler, Künstler und Sportler die Initiative „Neue Inländer für Schröder“ gegründet.

Die CDU hatte ab Ende der 80er Jahre angefangen, „mit der konservativen Föderation der Türken Hür-Türk zusammenzuarbeiten“ (Şen 1993: 32). Hür-Türk (Hürriyetçi Türk-Alman Dostluk Derneği, Freiheitlich Türkisch-Deutscher Freundschaftsverein e.V.) wurde im Jahr 1979 gegründet. Sie verfolgt diese Ziele: die Vertiefung des Verhältnisses der „türkischen und deutschen Mitbürger, die der politischen Mitte angehören“, die Schaffung des „gegenseitigen Verständnisses und die Vermeidung von Parallelgesellschaften. In enger Zusammenarbeit mit der CDU stehend, versteht sich Hür-Türk als eine Sammelbewegung der politischen Mitte“ (Küçükhüseyin 2002: 39). Die Mitgliederzahl beläuft sich auf „ca. 15.000“ (Atilgan 2002: 17). Als parteiinterne Organisation „entstand zuerst in Berlin die Deutsch-Türkische Union“ (DTU), später die Deutsch-Türkische Interessengemeinschaft“ (DTI) in Hamburg“ (ebd.: 8). Im Jahr 1997 wurde das Deutsch-Türkische Forum (DTF) als Initiative von deutschen und türkischstämmigen CDU-Mitgliedern gegründet. Die Zielgruppe des Forums ist die konservativ-liberale türkische Bevölkerung. Es bestehen vier Landesverbände in Nordrhein-Westfalen, Berlin, Rheinland-Pfalz und Hamburg. Das politische Ziel des Deutsch-Türkischen Forums ist, „türkischstämmige Bürger der zweiten und dritten Generation in die Programme des Forums einzubinden, gesellschaftspolitisch aktuelle Themen aufzugreifen und sie in einem offenen Forum in Form von Tagungen und Diskussionsrunden zu thematisieren“⁶⁵, „die CDU-Politik der türkischen Bevölkerung zu vermitteln und für die türkischstämmigen Wähler attraktiv zu machen“ (Küçükhüseyin 2002: 38). Bettina Machaczek vom Hamburg DTF, die auch für die CDU in der Bürgerschaft sitzt, sagte NDR Online, dass die

63 Vgl. <http://dtf-hamburg.de/pages/page1-mehr.html>, 13.08.2008.

64 In: <http://dtf-hamburg.de/pages/page1-mehr.html>, 13.08.2008.

65 In: <http://www.dtfstuttgart.de/de/verein/ziele.html>; www.dtf-nrw.de, 13.08.2008.

Parteien gezielter auf die Deutschtürken zugehen müssten: „Türken brauchen durch ihre Kultur eine andere Ansprache.“⁶⁶ Dafür hat das DTF mehrere türkische Gemeinden besucht.

Bündnis 90/Die Grünen wecken besonders unter den türkischen Jugendlichen großes Interesse. Sie haben sich auf der überregionalen Ebene jedoch nicht organisiert. „Innerhalb dieser Partei hat sich der türkische Verein „Yeşiller“ gebildet, der über drei Landesverbände in Hessen, Berlin und in Baden Württemberg verfügt. Der Verein setzte sich aus 30 türkischen Mitgliedern zusammen“ (Şen 1993: 33). Dieser Verein hat sich nicht vergrößert.

Die FDP „hatte auf die Wahl der Türken gesetzt, um die für eine parlamentarische Repräsentation notwendige Fünf-Prozent-Hürde zu überspringen“ (Kastoryano 2002: 200). Im Jahr 1993 wurde die Liberale Türkisch-Deutsche Vereinigung e.V. (LTD) von den Liberalen gegründet. Diese hat das Ziel, „die Beziehungen zwischen Türken und Deutschen zu stärken, die türkischstämmige Bevölkerung an liberale Politik heranzuführen“⁶⁷, „die Bereitschaft zur gesellschaftspolitischen Interessenvertretung unter den Bürgern türkischer Herkunft zu fördern und das liberale Denken zu verbreiten“ (Küçükhüseyin 2002: 39). Die Mitgliederzahl beträgt nach eigenen Angaben ca. 400 Personen. Gesonderte Landesverbände existieren in Berlin, Hamburg, Hessen und Nordrhein-Westfalen. LTD unterstützt⁶⁸ das politische Engagement und die Kandidatur von Deutsch-Türken innerhalb der Parteien und Institutionen, die Förderung der Beziehungen in Deutschland lebender Türken mit der FDP und die Gleichstellung der EU-Bürger mit Nicht-EU-Bürgern bei Kommunalwahlen. Zu ihren Aufgaben zählt außer diesen die Information und Sensibilisierung der FDP für Themen türkischstämmiger Bürger in Deutschland. Mehmet Gürçan Daimagüler ist Gründer und langjähriger Vorsitzende der LTD. Zu den über die LTD an die FDP herangetragenen Forderungen zählt u.a. die Förderung der türkischen Sprache, die Einführung eines islamischen Religionsunterrichts für Moslems, der schnelle Beitritt der Türkei in die Europäische Union und Reformen im Staatsangehörigkeitsrecht. Hier geht es v. a. darum, die Mehrstaatigkeit im Rahmen der europäischen Integration auch im deutschen Recht einzuführen.

Die Linkspartei/PDS hat keine ethnische parteiinterne Organisationen oder Vereine. Sie will erreichen, „Menschen mit Migrationshintergrund zu animieren bzw. ihnen

⁶⁶ In: [http://www1.ndr.de/nachrichten/buergerschaftswahl_hamburg_2008/themen/tuerkische-waehler2](http://www1.ndr.de/nachrichten/buergerschaftswahl_hamburg_2008/themen/tuerkische-waehler2, 14.08.2008), 14.08.2008.

⁶⁷ In: <http://ltd-ev.de/>, 12.08.2008.

⁶⁸ Vgl. <http://ltd-ev.de/>, 12.08.2008.

das Gefühl zu geben, sich tatsächlich in die Partei einbringen zu können, ohne gleich in der Schublade ‚Migrantenpolitik‘ zu verschwinden“ (Bundestagsfraktion die Linke 2007: 11). Sie arbeitet mit allen Selbstorganisationen von Migranten zusammen. In diesem Zusammenhang hat die Linkspartei gute Kontakte mit der DIDF (Föderation der Demokratischen Arbeitervereine aus der Türkei in der BRD e.V.). Die DIDF ist „1980 als Dachverband durch einen Zusammenschluss von türkischen und kurdischen Arbeitervereinen in der Bundesrepublik als Gruppe der sogenannten Neuen Linken entstanden“ (Küçükhüseyin 2002: 40) und „steht politisch der sozialistischen Emek Partisi (Partei der Arbeit) in der Türkei nahe“ (Atılğan 2002: 19). Die Linkspartei und DIDF arbeiten „in basisbezogenen Bündnissen und Initiativen zusammen“ (Küçükhüseyin 2002: 40).

Veranstaltungen, die von den Parteien und parteiinternen Organisationen organisiert werden, sind nicht nur eine Strategie zur Wahlzeit, sondern auch ein politischer Bildungsprozess der Parteien. Besonders die parteiinternen Organisationen wollen durch die Veranstaltungen das Interesse für die eigene Partei wecken. Dafür organisiert das Deutsch-Türkische Forum der SPD „regelmäßig Veranstaltungen und Treffen zwischen Politikern und den Wählern mit prominenten Persönlichkeiten, wie z.B. Wolfgang Thierse, Vural Öger oder Olaf Scholz, bei denen über die Problematik der Immigration diskutiert wird.“ Sie mobilisiert „die türkische Bevölkerung in der Wahlkämpfen mit eigenen Veranstaltungen und spezieller Öffentlichkeitsarbeit z.B. in den türkischsprachigen Medien für die SPD.“⁶⁹ Das Forum nutzt besonders die türkischsprachigen Medien, „die Interessiertenzahl in den Veranstaltungen zu erhöhen.“⁷⁰ Während die SPD im Ramadanfest eine Ramadanfeier organisiert, gibt die CDU jedes Jahr im Ramadan das Iftar-Essen. Das Deutsch-Türkische Forum (DTF) der CDU „versucht, durch integrationspolitische Veranstaltungen, Diskussionsrunden und die Bereitstellung von Referenten über die Situation von Türken in Deutschland aufzuklären und gegenseitige Integrationshemmnisse abzubauen“ (Küçükhüseyin 2002: 37). Außerdem setzt sich das DTF zum Ziel, „gesellschaftspolitisch aktuelle Themen aufzugreifen und sie in einem offenen Forum in Form von Tagungen und Diskussionsrunden zu thematisieren.“⁷¹ In Veranstaltungen von Bündnis 90/Die Grünen, die besonders vor den Wahlen mit ihren Kandidaten türkischer Herkunft wie Ekin Deligöz und Özcan Mutlu veranstaltet werden, sollen wichtige Themen wie Doppelstaatsangehörigkeit, Dialog mit dem Islam und die Türkei als Bestandteil Europas hervorgehoben werden.⁷² Die Liberalen benutzen die regel-

69 Vgl. <http://dtf-hamburg.de/pages/page1-mehr.html>, 13.08.2008.

70 Vgl. <http://dtf-hamburg.de/pages/page1-mehr.html>, 13.08.2008.

71 In: <http://www.dtfstuttgart.de/de/verein/ziele.html>, 13.08.2008.

72 Vgl. Zeitung zur Bundestagswahl 2005. Ja zu Grün, in: <http://www2.Oezdemir.de/uploads/>

mäßigen Veranstaltungen, um „die türkischstämmigen Bürger zu informieren“ (Küçük Hüseyin 2002: 39). Die Liberale Türkisch-Deutsche Vereinigung (LTD) „veranstaltet Diskussionsrunden in verschiedenen Regionen Deutschlands“⁷³ und das FDP-Präsidium „trifft sich zu regelmäßig stattfindenden Gesprächen mit Vertretern gesellschaftlicher Gruppen. Zu diesen zählen auch Vertreter islamischer Religionsgemeinschaften und türkischer Interessensverbände.“⁷⁴

Die Parteien benutzen heute auch die Informationstechnologien, um die Wähler zu erreichen. Besonders das Internet, das „ab 2002 neben den klassischen Werbeträgern ein gleichwertiges Kampagneninstrument“ (Schemel 2004: 23) geworden ist, hat eine zunehmende Bedeutung für die Parteien. „Umgekehrt können sich Bürger besser, schneller und unmittelbarer informieren. Die Parteien können durch das Internet mehr Menschen erreichen, die nicht auf Veranstaltungen einer Partei gehen“ (Hartmann 2007: 243). Die Homepage der türkischstämmigen Politiker ist sowohl die „virtuelle Visitenkarte“ (Borghoff 2005: 5) als auch ein wichtiges Mittel für die Kommunikation mit ihrer Wählerschaft. „Das Internet kann Kandidaten im Wahlkampf helfen, den Kontakt zu ihren Wählern zu intensivieren“ (Holler/Wolsing 2008: 118). Die Foren und die Vereine der Parteien haben ebenfalls Internetseiten eingerichtet, auf der Interessierte sich über ihre Aktivitäten informieren können.

Außerhalb des Internets finden weitere Kanäle Anwendung in der politischen Kommunikation. „Dies sind zum einen Massenmedien wie Fernsehen, Hörfunk, Tageszeitung, zum anderen die mit dem Internet verbundenen Medien wie E-Mail“ (Hartmann 2007: 109). Besonders türkische Radiosender, das Fernsehen, Tageszeitungen und Vereinszeitschriften, in den die Parteien Wahlwerbungen veröffentlichen, werden bei den Wahlen vorrangig genutzt. Die Haus- und Moscheenbesuche durch Politikern gehören längst zu den Verpflichtungen während des Wahlkampfes.

200508wahlkampfzeitung.pdf, 20.05.2008.

⁷³ In: <http://ltd-ev.de/>, 12.08.2008.

⁷⁴ In: http://55.parteitag.fdp.de/webcom/show_article.php?wc_c=405&wc_id=21&wc_p=1, 02.07.2008.

4.6 Zusammenfassung

Der vorangegangene Teil der Arbeit diene der Beantwortung der Fragen, welche Strategien, Aktivitäten und Angebote die Parteien auf die türkischstämmige Wählerschaft anwenden. Die Parteipräferenzen und das Wahlverhalten von Deutsch-Türken hängen vom Migrationshintergrund, von der ideologischen Position und der Haltung der Parteien und ihrer Kandidaten zu migrations- und integrationsspezifischen Themen ab. Parteipräferenzen werden aufgrund unterschiedlicher parteipolitischer Angebote entwickelt. Die Beantwortung greift zuerst die migrations- und integrationsspezifischen Themen in den Wahlprogrammen der Parteien auf. Die Wahlprogramme thematisieren allgemein die Integrationspolitik, das Ausländerrecht, die Ausländerfeindlichkeit, Diskriminierung und Zuwanderung. Alle Parteien verständigen sich bei den Bundestagswahlen 2002 und 2005 auf diese Themen: Integration der Migranten in die deutsche Gesellschaft, Erlernen der deutschen Sprache, Förderung von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen durch Sprachkurse und das gesetzliche Verbot von Zwangsheiraten.

SPD, Grüne, FDP und Linkspartei/PDS haben eine offene und positive Haltung gegenüber der Einwanderung. Die SPD und die Grünen haben sich bemüht, die Einbürgerung durch Gesetzesmaßnahmen zu erleichtern. Dagegen wollen die CDU/CSU weitere Einwanderungen verhindern und stattdessen die Integrationen stärken. Der Rechtsextremismus und die Diskriminierung werden von allen Parteien außer der CDU/CSU thematisiert und bekämpft.

Die EU-Vollmitgliedschaft der Türkei ist das einzige außenpolitische Thema, das die Wähler türkischer Herkunft auf bestimmte Parteien ausrichtet. Obwohl die EU-Mitgliedschaft der Türkei von der CDU/CSU in ihrem Wahlprogramm 2002 abgesagt wurde, fordern sie im Jahr 2005 eine privilegierte Partnerschaft mit der Türkei. SPD, Grüne und FDP wollen die Türkei langfristig an eine Mitgliedschaft in die EU heranführen, sobald die Türkei die Beitrittskriterien erfüllt. Die Linkspartei/PDS hat zwei Bedingungen: die Erfüllung der Kopenhagener Kriterien und die Verbesserung der Menschenrechtssituation.

Die türkische Bevölkerung erwartet, dass sich die Türken innerhalb der Parteien mit diesen Themen oder Problemen beschäftigen. Darum haben türkischstämmige Kandidaten der Parteien das Potenzial, die Stimmen von Deutsch-Türken zu gewinnen. Das zeigt auch, wie integrationsfähig die Parteien selbst sind. Bundestagsabgeordnete türkischer Herkunft sind bei den Grünen, der SPD und der Linkspartei/PDS anzutreffen, während die Unionsparteien und die FDP keinen ein-

zigen Politiker türkischer Herkunft im Bundestag haben.

Die von den Parteien gebildeten Vereine oder Foren, die eine wichtige Rolle als Vermittler zwischen den Türken und den Parteien spielen, sind eine andere Strategie der Parteien. Während alle Parteien mit den türkischen Organisationen und Vereinen zusammenarbeiten, gründen die FDP und die CDU eigene parteiinterne Organisationen. Diese Vereinigungen wollen durch regelmäßige Veranstaltungen zu unterschiedlichen Themen und zusätzliche politische Kommunikationsmittel wie Internet, Fernsehen und Zeitungen die Deutschen türkischer Herkunft für die eigene Partei mobilisieren und gewinnen.

5 Das Wahlverhalten der türkischstämmigen Wählerschaft bei den Bundestagswahlen 2002 und 2005

In diesem Kapitel wird unter dem Licht bisheriger Befunde das Wahlverhalten der türkischstämmigen Wahlberechtigten in den Bundestagswahlen 2002 und 2005 empirisch untersucht. Mit Bezug auf die grundlegenden Arbeitshypothesen dieser Arbeit stehen hier die Fragen nach der Wirkung migrationspezifischer (Migrationshintergrund, Ethnizität und ethnische Gruppenzugehörigkeit) und kurzfristiger Einflussfaktoren, nach der Wirkung des Migrationscleavages, der türkischen Massenmedien in Deutschland und der Türkei (Regierungen, Parteien und Politiker) im Zentrum: Wie haben diese Faktoren auf das Wahlverhalten der türkischstämmigen Wählerschaft bei den Bundestagswahlen 2002 und 2005 eingewirkt? Gleichzeitig soll in diesem Kapitel überprüft werden, ob die klassisch- sozialstrukturellen Variablen das Wahlverhalten der Deutsch-Türken erklären können.

Das Kapitel gliedert sich in fünf Abschnitte. Im ersten Teil werden die Wahlergebnisse und die Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen 2002 und 2005 nach der eigenen Berechnung und den Wahlumfragen dargestellt. Die Sozialstruktur (sowohl der Migrationshintergrund als sozialstrukturelles Merkmal als auch klassische Determinanten des sozialstrukturellen Ansatzes und die Wirkung des Islams auf die Wahlentscheidung) und Wahlverhalten werden im zweiten Teil erklärt. Weiterhin wird untersucht, wie der Migrationscleavage das Wahlverhalten der Wählerschaft türkischer Herkunft erläutern kann. Der vierte Teil präzisiert das situative Wahlverhalten. Schließlich wird im fünften Teil der Einfluss der türkischen Massenmedien und der Türkei (durch die Regierungen, Parteien und Politiker) auf das Wahlverhalten diskutiert.

5.1 Wahlergebnisse und Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen 2002 und 2005

Am 22. September 2002 wurden insgesamt 47.841.724 Mio. Stimmen von den 61.389 Mio. Wahlberechtigten abgegeben, die Wahlbeteiligungsrate lag bei 79,1%. Die rot-grüne Koalition hat sich mit dem 47,1% wieder gebildet. „Mit einem Zweitstimmenanteil von 38,5% lag die SPD nur mit 6.027 Stimmen vor den Unionsparteien“ (Graf/Neu 2002: 5). Am 18. September 2005 betrug die Zahl der Wahlberechtigten 61.870.711, davon wurden 48.044.134 Wähler gezählt. Die Wahlbeteiligung lag bei 77,7% und damit etwas niedriger als 2002. Tabelle 5.1 zeigt die Ergebnisse der beiden Bundestagswahlen.⁷⁵

Tabelle 5.1: Wahlergebnisse der Bundestagswahlen 2002 und 2005 (Prozentwerte)

	SPD	UNION	GRÜNE	FDP	LINKE
2002	38,5	38,5	8,6	7,4	4,0
2005	34,2	35,2	8,1	9,8	8,7

Quelle: Eigene Darstellung nach Daten des Statistischen Bundesamtes

Im Jahr 2002 wurde mit 6.027 Stimmen, der Differenz aus den Stimmen der SPD und den Unionsparteien, das Wählerpotenzial Deutscher türkischer Herkunft berücksichtigt. Es wurde spekuliert, dass die türkischstämmigen Wähler an der Bundestagswahl 2002 die Regierungskoalition entschieden hätten, dass die wahlberechtigten Türken Schröders „Secret Weapon“⁷⁶ sind und dass sie das Wahlergebnis „weitreichend verzerrt“⁷⁷ haben. Dieser Zusammenhang wurde nach den Bundestagswahlen 2002 und 2005 immer wieder diskutiert: Wie viele türkischstämmige Wahlberechtigte haben ihre Stimme abgegeben? Wie hoch war ihre Wahlbeteiligungsrate?

⁷⁵ Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 2002/2005; <http://www.bundeswahlleiter.de>, 02.06.2006.

⁷⁶ The Wall Street Journal Europa, Nr.160 vom 19.09.2002, S. A3.

⁷⁷ Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 259 vom 7.11.2002, S. 10.

Über die Höhe der Wahlbeteiligung der Deutsch-Türken gibt es bei den Bundestagswahlen 2002 und 2005 keine exakten Daten. Es liegen nur Schätzungen vor. Obwohl „Argumente für eine deutlich geringere Wahlbeteiligung, wie z.B. das niedrigere durchschnittliche Bildungsniveau, sprechen“ (Wilamowitz-Moellendorff 2005: 42), zeigen die unterschiedlichen Untersuchungen⁷⁸, dass die Wahlbeteiligung türkischstämmiger Wahlberechtigter „etwa so hoch wie die der Deutschen“ (Wüst 2003b: 35) war. Nach den monatlichen Befragungen von Politbarometern der Jahre 2001/02 „liegen Eingebürgerte mit ehemals türkischer Staatsbürgerschaft bei einer Beteiligungsrate von 78 Prozent“ (ebd. 35). Hier spielt das Wahlrecht eine wichtige Rolle, weil „die politische Gleichstellung stets als ein wichtiges Motiv für die Einbürgerung genannt wird“ (Wüst 2006: 230). Die Untersuchungen des Zentrums für Türkeistudien zeigen, „dass unter den Eingebürgerten – und den damit tatsächlich Wahlberechtigten – der Anteil der Unentschlossenen und der Nichtwähler niedriger ist als unter den türkischen Staatsbürgern“ (Sauer 2007: 162). Für die Bundestagswahl 2005 hatte Wilamowitz-Moellendorff (2005: 42) eine Wahlbeteiligungsrate höchstens von 80% angenommen. Im Licht dieser Daten scheint die Annahme plausibel, dass die Wahlbeteiligung türkischstämmiger Wahlberechtigter sowohl bei der Bundestagswahl 2002 als auch 2005 70% betrug.

Nach Schätzung der TGD für die Bundestagswahl 2002, die auf der Forschungsgruppe Wahlen basiert, haben über 60% der Deutsch-Türken die SPD, über 20% die Grünen gewählt. Von den wahlberechtigten 400.000 Deutschen türkischer Herkunft haben über 70% an der Wahl teilgenommen. Somit haben rund 225.000 die rot-grüne Politik gewählt und zum Wahlsieg verholfen.⁷⁹ Laut der liberalen Türkisch-Deutschen Vereinigung e.V. (LTD) haben die türkischstämmigen und muslimischen Wähler zu 70% rot-grün gewählt, weniger als 5% (1998 waren es noch 14%) die FDP.⁸⁰ Nach Angaben des Zentrums für Türkeistudien haben sich bei der Bundestagswahl 2002 60% der türkischstämmigen Wahlberechtigten für die SPD, 17% für die Grünen, 12% für die CDU/CSU, 5% für die PDS und 5% für die FDP entschie-

78 Klinger, Thorsten. 2001: Politische und gesellschaftliche Partizipation von Eingebürgerten in Hamburg, in: Hamburg in Zahlen IV, S.132-135; Sauer, Martina 2001: Die Einbürgerung türkischer Migranten in Deutschland, in: Andreas Goldberg/Dirk Halm/Martina Sauer (Hrsg.): Migrationsbericht 2002 des Zentrums für Türkeistudien, Münster, S. 165-228; Wüst, Andreas M. 2002: Wie wählen Neubürger? Politische Einstellungen und Wahlverhalten eingebürgerter Personen in Deutschland. Opladen; Analysen für die Jahre 2001/02 ders.: Das Wahlverhalten eingebürgerter Personen in Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B53/2003, S. 29-38.

79 Presseerklärung der TGD, Deutsch-Türken haben die Bundestagswahl entschieden, in: <http://www.tgd.de/index.php?name=News&file=article&sid=199>, 02.06.2006.

80 Presseerklärung der Liberalen Türkisch-Deutschen Vereinigung zur Bundestagswahl 2002, in: <http://ltd-ev.de/>, 12.08.2008.

den.⁸¹ Diese Ergebnisse werden im Juli 2002 von den Umfrageergebnissen des Zentrums für Türkeistudien bestätigt: „SPD: 60,5%, Grüne: 16,5%, CDU/CSU: 11,5%, FDP: 4,8%“ (Goldberg/Sauer 2003: 159). Akzeptiert man die Wahlbeteiligung von 70%, verteilen sich die 280.000 Stimmen nach der letzten Einschätzung auf die Parteien so: SPD: 168.000, Grüne: 47.600, CDU/CSU: 33.600, PDS: 14.000 und FDP: 14.000. Nach eigener Berechnungen (vgl. Kapitel 3, Abschnitt 3.5) betrug die Zahl der Wahlberechtigten türkischer Herkunft für die Bundestagswahl 2002 rund 430.000. Bei einer angenommenen Wahlbeteiligung von 70% haben im Jahr 2002 301.000 türkischstämmige Wähler teilgenommen. Tabelle 5.2 zeigt, wie sich diese Stimmen in 2002 auf die Parteien verteilen.

Tabelle 5.2: Wahlergebnis der Bundestagswahl 2002

	Anzahl	Prozent
Wahlberechtigte	430.000	-
Wähler	301.000	-
Wahlbeteiligung	-	70
SPD	180.600	60
GRÜNE	51.170	17
CDU/CSU	36.120	12
PDS/LINKSPARTEI	15.050	5
FDP	15.050	5
Andere/keine Angabe	301	1

Quelle: Dieses Wahlergebnis wurde aus den Zahlen des Zentrums für Türkeistudien berechnet.

Kurz vor der Bundestagswahl 2005 wurde eine Umfrage für die türkische Zeitung *Hürriyet* durchgeführt und am 15. September 2005 von *Hürriyet* veröffentlicht.⁸² Laut dieser Umfrage wollten 77% der Wähler türkischer Herkunft bei der Bundestagswahl für die SPD, 9,2% für die Grünen, 7,8% für die Linkspartei stimmen, wei-

⁸¹ Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 259 vom 7.11.2002, S. 10 und Milamowitz-Moellendorff 2005: 40.

⁸² Vgl. Sabine Am Orde, Wen wählen die MigrantInnen, in: <http://www.taz.de/index.php?id=archivseite&dig=2005/09/15/a0080>, 02.06.2006 und Ferda Ataman, Türkische Wähler, in: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,374502,00.html>, 02.06.2006.

tere 4,8% für die CDU/CSU und nur 1,2% für die FDP. Außer dieser Umfrage gab es für die Bundestagswahl 2005 keine anderen Umfragen.⁸³ Nach diesen Prozentsätzen verteilen sich 540.000 (vgl. Kapitel 3, Abschnitt 3.5) Stimmen mit einer Wahlbeteiligungsrates von 70% wie folgt auf die Parteien:

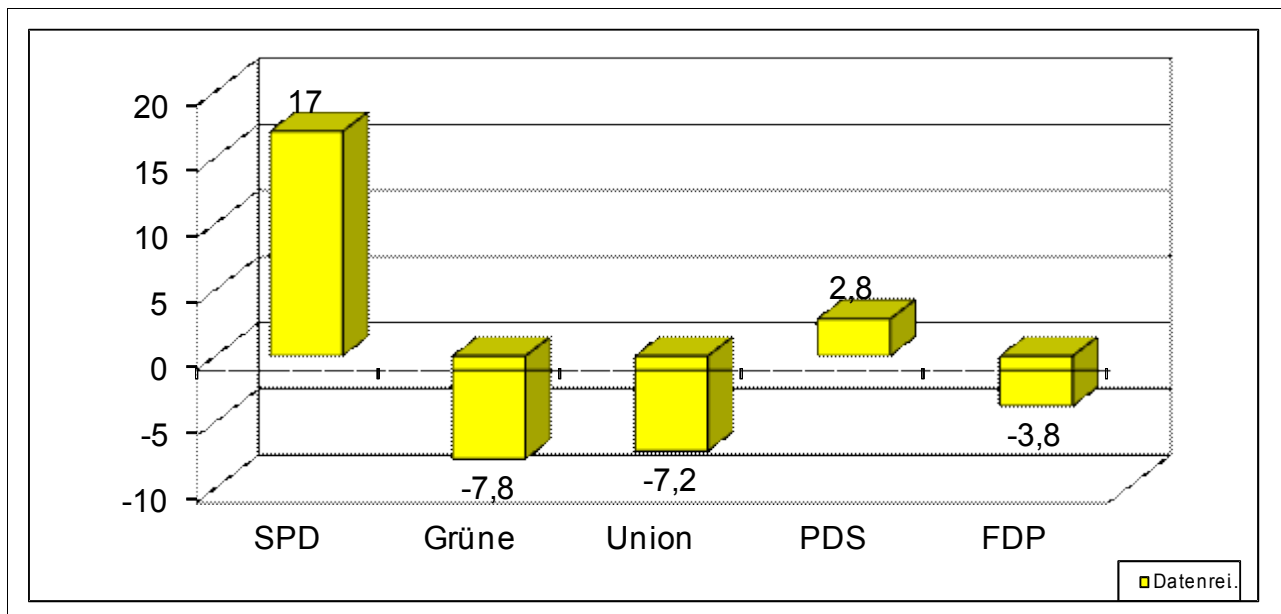
Tabelle 5.3: Wahlergebnis der Bundestagswahl 2005

	Anzahl	Prozent	Veränderung zu 2002	
			in Prozent	Anzahl
Wahlberechtigte	540.000	-	-	+110.000
Wähler	378.000	-	-	+77.000
Wahlbeteiligung	-	70	-	-
SPD	291.060	77	+17	+110.460
GRÜNE	34.776	9,2	-7,8	-16.394
CDU/CSU	18.144	4,8	-7,2	-17.976
PDS/LINKSPARTE	29.484	7,8	+2,8	+14.434
FDP	4.536	1,2	-3,8	-10.514

Quelle: Dieses Ergebnis wurde nach den Umfrageergebnissen der Zeitung Hürriyet berechnet.

Die Präferenz der türkischstämmigen Wähler lag im Jahr 2002 mit 60% und im Jahr 2005 mit 77% eindeutig bei der SPD. Bündnis 90/Die Grünen folgten an zweiter Stelle sowohl bei der Bundestagswahl 2002 mit 17% als auch 2005 mit 9,2%, trotz der -7,8% Verluste. Obwohl die CDU/CSU im Jahr 2002 an dritter Stelle mit 12% lag, fiel sie 2005 auf die vierte Stelle zurück. Die Linkspartei/PDS stieg 2005 mit 7,8% an dritte Stelle, während sie 2002 mit der FDP, die 2005 mit 1,2% das Schlusslicht bildete, an der vierten Stelle lag.

⁸³ Nach den zwei Monaten der Bundestagswahl 2005 (Dezember) hat die ZfT eine Umfrage durchgeführt. Das Ergebnis: SPD: 72%, Grünen: 16%, CDU: 9%, Linke/PDS: 3%, FDP: 1% und unentschlossenen Wähler: 19% (Sauer/Goldberg 2006: 155).

Abbildung 5.1: Gewinne und Verluste der Parteien zu 2002

Quelle: Eigene Darstellung

Im Vergleich zur Bundestagswahl 2002 zeigen sich Zugewinne in erster Linie bei der SPD mit 17% (110.460 Wähler) und bei der Linkspartei/PDS mit 8% (14.434 Wähler). Dagegen haben die Grünen 7,8% (16.394 Wähler), CDU/CSU 7,2% (17.976 Wähler) und FDP 3,8% (10.514 Wähler) eingebüßt. Die Summe der Verluste der Grünen, der Unionsparteien und der FDP betrug 18,8% (44.884 Wähler), fast soviel wie der Zuwachs (17%) der SPD.

Für die Verluste von Bündnis 90/Die Grünen liegt die Vermutung nahe, dass die Wahlberechtigten türkischer Herkunft bei der Bundestagswahl 2005 keine Koalitionsoption zwischen der SPD und den Grünen sahen, weil das Wahlverhalten in Deutschland „koalitionspolitisch gefärbt“ wird und „die Wahl einer kleineren Partei mit der Erststimme als wahltaktisch irrational gilt“ (Beyme 1999: 100). Die Wahrscheinlichkeit ist groß, dass diese Stimmen zwischen der SPD und der Linkspartei/PDS verteilt wurden.

5.2 Sozialstruktur und Wahlverhalten

5.2.1 Migrationshintergrund, Ethnizität und ethnische Gruppenzugehörigkeit

Die eingebürgerten Türken bilden einerseits eine Teilgruppe innerhalb der deutschen Gesellschaft und ihrer sozialen Struktur, so dass ihre politischen Präferenzen und ihr Wahlverhalten anhand der Ansätze empirischer Wahlforschung erklärbar sind und mit gebürtigen Deutschen verglichen werden können. Andererseits differenzieren sie sich von Deutschen durch ihren Migrationshintergrund. Bei dem Begriff Migrationshintergrund wird „nicht nur an die Generation mit eigener Migrationserfahrung, sondern auch an deren Kinder (zweite Generation) und Enkelkinder (dritte Generation) gedacht.“⁸⁴ Sie waren „einmal“ oder sind wegen der „doppelten Staatsangehörigkeit“ immer noch Staatsbürger der Türkei (vgl. Wüst 2002: 48). Damit verbunden ist eine Mitgliedschaft in der türkischen Minderheitsgruppe im Aufnahmeland, die „sich am deutlichsten von den Deutschen unterscheidet“ (Kalter/Kranator 2004: 80) und eine eigene Infrastruktur und Organisationen besitzt. Die türkische Minderheit hat auch eigenständiges soziales Netzwerk aufgebaut. Die Sozialstruktur der Türken in Deutschland hat sich „durch Migration“⁸⁵ gebildet. Deutsche türkischer Herkunft sind von dieser Sozialstruktur nicht unabhängig. Sie teilen mit der türkischen Bevölkerung, die nicht eingebürgert wurde, eine gemeinsame Sprache, gleiche kulturelle Werte und Traditionen und ähnliche Schwierigkeiten der Migration. Gleichzeitig sind sie Bestandteil der türkischen Familienstruktur, die „herkunftsmilieubedingt ist“ (vgl. Şen/Goldberg 1994: 54). Die Einbindung „in familiären Strukturen ist altersbedingt stark ausgeprägt“ (Goldberg/Sauer 2003: 15).

Insofern besitzen der „Migrationshintergrund“ und „die ehemalige Staatsbürgerschaft“ (vgl. Wüst 2005: 142) oder Ethnizität als soziodemographische Merkmale, die „die Neigung zu bestimmten Parteien“ (Sauer 2007: 166) beeinflussen, große Erklärungskraft. Während der Migrationshintergrund nach den empirisch gewonnenen Erkenntnissen des Politbarometers (1999 und 2001/2002) als „wichtige, mittelfristig stabile Variable“ zur Erklärung des Wahlverhaltens eingebürgerter Personen bezeichnet wird und „in ganz erheblichem Maße politische Einstellungen beeinflusst“ (Wüst 2003b: 35), „kommt die ehemalige Staatsbürgerschaft“ als „unzweifelhaft unabhängige Variable, die nicht von der Wahlentscheidung selbst beeinflusst wird, unter allen soziodemographischen Variablen die größte Bedeutung zu“ und „erklärt statistisch alleine ein Viertel aller Wahlentscheidungen“ (Wüst 2003a:

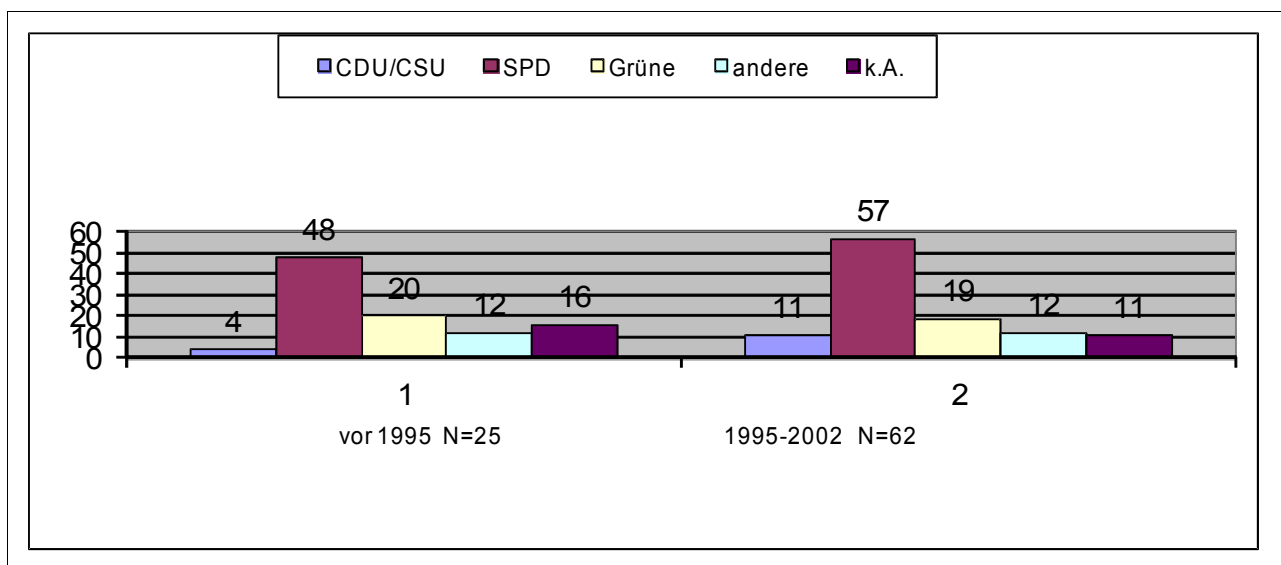
84 In: Jahresgutachten des Sachverständigenrates für Zuwanderung und Integration 2004: 88.

85 Vgl. Jahresgutachten des Sachverständigenrates für Zuwanderung und Integration 2004: 96.

121f.). In diesem Sinne „bevorzugen eingebürgerte Türken mit deutlicher Mehrheit die SPD“ (Wilamowitz-Moellendorff, 2005: 43) und sie „meiden die CDU/CSU“ (Wüst 2003b: 37). Abbildung 5.2 zeigt die in der Vergangenheit relativ stabile Bevorzugung der SPD durch eingebürgerte Türken nach dem Einbürgerungszeitpunkt.

„So wählen beispielsweise unter eingebürgerten TürkInnen, die nicht langfristig der SPD zuneigen, immer noch 37% die SPD und von den nicht langfristig den Grünen zuneigenden 21% grün. [...] Diese Ergebnisse untermauern die These, dass der Migrationshintergrund und Ethnizität große Erklärungskraft für das Wahlverhalten Eingebürgerter besitzen dürfte“ (Wüst 2003a: 121).

Abbildung 5.2: Wahlabsicht eingebürgerter Türken nach dem Einbürgerungszeitpunkt (Prozentwerte)

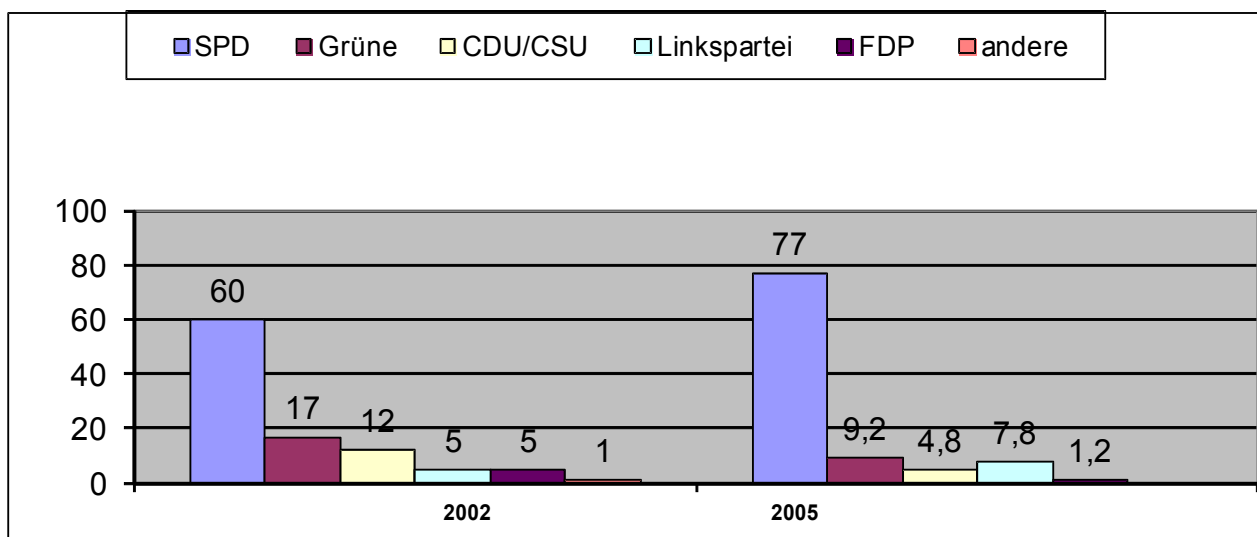


Quelle: Wüst 2003a: 117

Diese Situation hat sich sowohl bei der Bundestagswahl 2002 als auch 2005 nicht verändert (vgl. Abbildung 5.3). Im Zeitvergleich fällt auf, dass sich der Stimmenanteil der SPD unter eingebürgerten Türken kontinuierlich erhöht und im Jahr 2005 77% erreicht. „Das unspektakuläre Profil der türkischstämmigen SPD-Wähler zeigt, dass diese Parteineigung offenbar das Resultat der Erfahrungen der Arbeitsmigration ist und nur in zweiter Linie das Ergebnis individueller soziodemographischer Faktoren“ (Sauer 2007: 167). Obwohl die anderen migrationsspezifischen Faktoren wie das Einbürgerungsjahr, der Integrationsgrad und der Geburtsort in unterschied-

lichem Grade das politische Verhalten der eingebürgerten Türken beeinflussen, können sie mit anderen „möglichen intervenierenden Faktoren wie Geschlecht, Alter und vielen anderen den starken Zusammenhang zwischen ehemaliger Staatsbürgerschaft und parteipolitischer Präferenz nicht auflösen“ (Wüst 2003b: 35).

Abbildung 5.3: Die Ergebnisse der Wahlumfragen für die Bundestagswahlen 2002 und 2005



Quelle: Eigene Darstellung

Der Integrationsgrad spielt als ein migrationsspezifischer Faktor bei dieser „hohen Kontinuität“ (Wilamowitz-Moellendorff 2005: 43) eine Rolle, weil „die langfristig stabile Bindung an die SPD teilweise durch bessere Integration“ eingebürgerter Türken erklärt wird, obwohl „die Dauer des Aufenthalts in Deutschland bzw. die vergangene Zeit seit der Einbürgerung einen geringen einstellungsverändernden Einfluss haben“ (Wüst 2003a: 118). Unterschiedliche Untersuchungen geben eine bessere Integrationsbilanz der eingebürgerten Türken als der türkischen Staatsangehörigen. Die Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung über Zuwanderung und Integration von Türken zeigt,

„dass türkischstämmige Deutsche stärker integriert sind als die in Deutschland lebenden türkischen Staatsbürger. Was Ursache und Wirkung ist, ob also die Einbürgerung zur Integration beigetragen hat oder ob bereits integrierte türkische Bürger in höherem Maß Einbürgerungsanträge stellen, kann hier nicht mit Sicherheit beantwortet werden. Vermutlich verstärken sich die beiden Faktoren gegenseitig“ (Wilamowitz-Moellendorff 2001: 17).

Nach den Ergebnissen des Mikrozensus 2005⁸⁶, der erstmals nach dem Migrationshintergrund der Bevölkerungsgruppen in Deutschland fragte und zwischen Ausländern und Eingebürgerten unterschied, sind Türken mit deutschem Pass besser integriert als Türken mit türkischem Pass. „Diese Tatsache gilt in ganz besonderer Weise für Frauen: Gerade die eingebürgerten Frauen sind strukturell besser integriert, als diejenigen, die nur die türkische Staatsangehörigkeit haben.“⁸⁷ Dieses positive Integrationsbild löst aber die Verbundenheit zwischen den eingebürgerten Türken und der türkischen Minderheitsgruppe nicht auf. Bei dem Begriff des Parallelgesellschaftslebens⁸⁸, der in der öffentlichen und politischen Diskussion⁸⁹ immer thematisiert wird, handelt es sich um die starke ethnische Gruppenzugehörigkeit der Türken in Deutschland. Der eingebürgerte Teil der türkischen Gesellschaft hängt von dieser Zugehörigkeit ab, weil „der Besitz der deutschen Staatsbürgerschaft die Wahrnehmung und Bewertung politischer Probleme nur wenig ändert“ (Wilamowitz-Moellendorff 2001: 1). Gruppenzugehörigkeit, die einen bestimmten Einfluss auf das Wahlverhalten der eingebürgerten Türken hat, wird „auf der individuellen Ebene durch das Konzept der Wählerorientierung (Voter Alignments), das die Bindungen der Wähler an Parteien bezeichnet“ (Winter 1997: 125), erklärt. Die Wahlnormen der sozialen oder ethnischen Gruppierungen bestimmen hier die Wählerorientierung. Die Wähler wählen wie die eigene Gruppierung, der sie angehören.

86 In: <http://www.isoplan.de/aid/2006-4/statistik.htm> - 22k, 17.10.2008.

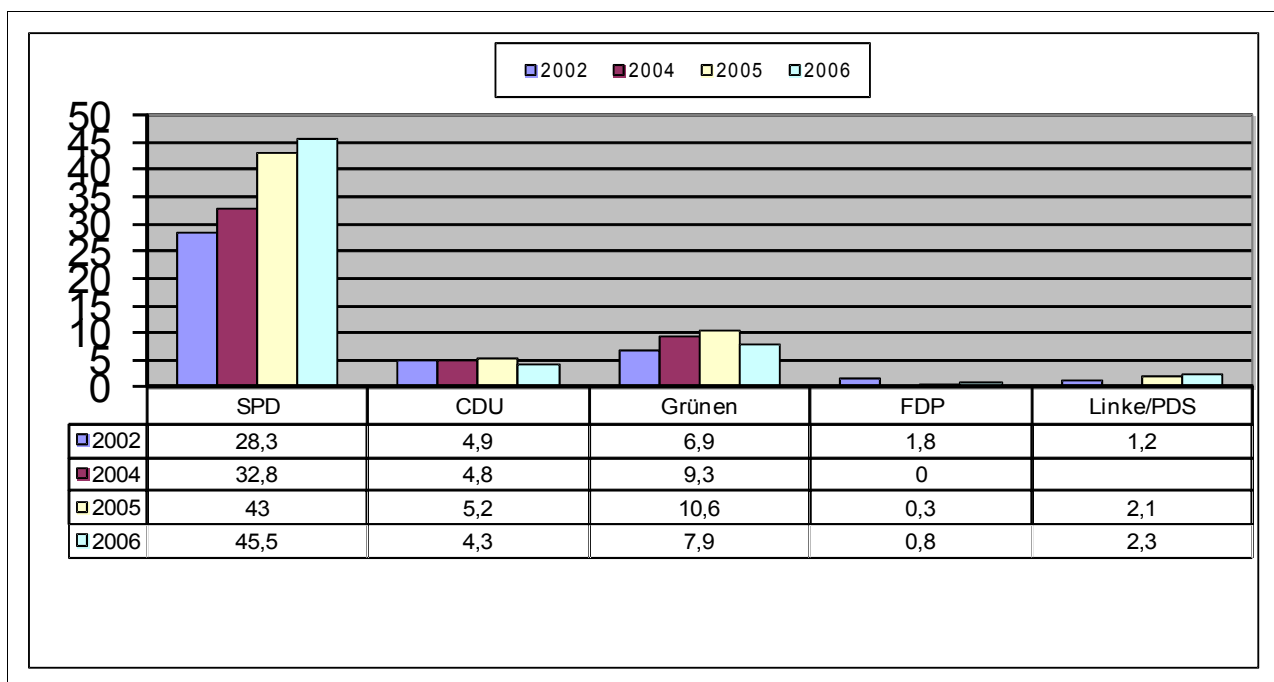
87 Zwick, Martin 2006: Im Detail: Die NRW-Sonderauswertung aus dem Mikrozensus 2005, in: <http://www.isoplan.de/aid/2006-4/statistik.htm> - 22k, 17.10.2008.

88 Es wird immer argumentiert, dass die Türken in Ballungszentren Parallelgesellschaften bilden. „Tatsächlich bilden sich bei der türkischen Minderheit [...] immer weiter gehende ethnische Infrastrukturen“ (Şen 2002). Der Begriff wurde erstmals von Heitmeyer (1996) in seiner Studie zum islamischen Fundamentalismus unter Jugendlichen verwendet. Nach Thomas Meyer (2002: 343-372) gibt es fünf charakteristische Indikatoren, um die parallelgesellschaftlichen Strukturen zu identifizieren: ethno-kulturelle bzw. kulturell-religiöse Homogenität, nahezu vollständige lebensweltliche und zivilgesellschaftliche sowie weitgehende Möglichkeiten der ökonomischen Segregation, nahezu komplette Verdopplung der mehrheitsgesellschaftlichen Institutionen, formal freiwillige Segregation, siedlungsräumliche oder nur sozial-interaktive Segregation, sofern die anderen Merkmale alle erfüllt sind. Parallelgesellschaften „begründen sich demzufolge in einer ethnisch, sozial und weltanschaulich homogenen Gruppe, die sich von der Mehrheitsgesellschaft ausgegrenzt fühlt“ (Micus/Walter 2006: 215-221). Nach den empirischen Befunden von Dirk Halm und Martina Sauer (2006: 18-24) in NRW ist die anwachsende Religiosität das einzige Merkmal einer Parallelgesellschaft, das im Untersuchungszeitraum tatsächlich linear auf die Entwicklung parallelgesellschaftlicher Strukturen hinweist. Alle anderen Merkmale zeigen jedoch kein Anwachsen parallelgesellschaftlicher Strukturen.

89 W. Heitmeyer/R. Anhut (Hrsg.) 2000: Bedrohte Stadtgesellschaft. Soziale Desintegrationsprozesse und ethnisch-kulturelle Konfliktkonstellationen, Weinheim; Heckmann, Friedrich 1998: Ethnische Kolonien: Schonraum für Integration oder Verstärker der Ausgrenzung? In: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Ghettos oder ethnische Kolonie? Entwicklungschancen von Stadtteilen mit hohem Zuwandereranteil, Bonn, S.29-57; Böltken, Ferdinand 2000: Soziale Distanz und räumliche Nähe, in: Alba, Richard/Schmidt, Peter/Wasmer, Martina (Hrsg.): Deutsche und Ausländer: Freunde, Fremde oder Feinde? Empirische Befunde und theoretische Erklärungen, Wiesbaden.

„Festzuhalten bleibt, dass das Wahlverhalten in hohem Maße von der Gruppenzugehörigkeit mitbestimmt wird und parallel dazu viele andere soziodemographische Faktoren weniger wichtig sind. Dies bedeutet, dass neben den politischen Erfahrungen im Heimatland, die [...] im Zusammenhang mit der religiösen Prägung sowohl die Präferenz christlicher Parteien durch AussiedlerInnen als auch laizistischer Parteien durch eingebürgerte TürkInnen verstehen helfen, auch die politischen, sozialen und kulturellen Erfahrungen in Deutschland politische Präferenzen festigen“ (Wüst 2003a: 124).

Abbildung 5.4: Wahlpräferenz der türkischen Staatsbürger



Quelle: Goldberg/Sauer 2002: 156, Goldberg/Sauer 2004: 158, Sauer/Goldberg 2006: 153, Sauer 2007: 163, Grafik: Eigene Darstellung

Obwohl die eingebürgerten Türken „noch häufiger als türkische Staatsbürger mit der SPD sympathisieren“ (Sauer 2007:163), bevorzugen auch türkische Staatsbürger, die theoretisch weniger als Eingebürgerte integriert sind, die SPD (vgl. Abbildung 5.4). Diese Situation der türkischen Staatsbürger kann auch durch den Migrationshintergrund, die Ethnizität und die ethnische Gruppenzugehörigkeit erklärt werden, weil es hier ebenfalls um eine relativ stabile und zunehmende Präferenz geht.

5.2.2 Erklärungskraft der klassisch-sozialstrukturellen Variablen

Die Operationalisierung der klassischen sozialstrukturellen Determinanten des Wahlverhaltens basiert auf dem sozioökonomischen Status des Wählers (Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Klasse, Gewerkschaftsmitgliedschaft), unterschiedlichen Berufsgruppen, dem Bildungsgrad, der Religionszugehörigkeit und Religiosität und dem Urbanisierungsgrad des Wohnortes. Besonders der Bildungsgrad und die Berufsgruppenzugehörigkeit sind zwei wichtige sozialstrukturelle Determinanten für die Wahlanalyse, weil der (Aus-) Bildungsgrad die zentrale Voraussetzung „für die Integration in den Arbeitsmarkt ist“ (Sauer 2007: 54) und die Berufsgruppenzugehörigkeit „sehr Stark vom Bildungsgrad abhängt.“⁹⁰

Tabelle 5.4: Soziodemographische Charakteristika gebürtiger Deutscher und ein gebürgerter Türken (Spaltenprozentwerte)

	Gebürtige Deutsche	Eingebürgerte Türken
Bildungs- und Ausbildungsgrad		
Hauptschule ohne Lehre	7	21
Hauptschule mit Lehre	26	12
Mittlere Reife	35	36
Abitur	14	17
Universitätsabschluss	17	14
Berufsgruppe		
Einfache Arbeiter	3	10
Facharbeiter	19	24
Bis Mittlere Angestellte/Beamte	38	18
Leitende Angestellte/Beamte	13	5
Selbständige	10	13
In Ausbildung/keine Berufsgruppe	17	30
Gewerkschaftsmitgliedschaft	25	35

Quelle: Wüst 2003b: 33

Verschiedene Untersuchungen in den Jahren 2001, 2002 und 2005 zeigen, dass Türken mit deutscher Staatsangehörigkeit höhere Bildungsabschlüsse erreichen und größeren beruflichen Erfolg haben (vgl. Tabelle 5.4) als nicht eingebürgerte

⁹⁰ Wüst, Andreas 2000: Eingebürgerte Personen in Deutschland: soziodemographische Merkmale und politische Einstellungen, in: <http://www.andreas.uni-hd.de/houston.pdf>, 20.10.2008.

Türken. In seinen Untersuchungen (Politbarometer 2-12/99, 10/01-09/02) ist Andreas Wüst (2003b: 32) zu dem Ergebnis gekommen, dass die eingebürgerten Türken formal hohe Schulabschlüsse erreichen und dass sie von allen Eingebürgerten mehrheitlich einen Schulabschluss in Deutschland erworben haben.

Die Ergebnisse des Mikrozensus 2005 haben auch ergeben, dass die eingebürgerten Türken einen vergleichsweise höheren schulischen und beruflichen Abschluss aufweisen als nicht eingebürgerte Türken. Bei Türken mit deutschem Pass zeigen sich deutlichere Bildungsunterschiede als bei Türken mit türkischem Pass. Ausreichende schulische Bildung ist sehr wichtig für die berufliche Integration. Auch im Arbeitsmarkt sind eingebürgerte Türken besser integriert als türkische Staatsangehörige. „Eingebürgerte Türken haben eine höhere Erwerbsquote, ein höheres Einkommen sowie eine geringere Erwerbslosenquote und eine niedrigere Armutsrisikoquote als die Zugewanderten mit nur türkischem Pass.“⁹¹

Im beruflichen Vergleich zeigt sich nach dem Mikrozensus 2005, dass Eingebürgerte türkischer Herkunft deutlich häufiger als Angestellte und seltener als Arbeiterinnen und Arbeiter tätig sind als Personen mit türkischer Nationalität. 49,1% der Eingebürgerten türkischer Herkunft sind als Arbeiterinnen und Arbeiter tätig, bei der Gruppe mit türkischer Nationalität sind es 69,1%.⁹² Bei den Selbständigen erreichen Deutsch- Türken lediglich 8% Anteile, die mit den gebürtigen Deutschen (9%) vergleichbar sind.⁹³ Die Zahl der türkischstämmigen Selbständigen betrug im Jahr 2002 56.800 und ist bis Mitte 2005 auf über 64.000 angewachsen.⁹⁴

Die Gewerkschaftsmitgliedschaft ist „traditionell unter allen Gastarbeiternationen stark ausgeprägt“ (Halm/Sauer 2004: 35). Während der gewerkschaftliche Organisationsgrad der türkischen Migranten zwischen 2001 und 2006 bei durchschnittlich „17,5%“ liegt (vgl. Sauer 2007: 254), „ist über ein Drittel der eingebürgerten Türken Mitglied einer Gewerkschaft“ (Wüst 2003b: 32). Der Altersdurchschnitt der Gewerkschaftsmitglieder bei Türken ist „mit vierzig Jahren überdurchschnittlich“ (Halm/Sauer 2004: 36).

In diesem Zusammenhang wird behauptet, dass die Türken „aufgrund ihres Arbeit-

⁹¹ Zwick, Martin 2006: Im Detail: Die NRW-Sonderauswertung aus dem Mikrozensus 2005, in: <http://www.isoplan.de/aid/2006-4/statistik.htm> - 22k, 17.10.2008.

⁹² Seifert, Wolfgang 2007: Integration und Arbeit, in: <http://www.bundestag.de/dasparlament/2007/22-23/beilage/003.html> - 29k, 19.10.2008.

⁹³ Vgl. Wüst, Andreas 2000: Eingebürgerte Personen in Deutschland: soziodemographische Merkmale und politische Einstellungen, in: <http://www.andreas.uni-hd.de/houston.pdf>, 20.10.2008.

⁹⁴ Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie 2005: Türkische Unternehmer in Deutschland, in: <http://www.existenzgruender.de/publikationen/studien/01634/index.php>, 12.10.2008.

erstatus und der in der Migrationsgeschichte begründeten engen Gewerkschaftsbindung der SPD zuneigen“ (Goldberg/Sauer 2004: 156, Sauer/Goldberg 2006: 152, Sauer 2007: 160). Wilamowitz-Moellendorff (2005: 43) kommt auch in seiner Studie zu dem gleichen Ergebnis:

„Der schwache Rückhalt der CDU/CSU bei türkischstämmigen Wählern liegt unter anderem auch daran, dass der Großteil der berufstätigen Türken als Arbeiter beschäftigt ist und aufgrund dieser beruflichen Stellung genau wie deutsche Arbeiter auch in höherem Maß als Angestellte, Beamte und Selbständige sich in einem SPD-nahen, gewerkschaftlich beeinflussten Umfeld befinden. Auch deutsche Arbeiter neigen überdurchschnittlich stark der SPD zu.“

Dagegen kann nach den Befunden von Tillie (1998: 91) die Berufsgruppenzugehörigkeit, die als Ausdruck eines Klassenkonflikts gilt, das Wahlverhalten von eingebürgerten Personen nicht erklären (0.2%). Es ist jedoch Tatsache, dass die Präferenz der Türkischstämmigen zur SPD durch die Zugehörigkeit zur Arbeiterschaft und zu einer Gewerkschaft verstärkt wird, weil sich die Affinitäten zwischen Parteien und Eingebürgertengruppen auch in den Vorfeldorganisationen der Parteien widerspiegeln.

Während typische deutsche SPD-Wähler „traditionell dem Arbeitermilieu entstammen, selbst Arbeiter und Arbeiterinnen oder Angestellte auf der unteren oder mittleren Ebene sind und eher geringe Kirchen-, aber starke Gewerkschaftsbindung haben“ (Goldberg/Sauer 2004: 163), wählen „gläubige Katholiken, regelmäßige Kirchgänger“ (Elff 2007: 159), „Landwirte und Rentner“ (Czada 1991: 103) die Unionsparteien. Bündnis 90/Die Grünen haben „jüngere, hochgebildete, weibliche und häufig als Angestellte im sozialen Bereich tätige“ (Sauer 2007: 166) Wähler. Nicht religiöse „Selbständige oder Akademiker“, die Wähler der „oberen Einkommensgruppen“ (Sauer/Goldberg 2006: 158) und Beamte bevorzugen die FDP. Die Linkspartei/PDS-Wählerschaft lässt sich „in drei Kategorien einteilen“: „Stammwähler“, die eine „ideologische Bindung an ihre Partei“ zeigen und „überdurchschnittlich hoch gebildet und älter als der Bevölkerungsdurchschnitt“ sind, „Neuwähler“, die „meist mittleren oder höheren Alters und besonders häufig unter den unteren Einkommensgruppen und Arbeitslosen“ sind und „systemkritische Wähler“, die „jung und meist höher gebildet“ sind (Moreau/Schorpp-Grabiak 2002: 9).

Tabelle 5.5: Parteipräferenz nach soziodemografischen Merkmalen in den Jahren 2002 und 2005 (Angaben in Prozent)

	SPD		CDU		Grünen		FDP		Linke/PDS
	2002	2005	2002	2005	2002	2005	2002	2005	2005
Geschlecht									
männlich	64,4	70,7	12,7	9,2	12,1	14,2	4,9	0,5	4,7
weiblich	55,1	72,4	9,8	7,6	22,9	18,3	4,7	0,3	4,4
Altersgruppen									
Unter 30	63,1	67,6	7,1	4,9	13,1	25,0	8,9	0,5	2,0
30 bis 44	60,1	76,8	13,5	5,6	18,8	13,0	2,7	-	4,2
45 bis 59	53,5	64,1	17,2	8,6	16,2	11,7	4,0	1,4	2,8
60 und mehr	72,4	80,0	3,4	11,4	20,7	5,7	-	-	2,9
Generation									
Erste Generation	58,7	67,5	12,8	17,9	18,3	10,3	1,8	0,3	2,6
Nachfolgegeneration	60,8	71,8	11,3	6,1	16,2	18,9	5,6	0,3	2,4
Heiratsmigranten	-	77,4	-	6,5	-	13,5	-	-	2,6
Schulabschluss									
Kein Abschluss/Ilkokul (Grundschule)	62,8	71,7	14,2	13,8	15,0	9,0	3,5	1,4	4,1
Ortaokul (Mittelschule)	-	75,3	-	9,6	-	13,7	-	-	-
Lise (Gymnasium)	-	66,4	-	10,7	-	16,4	-	-	6,6
Hauptschule	69,5	74,1	12,5	7,8	14,1	14,7	2,3	-	2,6
Realschule	65,0	74,4	8,3	7,0	13,3	16,3	3,3	1,2	1,2
(Fach)Oberschule- Abitur	58,1	72,5	17,2	2,0	15,1	25,5	4,3	-	-
Abitur	49,5	66,7	4,0	1,9	22,2	25,9	9,1	-	3,7
Berufliche Stellung									
Arbeiter	62,8	75,0	12,6	13,1	14,9	13,1	4,7	-	3,4
Facharbeiter	-	79,7	-	16,9	-	16,9	-	-	-
Angestellte	48,3	72,1	8,6	16,4	25,9	16,4	5,2	1,6	3,3
Selbständige	61,5	54,5	7,7	18,2	23,1	18,2	3,8	-	9,1
Einkommen									
Unter 1.000 €	53,7	57,7	11,9	9,0	16,4	28,2	7,5	1,3	3,8
1.000 bis unter 2.000 €	59,0	73,2	10,7	8,8	17,4	13,4	5,6	0,4	3,4
2.000 bis unter 3.000 €	66,2	74,2	12,5	7,2	12,5	14,9	2,2	0,5	3,1
3.000 € und mehr	53,9	69,6	15,8	6,5	22,4	17,4	5,3	3,0	6,5
Gesamt	59,9	71,0	11,1	9,4	17,5	16,2	4,7	0,9	3,7

*Es gibt keine Angaben für die PDS im Jahr 2002

Quelle: Goldberg/Sauer 2003: 161, Sauer/Goldberg 2006: 159 und eigene Darstellung nach den Jahren

Tabelle 5.5 zeigt, dass die klassisch- sozialstrukturellen Variablen nur partielle Erklärungskraft haben. Die türkischstämmige Wählerschaft der SPD hat einige Be-

sonderheiten, die „nicht unbedingt dem typischen Profil der SPD-Wähler in der deutschen Bevölkerung entsprechen“ (Sauer 2007: 167). Die türkische Arbeiterschaft, die eine starke Bindung an Gewerkschaften und ein hohes Interessenvertretungsgefühl durch Gewerkschaften (vgl. Kapitel 3, Abschnitt 3.3) hat, wählt die SPD wie die deutsche Arbeiterschaft. Aber gleichzeitig haben „die eingebürgerten Selbständigen türkischer Herkunft“ mit 61,5%, und 54,5% in den Jahren 2002 und 2005 „hohe SPD-Anteile unter den Selbständigen“ (Wüst 2003a: 118). Auch ist der SPD-Anteil in der Altersgruppe „60 und mehr“ mit 72,4% (2002) und 80% (2005) relativ hoch, so auch unter den unter 30-Jährigen. Die Schulbildung, Generationszugehörigkeit und das Geschlecht zeigen nur wenige Differenzen und spielen keine große Rolle innerhalb der SPD-Wählerschaft. Im Jahr 2005 ist der Frauenanteil der SPD sogar höher als der Männeranteil. Unerwarteter Weise steigt der Anteil der SPD-Wähler mit dem Haushaltseinkommen. Besserverdienende wählen die SPD häufiger als die Geringverdiener. Im Allgemeinen wird festgestellt, dass es „einen zahlenmäßigen Zusammenhang zwischen Wohnortsgröße und Wahlverhalten“ gibt und dass „die Unionsparteien auf dem Lande und in Kleinstädten, die SPD in Großstädten führen“ (Rudzio 2000: 212). Dieses Kriterium trifft auf die türkischstämmigen Anhänger der SPD zu, die überwiegend in Großstädten wohnen.

Das Wählerprofil der CDU ist „uneinheitlich“ (Goldberg/Sauer 2004: 164). Bei dem soziodemografischen Profil der CDU-Wählerschaft fällt auf, dass Erstgenerationsangehörige und Männer die CDU bevorzugen. Bildungsgrad, Altersgruppe und berufliche Stellung zeigen keine lineare Bevorzugung. Nur der Arbeiteranteil der CDU zeigt wenig Differenz über die Jahre, obwohl der CDU-Anteil bei den Angestellten und Selbständigen nur im Jahr 2005 relativ hoch war. Während 15,8% der Wähler mit dem Einkommen 3.000 € und mehr im Jahr 2002 die CDU gewählt haben, haben nur 6,5% der Wähler dieser Einkommensgruppe im Jahr 2005 die CDU gewählt.

Das soziodemografische Profil der Grünen-Anhänger entspricht eher der deutschen Wählerschaft als das der Anhänger anderer Parteien. Der Frauenanteil ist bei Bündnis 90/Die Grünen höher als der Männeranteil und „mit steigender Schulbildung nimmt der Anteil der Bündnis 90/Die Grünen-Anhänger zu“ (Goldberg/Sauer 2004: 164). Die Altersgruppen zeigen jedoch kein einheitliches Bild. Während der Anhängeranteil unter 30 Jahren im Jahr 2005 mit 25% besonders hoch ist, war der Anteil der ab 60-Jährigen im Jahr 2002 mit 20,7% hoch. Die Zahl der ersten Generation ab 2002 (18,3%) bis 2005 (10,3%) geht immer weiter zurück, wogegen die zweite Generation keinen großen Unterschied zeigt. Abgesehen von den Abiturien-

ten und den (Fach.) Oberschulabsolventen 2005 unterscheiden sich die Bildungsgruppen nur wenig. „Entsprechend häufig neigen Studenten (2005: 32,4 %) zu den Grünen – auch dies ist typisch“ (Sauer/Goldberg 2006: 160). Die Zahl der Selbständigen, Facharbeiter und Angestellten ist höher als die Zahl der Arbeiter. Die Grünen finden auch viele Anhänger in den mittleren und oberen Einkommensgruppen. Die unteren Einkommensgruppen bevorzugen in beiden Jahren eher die Grünen.

Nach den Daten des Jahres 2005 unterscheidet sich das Profil des Linkspartei/PDS-Wählers ebenfalls von der deutschen Wählerschaft der Linkspartei/PDS. Die Neigung zur Linkspartei/PDS differiert nicht nach dem Geschlecht. Der Anteil der Altersgruppe 31 bis 44 Jahre ist hoch. Die anderen Altersgruppen und Generationen zeigen keine Unterschiede. Der Anteil der Schulabschlüsse in der Türkei sowie der ohne Schulabschluss sind höher als der Anteil der Schulabschlüsse in Deutschland. Studenten mit „8,8%“, Arbeitslose mit „5,4%“, überraschenderweise Selbständige mit „9,1%“ und erstaunlicherweise auch die höchste Einkommensgruppe mit „6,5%“ neigen zur Linkspartei/PDS (vgl. Sauer/Goldberg 2006: 160).

Die Zahl der FDP-Anhänger geht auf allen Ebenen von 2002 bis 2005 immer weiter zurück. Besonders fällt auf, dass Selbständige kein Interesse mehr an der FDP haben. Der Anteil der FDP-Wählerschaft bleibt jedoch hoch in der gehobenen Einkommensgruppe.

Nach diesen kurzen Analysen der sozialstrukturellen Merkmale zeigt sich deutlich, dass die klassischen sozialstrukturellen Variablen das Wahlverhalten von eingebürgerten Türken bei den Bundestagswahlen 2002 und 2005 nicht ausreichend genug erklären können, weil die politischen Präferenzen der Deutschen türkischer Herkunft „weniger als bei den deutschen Wählern und in einigen Fällen davon abweichend durch sozialstrukturelle Merkmale determiniert werden“ und „der Minderheitenstatus mit all seinen Implikationen andere Faktoren, die auf die Präferenz bestimmter Parteien einwirken, überdeckt“ (Goldberg/Sauer 2003: 163). Die Wähler türkischer Herkunft, die unterschiedlichen soziodemografischen und sozialstrukturellen Gruppen angehören, haben bei beiden Bundestagswahlen mehrheitlich die SPD gewählt. Während die SPD bei der Bundestagswahl 2002 den niedrigsten Stimmenanteil von 48,3% (bei der Bundestagswahl 2005 72,1%) noch von den Angestellten erhielt, kam der niedrigste Stimmenanteil bei der Bundestagswahl 2005 mit 54,5% von den Selbständigen (bei der Bundestagswahl 2002 61,5%).

5.2.3 Die Wirkung des Islams auf das Wahlverhalten

Religionszugehörigkeit und Religiosität sind weitere zentrale, sozialstrukturelle Merkmale der Wahlforschung. Besonders „gegen die Vorstellung, sozioökonomische Merkmale determinierten das Wahlverhalten, sprechen vor allem auch die nach Konfession unterschiedlichen Parteipräferenzen“ (Rudzio 2000: 206). Das Christentum, das für die Anhängerschaft der Unionsparteien eine wichtige Rolle spielt, argumentiert natürlich nicht für die Wählerschaft türkischer Herkunft, die erwartungsgemäß überwiegend muslimisch sind. Wegen der türkischstämmigen Migranten ist der Islam in Deutschland die „zweitgrößte Religionsgemeinschaft“, die „seit den 90er Jahren eine eigene religiöse Infrastruktur“ (Şen/Aydın 2002: 7) gebildet hat. Obwohl türkische Migranten im öffentlichen und politischen Diskurs konfessionell „undifferenziert dargestellt“ (Sökefeld 2008: 27) werden, weil „es für die Zugehörigkeit zum muslimischen Glauben keine formale Mitgliedschaft (und somit auch keinen formalen Ein- oder Austritt) gibt“ und „die Zugehörigkeit zur Religionsgemeinschaft nicht viel über die religiöse Bindung aussagt“ (Goldberg/Sauer 2003: 40), sind sie „nicht die homogene Gruppe als die sie oft wahrgenommen werden“ (Şen/Aydın 2002: 8).

Tabelle 5.6: Religionszugehörigkeit der Türken in Deutschland in den Jahren 2002 und 2005 (Prozentwerte)

	2002	2005
Glaubensgemeinschaft		
Muslimisch	95,9	97,1
Davon: Sunnitisch	87,8	*
Alevitisch	11,7	*
Schiitisch	0,5	*
Christlich	0,3	0,5
Andere	1,2	0,6
keine	1,6	1,5

*Seit 2004 werden Muslime nicht mehr nach Glaubensrichtungen differenziert.

Quelle: Goldberg/Sauer 2003: 40, Sauer/Goldberg 2006: 47

Die Menschen aus der Türkei gehören mehrheitlich zwei Hauptströmungen des Islams an, nämlich zum einen der sunnitischen (hanafitischen) Rechtsschule⁹⁵ und zum anderen der Gruppe der Aleviten, die das liberale Gesicht des Islams vertreten. Die Sunniten bilden sowohl in der Türkei als auch in Deutschland eine zahlenmäßig deutliche Mehrheit. Die Aleviten sind neben den sunnitischen Muslimen die zweitgrößte islamische Konfessionsgruppe, „deren Angehörige sich in verschiedene sprachliche Gruppen ausdifferenzieren. Zu ihnen gehören türkisch-, kurdisch-, zazaki⁹⁶-, und arabischsprachige Aleviten“ (Tasci 2006: 94). Es gibt „nur wenige“ türkischstämmige Menschen, die „der schiitischen Richtung angehören“ (Goldberg/Sauer 2003: 39). Aleviten werden in offiziellen Statistiken nicht eigens gezählt, sondern nominell als Muslime verzeichnet, ihr Anteil wird unterschiedlich geschätzt. Nach den Schätzungen von Sökefeld (2008: 32) und Kaplan (2004: 25) beträgt die Zahl der Aleviten in Deutschland zwischen 400.000 und 600.000 Menschen. Diese Zahlen passen mehr oder weniger zu den von Şen und Aydın (2002: 20) geschätzten 15%.

Es gibt viele „fundamentale“ Unterschiede⁹⁷ zwischen den sunnitischen und alevitischen „Glaubens- und Kulturelementen“ (Kaplan 2004: 27). Die Aleviten unterscheiden sich von den Sunniten in den Religionspraktiken, „die den sunnitischen Glaubensvorstellungen entgegengesetzt sind und daher von den Sunniten abgewertet werden“ (Tasci 2006: 239). Religiöse Pflichten „wie das rituelle Gebet, die Wallfahrt und das Fasten im Monat Ramadan“, die für die Sunniten sehr wichtig sind, „spielen bei ihnen keine Rolle“ (Şen/Aydın 2002: 20). Demgegenüber haben sie eigene Werte, die ihre religiöse Erziehung zeigen. Als solche gelten: „Widerstand gegen Ungerechtigkeit und Aussprache für Gerechtigkeit, alle Menschen (Rassen, Glauben und Sprachen) als gleichwertig zu akzeptieren, Gleichberechtigung von Mann und Frau und Aufteilung der Güter zum Gemeinwohl“ (Kaplan 2004: 87ff.). Alevitische Frauen müssen kein Kopftuch, das kein religiöses Thema ist, tragen. Wegen dieser Glaubenspraxis, die nicht zu den sunnitischen Glaubensregeln passt, „wurden die Aleviten früher in der Türkei verfolgt und werden teilweise auch heute noch arg-

95 Das Wort „Sunniten“ stammt aus dem arabischen Wort Sunna, „das wörtlich Herkommen bzw. Brauch bedeutet“ und „umfasst die prophetische Tradition, d.h., Aussprüche und Handlungen Mohammeds, wie sie in den so genannten hadithen (arab.: Erzählungen, Gespräche) überliefert sind“ (Şen/Aydın 2002:17). Neben dem Koran gelten die Hadithe als die wichtigste Quelle.

96 Zazaki ist ein Hauptdialekt der kurdischen Sprache.

97 Der alevitische Glaube enthält vier konkrete Aussagen: „1) Es gibt einen Gott. 2) Mohammed ist sein Prophet. 3) Ali (vierter Kalif und der Schwiegersohn des Prophets) ist sein Heiliger. 4) Allah (Gott)-Mohammed-Ali sind einig“ (Kaplan 2004: 38). Außer in der ersten und zweiten Aussage entsprechen die alevitischen Traditionen nicht der sunnitischen Lehre. Sie stimmen in „religiösen, philosophischen, politischen, kulturellen und historischen Betrachtungsweisen“ (Tasci 2008: 139) nicht überein.

wöhnisch betrachtet“ (Şen/Aydın 2002: 20). Die Einwanderung von Aleviten nach Deutschland war „in den späten 70er und frühen 80er Jahren vor allem politisch motiviert“ (Sökefeld 2008: 19). Die Religionsfreiheit ermöglicht es ihnen, ihren Glauben in Deutschland ohne Probleme auszuüben. Trotzdem „sind sie oft der Unterdrückung fanatischer Islamisten ausgesetzt“ (Kaplan 2004: 26). In Deutschland „erscheinen Aleviten aufgrund ihrer Gewohnheiten und ihrer Erscheinung nicht als Fremde und nehmen für sich nicht in Anspruch, anders zu sein“ (Shankland/Çetin 2008: 225). Sie integrieren sich mehrheitlich noch schneller und einfacher als Sunniten in die deutsche Gesellschaft und haben besonders in der Bundesrepublik Deutschland einen sehr hohen Organisationsgrad⁹⁸ (z.B. durch Gründung von Verbänden und Gemeinden) erreicht.

Diese Bestimmungsfaktoren der Hauptkonfessionen des Islams sind sehr wichtig, um den Einfluss des Islams auf das Wahlverhalten der türkischstämmigen Wählerschaft in Deutschland zu erklären. Da der Anteil der Aleviten unter den Migranten aus der Türkei in Deutschland hoch ist, fordern sie nicht nur wegen der „Gleichstellung in den sozialen, rechtlichen, politischen und ökonomischen Lebensbereichen“ (Tasci 2006: 259) in Deutschland, sondern auch wegen ihres Glaubens- und Lebensverständnisses, das den verfassungsrechtlichen Grundrechten, wie der Unantastbarkeit des Menschenlebens, der Gleichberechtigung von Mann und Frau und der Meinungs- und Glaubensfreiheit, entspricht, mehrheitlich die deutsche Staatsbürgerschaft. Sie identifizieren sich traditionell sowohl in der Türkei als auch in Deutschland „mit der immer noch mächtigen Linken“ (Shankland/Çetin 2008: 219). Sie sind in der Türkei Stammwähler der CHP (republikanische Volkspartei), die den Laizismus als die wichtigste Regel akzeptiert. In diesem Zusammenhang besteht eine hohe Wahrscheinlichkeit, dass es viele Aleviten unter den eingebürgerten Türken gibt und sie Anhänger der SPD in Deutschland sind.

Die Türken „definieren sich nicht nur formal als dem Islam zugehörig, sondern auch emotional“ (Goldberg/Sauer 2003: 40). In einem Vergleich nach Jahren (vgl. Tabelle 5.7) fällt eine deutliche Zunahme der Religiosität auf. Als Ursache dieser Zunahme ist anzunehmen, dass „die Diskussion seit dem 11. September 2001 um das Wesen des Islams die Identifikation mit dem Islam“ verstärkt hat und dass die Menschen Angst „vor einem Identitäts- und Werteverlust im Zuge der fortdauernden Migration“ (Sauer 2007: 49) haben. Diese Zunahme ändert aber nichts an der Tatsache, dass

⁹⁸ Alevitische Gemeinde Deutschland e.V. ist die größte alevitische Dachorganisation. Der Bund der Alevitischen Jugendlichen in Deutschland wurde für die Jugend gegründet (<http://www.aagb.net>). Außerhalb der großen Organisationen sind „über 100 alevitische Ortsgemeinden aktiv, die das Alevitentum durch ihre Arbeit in die Öffentlichkeit bringen“ (Kaplan 2004: 9).

„die Religiosität der türkischstämmigen Migranten mit dem Alter zusammenhängt“ (Goldberg/ Sauer 2003: 41). Es wird deutlich, dass der Religiositätsgrad in den ältesten Gruppen am höchsten und in der jüngsten Gruppe am geringsten ist.

Tabelle 5.7: Grad der Religiosität im Zeitvergleich (Prozentwerte)

Religiosität	2002	2003	2004	2005
Sehr religiös	10,9	18,1	21,7	22,1
Eher religiös	47,9	52,3	49,8	53,8
Eher nicht religiös	30,5	20,9	24,3	18,9
Gar nicht religiös	8,0	5,6	3,8	5,1

Quelle: Sauer 2007: 245

Interessant ist auch, dass „eingebürgerte Türken ihren Glauben wohl insgesamt weniger intensiv praktizieren als die türkischen Staatsbürger“ und „weniger religiös als die meisten anderen Eingebürgerten sind“ (Wüst 2003b: 32). In der Heidelberger Befragung des Jahres 1999 gaben lediglich „11%“ an, regelmäßig in eine Moschee zu gehen (vgl. Wüst 2006: 229). Auch bei Befragungen nicht eingebürgerter Türken war die Häufigkeit der Moscheengänge im Jahr 1998 noch deutlich höher als hier festgestellt (vgl. Diehl et al. 1998: 31). Die unterschiedlichen Ergebnisse zeigen, dass eingebürgerte Türken in der Glaubenspraxis des alltäglichen Lebens ein anderes Bild abgeben als die türkischen Staatsbürger.

Diese Zunahme der Religiosität spielt bei den Bundestagswahlen 2002 und 2005 keine Rolle, wie Tabelle 5.8 zeigt. Sie wählen unter dem Kriterium der Religiosität keine „traditionell-religiös orientierte Parteiengruppe“, sondern überwiegend die „laizistische Parteiengruppe“ (vgl. Rudzio 2000: 208). Die Parteipräferenz nach der Religiosität ist für die SPD und die Grünen sehr deutlich. Die SPD-Anhängerschaft ist unter religiösen Wählern höher als unter den nicht religiösen Wählern. Während „die CDU-Anhängerschaft unter religiösen Wählern“ bei der Bundestagswahl 2002 (15,8%) „überproportional häufig ist“ (Goldberg/Sauer 2003: 162), hat sich diese Si-

tuation bei der Bundestagswahl 2005 (8,1%) bereits stark verändert. Bei den Grünen betrug 2002 der nicht religiöse Wähleranteil 19,1%, 2005 war der religiöse Wähleranteil 16,2%. Gemäß dem Wahlergebnis des Jahres 2005 ist der nicht religiöse Wähleranteil der Linkspartei/PDS hoch. Die Versuche Oskar Lafontaines trugen dazu bei, aus der Partei eine Alternative auch für die religiösen Wähler türkischer Herkunft zu machen. Er versucht „die Gemeinsamkeiten des Islams und linker Politik zu finden“, wie z.B. „die Betonung der Solidarität, die Ablehnung übertriebenen Individualismus, Hilfe für die Schwächeren und das Verbot des Zinses“ (Broder 2006: 40).

Tabelle 5.8: Parteipräferenz nach der Religiosität (Prozentwerte)

	SPD		CDU		Grünen		FDP		Linkspartei/PDS
	2002	2005	2002	2005	2002	2005	2002	2005	2005
Religiös	61,2	73,2	15,8	8,1	13,9	16,2	4,8	0,4	1,4
nicht religiös	59,1	71,6	7,2	9,0	19,1	12,9	5,1	0,6	5,8
Gesamt	60,1	72,4	11,5	8,5	16,5	14,5	4,9	0,5	3,6

Quelle: Goldberg/Sauer 2003: 161, Sauer/Goldberg 2006: 159 und eigene Darstellung nach Jahren

In einem allgemeinen Vergleich zwischen 2002 und 2005 zeigt sich, dass die Stimmenanteile der SPD und der Linkspartei/PDS ansteigen, der Stimmenanteil der CDU stark und der Grünen leicht sinkt. Außerhalb der Zuwanderungs-, Integrations- und Ausländerpolitik entsprechen die Positionen der SPD und der Grünen in anderen Politikbereichen (z.B. Anerkennung gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften) eigentlich nicht der Gewohnheit und Tradition der Muslime, weil es hier um „die Wertschätzung der Religion, family values und der Gedanke der Subsidiarität“⁹⁹ geht. Obgleich die türkischstämmigen Wähler „in ihrem Familienbild, ihrer Haltung zu Recht und Ordnung viel stärker den Wählern der Union als denen der SPD ähneln“ (Wilamowitz-Moellendorff 2005: 43), werden ihre Parteipräferenzen trotzdem

⁹⁹ In: http://www.zeit.de/2004/10/T_9frken?page=3, 19.10.2008.

nicht beeinflusst und wird die Religiosität „vom Einfluss der ehemaligen Staatsangehörigkeit auf das Wahlverhalten in den Schatten gestellt“ (Wüst 2003b: 37). Eigentlich können die Unionsparteien muslimische Wählerklientel sehr gut aktivieren, wie „das Beispiel der niederländischen Christdemokraten“ (Klausen 2006: 41) zeigt, wenn „sie das Christentum in ihrem Parteiprogramm nicht überbetonen“ und „die hohe Wichtigkeit traditioneller Werte bei Muslimen durchaus beliebt machen könnten“ (Struening 2006: 10).

Die Konfessionszugehörigkeit, die einen bestimmenden Einfluss auf das Wahlverhalten von Türken in der Türkei hat, beeinflusst das Wahlverhalten der türkischstämmigen Wählerschaft in Deutschland nicht als eigenständiger Faktor.

Es soll hier festgestellt werden, dass keine Religiosität, aber die Religionszugehörigkeit, also der Islam, als eine klassische sozialstrukturelle Variable eine zusätzliche Bedeutung für die Erklärung des Wahlverhaltens eingebürgerter Türken hat und „ebenso wichtig für einen konfliktlinienorientierten Blick auf politische Präferenzen und das Wahlverhalten eingebürgerter Personen“ (Wüst 2003b: 32) ist. Ein anderer wichtiger Punkt ist, dass „sich die früher von der Kirche abgeleitete Bindung an christdemokratische Parteien in eine originäre Parteibindung transformiert hat, obwohl sich das System der Bundesrepublik säkularisierte“ (Beyme 1999: 109). Darum gibt es keinen Grund für „einen Islamgläubigen, einer sich christlich nennenden Partei seine Stimme zu geben.“¹⁰⁰ Unionsparteien, die „das ‚C‘ im Namen tragen, ermutigen nicht unbedingt die Muslimen“ (Wüst 2003b: 38). Ein konfessionell und sozio-ökonomisch unterschiedliches Wahlverhalten gilt nicht für die türkischstämmige Wählerschaft, die „sozialstrukturell ähnlich aber konfessionell unterschiedlich“ (vgl. Rudzio 2000: 208) ist, trotzdem nicht anders als Deutsche wählt. Ein anderer wichtiger Faktor ist hier das „asymmetrische deutsche Parteiensystem“, weil „einer Partei der gewerkschaftlichen Wirtschaftsdeologie nicht eine primär ökonomisch konservative Partei gegenübersteht, sondern eine religiös traditionelle Partei“ (Pappi 1977: 195ff.).

¹⁰⁰ Vgl. http://www.welt.de/printwelt/article358877/Schroeder_baut_auf_die_Tuerken_als_Waehlerhtml, 16. 12. 2004.

5.3 Migrationscleavage

Die gesellschaftlichen Konfliktlinien beruhen grundsätzlich sowohl auf territorialen (Zentrum-Peripherie) als auch auf funktionalen (Ökonomie-Ideologie) Dimensionen (vgl. Kapitel 2, Abschnitt 2.2.2) und werden durch „drei Charakteristika“ (Köllner 2008: 13) gekennzeichnet: eine Trennung gesellschaftlicher Gruppen auf der Basis von Status, Religion oder Ethnizität, eine klare kollektive Identität der von der Konfliktlinie betroffenen Gruppen und ein organisatorisches Sichtausdrücken einer Konfliktlinie. In diesem Zusammenhang „entstehen langfristige Koalitionen zwischen gesellschaftlichen Großgruppen und ihre Interessen vertretende Parteien“ (Emmert/Roth 1995: 124) wie die Koalition zwischen Gewerkschaften und linken Parteien oder religiösen Gruppen und konservativen Parteien. Unterschiedliche Ebenen manifestieren sich heutzutage in den neuen gesellschaftlichen Konfliktlinien. Auf diesem Wege „sind bereits neue Konfliktlinien mit ethnischen Minderheiten entstanden“, zu denen nicht nur „territoriale Minderheiten“, sondern auch „die Minderheiten ohne Territorium, die die Staatsbürgerschaft nicht besitzen“ (Schnebel 2003: 50), gehören.

Tabelle 5.9: Gesellschaftliche Konfliktlinien im Jahr 2004 (Prozentwerte)

	Konfliktfrei/Schwach		Stark/sehr stark	
	Juli	November	Juli	November
Arm/Reich	29	30	70	69
Ausländer/Deutscher	46	37	54	61
Arbeit/Kapital	38	39	57	58
Ost/West	55	52	43	46
Jung/Alt	66	69	34	31
Frauen/Männer	81	81	17	16

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen, Politbarometer Juli-November 2004.

In Deutschland werden feinere Cleavages deutlich, die die Auseinandersetzung um die Trennlinie Ausländer/Deutscher und um die monokulturelle oder multikulturelle Gesellschaftsform reflektieren. Die Befragungen der Forschungsgruppe Wahlen machen deutlich, dass die Relation Ausländer/Deutscher und arm/reich die wichtigste Trennlinie darstellt. Im Juli bezeichnen 54% und im November 61% der Befragten das Verhältnis zwischen Deutschen und Ausländern als eher problembelastet (vgl. Tabelle 5.9). Huthmacher und Wilamowitz-Moellendorff (2005: 28) kommen in ihrer Studie, die ausgewählte Expertinnen und Experten über die Zukunft Deutschlands befragt hat, zu dem Ergebnis, dass nach der mehrheitlichen Ansicht der Experten die Integration von Zuwanderern misslingen und es zu kulturellen Konflikten kommen wird.

In Deutschland haben sich die durch Migranten entstandenen Konflikte „Anfang der neunziger Jahre in heftigen öffentlichen Auseinandersetzungen zum so genannten Asylkompromiss“ (Wüst 2003b: 36) und „rassistischen Anschlägen und rechtsextremistischem Terror“¹⁰¹ zugespitzt. Die Parteien übertrugen diese in ihre Politik. Diese neue Konfliktlinie hängt sowohl von der „Struktur des bisherigen Parteiensystems“ als auch von der „eigenen parteipolitischen Identität“ (Brie 2000: 2) ab, weil die Politik der deutschen Parteien „in erheblichem Ausmaß eigene (ideologische) Grundpositionen“ widerspiegelt, „dies ist im Politikfeld Migration (Einwanderungs- und Integrationspolitik) nicht anders“ (Wüst 2003b: 35). Die ideologischen Grundpositionen der Parteien in der Gesellschaftspolitik sind seit 1992 entlang der zweiten Dimension von Zentrum-Peripherie, die „Multikulturalismus positiv und Multikulturalismus negativ“ (Elff 2006: 118) oder „Multikulturalismus und sozialer Konservatismus“ (Klingemann/ Volkens 2001: 514) umfasst, deutlich geworden. Die CDU/CSU war immer sehr kritisch, wenn es um die Zuwanderung und Einbürgerung von Türken ging, dagegen unterstützte sie immer die Aussiedler. Die SPD, die Grünen und später die PDS waren ausländerfreundlich und aussiedlerkritisch. Die Position der FDP war „so liberal wie die der SPD“ (Wüst 2003b: 36).

„So liegt es nahe, dass die aussiedlerInnenfreundliche Politik der CDU/CSU und die ausländerInnenfreundliche Politik von SPD und Grünen politische Präferenzen einzelner Gruppen Eingebürgerter, durchaus klassischen Cleavage-Mustern entsprechend, geprägt haben und weiter prägen. Dies bedeutet zum einen, dass die Erfahrungen der jeweils ersten Generation an die zweite NeubürgerInnen-Generation weitergegeben werden und auch deren Präferenzen be-

101 Nullmeier, Frank 2003: Der Sozialstaat in der Diskussion. Spannungs- und Konfliktlinien im Sozialstaat, in: http://www.buergerimstaat.de/4_03/konflikt.htm, 18.08.2008.

einflusst. Es bedeutet aber auch, dass veränderte Politikangebote der Parteien, wenn auch bekanntermaßen langsamer und zuweist erst durch konkrete Politikergebnisse und damit verbundene politische Erfahrungen, parteipolitische Präferenzen in Gegenwart und Zukunft prägen und dadurch verändern können“ (Wüst 2003a: 124).

Sowohl die Politikangebote der Parteien, die unter dem Kapitel 4 vergleichend erklärt wurden, als auch parteipolitische Präferenzen der eingebürgerten Türken haben bei den Bundestagswahlen 2002 und 2005 keine große Veränderung gezeigt. Der Migrationscleavage wurde wieder durch die Migrationspolitik der Parteien determiniert und haben eine entscheidende Rolle gespielt, insofern dass die türkischstämmige Wählerschaft nur bestimmte Parteien wählt. Die migrationsspezifische Konfliktlinie verlief bei diesen Bundestagswahlen zum einen zwischen der migrationsspezifischen Parteipolitik und der ehemaligen Staatsangehörigkeit, d.h. „gruppenspezifische Präferenzen der Parteien“ (Wüst 2003b: 36) (die CDU/CSU pro Aussiedler und die SPD, die Grünen, die Linkspartei/PDS pro Türken), zum anderen zwischen „Erfahrungen mit Parteien im Rahmen der eigenen Migrations- und Integrationsprozesse“ und „monokulturelle bzw. multikulturellen Gesellschaftskonzeptionen der Parteien“ (ebd.: 36f).

Die Rolle der Parteien und ihrer Angebote an die Deutschen türkischer Herkunft haben besondere Prägekraft für ihr Wahlverhalten, weil dieses durch politische Faktoren, vor allem durch die Strategien der Parteien, für ihre Interessenlage bestimmt wird. Die Wählerschaft will vor allem wissen, welche Partei ihre Interessen vertritt. „Was die Wähler durch ihre Präferenz für bestimmte politische Parteien als materielles Interesse äußern, ist ihr Interesse“ (Elff 2006: 55). In diesem Zusammenhang sind Migrationscleavages mit der Programmatik und den Wahlprogrammen der Parteien, die für die Wähler große Bedeutungen haben, eng verbunden. „Die ideologische Einschätzung des Parteienangebots hinsichtlich der eigenen Zukunftserwartungen der Wähler“ (Beyme 1999: 121) beeinflusst die Wahlentscheidung. Während die Programmatik „ein konstitutives Merkmal politischer Parteien ist und eine Partei durch ihre Programmatik ihre politische Identität gewinnt und sichert“ (Klingemann 1989: 99), bieten die Wahlprogramme der Parteien den türkischstämmigen Wählern die Möglichkeit, sich über die Zielsetzungen der verschiedenen Parteien zu informieren und die verschiedenen Positionen mit ihren eigenen Interessen zu vergleichen. Nachfolgend sollen die gesellschaftspolitischen Aussagen und Haltungen der Parteien zusammengefasst werden.

Tabelle 5.10: Richtungsweisende und neutrale Wahlprogrammaussagen der Parteien von 1983 bis 1998

Gesellschaftsordnung, Rechts- und Ausländerpolitik (%)					
	SPD	CDU/CSU	FDP	Grüne	PDS*
Multikulturalismus positiv etc.	2	0	2	5	6
Multikulturalismus negativ etc.	1	6	1	0	0
Neutral	17	17	11	15	23

*ab 1990

Quelle: Pappi/Shikano 2004: 12

Untersuchungen, die die Wahlprogramme der Parteien mit Hilfe der quantitativen Inhaltsanalyse erschließen, sind besonders hilfreich, um ideologische Grundpositionen und Politiken der Parteien im Politikfeld Migration zu verstehen. Die quantitative Inhaltsanalyse von Klingemann und Volkens (2001), die die Wahlprogramme der Parteien auf einer Links-Rechts-Dimension ab 1949 bis 1998 untersucht und die empirische Analyse von Pappi und Shikano (2004), die die Zeitspezifischen Gemeinsamkeiten der Wahlprogramme und die ideologischen Unterschiede der Parteien ab 1983 bis 1998 untersucht, umfassen die Positionen der Parteien auf der Ebene mono-multikulturalistischer Gesellschaftskonzeptionen und zeigen, dass die Linksparteien den Multikulturalismus für die Interessen ethnischer oder kultureller Minderheiten vertreten, während die Rechtsparteien monokulturelle oder sozial-konservative Positionen, wie den Schutz traditioneller moralischer Werte, sowohl in der Politik als auch in der Familie und in der Religion vertreten. PDS (6%) und Grüne (5%) „profilieren sich als Parteien, die dem Multikulturalismus sehr positiv gegenüber stehen“, gefolgt von der FDP und der SPD mit 2%, „während die CDU/CSU hier eindeutig die negative Gegenposition (6%) einnimmt“ (Pappi/Shikano 2004: 13 und vgl. Tabelle 5.10). Diese Untersuchungen zeigen auch, wie weit die Parteien programmatisch voneinander entfernt sind. Die „größte programmatische Distanz ergibt sich zwischen den Unionsparteien, der PDS und den Grünen“, dagegen „ergeben sich nur geringe Distanzen zwischen der PDS, den Grünen und der SPD“ (Klingemann/Volkens: 2001: 524). Nicht nur die Hauptergebnisse dieser beiden Untersuchungen, sondern auch das von Volkens (1996, 2000) stimmen im Hinblick auf die gesellschaftspolitische Position der Parteien überein: „Es ist die

Frontstellung der CDU/CSU gegenüber den anderen Parteien“ (Pappi/Shikano 2004: 19).

Die empirischen Untersuchungen von Budge (2001) und Volkens (2002), in denen auch die Themen Minderheiten und Multikulturalismus in den Wahlprogrammen der Parteien 1998 und 2002 analysiert werden (Tabelle 5.11) sowie die deutsche und niederländische Kandidatenstudie von Wüst (2005) (Tabelle 5.12) sind hilfreich, um die Zugehörigkeit der türkischstämmigen Wähler zu bestimmten Parteien zu erklären. Eine weitere wichtige empirische Untersuchung wurde von Goldberg und Humbert (1998) durchgeführt. Nach dem Ergebnis dieser Untersuchung zeigt sich deutlich, dass der überwiegende Teil (54,5%) der eingebürgerten Personen türkischer Herkunft für Anpassung plädieren, die aber eine Verleugnung kultureller Eigenarten nicht zur Folge haben darf (94,6%).

Tabelle 5.11: Minderheiten und Multikulturalismus als Themen in den Wahlprogrammen 1998 und 2002 (MRG-Kodierung; in Prozent aller Codes)

	SPD		Grüne		Union		FDP		Linke/PDS		alle
	1998	2002	1998	2002	1998	2002	1998	2002	1998	2002	
Minderheiten	1,05	1,25	4,50	4,35	0,47	0,62	1,73	3,44	5,63	1,90	-0,36
Multikulturalismus (positiv-negativ)	0,00	+0,63	0,00	+0,57	0,00	-2,48	+0,17	+0,59	+0,68	+0,95	-0,50
Multikulturalismus+	0,00	1,00	0,00	0,57	0,00	0,16	0,17	0,95	0,68	0,95	+0,56
Multikulturalismus-	0,00	0,37	0,00	0,00	0,00	2,64	0,00	0,36	0,00	0,00	+0,67
Summe Minderheiten und Multikulturalismus	1,05	2,62	4,50	4,92	0,47	3,42	1,90	4,75	6,31	2,85	+0,87

Prozentanteile der MRG-Codes 705 (Minderheiten), Multikulturalismus positiv (607), Multikulturalismus negativ (608) in den Wahlprogrammen 1998 und 2002. Andere migrationspolitische Themen können mit dem MRG-Schema nicht trennscharf erfasst werden. In den Spalten alle sind die arithmetischen Mittel der Veränderungen in allen Wahlprogrammen ausgewiesen.

Quelle: Vogel/Wüst 2003: 275

Obwohl die Parteien ab 1998 in ihren Wahlprogrammen nach und nach „den Themen Minderheiten und Multikulturalismus mehr Bedeutung zumessen“, hat sich der gesellschaftspolitische Konservatismus der CDU/CSU, die „den Multikulturalismus

ablehnen“ (Vogel/Wüst 2005: 247), nicht verändert. Die linken Parteien und ihre Kandidaten sind „durch ihre unterstützendere Haltung im Hinblick auf Zuwanderung, Repräsentation und kulturelle Vielfalt für Immigranten und Eingebürgerte attraktivere Optionen als insbesondere die CDU/CSU“ (Wüst 2005: 146).

Tabelle 5.12: Einstellungen der deutschen Direktkandidaten (in Klammern: Abgeordnete) zur Zuwanderung der Muslime, zum Anteil eingebürgerter Türken im Bundestag, zur kulturellen Identität und zur Assimilation

Einstellung deutscher Direktkandidaten (in Klammern: Abgeordnete) zur Zuwanderung der Muslime (Spaltenprozentwerte)									
	SPD	Union	Grüne	FDP	PDS				
Immer einwandern	4 (6)	0 (0)	16	6	44				
bedingt	93 (93)	81 (78)	83	88	56				
Gar nicht	3 (1)	19 (22)	2	6	0				
Einstellung deutscher Direktkandidaten (in Klammern: Abgeordnete) zum Anteil eingebürgerter Türken im Bundestag (Spaltenprozentwerte)									
	SPD	Union	Grüne	FDP	PDS				
Viel zu gering	8 (8)	3 (5)	19	4	28				
Zu gering	62 (70)	17 (15)	65	41	60				
Gerade richtig	26 (21)	68 (68)	10	52	8				
Zu hoch	0 (0)	6 (5)	0	0	0				
Einstellung deutscher Direktkandidaten (in Klammern: Abgeordnete) zur kulturellen Identität der in Deutschland lebenden Ausländer (Spaltenprozentwerte)									
	PDS	Grüne	SPD	FDP	CDU	CSU			
Skalenmittelwerte	2,3	2,7	3,2(3,1)	4,0	4,9(4,9)	5,3			
Skala von 1=eigene Kultur pflegen bis 7=sich der deutschen Kultur anpassen									
Lineare Regressionsmodelle (stufenweise) zur Erklärung der Einstellungen deutscher Direktkandidaten zu Zuwanderung, Repräsentation und Assimilation									
	Zuwanderung 1=deutlich erhöhen 5=deutlich senken			Repräsentation eingebürgerter Türken 1=viel zu gering 4=zu hoch			Assimilation 1=Kultur pflegen 7=Kultur anpassen		
	b	(SF)	ß	b	(SF)	ß	b	(SF)	ß
SPD	,265´	(,105)	,083	,238´	(,080)	,128	,410*	(,143)	,097
Union	1,751**	(,146)	,542	,696**	(,126)	,325	1,515**	(,199)	,359
Grüne									
FDP	,658**	(,120)	,234	,409**	(,102)	,217	,769**	(,164)	,209
PDS									
Links-rechts Selbstein- stufung	,103**	(,025)	,187	,064*	(,020)	,196	,226**	(,034)	,314
Konstante	1,355**	(,160)		1,769**	(,057)		2,049**	(,102)	
R²adj.	,446	(,896)		,251	(,616)		,378	(1,239)	
** p<0.001; * p<0.01; ´ p<0.05									

Quelle: Wüst 2005: 144ff.

Die Themen Minderheiten und Multikulturalismus werden in den Wahlprogrammen der SPD häufiger als bei den Unionsparteien, jedoch seltener als bei den Grünen, der FDP und der Linken (PDS) thematisiert. Sie haben für die SPD im Jahr 2002 einen höheren Stellenwert als 1998 und im Jahr 2005 (vgl. Kapitel 4, Abschnitt 4.2.1) wiederum einen höheren als 2002 (vgl. Tabelle 5.11). Ein anderer „Indikator für die Attraktivität der Parteien und Kandidaten ist ein etwaiger Assimilationsausdrucks“, weil besonders „das Pflegen der eigenen Kultur für Minderheiten oft sehr wichtig ist“ (Wüst 2005: 145). Parteien, die „mit Nachdruck kulturelle Assimilation fordern“ (ebd.: 145), sind im Allgemeinen für die Minderheiten nicht attraktiv. Die Forderung des Assimilationsausdrucks der SPD ist „noch geringer“ als bei den Unionsparteien, aber „größer als bei der PDS und den Grünen“ (vgl. ebd.: 145). Die Grünen messen bei ihren beiden Programmen besonders den Themen Minderheiten und Multikulturalismus mehr Bedeutung zu als die anderen Parteien, außer der Linkspartei/PDS (vgl. Tabelle 5.11), sie leisten damit geringeren kulturellen Anpassungsdruck (vgl. Tabelle 5.12).

Obwohl die FDP den Themen Minderheiten und Multikulturalismus eine zunehmende Bedeutung zumaß, besonders im Jahr 2002 übertraf sie sogar die SPD (vgl. Vogel/Wüst 2003: 274), und keine kulturelle Assimilation fordert, sondern ablehnt, meiden die eingebürgerten Türken im allgemeinen die FDP wie die CDU/CSU. Türken haben geringeres Interesse für Kenntnis von der FDP und ihren Politikern. Das könnte ein Grund dafür sein, dass ihre „Angebotspolitik in den Wahlprogrammen wenig konkretisiert wird.“¹⁰²

Während das Thema Minderheiten „im PDS-Programm 2002 deutlich seltener als 1998“ und im Wahlprogramm 2005 auch seltener als 2002 thematisiert wird, kommt es „immer noch häufiger als bei Union und SPD“ (Vogel/Wüst 2003: 274) zur Sprache. Ebenso kommt das Thema Multikulturalismus im PDS-Wahlprogramm 2002 häufiger als 1998 und 2005 vor. „Der Assimilationsdruck“ oder „die Forderung kultureller Assimilation ist bei der Linkspartei/PDS geringer“ (Wüst 2005: 145) als bei anderen Parteien. Die Anerkennung der Heterogenität der Gesellschaft, die Ablehnung der Assimilation und die Akzeptanz des Rechts der seit langem in Deutschland lebenden ethnischen Gruppen auf Schutz und Förderung der Pflege ihrer Sprache, Kultur und Traditionen sind in diesem Zusammenhang die wichtigsten Anziehungspunkte der Linkspartei/PDS für die türkischstämmige Wählerschaft.

„Für die Linkspartei/PDS umfasst die kulturelle Teilhabe als Abwehrrecht der

¹⁰² Vgl. Hinrichs, Judith 2005: Wahlkampfthema Zuwanderung. Deutschland ist ein Einwanderungsland, in: <http://www.tagesschau.de>, 22.08.2007.

Anspruch auf Freiheit von staatlichen Assimilierungszwängen sowie die Freiheit zu eigenen Entscheidungen bezogen auf die kulturelle Selbstbestimmung. Das bedeutet Anspruch auf gleichberechtigte Teilnahme und Teilhabe an freigewählten kulturellen Prozessen“ (Bundestagsfraktion die Linke 2007: 37).

Wenn es um die Zuwanderung und kulturelle Eigenart der Muslime und die Repräsentation eingebürgerter Türken im Bundestag geht, bestätigt die Tabelle 5.12 die ideologischen Positionen und Haltungen der Kandidaten: „Je weiter links eine Partei steht, desto offener ist sie gegenüber der Zuwanderung der Muslime“ und der Repräsentation der eingebürgerten Türken im Bundestag und „je weiter rechts eine Partei und ihre Kandidaten stehen, desto zufriedener sind sie mit dem Status quo“ (Wüst 2005: 144).

Tabelle 5.13: Gesellschaftspolitische Positionen der Bundesparteien, 1998-2005

Gesellschaftspolitik der Parteien: progressiv (1)-konservativ (20)			
	1998	2002	2005
CDU/CSU	13,9	15,9	15,8
SPD	11,5	7,3	7,2
FDP	7,9	5,3	8,7
B90/Grüne	0,6	2,4	3,4
PDS/Linke	2,0	4,9	0,6

Quelle: Debus 2007: 50

Tabelle 5.13 weist die gesellschaftspolitischen Positionen der Parteien bei den Bundestagswahlen 1998, 2002 und 2005 auf. Während sich die CDU/CSU bei der Bundestagswahl 2002 auf eine stark konservative gesellschaftspolitische Position begaben und diese Position auch bei der Bundestagswahl 2005 nicht veränderten, entwickelte sich die Position der SPD ab 1998 „von einer moderat-konservativen Natur zu einer progressiven Position“ (Debus 2007: 50) und behielt diese Position sowohl im Wahlprogramm 2002 als auch 2005 bei. Die sehr progressive Haltung von Bündnis 90/Die Grünen gingen bei den Bundestagswahlen 2002 und 2005 leicht, aber kontinuierlich zurück. Das Wahlprogramm der Linkspartei/PDS zur Bundestagswahl 2005 war progressiver als das der anderen Parteien und als die eige-

nen Wahlprogramme 1998 und 2002. Bei der Bundestagswahl 2005 verabschiedete sich die FDP von ihrer 2002 eingenommenen progressiven Haltung. Die Vermutung liegt nahe, dass die FDP im Jahr 2005 von ihrer „Koalitionsabsicht mit CDU und CSU“ (Vorländer 2003: 114f.) beeinflusst wurde.

Tabelle 5.14 bestätigt, dass das Wahlverhalten der türkischstämmigen Wähler bei den Bundestagswahlen 2002 und 2005 mehr oder weniger parallel zu diesen gesellschaftspolitischen Veränderungen und Aussagen der Parteien verläuft. Je progressiver die Gesellschaftspolitik der Parteien ist, desto mehr Türkischstämmigen wählen diese Parteien. Je konservativer die Gesellschaftspolitik der Parteien ist, desto mehr meidet die türkischstämmige Wählerschaft diese Parteien. Die SPD, die zu den Bundestagswahlen 2002 und 2005 progressivere Wahlprogramme als 1998 im Politikfeld Gesellschaft formulierte, konnte den Stimmenanteil unter den eingebürgerten Türken deutlich erhöhen. Diese Situation gilt auch für die Linkspartei/PDS, die die progressivsten gesellschaftspolitischen Aussagen und Haltungen zur Bundestagswahl 2005 vertrat und deren Stimmen mit 2,8% höher als 2002 waren. Während die progressive gesellschaftspolitische Position von Bündnis 90/Die Grünen zurückging, sinkt auch ihr Stimmenanteil, obwohl sie im Allgemeinen sehr progressive Wahlprogramme haben. Für die FDP-Position gilt das Gleiche. Parallel zur abnehmenden progressiven Gesellschaftspolitik (2005) büßt die FDP ihre Stimmen unter den eingebürgerten Türken ein.

Tabelle 5.14: Gesellschaftspolitik der Parteien und die Ergebnisse der Wahlumfragen in Jahren 2002 und 2005

Gesellschaftspolitik der Parteien: progressiv (1)-konservativ (20)				
	2002		2005	
	Gesellschaftspolitik	Wahlergebnis	Gesellschaftspolitik	Wahlergebnis
CDU/CSU	15,9	12%	15,8	4,8%
SPD	7,3	60%	7,2	77%
FDP	5,3	5%	8,7	1,2%
B90/Grüne	2,4	17%	3,4	9,2%
Linkspartei/PDS	4,9	5,0%	0,6	7,8%

Quelle: Debus 2007: 50 und eigene Darstellung

Anhand dieser empirischen Untersuchungen lässt sich feststellen, dass der Migrationscleavage, der sowohl von den ideologischen Grundpositionen der Parteien im Politikfeld Gesellschaft als auch von den türkischspezifischen Präferenzen der Parteien geformt wird, große Erklärungskraft für das Wahlverhalten der eingebürgerten Türken in Deutschland hat.

„Dieser Cleavage ist von den Parteien recht prägnant besetzt und führt zu migrationsgruppenspezifischer Politik. Die Parteipräferenzen der Migrationsgruppen sind deshalb prägnant und schwächen sich unter Berücksichtigung sozio-demographischer Differenzen nur unwesentlich ab“ (Wüst 2006: 231).

Eingebürgerte türkischer Herkunft wurden besonders von der SPD (2002-2005), den Grünen (2002) und der Linkspartei/PDS (2005) durch ihre politischen Strategien und Angebote, die direkt an die Türken als ethnische Gruppe und an die Türkei gerichtet waren (vgl. Kapitel 4), durch ihre multikulturellen Gesellschaftskonzeptionen und durch ihre Hilfe, die von den Türken über lange Zeit wahrgenommen wurde, bei speziellen Problemen des Migrations- und Integrationsprozesses der türkischen Gesellschaft in Deutschland mobilisiert. Rational-Choice-Ansätze „haben seit Fiorina in Amerika das retrospektive Wählen betont. Wähler übertragen frühere Erfahrungen auf die Zukunft“ (Beyme 1999: 121). Im Zusammenhang mit den Erfahrungen mit Parteien in Bezug auf die eigene Geschichte hat die SPD als eine große Partei hier eine besondere Bedeutung für die türkischen Eingebürgerten, weil „die deutliche SPD-Präferenz offensichtlich aus den Anfängen der Migrationsgeschichte rührt und sich auf die Nachfolgegeneration übertragen hat“ (Goldberg/Sauer 2003: 166). Dagegen konnten die Unionsparteien als Alternative das Verhaltensmuster der türkischstämmigen Wählerschaft nicht verändern, weil „sich die Eigenschaften der zur Auswahl stehenden Alternativen selbst, also der politischen Parteien verändern müssen, um das Wahlverhalten der Wähler zu verändern“ (Elff 2006: 16).

5.4 Das situative Wahlverhalten

5.4.1 Bedeutungsverlust der langfristigen Parteiidentifikation

Nach dem sozialpsychologischen Ansatz beruht die individuelle Wahlentscheidung auf drei zentralen Bedingungsfaktoren: die langfristig wirksame Parteiidentifikation (party identification), die kurzfristigen Einflüsse von Kandidaten (candidate partisanship) und relevante politische Sachthemen (issue partisanship). Die Parteiidentifikation, die „hinsichtlich ihrer Anwendbarkeit zur Erklärung des Wählerverhaltens außerhalb der Vereinigten Staaten das umstrittenste Element des Michigan-Modells“ (Gabriel 2001: 230) ist, stellt die klassische langfristige Variable politischer Orientierung in der Wahlforschung dar und wird als „eine länger andauernde, gefühlsmäßig tief verankerte Bindung des Einzelnen an eine bestimmte Partei“ (vgl. Falter et al. 1990: 9) definiert.

Die Diskussionen um das Operationalisierungsproblem der Parteiidentifikation in der Bundesrepublik Deutschland zeigen, dass die Parteiidentifikation in Deutschland „als nicht so stark verankert wie in den USA gelten“, weil „die alternativen kleineren Parteien und die Aufwirbelung des Parteiensystems durch neue Parteien eine größere Reihe von Optionen bietet“ (Beyme 1999: 114). Andererseits ist es „der Wahlforschung bisher noch nicht gelungen, einen gültigen und zuverlässigen Indikator für langfristig orientierte Parteibindungen zu finden“ (Gibowski 1991: 129). Darüber hinaus wird auf gesellschaftlicher und individueller Ebene festgestellt, dass „sich ein Rückgang der Parteiidentifikation zeigt“ (Rudzio 2000: 216) und sich die Einflüsse der situativen, kurzfristigen Faktoren wie z.B. politische Sachthemen erhöhen. Mindestens die letzten zwei Folgerungen gelten auch für die türkischstämmigen Wahlberechtigten.

Es ist eine Tatsache, dass die eingebürgerten Personen „seltener als die Deutschen einer bestimmten Partei langfristig zuneigen“ und „dieser allgemeine Befund auf eingebürgerte Türkinnen am deutlichsten zutrifft“ (Wüst 2003a: 119). Die Mehrheit eingebürgerter Türken gibt an, keiner Partei langfristig zu zuneigen. Tabelle 5.15 enthält neben der Parteiidentifikation der eingebürgerten Türken auch die Parteipotenzen und die Wahlabsicht. Während sich nur 38% der Befragten im Jahr 1999 mit der SPD, 3% mit der CDU/CSU und 4% mit den Grünen identifizieren, liegen die Anteile in den Jahren 2001/02 bei 31% für die SPD, 4% für die Union und 9% für die Grünen.

Tabelle 5.15: Parteiidentifikation eingebürgerter Türken

Politbarometer 1999						
SPD	CDU/CSU	Grüne	FDP	PDS	andere	keine
38	3	4	0	0	1	53
Politbarometer 2001/02						
31	4	9	0	0	0	50
Wahlabsicht 2001/02						
62	11	22	3	3	-	-
Parteipotenzial 2001/02						
73	40	56	24	19	-	-

(PB 2001/02 und 1999; Zeilenprozentwerte*) * Zu 100% fehlende Anteile: weiß nicht/verweigert.

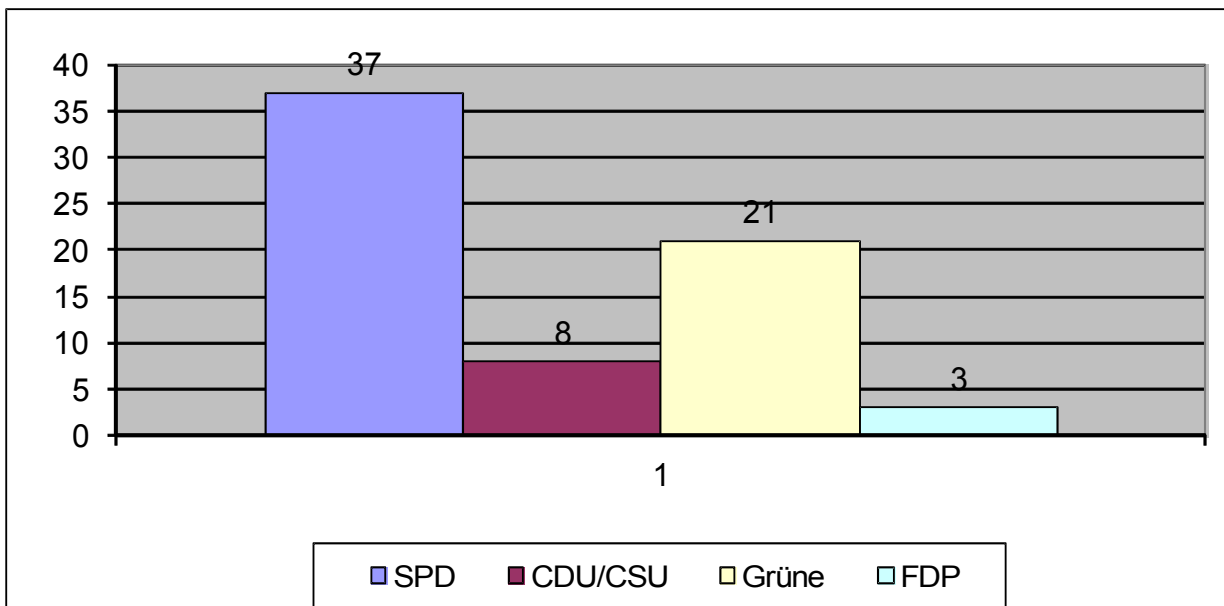
Quelle: Wüst 2003a: 119

Dagegen identifizieren sich 53% (1999) und 50% (2001/02) der eingebürgerten Türken nicht mit einer Partei. Bei den Parteipotenzialen, die die Möglichkeit eine andere Partei zu wählen darstellen, zeigen Eingebürgerte türkischer Herkunft kein anderes Bild. 60% der Befragten können sich nicht vorstellen, die Unionsparteien zu wählen, während dieser Anteil bei der SPD 27% und bei den Grünen 44% beträgt. „Es scheint so etwas wie ein Migrationscleavage zu geben, das in Abhängigkeit zur migrationsspezifischen Politik der Parteien entstanden sein dürfte“ (Wüst 2003b: 37). Abbildung 5.5 verdeutlicht die Wahlabsicht der eingebürgerten Türken, die nicht an eine Partei langfristig gebunden sind. Sie wählen die SPD (37%) und die Grünen (21%), indem Maße wie sich die Wähler mit der SPD und den Grünen identifizieren. Aus diesem Grund kann man nicht sagen, dass die Parteiidentifikation als langfristiger Faktor das Wahlverhalten der türkischstämmigen Wählerschaft prägt und erklärt.

Man muss hier jedoch beachten, dass der Begriff „Parteiidentifikation“ insbesonde-

re „die Zeit betrifft, die nötig ist, damit sich solche Bindungen entwickeln und von einer Generation auf die nächste übertragen werden“ (vgl. Falter et al. 2000: 236). In Deutschland besteht somit keine historisch langfristige Parteiidentifikation von Türken, die „im Prozess der politischen Sozialisation, meist schon in der Jugend, in Familie und Schule, erworben wird“ (Schultze 1991: 13). Trotz dieser niedrigen Parteiidentifikation „neigen die eingebürgerten Türken vorwiegend der SPD und in wachsendem Maße den Grünen zu“ (Wüst 2003a: 119).

Abbildung 5.5: Wahlabsicht eingebürgerter Türken ohne Parteiidentifikation



Quelle: Wüst 2003a: 122

Wenn die langfristige Parteibindung bei den eingebürgerten Türken fehlt, kommen Issues, Problemlösungs- und Kandidatenpräferenzen gemäß dem Michigan-Modell (vgl. Kapitel 2.2 und Wüst 2003a: 120) eine höhere Bedeutung zu. Derart besitzen die Bewertungen der Parteien für die Wähler, die an keine Partei gebunden sind, größere Entscheidungsgewalt als die Wähler, die an eine Partei langfristig gebunden sind. Bei den Bundestagswahlen hatten die Kandidatenorientierungen, die Lösungskompetenzen der Parteien und die Bewertungen der Regierungs- und Oppositionsarbeit selbstverständlich auch für türkischstämmige Bürger Einfluss auf die individuelle Wahlentscheidung.

5.4.2 Themenorientierung (Issues)

Der sozialpsychologische Ansatz versucht nicht nur die Wechselwirkung zwischen Parteiidentifikation, Kandidaten- und Themenorientierung, sondern auch den sich verändernden Stellenwert und die Wandlung des Wählers zu erklären. Der Wähler wandelt sich vom „sozialstrukturell definierten und schlecht informierten“ Wählertypen hin zum „politisch informierten“ und „rational entscheidenden“ Wählertypen und somit werden „die Bedeutung der aktuellen Politik und die Rationalität der Wahlentscheidung“ (Schultze 1991: 15) innerhalb des sozialpsychologischen Modells immer hervorgehoben. Insofern spielen Sachfragen hauptsächlich für das sozialpsychologische und das Modell des rationalen Wählers eine Rolle. Der Einfluss der Sachfragen auf „die Parteipräferenz hat den Stellenwert eines politischen Problems“ (Gibowski 1991: 125). Es gibt drei Bedingungen für den Einfluss der politischen Probleme auf die Wahlentscheidung: „Ein politisches Problem muss zuerst von den Wählern wahrgenommen werden, es muss als wichtig und bedeutsam eingeschätzt werden“ und „es muss mit den Positionen einer Partei in Verbindung gebracht werden“ (vgl. Gabriel 2001: 236).

Wenn es sich bei der Wählerschaft um eine mit Migrationshintergrund handelt, schließt sich unmittelbar die Frage an, welche politischen Probleme oder Themen ihr besonders wichtig sind. Stellen sich durch ihre spezifische Lebenssituation als Migranten ganz bestimmte Probleme in den Vordergrund oder sind sie durch die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben an ganz ähnlichen Themen interessiert wie die Mehrheit der deutschen Bevölkerung? Wegen der sicheren Aufenthaltsdauer, des hohen Anteils der in Deutschland Geborenen, „der gering ausgeprägten Rückkehrabsicht (33%), der großen Verbundenheit mit Deutschland“ (Goldberg/Sauer 2002: 142) und der „positiven Zukunftserwartungen von Türken in Deutschland (80%)“ (Wilamowitz-Moellendorff 2002: 1) kann man sagen, dass sich auch unter den türkischen Migranten „ein politisches Bewusstsein, die Wahrnehmung von Problemlagen und politischen Präferenzen entwickelt hat“ (Sauer 2007: 148). Besonders die hohe Identifikation der Eingebürgerten mit Deutschland und der Rückgang der Verbundenheit mit der früheren Zugehörigkeit verstärken das politische Bewusstsein und die politischen Präferenzen.

Die Klassifizierung der Themenorientierung von eingebürgerten Türken gliedert sich in zwei Bereiche. Zum einen sind es wirtschaftliche Themen wie Arbeitslosigkeit, die „die stärkste Form individueller Betroffenheit einer wirtschaftlichen Situation“ (Gibowski 1991: 130) darstellt. Es handelt sich bei diesen Zielvorstellungen um die

Übereinstimmung der Bewertung der gesamten Gesellschaft oder Wählerschaft (Valenzissues). Zum anderen sind es migrationsspezifische Probleme wie Ausländerfeindlichkeit, Bekämpfung des Rechtsextremismus und Gleichstellung von Ausländern. Hier unterscheiden sich sowohl die türkischen Migranten als auch die Eingebürgerten in der Wahrnehmung und Bewertung dieser politischen Probleme deutlich von der deutschen Gesamtbevölkerung. Diese speziellen Themen können als Position Issues bezeichnet werden, weil es in der deutschen Gesellschaft und den Parteien zu diesen Themen gegensätzliche Meinungen gibt. In diesem Sinne zählt die Frage des EU-Beitritts der Türkei als wichtiges Problem zu den Position Issues.

Tabelle 5.16: Wichtige politische Probleme im Zeitvergleich (Prozentwerte)

Wichtige politische Probleme	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Arbeitslosigkeit	94,0	94,3	92,0	94,6	95,5	98,5	96,9
Ausbildungsstellenmangel	90,1	89,4	84,1	86,1	88,6	95,1	93,6
Ausländerfeindlichkeit	75,7	84,2	77,1	72,1	77,1	82,2	80,9
Geschlechtergleichstellung	-	-	-	-	-	80,7	78,8
Verbesserung der Bildung	-	-	-	-	-	-	74,4
Unterrichtsausfall an Schulen	75,9	63,2	60,6	56,7	57,8	69,6	73,8
Fehlende Kindertagesstätten	74,3	71,2	65,7	69,9	68,4	80,3	71,8
Kriminalität	-	-	-	-	-	81,6	71,1
Vorlesungsausfall an Unis	-	-	-	-	-	-	68,5
Verschuldung des Landes	80,9	64,6	54,4	58,6	66,7	77,9	68
Hemmnisse für Existenzgründer	73,5	56,3	55,4	53,4	47,7	69,1	65,3
Wohnungsmangel	68,5	51,4	54,3	54,1	57,6	50,6	51,7

Quelle: Sauer 2007: 257

Regelmäßige Mehrthemenbefragungen der Stiftung Zentrum für Türkeistudien in Nordrhein-Westfalen (Goldberg/Sauer 2003, Goldberg/Sauer 2004, Sauer/Goldberg 2006, Sauer 2007), die die verschiedenen politischen Problemlagen der türkischen Bevölkerung außerhalb des Rechtsradikalismus und der Gleichstellung von Ausländern untersuchen, weisen auf, dass sich die Wahrnehmung wichtiger politischer Probleme im Laufe der Zeit nur wenig verändert hat und dass Arbeitslosigkeit, Ausbildungsstellenmangel und Ausländerfeindlichkeit zwischen den Jahren 1999-2006 nach Meinung der türkischen Bevölkerung unverändert als die drei wichtigsten Probleme angesehen werden (vgl. Tabelle 5.16). In den Jahren 2004 und 2005 fällt auf, dass die Geschlechtergleichstellung mit 80,7% und 78,8% an vierter Stelle liegt. „Dies ist bemerkenswert, unterstellt man den türkischstämmigen bzw. muslimischen Migrantinnen und Migranten doch gerne, sie würden mehrheitlich die Unterordnung der Frauen unter die Männer vertreten“ (Sauer 2007: 158).

Die hier mittels Wahrnehmung politischer Probleme operationalisierten politischen Sachfragen und „die Einschätzung über die Wichtigkeit ihrer Bearbeitung könnten die Wahlabsicht der Migranten beeinflussen“ (Goldberg/Sauer 2003: 162). In den Jahren 2002 und 2005 zeigen die türkischstämmigen Anhänger der Parteien relativ geringe Unterschiede bei der Einschätzung der Wichtigkeit verschiedener politischer Probleme (vgl. Tabelle 5.17). „Es ergeben sich kaum Kontrastgruppen“ und „die Reihenfolge der Problemfelder ist sehr ähnlich“ (Sauer/Goldberg 2006: 165). Die Arbeitslosigkeit (über 95%) und der Ausbildungsstellenmangel (über 86%) sind eindeutig wahrgenommene Probleme für die türkischstämmigen Anhänger aller Parteien. Wegen „der starken Dominanz der SPD-Wähler unterscheiden sie sich in der Einschätzung der Wichtigkeit politischer Probleme kaum von der Einschätzung aller Migrantinnen und Migranten“ (Goldberg/Sauer 2004: 165).

Tabelle 5.17: Gewichtung (Anteil „wichtig“ und Rangfolge „R.“) politischer Probleme nach Wahlpräferenz in 2002 und 2005 (Spaltenprozent)

2002												
	SPD		CDU		Grüne		FDP		PDS		Gesamt	
Probleme	%	R.	%	R.	%	R.	%	R.	%	R.	%	R.
Arbeitslosigkeit	96,5	1	96,7	1	96,5	1	96,0	1			94,6	1
Ausbildungsstellen	88,6	2	90,0	2	91,9	2	92,0	2			86,1	2
Ausländerfeindlichkeit	73,0	3	75,0	4	84,9	3	60,0	6			72,1	3
Türkische Kulturangebote	70,8	4	78,3	3	80,2	5	64,0	5			71,3	4
Kindertagesstättenplätze	67,0	5	73,3	5	83,7	4	68,0	3			69,9	5
Verschuldung des Landes	63,5	6	60,0	9	73,3	6	52,0	7			58,6	6
Unterrichtsausfall	61,9	7	63,3	7	65,1	8	48,0	8			56,7	7
Wohnungsmangel	51,7	10	56,7	10	66,3	7	48,0	9			54,1	8
Deutsche Kulturangebote	52,4	9	68,3	6	61,6	9	68,0	4			54,1	9
Existenzgründer	57,5	8	63,3	8	59,3	10	44,0	10			53,4	10
2005												
Arbeitslosigkeit	98,3	1	98,2	1	99,1	1	100	1	95,2	1	98,4	1
Ausbildungsstellen	94,4	2	93,0	2	95,3	2	100	2	90,5	2	94,3	2
Ausländerfeindlichkeit	79,9	4	75,4	4	84,1	3	100	3	76,2	4	80,1	3
Geschlechtergleichstellung	80,3	3	82,5	3	75,7	4	66,7	5	71,4	7	79,5	4
Unterrichtsausfall	77,4	6	71,9	6	73,8	5	33,3	8	76,2	5	76,2	5
Bildungschancen	77,6	5	68,4	9	72,9	6	33,3	9	81,0	3	75,8	6
Kindertagesstättenplätze	75,1	7	75,4	5	71,0	8	33,3	10	76,2	6	74,3	7
Vorlesungsausfall	72,8	9	70,2	8	71,0	9	33,3	11	61,9	10	71,9	8
Kriminalität	73,2	8	64,9	10	72,0	7	66,7	6	57,1	12	71,6	9
Verschuldung des Landes	71,5	10	71,9	7	61,7	10	100	4	66,7	8	69,7	10

Quelle: Goldberg/Sauer 2003: 164 und Sauer/Goldberg 2006: 162

Die Arbeitslosenquote der in Deutschland lebenden Türken liegt über der anderer ethnischer Minderheiten (vgl. Friedrichs 1998: 243, Bittner 2003: 4, Gestring et al. 2006, Sauer 2007). Tabelle 5.18 zeigt, dass die Arbeitslosenquote von Türken von 1999 (36,5%) bis 2004 (29,1%) nur wenig zurück ging und in 2005 (30,3%) wieder anstieg. Die Arbeitslosenquote unter Türken übertrifft in diesen Jahren um mehr als

das Doppelte des Durchschnitts. Während die durchschnittliche Arbeitslosenquote im Jahr 2002 „10,5%“ (Gestring et al. 2006: 139) betrug, waren es unter den Türken 33,7%. Im März 2006 lag die Arbeitslosenquote in Deutschland bei „12%“, bei Ausländern jedoch bei „26%“. Von allen Arbeitslosen sind „4,7%“ türkische Staatsbürger, obwohl sie nur 2% der Gesamtbevölkerung stellen.“¹⁰³ Sie sind somit unter den arbeitslosen Ausländern und unter allen Arbeitslosen überrepräsentiert. Aber auch die Erwerbsquote der türkischen Migranten liegt deutlich unter der von Deutschen: „56% bei Türken, 70% bei der deutschen Gesellschaft“ (Sauer 2007: 66). Die Gründe für ihre schlechte Positionierung auf dem Arbeitsmarkt liegen „einerseits in Qualifikationsdefiziten im Bereich der Schul- und Ausbildungsabschlüsse, aber auch in den schlechten gesellschaftlichen Bedingungen“ (Gestring et al. 2006: 139). Im Vergleich zur ersten Generation „hat die zweite Generation schlechtere Chancen, da sie auf einen Arbeitsmarkt trifft, der sie nicht mehr aufnehmen kann.“¹⁰⁴

Tabelle 5.18: Arbeitslosenquote von Türken nach Jahren (in. 1000)

Arbeitslose Ausländer			
Jahr	Insgesamt	Darunter Türken	Anteil der Türken
1999	482	176	36,5
2000	440	161	36,6
2001	454	156	34,4
2002	492	166	33,7
2003	528	168	31,8
2004	571	166	29,1
2005	649	197	30,3

Quelle: Bundesagentur für Arbeit und Zwick 2005: 6

¹⁰³ Vgl. http://www.ari-magazin.com/deutsch/index.php3?kose_a=1, Ausgabe 61, 22.10.2008.

¹⁰⁴ Gestring, Norbert 2004: Integration auf niedrigem Niveau: Die zweite Generation türkischer Migranten. Keine Indizien für „Parallelgesellschaft“, in: <http://www.uni-oldenburg.de/presse/24677.html>, 23.12.2007.

Es handelt sich bei der „Analyse des Einflusses wirtschaftlicher Faktoren auf das Wahlverhalten“ um „die Beziehungen zwischen der subjektiv wahrgenommenen eigenen beziehungsweise allgemeinen wirtschaftlichen Lage und der individuellen Wahlentscheidung beziehungsweise ihrer Veränderung“ (Gibowski 1991: 126). Tabelle 5.19 zeigt die Beurteilung der allgemeinen und eigenen wirtschaftlichen Lage. Während die allgemeine wirtschaftliche Lage ab 2001 mehrheitlich immer als schlecht eingeschätzt wird, zeigt die Beurteilung der eigenen wirtschaftlichen Lage ab 2002 eine zunehmende negative Tendenz: nur 17% der Befragten in den Jahren 2002 und 2005 bewerten ihr eigene wirtschaftliche Lage als gut. Sahen 2002 10,9% der Befragten die allgemeine wirtschaftliche Lage als gut, 21,2% als teils/teils und 65,7% als schlecht an, so waren es 2005 nur 4,6%, die sie für gut hielten. 13,4% beurteilten sie teils/teils und 81,4% sahen die Lage als schlecht an. Es gibt eine hohe Differenz zwischen der Bewertung der allgemeinen und eigenen wirtschaftlichen Lage. Gemeinhin wird die allgemeine wirtschaftliche Lage noch schlechter als die eigene wirtschaftliche Lage eingeschätzt.

Tabelle 5.19: Einschätzung der allgemeinen und der eigenen wirtschaftlichen Lage (Prozentwerte)

Allgemeine wirtschaftliche Lage						
Einschätzung	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Gut	27,4	31,2	10,9	2,4	2,5	4,6
Teils/teils	51,6	51,3	21,2	15,2	15,6	13,4
Schlecht	21,0	15,6	65,7	81,4	81,5	81,4
Eigene wirtschaftliche Lage						
Gut	37,3	31,2	16,9	12,7	14,1	17,8
Teils/teils	54,2	51,3	48,6	52,9	52,1	48,4
Schlecht	8,4	15,6	33,5	33,8	33,1	33,6

Quelle: Sauer 2007: 250

Während der Einfluss der wirtschaftlichen Lage, besonders der Arbeitslosigkeit als stärkste Form der Betroffenheit von einer negativen ökonomischen Situation, auf die Veränderungen des Wahlverhaltens mittels der Wahlergebnisse der Bundestagswahlen 2002 und 2005 überprüft wird, zeigt sich ganz klar, dass diese wirtschaftlichen Probleme das Wahlverhalten der türkischstämmigen Wählerschaft nicht ändern und dass 60% bzw. 77% der eingebürgerten Türken bei den Bundestagswahlen 2002 und 2005 die SPD wählten. Dies bestätigt auch Tabelle 5.20. Unter den Arbeitslosen, die nur in den Jahren 2004 und 2005 vom Zentrum für Türkei-studien befragt wurden, haben im Jahr 2005 62,2% die SPD, 18,9% die Grünen, 11,7% die CDU, 5,4% die Linkspartei/PDS und nur 0,9% die FDP gewählt. Offensichtlich „wirkt sich auch die wirtschaftliche Problemwahrnehmung wie die sozio-demographischen Merkmale nur am Rande und wenig tendenziell auf die Wahlabsicht aus“ und „beeinflusst die Wichtigkeitseinschätzung diese beiden besonders wichtigen wirtschaftlichen Probleme kaum die Wahlpräferenz“ (Goldberg/Sauer 2003: 165). Diese Ergebnisse zeigen, dass sich eingebürgerte Türken bei ihrer Wahlentscheidung weder an ihrer eigenen wirtschaftlichen Situation noch an der allgemeinen wirtschaftlichen Situation orientieren, obwohl die Arbeitslosenquote bei den Türken in den Jahren 2002 und 2005 mit 33,1% und 30,3% hoch war und die allgemeine wirtschaftliche Lage in diesen Jahren mit 65,7% und 81,4% als schlecht bewertet wurde.

Tabelle 5.20: Wahlabsicht der Arbeitslosen (Prozentwerte)

Wahlabsicht der Arbeitslosen					
	SPD	CDU	Grüne	FDP	Linke/PDS
2004	66,7	18,5	11,1	1,2	-
2005	62,2	11,7	18,9	0,9	5,4

Quelle: Goldberg/Sauer 2004:163, Sauer/Goldberg 2006: 158

Obgleich die Wahrnehmung wichtiger ökonomischer Probleme „nur gering bei der Parteipräferenz schwankt und nicht unbedingt den programmatischen Schwerpunkten der jeweiligen Parteien entspricht“, unterscheiden sich die Anhänger der verschiedenen Parteien bei „der Bekämpfung der Ausländerfeindlichkeit am ehesten“

(Goldberg/Sauer 2003: 164).

Die Bedeutung der Bekämpfung der Ausländerfeindlichkeit hat im Zeitvergleich besonders in den Jahren 2000 (84,2%) und 2004 (82,2%) zugenommen, während der Stellenwert dieses Problems in den Jahren 2001, 2002 und 2003 zwischen 72% und 77% lag. Im Jahr 2005 lag der Anteil bei 80,9% (vgl. Tabelle 5.16). Eine Untersuchung im Auftrag der Hamburger Ausländerbeauftragten bestätigt auch diese Studie. Im Jahr 2001 wurde das Thema Ausländerfeindlichkeit von „79% der ausländischen Befragten als besonders wichtig eingestuft.“¹⁰⁵ Auch Wilamowitz-Moellendorff (2002: 12) ist in seiner Studie zu dem Ergebnis gekommen, dass die Bekämpfung des Rechtsextremismus und die Gleichstellung von Ausländern als spezielle Probleme am wichtigsten sind, dass die Lösung dieser beiden Probleme für die Mehrheit der Befragten, 82% bzw. 75%, sehr wichtig ist und dass die Sicherung der Arbeitsplätze, die bei den Deutschen (79%) seit Jahren immer als das wichtigste politische Problem genannt wird, mit 71% auf dem dritten Rang gelandet ist. Dann kommen der Reihe nach die Friedenssicherung mit 68%, die Gewährleistung sozialer Sicherheit mit 67%, die Rentensicherung mit 61%, eine gute wirtschaftliche Lage mit 59%, der Umweltschutz mit 57%, die Kriminalitätsbekämpfung mit 54%, die Familienförderung mit 51% und die Gleichstellung von Frauen mit 48%.

Diese Studie eröffnet die interessante Perspektive, die Einstellungen der in Deutschland lebenden Türken und der Deutschen türkischer Herkunft miteinander vergleichen zu können. Ein wichtiges Ergebnis lautet, dass sich die Befragten in der Einschätzung der Wichtigkeit politischer Probleme von Deutschen türkischer Herkunft oder mit türkischer Staatsbürgerschaft nur geringfügig unterscheiden und dass es zudem auch zur deutschen Gesamtbevölkerung kaum Abweichungen gibt. Die türkischstämmige Bevölkerung in Deutschland wird nach Wilamowitz-Moellendorff (2002: 14) vor allem durch zwei besondere Probleme gekennzeichnet.

- Als besondere Bedrohung wird der Rechtsradikalismus in Deutschland empfunden, der nach Ansicht der Befragten stärker bekämpft werden muss.
- Man fühlt sich als Bürger zweiter Klasse und fordert von den politischen Entscheidungsträgern, sich dieses Problems anzunehmen und mehr für die Gleichstellung von Ausländern zu unternehmen. Der Besitz der deutschen Staatsbürgerschaft ändert an diesem Eindruck nur wenig. Auch türkischstämmige Deutsche sind davon

¹⁰⁵ Vgl. Pressemitteilung der Ausländerbeauftragten von Hamburg, 25. September 2001 http://fhh1.Hamburg.de/fhh/aktuelle_meldungen/archiv_2001/september/pe_2001_09_25_alb_01.pdf, 11.10. 2008.

überzeugt, benachteiligt zu werden, allerdings in etwas geringerem Ausmaß.

Obwohl die Türken, besonders die türkischstämmigen Bürger mit deutschem Pass, in Deutschland „ihre persönliche Lebenssituation positiv und optimistisch“ beurteilen und ihre Zukunftserwartungen „überraschend positiv“ sind, fühlen sie sich in „Widersprüchen zu dieser positiven Einschätzung ihrer eigenen Situation in Deutschland als Bürger zweiter Klasse (fast 70%) behandelt“ (ebd.: 14). Das Thema Ausländerfeindlichkeit als politisches Problem aufgrund des Minderheitenstatus zeigt „seit langen Jahren ein wichtiges und spezielles Problem“ (vgl. Goldberg/Sauer 2003, Goldberg/ Sauer 2004, Sauer/Goldberg 2006, Sauer 2007), von dem nicht nur die türkischen Staatsbürger, sondern auch die Deutschen türkischer Herkunft betroffen sind.

„Der hohe subjektive Stellenwert, den das Thema Ausländerfeindlichkeit für Eingebürgerte hat, ist unmittelbar nachvollziehbar, da sie – obwohl deutsch Staatsangehörige – von ihrer Umwelt vielfach weiterhin als „Ausländer“ wahrgenommen werden“ (Wilamowitz-Moellendorff 2002: 15).

Ausländerfeindlichkeit stellt für ethnische Minderheiten eine große psychische Belastung dar und ist ein strittiges Thema auch in der deutschen Gesellschaft. Nach der Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung stimmen „26,7% der Deutschen“ ausländerfeindlichen Aussagen zu. „8,6%“ der Befragten haben ein „geschlossenes rechtsextremes Weltbild.“ „15,2%“ meinen, es sollte einen Führer geben, „der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert“. „43,8% der Ostdeutschen und 35,2% der Westdeutschen“ glauben, dass Ausländer nur nach Deutschland kommen, „um unseren Sozialstaat auszunutzen“. „39,1%“ meinen bundesweit, dass Deutschland „durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet“¹⁰⁶ ist. Gleichzeitig steigt die Zahl der rechtsextremistisch motivierten Straftaten in Deutschland weiter an. Nach den im Oktober veröffentlichten vorläufigen Statistiken des Bundeskriminalamtes (BKA) für 2006 wurden „von Januar bis Ende August insgesamt fast 8.000 rechtsextrem motivierte Straftaten registriert.“ Das entspricht einem Anstieg „um 20% im Vergleich zum Vorjahreszeitraum (rund 6.600 Delikte).“¹⁰⁷

Die Rangfolge der Gewichtung der Ausländerfeindlichkeit ändert sich nach Wahlpräferenz (vgl. Tabelle 5.17). Die Bündnis 90/Die Grünen-Anhänger im Jahr 2002 und 2005 (84,9% und 84,1%, 3. Rang) und die FDP-Anhänger im Jahr 2005

¹⁰⁶ Vgl. dpa/AFP/AP, 08.11.2006, in: <http://www.sueddeutsche.de/deutschland/artikel/39/90948/1/>, 10. 10.2008.

¹⁰⁷ Vgl. http://www.migrationinfo.de/migration_und_bevoelkerung/archiv/ausgaben/ausgabe0609html, 10.10.2008.

(100,0%, 3. Rang) messen der Ausländerfeindlichkeit die höchste Bedeutung zu, während dieses Problem unter den SPD-Anhängern im Jahr 2002 von 73% (3. Rang) und 2005 von 79,9% (4. Rang) als wichtig angesehen wurde. Das Thema liegt bei den CDU-Anhängern sowohl 2002 (75%) als auch 2005 (75,4%) auf dem vierten Rang. Das Problem wird im Jahr 2005 von 76,2% der Linkspartei/PDS-Anhängern als wichtig bewertet und liegt hier auf dem vierten Rang.

In der Gewichtung der Bekämpfung von Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit „ergeben sich jedoch erwartete und der Programmatik entsprechende parteiliche Unterschiede“ (Goldberg/Sauer 2003: 164). Diese beiden Probleme wurden von den Unionsparteien und der FDP in ihren Wahlprogrammen 2002 und 2005 nicht thematisiert, wogegen die Grünen im Wahlprogramm 2002 und die Linkspartei/PDS in den Wahlprogrammen 2002 und 2005 versprochen haben, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit zu bekämpfen. Obwohl das Wahlprogramm der SPD 2002 diese Probleme nicht zur Sprache brachte, hat sie 2005 sowohl die Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Fremdenfeindlichkeit als auch die Geschlechtergleichstellung, die im Jahr 2005 als viertwichtigstes Problem wahrgenommen wurde, betont (vgl. Kapitel 4).

Nach den Ergebnissen der Issues-Forschung „werden Fragen der Innenpolitik vom Wähler bei seiner Entscheidung in der Regel ein höherer Stellenwert zugemessen als außenpolitischen Themen“ (Schultze 1991: 17). Normalerweise „spielt die Außenpolitik“ auch „für die Wahlentscheidung der Deutschtürken eine eher geringe Rolle – abgesehen vom Standpunkt der Parteien zur EU-Mitgliedschaft der Türkei.“¹⁰⁸ Neben den migrations- und integrationsspezifischen Themen ist die Frage des EU-Beitritts der Türkei (vgl. Kapitel 4, Abschnitt 4.3) ein anderer zentraler Punkt, um das türkischstämmige Wählerpotenzial zu mobilisieren. „Fast alle türkischstämmigen Bürger in Deutschland sind für den Beitritt und teilen die deutschen Parteien danach ein, ob sie ebenfalls dafür oder dagegen sind“ (Wilamowitz-Moellendorff 2005: 44). Das gilt auch für die deutsch-türkischen Wissenschaftler, Künstler, Politiker und Geschäftsleute. „Sie ergreifen jedoch Partei, entweder für oder gegen den Beitritt.“¹⁰⁹ Die privilegierte Partnerschaftsthese der CDU/CSU wurde (wird) deswegen von türkischstämmigen Wahlberechtigten immer als Ablehnung der EU-Mitgliedschaft der Türkei verstanden. Andererseits wollten die Unionspartei-

108 Halm, Dirk 2004: Migranten: Starke Sympathien für die Sozialdemokratie, in: <http://www.bundestag.de/dasparlament/2004/18/Thema/011.html>, 22.06.2007.

109 Seitz, Verena, 2005: Deutschland: Hinter dem Thema EU-Beitritt der Türkei steckt womöglich eine ganz andere Frage, in: <http://www.arte.tv/de/geschichte-gesellschaft/im-spiegel-der-zeitschriften/Im-Spiegel-der-Zeitschriften-Nr--8/1858172.html>, 11.10.2008.

en die Diskussion um den EU-Beitritt der Türkei zum Thema im Wahlkampf machen. Diese Haltung der Unionsparteien wurde von der SPD, die die EU-Mitgliedschaft der Türkei als das Wahlkampfthema ablehnte¹¹⁰, kritisiert. Die SPD hat mit dieser Kritik gegen die Unionsparteien und besonders mit der Rede von Schröder kurz vor der Wahl 2005 große Sympathien gewonnen. „In seiner Rede betonte er, wie wichtig ihm die Aufnahme der Türkei in die EU sei.“¹¹¹

Diese migrationsspezifischen Probleme der türkischen Migranten und die EU-Beitrittsfrage der Türkei wirken stärker auf die Bewertung der politischen Parteien, die „die unterschiedlichen politischen Vorstellungen und Interessen in der Gesellschaft artikulieren, zu politischen Konzepten und Programmen bündeln und Lösungen für politische Probleme suchen“ (Pötsch 2005: 38), und auf das Wahlverhalten der Wählerschaft türkischer Herkunft. Besonders wichtig ist, von welchen Parteien diese Probleme ernst genommen und thematisiert werden und welche Parteien welche Lösungen anbieten. Die Verluste und Gewinne der Parteien im Vergleich zur Wahl 2002 entsprechen in diesem Zusammenhang ihren wahlprogrammatischen Aussagen, in denen die türkische Wählerschaft diese Probleme bearbeitet sehen wollte. Es geht hier insbesondere um die Position Issues, entlang deren Beurteilung sich die türkischstämmige Wählerschaft scheidet und in Abhängigkeit vom programmatischen Angebot der politischen Parteien unter einer Kosten-Nutzen-Abwägung ihre Entscheidung trifft. Die Stimmenanteile der Parteien, die diese Themen betonen, nahmen zu (die SPD +17% und Linke PDS +2,8%), während die Stimmenanteile der Parteien, die diese Themen nicht thematisieren, abnahmen (Die Union -7,2%, FDP -3,8% und Die Grünen -7,8%). In den Themenbereichen „Ausländerfeindlichkeit“, „Rechtsradikalismus“, „Gleichstellung von Ausländern“ und „EU-Beitritt der Türkei“ werden die Parteien von den eingebürgerten Türken sowohl prospektiv als auch retrospektiv bewertet, d.h. die Beurteilung dieser Sachfragen beruht auf vergangenen Erfahrungen und auf zukünftigen Erwartungen. Die linken Parteien, besonders die SPD als eine große Partei, wirken durch ihre klare Haltung und „ihre Entwürfe zum Ausländerrecht, zur Migration und Integration und zum EU-Beitritt der Türkei in der Vergangenheit positiv auf Türkischstämmige“ (Foertsch 2007: 13).

„Die SPD hat es geschafft, den Eindruck zu erwecken, sie nähme sich der Be-

110 Nach dem Ergebnis der Umfrage von Infratest-dimap die vor der Wahl 2005 durchgeführt wurde, unterstützte auch die Mehrheit der Bundesbürger in diesem Falle die Haltung der SPD und spricht sich zu 78 Prozent dafür aus, den möglichen EU-Beitritt der Türkei aus den Auseinandersetzungen im Wahlkampf herauszuhalten. Jeder Fünfte (20 Prozent) plädiert hingegen dafür, dem Thema nicht auszuweichen. In: <http://www.infratest-dimap.de/?id=39&aid=128#uel2>, 12.10.2008.

111 In: http://www.isoplan.de/aid/2005-3/wahl_2005.htm, 11.10.2008.

dürfnisse der türkischstämmigen Bürger an und trete für diese ein. Hier hat die CDU Nachholbedarf. Sie muss stärker auf die speziellen Bedürfnisse dieser Gruppe eingehen: Dazu gehören der Kampf gegen Diskriminierung und Rechtsextremismus (von dem man sich in hohem Maß bedroht fühlt). Hier zeigen sich noch Defizite in der Vermittlung von CDU-Positionen“ (Wilamowitz-Moellendorff 2005: 43).

Es ist eine allgemeine Annahme, dass die migrationsspezifischen Probleme von den Linksparteien besser gelöst werden können. Diese Annahme gilt auch für die türkischen Migranten, weil „linke Parteien für die Integration von Ausländern traditionell offener und toleranter sind“ (Wüst 2005: 144, Vogel/Wüst 2003: 267). Es handelt bei den beiden Bundestagswahlen um „generalisierte Leistungen der Parteien“ (Fuchs/Kühnel 1994: 316), die sich auf die Leistungsfähigkeit der Parteien im Allgemeinen beziehen, und „die politischen Ideologien der Parteien“ (Beyme 1984: 36). Nach Downs (1968: 110) benutzen Wähler die Ideologien, weil sie ihnen Informationskosten ersparen. In diesem Sinne zeigt sich, dass sich türkischstämmige Wähler an den ideologischen Positionen der Parteien orientieren und daraus ableiten, welche Positionen die Parteien zu ihren spezifischen politischen Problembereichen einnehmen und welche Konsequenzen die Regierungstätigkeit für sie hat. Wegen der „hohen Affinität zur SPD“ (Sauer 2007: 169) standen bei der Bundestagswahl 2002 die eingebürgerten Türken trotz mancher Enttäuschung „bezüglich Einbürgerungs- und Zuwanderungsgesetz“ (Goldberg/Sauer 2004: 157) mit der überwiegenden Mehrheit hinter der Regierungskoalition. Im Jahr 2005 war die Neigung zur SPD noch größer als im Jahr 2002.

5.4.3 Kandidatenorientierung und Lösungskompetenzen

Kandidatenorientierung als ein kurzfristig wirksamer Faktor beschreibt die Wahrnehmung und Beurteilung von personellen Alternativen, die von den Parteien präsentiert werden, für ein politisches Amt hinsichtlich ihrer Eigenschaften wie Problemlösungskompetenz, Vertrauenswürdigkeit, Ehrlichkeit usw. durch die Wählerschaft (Vgl. Gabriel 2001: 234ff., Maier/Rattinger 2000: 5ff.). Kandidaten sind nicht nur für die Mobilisierung der Stammwähler, sondern auch für die Überzeugung der Wechselwähler oder ungebundenen Wähler wichtig. Mit Blick auf die ungebundenen Wähler kann man davon ausgehen, dass „die jeweilige Wahrnehmung der Spitzenkandidaten ihre Wahlentscheidung maßgeblich beeinflussen kann“ (Brettschneider 2001: 388).

Kandidatenorientierungen, Lösungskompetenzen der Kandidaten und Parteien und Bewertungen der Regierungs- und Oppositionsarbeit hatten selbstverständlich auch bei den türkischstämmigen Deutschen Einfluss auf die individuelle Wahlentscheidung bei den Bundestagswahlen 2002 und 2005. Die Kandidatenorientierung der türkischstämmigen Wähler ist mit der Themenorientierung und Parteipolitik eng verbunden. „Der Wähler wählt nicht Personen statt Programmen, sondern Programme mit Personen [...]. Er wählt nicht den Kandidat anstelle der Partei, sondern den Kandidaten (s)einer Partei“ (Stern/Graner 2002: 150). Insofern geht es bei der Wahlentscheidung von Deutsch-Türken um „parteipolitische“ (Wüst 2003a: 122) und „themenbezogene Kandidatenorientierung“ (Brettschneider 2001: 388). Die themenbezogene Kandidatenorientierung beschreibt die Wechselwirkung zwischen den Kandidaten und ihrer Problemlösungskompetenz in Sachfragen, die von türkischstämmigen Wählern wahrgenommen und als wichtig eingeschätzt werden. Gleichzeitig nehmen sie auch „die Kandidaten“ wie die „Parteien, Themen und Lösungskompetenzen bereits parteipolitisch ‚gefärbt‘“ wahr (Wüst 2003a: 122). „Politische Sachfragen“ und „der Kanzlerkandidat“, also die beiden kurzfristigen sozialpsychologischen Faktoren, „bilden die bedeutendsten Einflussfaktoren für die Wahlentscheidung“ (Gabriel/Neller 2005: 230).

Die Bundestagswahl 2002 wurde „von einem hohen Maß an Personalisierung geprägt“ (Huß 2007: 11). Sowohl bei der CDU/CSU als auch bei der SPD ging es bei der Bundestagswahl 2002 um die „Entkopplung von Partei und Kandidat“ (Fengler/Jun 2003: 178). Während Bundeskanzler Gerhard Schröder mit dem Slogan „Er oder Ich“ den Wahlkampf personalisierte, und die SPD ihre Wahlkampagne am populären Bundeskanzler Schröder ausgerichtete, wurde diese Tendenz auch

von Edmund Stoiber betont: „Das Stoiber Team ist dazu da, das persönliche Profil des Kanzlerkandidaten im Wahlkampf einzuführen und kompatibel zu machen mit den Planungen von CDU und CSU“ (zitiert nach Röseler 2003: 209). Der Slogan „Er oder Ich“ war für die türkischstämmige Wählerschaft sehr bestimmend, wenn die Migrations- und Integrationspolitiken von Unionsparteien und SPD, die sehr unterschiedlich sind, berücksichtigt werden. Dennoch „wurden Edmund Stoiber vom Wähler eher die Kompetenzen, dem amtierenden Bundeskanzler eher die Sympathiewerte zugeschrieben und Schröder konnte vor der Wahl auch auf gestiegene Kompetenzwerte bauen“ (Graf/Neu 2002: 2). Der Sympathiewert von Schröder wurde nicht nur von den Deutschen, sondern auch von der türkischen Bevölkerung deutlich besser bewertet als bei Stoiber. Schröder wurde sogar als „türkischer Kanzler“¹¹² bezeichnet. In Veranstaltungen, die von der SPD, von verschiedenen türkischen Selbstorganisationen und von der Initiative „Neue Inländer für Schröder“ organisiert wurden, haben prominente Persönlichkeiten wie Ozan Ceyhun, Vural Öger, Hakkı Keskin und Faruk Şen immer hervorgehoben, dass „Schröder für die Türken und die Türkei gewählt werden muss“ und dass „von der CDU und von Stoiber eine Contra-Politik sowohl gegen die Türken als auch gegen die Türkei durchgeführt wird.“¹¹³

Dies bestätigen die Daten des Politbarometers in 2001/02 (Tabelle 5.21). Gerhard Schröder ist von den Eingebürgerten außer von den „Russland- und Rumänien-deutschen“ stärker präferiert worden als Edmund Stoiber, „und somit gab es auch unter Neubürgern einen positiven Kandidateneffekt für die SPD“ (Wüst 2003b: 37). 78% der eingebürgerten SPD-Anhänger, 88% der Grünen-Anhänger und 44% der Anhänger der FDP favorisierten vor der Bundestagswahl 2002 Gerhard Schröder als den von ihnen gewünschten Bundeskanzler, während im Gegensatz dazu 73% der Unionswähler und 52% der Anhänger der FDP Edmund Stoiber bevorzugten. Schröder wurde gleichzeitig auch von 87% der nicht eingebürgerten SPD-Anhänger und von 86% der nicht eingebürgerten Grünen-Anhänger als der gewünschte Bundeskanzler bewertet (Vgl. Tabelle 5.21).

112 Vgl. Grandinger, Erwin 2004: Hände weg von der Türkei, in: http://www.welt.de/printwelt/article/329958/Haende_weg_von_der_Tuerkei.html, 28.08.2007.

113 Vgl. <http://dtf-hamburg.de/pages/pagel-mehr.html>, 13.08.2008.

Tabelle 5.21: Kandidatenpräferenz, Problemlösungskompetenz der nicht an die jeweiligen Parteien gebundenen¹¹⁴ Wähler (Politbarometer 2001/02; Spaltenprozent-bzw. mittelwerte)

	Nicht Eingebürgerte				Eingebürgerte			
	SPD	Union	Grüne	FDP	SPD	Union	Grüne	FDP
davon mit Kandidatenpräferenz								
Schröder	87	20	86	35	78	19	88	44
Stoiber	9	72	7	54	13	73	8	52
davon mit Problemlösungskompetenz: Arbeit								
Regierungspartei*	41	7	46	14	37	7	65	35
Oppositionspartei*	15	71	28	62	37	57	12	50
davon mit Problemlösungskompetenz: Wirtschaft								
Regierungspartei*	42	5	47	5	46	1	42	27
Oppositionspartei*	13	65	17	62	16	71	4	46
davon mit Zufriedenheits-Mittelwert für präferierte Partei (Skala +5 bis -5)								
	2,1	1,3	1,6	1,5	2,3	2,0	2,0	1,9
Differenz zwischen Bewertung der Regierung und der Opposition (Skalen von +5 bis -5)								
	1,6	-0,1	2,0	-1,3	1,5	-2,8	3,0	-0,7

*Regierung ist definiert als SPD und Grüne sowie Opposition als CDU/CSU und FDP

Quelle: Wüst 2003a: 121

Aus diesen Berechnungen „ergibt sich ein für gebürtige Deutsche und Eingebürgerte sehr ähnliches Bild“ (Wüst 2003a: 120). Am Ende des Wahlkampfes „klaffte“ nicht nur die Kandidatenbewertung unter den Deutschen, sondern auch unter den eingebürgerten Türken „immer weiter auseinander und Schröder fand über die Par-

¹¹⁴ Diese Tabelle enthielt vier ehemalige Staatsangehörigkeiten: Türkei, SU und Nachfolgestaaten; Polen und Rumänien.

tei- und Lagergrenzen hinaus Zuspruch“ (Graf/Neue 2002: 3). Beispielsweise bevorzugten 98% der deutschen SPD-Anhänger, 96% der deutschen Grünen-Anhänger, 85% der Anhänger der PDS und 45% der FDP-Anhänger bei der Bundestagswahl 2002 Gerhard Schröder, demgegenüber 82% der deutschen Unionswähler und 48% der FDP-Anhänger Edmund Stoiber (vgl. Kornelius et al. 2005: 39).

Bei der Bundestagswahl 2002 wurde der CDU die größere Kompetenz in „Wirtschaft“, Bekämpfung des „Arbeitslosigkeit und Kriminalität“ und der SPD in Fragen der „sozialen Gerechtigkeit“ zugeschrieben. Am Ende des Wahlkampfes hat sich gezeigt, dass „die Themen Wirtschaft und Arbeitslosigkeit so ihre mobilisierende Wirkung verloren“ (Graf/Neue 2002: 2).

„Mit Ausnahme der Grünen-Wähler ist die Kompetenzzuschreibung Eingebürgerter beim Thema Arbeit weniger prägnant, so dass die Relevanz dieses Themas für die Wahlentscheidung Eingebürgerter von geringerer Bedeutung zu sein scheint. [...] höchst interessant ist die Tatsache, dass die Bewertungsdifferenzen von Regierung und Opposition unter Eingebürgerten deutlich höher ausfallen, so dass die Relevanz dieses Indikators für die Wahlentscheidung Eingebürgerter hoch sein dürfte“ (Wüst 2003a: 121).

Das Wahlergebnis der Bundestagswahl 2005 hat die Kandidatenorientierung der türkischstämmigen Wählerschaft reflektiert¹¹⁵, die nicht anders als bei der Bundestagswahl 2002 war. Sogar der Sympathiewert von Gerhard Schröder gegenüber Angela Merkel war im Jahr 2005 noch höher als gegenüber Stoiber 2002.

„Vor allen Dingen hat die Tatsache, dass die Stimmen der türkischstämmigen Deutschen den Kanzler vor einer kompletten Niederlage bewahrt haben, das Gefühl verstärkt, die Türken seien ein Teil der deutschen Politik geworden. Dies ist ein sehr wichtiger Schritt zur weiteren Integration.“¹¹⁶

Schröder hat im Rahmen des Wahlkampfes die Mediengruppe Dogan, die in Deutschland größte türkische Mediengruppe, besucht. In seiner Rede betonte er die migrationsspezifischen Probleme von Türken und den EU-Beitritt der Türkei. Dieser Besuch hat die Aufmerksamkeit der türkischen Bevölkerung auf Schröder gerichtet und hat gezeigt, dass nicht nur individuell als sympathisch empfundene Ansprache, sondern auch die Aussagen über die einzelnen Themen, wie z.B. der

¹¹⁵ Vor der Bundestagswahl 2005 gab es keine empirische Untersuchung über die Kandidatenorientierung der türkischstämmigen Wählerschaft und die Problemlösungskompetenzen der Parteien und Kandidaten.

¹¹⁶ In: Die Zeit, 22.09.2005, Nr.39, http://www.zeit.de/2005/39/Ausl_T_9frkei, 09.10.2008.

EU-Beitritt der Türkei, noch wichtiger als die wirtschaftlichen Probleme wie Arbeitslosigkeit sein könnten. „In seiner Rede zeigt Schröder, dass er weiß, was die Türken hören wollen.“¹¹⁷ Dagegen hatte Angela Merkel, „die eine türkische EU-Vollmitgliedschaft ablehnt, sich für christliche Ideale einsetzt und nicht gerade für eine arbeiterfreundliche Politik bekannt ist“ (Zaptcioglu 2005: 31), ein negatives Image in der türkischen Öffentlichkeit in Deutschland und in der Türkei. Der Erfolg der SPD bei den Deutsch-Türken rührt von der spezifischen Kommunikation und den Themen her, die von der SPD und von Gerhard Schröder gut aufgegriffen wurden. Es wird deutlich, dass die Kandidatenorientierung bei der Bundestagswahl 2005 parteipolitisch gefärbt war und dass die Zuschreibung von Lösungskompetenzen der Parteien und die Parteibewertungen wieder deutlich den Parteipräferenzen entsprechen.

5.4.4 Wahlempfehlungen der Selbstorganisationen

Die Wahlempfehlungen der türkischen Organisationen und Vereine als wahrgenommene Interessenvertreter der Mehrheit der türkischen Migranten (vgl. Kapitel 3, Abschnitt 3.3) sind ein anderer wichtiger Punkt bei den Bundestagswahlen und spielen als „politischer Informationskanal“ (Klinger 2008: 128) und kurzfristiger Faktor eine große Rolle für die Wahlentscheidung der Wählerschaft türkischer Herkunft. Die Parteien werden meistens vor den Bundestagswahlen von diesen Organisationen befragt und die Ergebnisse mitgeteilt. Dies geschieht mit dem Ziel, die Wählerschaft türkischer Herkunft zu informieren und Sichtweisen auf die wichtigen Themen geben zu können. Die Fragen zu den Wahlen unterscheiden sich inhaltlich nicht. Diese Organisationen müssen in religiöse und nicht religiöse gegliedert werden. Die Sichtweise der islamischen Organisationen findet sich in Feststellung von Jytte Klausen (2006: 81) wieder:

„Die europäischen Mehrparteiensysteme reagieren hochempfindlich auf minimale Verschiebungen der Wählerbindungen. Ausländerfeindliche Parteien, die derzeit in den meisten Ländern zwischen fünf und 15 Prozent der Stimmen erhalten, beschränken den Handlungsspielraum der großen Parteien, auf die Belange der Muslime zu reagieren. Die Bemühungen der großen Parteien, die an ausländerfeindliche Parteien verlorenen Stimmen zurückzugewinnen, führen nicht selten zu verbalen Bekenntnissen, gegenüber den Muslimen eine harte

¹¹⁷ Ataman, Ferda 2005: Ausländer im Wahlkampf. Der Türken-Faktor, in: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,372716,00.html>, 15.08.2008.

Linie vertreten zu wollen.“

Islamische Verbände beschäftigen sich neben der EU-Mitgliedschaft der Türkei mit unterschiedlichen religiösen Themen wie dem Kopftuchstreit, getrenntem Schwimmunterricht, dem Israel-Palästina-Konflikt und islamischen Religionsunterricht, während nicht religiöse Organisationen die rechtlichen, politischen und sozialen Lebensbedingungen von Migrantengenerationen und ihre Integrationsprobleme betonen. Dies hat Auswirkungen auf die Wahlempfehlungen. Während die Organisationen wie TGD (Türkische Gemeinde in Deutschland) und die HDF (Föderation der Volksvereine türkischer Sozialdemokraten e.V.) klare Wahlempfehlungen für Parteien geben, empfehlen die islamischen Verbände wie die Islamische Gemeinschaft Milli Görüs (IMGM) die Parteien „indirekt und versuchen, bestimmte Parteien als Wahlmöglichkeit auszuschließen“ (Struening 2007: 20). Die religiösen Organisationen haben in Deutschland eigene Moscheen, die ein wichtiges und hohes Potenzial besitzen und zudem viele Mitglieder, die mit Hilfe ihrer Slogans einfach manipuliert werden können. Darum können ihre Wahlempfehlungen als „Paketstimme“¹¹⁸ bezeichnet werden.

IMGM (die Islamische Gemeinschaft Milli Görüs)¹¹⁹, „die zweitgrößte islamische Vereinigung türkischer Muslime“ (Şen/Aydın 2002: 51) in Deutschland, ist „sehr gut organisiert und deckt mit ihren Dienstleistungen einen großen Teil des täglichen Lebens ihrer Anhänger ab“ (Struening 2007: 17). Diese rief sowohl 2002 als auch 2005¹²⁰ die wahlberechtigten Muslime zur Wahlbeteiligung auf. Sie empfahl keine Partei, hat aber Parteien gedroht, die mit „ausländerfeindlichen Tönen (2002) und der Gegnerschaft zum EU-Beitritt der Türkei (2005) Wahlkampf machen würden. Hier ist unschwer zu erkennen, dass die CDU/CSU gemeint sind“ (Struening 2007: 18). Der Zentralrat der Muslime in Deutschland (ZMD) forderte seit 1998 alle wahlberechtigten Muslime auf, zu den Bundestagswahlen in Deutschland zu gehen. „Die wahlberechtigten Muslime werden für diejenigen Kandidaten stimmen, welche sich für ihre Rechte und Ziele am stärksten einsetzen und für den Islam das größte

118 Der Begriff „Paketstimme“ wird in der Türkei meistens für die religiösen Gruppen verwendet. Jede Gruppe bestimmt für die Wahlen eine Partei und ihre Mitglieder wählen nur diese Partei. Die Stimmen von Mitgliedern einer Gruppe werden als Paketstimme benannt. Diese Situation ist auch in Deutschland nicht anders.

119 Diese Organisation gewann zunehmend Einfluss in Deutschland, nachdem die AKP in der Türkei an die Macht gekommen ist. Der frühere türkische Außenminister „Abdullah Gül wies die türkischen Botschaften an, die Islamische Gemeinschaft Milli Görüs nach Kräften zu unterstützen“ (Magazin der Jungen Union 2004: 17).

120 Wahlauf Ruf der IMGM an alle stimmberechtigten Migranten 2002, in: <http://www.igmg.de/index.php?module=ContentExpress&func=display&ceid=699&itmid=1>, 28.07. 2006; Wahlauf Ruf der IMGM an alle stimmberechtigten Migranten 2005, in: <http://www.igmg.de/index.php?module=ContentExpress&func=display&ceid=1842&itmid=1>, 28.07.2006.

Verständnis zeigen.“¹²¹ ZMD passt insbesondere auf die Meinungen der Parteien über den EU-Beitritt der Türkei auf. Die Lage ist bei vielen anderen islamischen Organisationen¹²² wie dem Verband der islamischen Kulturzentren (VIKZ), der Türkisch-Islamischen Union in Europa (ATIB), der Deutschen Muslim Liga e.V. (DML) usw. nicht anders. Nur die DITIB (Türkisch Islamische Union der Anstalt für Religion), die vom türkischen Ministerium für Religionsangelegenheiten gegründete und größte Organisation in Deutschland, gibt keine Wahlempfehlungen. Sie „bekennt sich zur freiheitlich demokratischen Grundordnung und den demokratischen Werten Deutschlands.“¹²³

Die TGD (Türkische Gemeinde in Deutschland) ist die wichtigste, größte und parteipolitisch unabhängige Interessenvertretung der Deutschlandtürken. Vor den Bundestagswahlen 2002 und 2005 hat die TGD, die von mehr als 200 Mitgliedsvereinen gegründet wurde, den im Bundestag vertretenen Parteien Fragen gestellt, um die türkischstämmige Wählerschaft über die wichtigen migrationsspezifischen Themen zu informieren. Diese Fragen wurden nur von den Unionsparteien nicht beantwortet. Nach Bewertung der Wahlprogramme und der Antworten der Parteien hat die TGD ihre Wahlempfehlung für die Bundestagswahl 2002 erklärt¹²⁴:

„Wir haben uns in der Vergangenheit durchaus kritisch mit dem neuen Staatsangehörigkeitsrecht wie dem Zuwanderungsgesetz auseinandergesetzt. So bleiben auch manche Antworten der SPD kritikwürdig. Dennoch plädieren wir dafür, bei den anstehenden Wahlen für eine Fortsetzung der rot-grünen Koalition zu stimmen. Auch die PDS verdient Beachtung und Respekt.“

Dagegen wurde betont, dass „sich die Unionsparteien allerdings in der Vergangenheit und in jüngster Zeit für eine Verbesserung der rechtlichen, politischen oder sozialen Lebensbedingungen der Migranten und ihrer Kinder nicht eingesetzt haben“, dass sie „vielmehr häufig versuchten, Verbesserungen in diesem Bereich zu blockieren“, wie bei der erleichterten Einbürgerung oder beim Zuwanderungsgesetz. „Daher ist eine Stimmabgabe für die Unionsparteien von unserer Seite nicht zu er-

121 ZMD: Auszug aus der Islamischen Charta des Zentralrats der Muslime in Deutschland e.V., <http://zentralrat.de/3035.php>, 26.07.06; ZMD: Wahlauf Ruf an die muslimischen Staatsbürger, <http://zentralrat.de/include.php?site=zmd/archiv&di=pmold/pm17neu.htm>, und ZMD: Zentralrat ruft zur Stimmabgabe der Muslime bei den Europawahlen auf, <http://www.islam.de/2661.php>, 26.07.06

122 Siehe Şen/Aydın 2002: Islam in Deutschland, Atilgan 2002: Türkische politische Organisationen in der BRD, Struening 2007: Deutsche Parteien und islamische Wählerklientel.

123 Türkisch Islamische Union der Anstalt für Religion: Grundsätze, in: http://www.diyenet.org/de/grund_satz/index.php, 17.09.2008.

124 TGD Pressemitteilungen: Türkische Gemeinde in Deutschland gibt Wahlempfehlungen, 17. 9. 02, Hamburg, in: <http://www.tgd.de/index.php?name=News&file=article&sid=198>, 02.06.2006.

warten.“¹²⁵

Die Bundestagswahl 2005 „endete völlig überraschend mit Verlusten beider Volksparteien. Wahlgewinner ist die Linkspartei/PDS“ (Neu 2005: 3). Die Linkspartei/PDS hat mit Hakkı Keskin, der Vorsitzender der TGD ist und aus der SPD ausgetreten ist, einen erfolgreichen Wahlkampf durchgeführt. Die Empfehlung „Beachtung und Respekt“ für die PDS im Jahr 2002 hat sich im Jahr 2005 zur Bezeichnung „Vertreter“ von Deutschtürken gewandelt. Für die Bundestagswahl 2005 hat der Vertreterrat der TGD nicht nur die Fragen zu den Parteien und ihre Antworten, sondern auch die Wahlprogramme der Parteien diskutiert und ausgewertet. Bei der Vertreterversammlung am 28. August 2005 wurde für die Positionen der politischen Parteien und Wahlempfehlungen folgendes festgestellt¹²⁶:

„Die politischen Forderungen der Türkischen Gemeinde in Deutschland und die Rechte von Deutschlandtürken werden in den Positionen der Linkspartei.PDS am weitestgehenden vertreten. Im Bereich der Beziehungen zwischen EU und Türkei sind unsere Forderungen bei SPD und Bündnis/Die Grünen am besten vertreten. Die TGD empfiehlt allen türkischstämmigen Wählern, von ihrem Wahlrecht auf jeden Fall Gebrauch zu machen und ihre Wahlentscheidung als Souverän selbst zu treffen. Wir empfehlen den Wählern, bei der Vergabe ihrer Erststimme die politischen Schwerpunkte und Einstellungen der Kandidaten zu berücksichtigen.“

Diese Empfehlung der TGD und die Rolle von Hakkı Keskin können erklären, dass die Stimmen der Linkspartei/PDS bei der Bundestagswahl 2005 um 2,8% stiegen. Dagegen haben die direkten oder indirekten Wahlempfehlungen der türkischen Organisationen immer die SPD angezeigt.

¹²⁵ Keskin, Hakkı: Pressemitteilungen, 02.09.02, Hamburg, in: <http://www.tgd.de>, 02.06.2006.

¹²⁶ Presseerklärung der TGD, Bundestagswahl 2005 - Empfehlung der TGD, in: <http://www.tgd.de/index.php?name=News&file=article&sid=491>, 02.06.2006.

5.5 Der Einfluss der türkischen Medien in Deutschland und der Türkei auf das Wahlverhalten

Eine Demokratie ist ohne Massenmedien nicht vorstellbar. Heutzutage erhalten die Bürger viele Informationen durch „die Massenkommunikation alltäglich ohne Kostenaufwand“ (Shikano 2002: 19). Es ist eine Tatsache, dass die Massenmedien im heutigen politischen Prozess eine wichtige Rolle spielen und „Politik machen“ (Machnig 2002: 147). Sie sind nicht nur „die zentrale Meinungsbildungsinstanz“ (Sauer 2007: 169), sondern spielen auch „eine erhebliche Rolle bei der Bildung von Wahlpräferenzen“ (Klinger 2008: 128), weil Massenmedien „politische Meinungen, Einstellungen oder sogar Verhaltensweisen ihres Publikums beeinflussen können“ (Schmitt-Beck 2003: 337ff.). Dies gilt natürlich auch für die Türken in Deutschland. Vor dem Einfluss der Massenmedien auf das Wahlverhalten der türkischstämmigen Wählerschaft soll zunächst die Mediennutzung der Türken und Deutschen türkischer Herkunft erklärt werden, weil es sich bei diesen nicht nur um deutschsprachige, sondern auch türkischsprachige Massenmedien handelt, die sowohl der Einfluss der Türkei auf das Wahlverhalten, die Bewertung deutscher Parteien durch die türkischstämmige Wählerschaft als auch das Interesse der in Deutschland lebenden Türken an türkischer Politik vermitteln.

Erste türkische Zeitungen (Tercüman und Aksam) wurden Ende der 1960er Jahre, „zehn Jahre nach den ersten Gastarbeitern“ (Ottensschläger 2004: 34), in Deutschland angeboten. Seit 1991 erweiterten sich staatliche und private türkische Fernsehsender. Es gibt heute „acht¹²⁷ überregionale Tageszeitungen mit unterschiedlicher politischer Ausrichtung“ (Sauer 2007: 170) und Hunderte türkischer Fernsehsender¹²⁸ und Radios. „Keiner anderen Migrationsgruppe stehen in Deutschland so viele Medienangebote in der eigenen Sprache zur Verfügung wie den Türken“ (Ottensschläger 2004: 34). Es gibt in fast allen türkischen Zeitungen, „als erste Hürriyet seit 1972“, so genannte Europa-Seiten, „auf denen insbesondere auf Belange der in Europa lebenden Türken und auf die politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen in diesen Ländern eingegangen wird“ (Sauer 2007: 169). Obwohl Türken am Anfang nur türkischsprachige Medien, die „ein fester Bestandteil des Lebens der türkischen Bevölkerung“ in Deutschland waren, nutzten, werden heute „türkische und deutsche Medien komplementär genutzt“ (Goldberg/Sauer 2003: 166). Türkische Tageszeitungen verstanden sich früher als „Bewahrer der nationalen und

127 Hürriyet, Milliyet, Zaman, Türkiye, Sabah, Milli Gazete, Özgür Politika und Evrensel.

128 Wichtige Sender sind ATV, Kanal D, Star TV, Show TV, TRT (5 Kanäle), Samanyolu, FOX. Wichtige Nachrichtensender sind NTV Türk und Europa, CNN Türk, TV8, Sky Türk, Haber Türk und TGRT Haber.

kulturellen Identität“ (Ottenschläger 2004: 37) und fungierten „als Sprachrohr der türkischen Migranten“ (Güntürk 1999: 138), und als „Anwälte“ ihrer Leserschaft „sowohl gegenüber der deutschen als auch der türkischen Regierung“ (Durgut 1993: 115). Diese Situation wird auch heute besonders „gegenüber öffentlichen Institutionen Behörden“ (Sauer 2007: 170) beibehalten, obwohl die Fernsehsender „die türkischen Zeitungen als muttersprachliches Hauptinformationsmedium ablösen“ (Goldberg/Sauer 2003: 166). Jetzt „unterstützen“ beide Medienformate „die Ausbildung der eigenen Identität als Türkischstämmiger“ und „geben damit eine Orientierungshilfe“ (Foertsch 2007a: 11).

Tabelle 5.22 zeigt im Zeitvergleich, dass Fernsehen und Tageszeitungen die bedeutendsten Medien für die Informationsbeschaffung der Mehrheit türkischer Migranten sind, dass die Nutzung des Fernsehens häufiger ist als die der Tageszeitungen und dass diese Medien komplementär verwendet werden. Die Türken in Deutschland informieren sich in erster Linie mittels der türkischsprachigen Medien. Die Nutzung des deutschen und türkischen Fernsehens zeigt keine großen Unterschiede. Dagegen wurden türkische Zeitungen in allen Jahren 10% mehr als deutsche Zeitungen benutzt, während das deutschsprachige Internet und Radio noch häufiger benutzt werden.

Tabelle 5.22: Nutzung deutscher und türkischer Medien nach der Medienart im Zeitvergleich (Prozentwerte)

	Türkische Medien					Deutsche Medien				
	2001	2002	2003	2004	2005	2001	2002	2003	2004	2005
Fernsehen	89,4	85,7	85,0	92,2	94,6	89,6	85,4	86,7	91,8	90,7
Radio	11,3	16,7	15,8	16,1	8,3	24,4	29,0	26,4	28,3	13,8
Tageszeitung	69,8	63,4	59,9	57,3	56,5	58,2	52,3	49,6	47,3	42,4
Wochenzeitung	1,4	4,7	4,4	5,0	3,2	8,6	16,1	10,5	11,9	7,2
Internet	7,1	11,5	16,0	17,7	15,0	13,3	21,5	24,8	24,8	20

Quelle: Sauer 2007: 258

Tabelle 5.23 zeigt die türkischen Zeitungen und Fernsehkanäle, die am häufigsten gelesen und gesehen werden. Die am häufigsten gesehenen türkischen Kanäle sind in den Jahren 2002 und 2005 TRT, Kanal D, Show TV, ATV und Star TV. Es fällt auf, dass 2005 die Nachrichtensender mit 42,1% die meist gesehenen Kanäle waren. Unter den türkischen Zeitungen werden vor allem die liberal-konservative Hürriyet und die linksliberale Milliyet gelesen, die zur Dogan Media Gruppe (der größte Medienkonzern der Türkei) gehören. Die konservativ-religiösen Zeitungen Türkiye und Zaman, die religiös-fundamentalistische Milli Gazete, die linke Zeitung Evrensel und die kurdisch-nationalistische Özgür Politika haben unter 10% Leseranteil.¹²⁹

Tabelle 5.23: Nutzung türkischer Zeitungen und meist gesehenen türkische Fernsehsender (Prozentwerte)

Türkische Zeitungen	2002	2005	Türkische Kanäle	2002	2005
Hürriyet	57,8	60,1	TRT	60,7	41,5
Milliyet	13,2	10,2	Kanal D	54,1	54,9
Türkiye	9,8	9,1	Show TV	51,0	48,5
Zaman	4,0	9,8	ATV	37,9	57,1
Özgür Politika	1,5	1,3	Star	21,8	31,5
Evrensel	1,0	0,6	Kanal 7	11,3	25,3
Milli Gazete	0,9	2,1	TGRT	10,9	25,7
			Nachrichtensender*	13,1	42,1

*2002: NTV, TV8, CNN Türk, 2005: NTV, TV8, CNN Türk und Haber Türk

Quelle: Goldberg/Sauer 2003: 170ff. und Sauer/Goldberg 2006: 168ff.

¹²⁹ Von diesen Zeitungen gehören Türkiye zur Ihlas-Gruppe, Milli Gazete zur islamischen Gruppierung Milli Görüs (Tugendpartei), Özgür Politika zur PKK. „Zaman steht“ dem muslimischen Prediger „Fethullah Gülen nahe“ (Aydın/Şen 2002: 87). Diese Bewegung „vertritt offiziell einen gemäßigten Islam, wurde von Fetullah Gülen Ende der siebziger Jahre gegründet. Gülen ist für seine Anhänger der Reformator des liberalen Islams.“ Seine Zeitung Zaman wird von „deutschen wie auch türkischen Journalisten gelobt und als das einzig wirklich anspruchsvolle türkische Nachrichtenblatt auf dem deutschen Markt gesehen“ (Foertsch 2007a: 14).

Die türkischen Zeitungen und Fernsehkanäle, die meistens „großen Medienkonzernen angehören“ (Sauer 2007: 170), werden in „religiös und neutral unterteilt“ (Otterschläger 2004: 35). Zu den religiösen Zeitungen und Kanälen zählen Türkiye, Zaman, Milli Gazete, Kanal 7 und TGRT. Die meisten der neutralen Zeitungen und Kanäle (Hürriyet, Milliyet, Kanal D, Star TV und CNN Türk) gehören zur Dogan-Mediengruppe. Diese Gruppe hatte in 2002 und 2005 durchschnittlich 70% Leseranteil und 80% Zuschaueranteil (vgl. Tabelle 5.23). Diese Gliederung der türkischen Medien spiegelt die Unterteilung der türkischen Organisationen in religiöse und nicht religiöse wider.

Es steht fest, dass die türkischen Medien einen weitreichenden Einfluss auf die politischen Einstellungen der Türken in Deutschland haben. Auch kann man sagen, dass die politische Sozialisation von Türken in Deutschland von Anfang an mit Hilfe der türkischen Zeitungen verwirklicht wurde. Heute helfen ihnen türkische Medien weiter, um ein gemeinsames politisches Verständnis herzustellen. Sie „dienen nicht nur der Information über das Geschehen im Heimatland, sondern auch als eine Plattform für die Problematisierung der Situation der Migranten“ (Goldberg/Sauer 2003: 166), weil „die deutschen Medien den Migranten keine wirkliche Plattform bieten, um ihre Interessen, aber auch ihre Probleme zu artikulieren. Dies bieten ihnen nur die türkischen Medien“ (Foertsch 2007a: 11). Sie vermitteln wichtige, zentrale Themen.

Türkische Medien vermitteln die politischen Themen, die von der türkischen Bevölkerung wahrgenommen werden sollen. Sie „bieten ein eingeschränktes Meinungsspektrum“ (Sauer/Goldberg 2006: 164) und beschäftigen sich stark mit bestimmten Themen wie der Ausländerpolitik, der Ausländerfeindlichkeit, dem Rechtsradikalismus, der EU-Frage der Türkei, der Arbeitslosigkeit von Türken usw. Die meisten „Nachrichten, Berichte und Artikel behandeln vor allem migrationsspezifische Themen und die (politische) Lage der Bundesrepublik aus türkischer Sicht“ (Otterschläger 2004: 35). Dagegen setzen sie „bestimmte Themen, die in Deutschland von Bedeutung sind, nicht auf die Agenda“ (Sauer/Goldberg 2006: 164). Die Meinungen und Wahlentscheidungen eingebürgerter Türken werden durch die emotionale Darstellung und Auseinandersetzung mit den Themen beeinflusst. Sie verhandeln diese Themen besonders vor den Wahlen, vergleichen die Parteien und ihre Wahlprogramme, erinnern an bereits gemachte Erfahrungen mit den Parteien und beeinflussen über diese Themen die Wahlentscheidungen. Die Deutsch-Türken „reagieren auf politische Aussagen viel emotionaler als die deutsche Bevölkerung und finden auch eine emotionale Darstellung von Sachthemen nicht befremdlich“

(Foertsch 2007: 16). Z.B. wird die Frage des EU-Beitritts der Türkei als ein außenpolitisches Thema emotional von den türkischen Medien immer wieder hervorgehoben.

Türkische Medien erlangen für das Wahlverhalten eine zentrale Bedeutung: „Weil den Wählern in der Regel der direkte Kontakt zu den Politikern und dem Geschehen nicht möglich ist, sind sie angewiesen auf die ‚Bilder der Politiker und der Parteien‘, die sie aus den Medien erhalten.“¹³⁰ Türkische Medien spielen zusammen mit den Wahlumfragen¹³¹, die besonders „für bestimmte Wählergruppen“ wie Wechselwähler und unentschiedene Wähler „von überdurchschnittlicher Bedeutung scheinen“ (Brettschneider 1991: 142), mit den „hiesigen Berichterstattungen über die Bundestagswahlen“ und „ausführlichen Vorstellungen der deutschen und türkischstämmigen Bundestagskandidaten“¹³² eine entscheidende Rolle für die Wahlentscheidung der Wählerschaft türkischer Herkunft. In diesem Sinne brauchen Parteien und Politiker die türkischen Medien, um ihre politischen Positionen „publikumswirksam verkaufen“ (Dorsch 2008: 34) zu können. „Wenn man die türkischstämmige Zielgruppe erreichen möchte, kommt man an den türkischen Medien nicht vorbei“ (Foertsch 2007a: 16). Es gibt in Deutschland „rund 130 regionale Journalisten, deren Berichterstattung von der Leserschaft mit großem Interesse aufgenommen wird“ (Sauer 2007: 170). Persönliche Beziehungen mit diesen Journalisten sind „oft entscheidend“ und „es lohnt sich für Politiker, eine langfristige Beziehung zum Journalisten aufzubauen“ (Foertsch 2007a: 17).

Das Interesse der türkischen Medien an deutschen Parteien und Politik ist natürlich umso größer, je näher die Wahl rückt und je stärker der Wahlkampf personalisiert ist. Neben dem Agenda-Setting wird das „Image-Setting durch den professionalisierten Wahlkampf und die Medienberichterstattung vorangetrieben“, besonders die „Kompetenzen und Sympathien, die ein Kandidat in seinem Image medial transportiert, werden zunehmend wahlentscheidend.“¹³³ In diesem Zusammenhang war Schröder vielleicht der erste Bundeskanzler, der bei den letzten drei Bundestags-

130 Korte, Karl-Rudolf 2006: Medienanalyse zum Image von Spitzenpolitikern und Parteien in der Politikberichterstattung 2005, in: http://www.karl-rudolf-korte.de/data/medienanalyse_zusammenfassung.pdf, 09. 03.2006.

131 Die erste Wahlumfrage wurde in Deutschland „im März 1983 von der größten türkischen Zeitung Hürriyet durchgeführt.“ Nach dieser Umfrage „hätten von 14.551 türkischen Befragten 63,2% die SPD, 27,7% die CDU, 3,9% die Grünen, 3,3% die FDP und 1,9% andere Parteien gewählt“ (Şen 1993: 33).

132 Spehlt, Fank/Tröndle, Dirk 2005: Reaktionen und Kommentare zur Wahl des 16. deutschen Bundestags in der Türkei, in: www.kas.de/wf/de/33.7210/, 09.01.2009.

133 Korte, Karl-Rudolf 2006: Medienanalyse zum Image von Spitzenpolitikern und Parteien in der Politikberichterstattung 2005, in: <http://www.karl-rudolf-korte.de/data/medienanalysezusammenfassung.pdf>, 09. 03.2006.

wahlen von den Türken und den Medien positiv beurteilt wurde, während Stoiber, Merkel und ihre Politiken stark kritisiert und negativ dargestellt wurden.

Sowohl religiöse als auch neutrale türkische Medien haben die SPD und Schröder im Jahr 2002 gegen Stoiber und 2005 gegen Merkel unterstützt und betont, dass die Türken in Deutschland die SPD wählen müssen, weil sie eine gute Politik für die Türken machen und mit ihnen der Eintritt der Türkei in die EU eher ermöglicht werden könnte. „Viele Türken wünschen sich Schröder als Bundeskanzler, weil er für sie der Garant der türkischen EU-Mitgliedschaft ist“, während sie „Merkel und die CDU wegen des Konzepts der privilegierten Partnerschaft nicht nur als einen Gegner der Türkei, sondern auch als antitürkisch bezeichnen.“¹³⁴ Bei der Bundestagswahl 2002 wurde Bundeskanzler Schröder in den Zeitungen als „Kanzler von Kreuzberg“, als der „Sieger des TV-Duells“ dargestellt und zur „Unterstützung der Rot-Grün-Koalition“¹³⁵ aufgerufen. Er wurde bei der Bundestagswahl 2005 „als der gefühlte Sieger dieser Wahl in den Medien auch zum tatsächlichen Sieger erkoren“ und die Medienvertreter sind davon ausgegangen, dass „Schröder Bundeskanzler bleiben werde oder äußerten zumindest oft diesen Wunsch, während Frau Merkel mit ihrer Politik angeblich kläglich gescheitert sei.“¹³⁶ Schickte Schröder noch im Jahr 2002 „für die Einladung zur Einweihung der neuen Druckerei der Dogan-Mediengruppe Arbeitsminister Walter Riester“, hat er im Jahr 2005 in der letzten Wahlkampfwoche diese Mediengruppe im hessischen Mörfelden-Walldorf selbst besucht, um „die in Deutschland lebenden Türken zu bewegen.“¹³⁷ Die Rede von Schröder wurde von CNN-Türk live gesendet und in den stündlichen Nachrichten positiv kommentiert. Der Besuch war für die türkischstämmigen Wähler von besonderer Bedeutung und wurde von Gürsel Köksal, Milliyet-Redakteur und Vorsitzender des Bundes türkischer Journalisten in Europa, als „der Beginn einer neuen Dimension der Wahrnehmung der Türken in der deutschen Gesellschaft“¹³⁸ beurteilt. Türkische Zeitungen und Fernsehkanäle, die der Dogan-Mediengruppe angehören, „riefen dazu auf, zur Wahl zu gehen und zeigten damit eine Richtung trotz der offiziellen Neutralität an.“¹³⁹ Die konservativ-religiöse Zeitung Türkiye berichtete, dass

134 Spehlt, Fank/Tröndle, Dirk 2005: Reaktionen und Kommentare zur Wahl des 16. deutschen Bundestags in der Türkei, in: www.kas.de/wf/de/33.7210/, 09.01.2009.

135 In: <http://hurarsiv.hurriyet.com.tr/goster/haber.aspx?id,> 17.9.2002, 22.9.2002 und 24.9.2002, abgerufen: 09.01.2009.

136 Spehlt, Fank/Tröndle, Dirk 2005: Reaktionen und Kommentare zur Wahl des 16. deutschen Bundestags in der Türkei, in: www.kas.de/wf/de/33.7210/, 09.01.2009.

137 Ataman, Ferda 2005: Ausländer im Wahlkampf. Der Türken-Faktor, auf: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,372716,00.html>, 15.08.2008.

138 In: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,374502,00.html>, 09.01.2009.

139 Ataman, Ferda 2005: Ausländer im Wahlkampf. Der Türken-Faktor, in: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,372716,00.html>, 15.08.2008.

Schröder der Unterstützung von nahezu 80% der 600.000 türkischstämmigen Wähler sicher sein könne und dass damit den Türken eine enorme Bedeutung in den Wahlen zukomme¹⁴⁰. Die Schlagzeilen türkischer Zeitungen nach dem Ausgang der Wahlen verdeutlichen die Wünsche der türkischen Medien:

„Die Gegnerschaft zur Türkei hat keinen Sieg eingebracht“ (Zaman), „Eine Haltung gegen die Türken hat keinen Erfolg gebracht“, „Schock für Merkel“ (Hürriyet), „Die Gegnerschaft zur Türkei hat Merkel nichts eingebracht“ (Milliyet), „Türkei hat gewonnen“ (Türkiye), „Merkel ist auf die Wahlurne geknallt“ (Radikal), „Es ist nicht so schlimm gekommen, wie befürchtet“ (Akşam), „Streit um die Bundeskanzlerschaft“ (Sabah), „Dieses Ergebnis hilft uns weiter“, „Sie verliert ihre Privilegierung“ (Yeni Şafak)¹⁴¹. Die türkische Zeitung Radikal erklärte am Wahltag „die Bundestagswahl zur Abstimmung über die künftigen Beziehungen zwischen der EU und der Türkei“ und titelte, „Eine Schicksalswahl nicht nur für Deutschland, sondern auch für die Türkei“, während die Zeitung Vatan „Unser Herz ist heute bei Schröder“¹⁴² schrieb. „Auch die Kolumnisten vieler türkischer Tageszeitungen argumentieren in die gleiche Richtung.“¹⁴³

Der Einfluss der Türkei auf das Wahlverhalten der türkischstämmigen Wählerschaft bei den Bundestagswahlen ist besonders ab 1998 ein Diskussionsthema. Gerd Andres (SPD) bezweifelte, „dass sich hier lebende Türken in ihrem Wahlverhalten von ihrem Herkunftsland beeinflussen lassen“ (Bericht einer Gesprächsrunde in der FES 2000: 6), während Matthias Sonn von der deutschen Botschaft in Ankara erklärte, dass „die Türken in Deutschland von den meisten relevanten Kräften in der Türkei als eine türkische Lobby im Ausland zugunsten türkischer politischer Interessen“¹⁴⁴ gesehen werden. Es gibt eigentlich keinen Zweifel daran, dass das Wahlverhalten von Türken in Deutschland von den türkischen Regierungen und Parteien beeinflusst wird, weil „der Einfluss des Mutterlandes“ und der „Wahlempfehlungen von türkischen Ministerpräsidenten auf die Türken in Deutschland groß ist“ (Magazin der Jungen Union 2004: 17)¹⁴⁵. Hüseyin Bağcı lässt diesen Prozess mit der

140 In: <http://www.europress.de/europress.php/cat/11/aid/446/title/WAHLEN>, 09.01.2009.

141 In: Spehth, Fank/Tröndle, Dirk 2005: Reaktionen und Kommentare zur Wahl des 16. deutschen Bundestags in der Türkei, in: www.kas.de/wf/de/33.7210/, 09.01.2009 und <http://www.europress.de/europress.php/cat/11/aid/446/title/WAHLEN>, 09.01.2009.

142 In: Tagesanzeiger Ausland, <http://sc.tagesanzeiger.ch/dyn/news/ausland/541419.html>, 09.01.2009.

143 Spehth, Fank/Tröndle, Dirk 2005: Reaktionen und Kommentare zur Wahl des 16. deutschen Bundestags in der Türkei, auf: www.kas.de/wf/de/33.7210/, 09.01.2009.

144 In: Auth, Edgar 1998: Deutschland und die Türkei im Spiegel der Medien. Die Verantwortung der Medien in den deutsch-türkischen Beziehungen, Electronic ed. Bonn, FES Library, <http://www.fes.de/fulltext/bueros/istanbul/00252.htm>, 16.01.2009.

145 In: <http://www.ju-sachsen.de/downloads/sws0204.pdf>, 23.01.2009.

Özal-Periode beginnen:

„Man sollte erst einmal darauf hinweisen, dass die türkischen Regierungen bis Mitte der 80er Jahre die Türken in Deutschland nicht als wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Faktor betrachtet haben. (...) Mitte der 80er Jahre versuchte Turgut Özal zum ersten Mal in der türkischen Innenpolitik diese Leute auch als einen Faktor zu benutzen. Das war ein neues Bewusstsein, dass wir in Deutschland jetzt über zwei Millionen Menschen haben. (...) Die türkischen Politiker sind sich langsam bewusst, dass die Türken in Deutschland in der deutschen Innenpolitik ein Faktor sind und dass sie manipuliert werden können. (...) Für mich war dies ein neues Phänomen in den deutsch-türkischen Beziehungen, dass die Türken ab jetzt nicht nur als wirtschaftlicher, sondern auch als politischer Faktor gesehen werden und wenn sich die Anzahl der Türken, die die deutsche Staatsbürgerschaft angenommen haben, erhöht, werden die türkischen Politiker versuchen, Einfluss zu nehmen.“ (Bericht einer Gesprächsrunde in der FES 2000: 9ff).

Bei dem Einfluss der türkischen Regierungen (auch der Oppositionsparteien und -politiker) auf das Wahlverhalten der eingebürgerten Türken spielen die türkischen Medien und Selbstorganisationen, insbesondere die auf die Politik in der Türkei ausgerichteten Organisationen, eine grundsätzliche Rolle, da sie das Interesse an türkischer Politik aufrecht halten. Die meisten politischen Selbstorganisationen in Deutschland sind „ursprünglich rein herkunftslandsorientierte Organisationen“, die „das gesamte Spektrum der türkischen politischen Landschaft in die Bundesrepublik verpflanzt haben“ (Küçükhüseyin 2002: 10). Ihre Aktivitäten sind „diasporapolitisch ausgerichtet, d.h. sie richten sich sowohl auf die deutsche Politik (...) als auch auf Kontakte zu gesellschaftlichen oder staatlichen Akteuren in der Türkei“ (ebd.: 10). Dies ist ein Grund dafür, dass „die ethnische Mobilisierung in Deutschland sehr stark auf die Herkunftsländer bezogen geblieben ist“ und „ethnische Gruppen viel stärker auf die Politik ihrer Herkunftsländer orientiert sind“ (Koopmans 2002: 93). Diese Organisationen versuchen, „Einfluss auf die deutsche Politik und Öffentlichkeit zugunsten des Heimatlandes auszuüben“ (Küçükhüseyin 2002: 10). Türkische Politiker und Parteien beeinflussen durch die Vermittlung dieser Organisationen und türkischen Medien das Wahlverhalten der Wählerschaft türkischer Herkunft und weisen immer auf die SPD oder eine mögliche rot-grüne Koalition hin.

Es ist klar, dass die Bundestagswahlen in Deutschland von den türkischen Regierungen und Parteien zuerst unter dem Aspekt der Vor- oder Nachteile für den Ver-

handlungsprozess der Türkei mit der Europäischen Union gesehen werden. Bei den Bundestagswahlen wünscht man sich die SPD und eine Koalition mit den Grünen, die einen möglichen EU-Beitritt der Türkei unterstützt. Die Unionsparteien lehnt man ab, weil sie der Türkei nur eine „privilegierte Partnerschaft“ anbieten. Bei der Bundestagswahl 1998 wurde ein erster klarer Aufruf an die türkische Gesellschaft in Deutschland vom konservativen Ministerpräsident Mesut Yılmaz gemacht. Er hat „während des Bundestagswahlkampfes die Türken in Deutschland eindeutig aufgefordert, nicht die CDU/CSU zu wählen“ (Bericht einer Gesprächsrunde in der FES 2000: 9), während die republikanische Volkspartei der Türkei (CHP) alle in Deutschland wahlberechtigten Türken bei der Bundestagswahl 1998 aufforderte, für die SPD zu stimmen.¹⁴⁶ Die Bundestagswahl 2002 ist dagegen ruhiger verlaufen, weil auch in der Türkei allgemeine Wahlen (3. November 2002) stattfanden und sich alle Parteien und Politiker mit ihren Wahlkämpfen beschäftigten. Aber für die Bundestagswahl 2005 haben die zielgerichteten Erklärungen der Parteien und Politiker wieder zugenommen. Vor der Bundestagswahl 2005 hatte der Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan eine klare Unterstützung für die rot-grüne Bundesregierung angekündigt: „Wir werden nicht vergessen, was Gerhard Schröder für uns in Brüssel getan hat.“¹⁴⁷ Auch Saban Disli, Abgeordneter von AKP (Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung), erklärte, dass „eine Wiederwahl von Schröder ihre Arbeit erleichtern würde.“¹⁴⁸ Mustafa Sarigül (CHP), der berühmte Bürgermeister von Istanbul-Sisli, hat mit diversen Künstlern aus der Türkei im Rahmen der Wählerinitiative „Neue Inländer für Schröder“ in deutschen Städten an Veranstaltungen teilgenommen¹⁴⁹, um die SPD zu unterstützen. Dagegen wurden die Unionsparteien als eine große Barriere für die türkische Mitgliedschaft in der EU betrachtet und von der türkischen Seite immer scharf kritisiert. Die Erklärung des ehemaligen Ministerpräsidenten Mesut Yılmaz reflektiert den Blickwinkel der Türkei auf die Unionsparteien:

„Bis heute gab es in Deutschland keine Wahlen, in denen ein anderes Land, geschweige denn die verbündete Türkei, im Wahlkampf mit solch feindseligen Haltungen konfrontiert wurde. Der einzige Grund dafür ist, dass die deutsche Christdemokraten keine globalen Visionen besitzen und von Politikern geführt

146 In: Migration und Bevölkerung (Ausgabe 7) 1998: Deutschland: Wahlempfehlung aus der Türkei, http://www.migrationinfo.de/migration_und_bevoelkerung/archiv/ausgaben/ausgabe9807.pdf, 22. 01.2009.

147 In: Bolzen, Stefanie/Graw, Ansgar 2005: Kampf um türkischstämmige Wähler, in: <http://www.welt.de/data/2005/09/16/776405.html>, 08.03.2006.

148 In: Tagesanzeiger Ausland, <http://sc.tagesanzeiger.ch/dyn/news/ausland/541419.html>, 09. 01. 2009.

149 In: Bolzen, Stefanie/Graw, Ansgar 2005: Kampf um türkischstämmige Wähler, in: <http://www.welt.de/data/2005/09/16/776405.html>, 08.03.2006.

werden, die ihre Politik lokal ausrichten. Die Wahlergebnisse [2005] zeigen, dass das Türkeithema nicht den erhofften Erfolg für die deutschen Christdemokraten einbrachte, sondern kontraproduktiv war.“¹⁵⁰

Sowohl die türkischen Medien in Deutschland als auch die türkischen Regierungen, Parteien und Politiker zeigen in multivariaten Erklärungsmodellen wichtige Einflussfaktoren auf das Wahlverhalten. Es ist jedoch schwierig, den Einfluss dieser Faktoren als einzelnen Variablen zu bestimmen. Es lässt sich nicht festlegen, in welchem Maße sie das Wahlverhalten der türkischstämmigen Wählerschaft in Deutschland beeinflussen, weil es über dieses Thema keine empirischen Untersuchungen gibt. Diese Faktoren haben besonders im Zusammenspiel mit anderen Variablen wie Migrationscleavage, Ethnizität, Islam und kurzfristigen Faktoren Erklärungskraft.

5.6 Zusammenfassung

Dieses Kapitel hat das Wahlverhalten der türkischstämmigen Wahlberechtigten bei den Bundestagswahlen 2002 und 2005 empirisch untersucht. Die Befunde daraus lassen sich wie folgt zusammenzufassen.

Mit 70% Wahlbeteiligungsrates haben 301.000 (von 430.000) Wähler bei der Bundestagswahl 2002 und 378.000 Wähler (von 540.000) bei der Bundestagswahl 2005 gewählt. Im Jahr 2002 haben 60% der 301.000 Wähler für die SPD, 17% für die Grünen, 12% für die Union, 5% für die FDP und 5% für die PDS gewählt, während im Jahr 2005 77% der 378.000 Wähler die SPD, 9,2% die Grünen, 7,8% die Linkspartei/PDS, 4,8% die Union und 1,2% die FDP gewählt haben.

In Bezug auf das Wahlverhalten bei diesen Bundestagswahlen fiel auf, dass der Migrationshintergrund und die damit verbundene ethnische Gruppenzugehörigkeit der eingebürgerten Türken ihr Wahlverhalten in hohem Maße beeinflusst haben. Dagegen haben die klassisch-sozialstrukturellen Determinanten Geschlecht, Altersgruppe, Bildungsniveau, berufliche Stellung und Einkommen in diesem Entscheidungsprozess keine Rolle gespielt. Es schien, dass der Islam ohne konfessionelle Unterscheidungen bei der türkischstämmigen Wählerschaft für die SPD und die Grünen ein wichtiger Einflussfaktor war. Die Zunahme des Religiositätsgrades zwischen 2002 und 2005 veränderte nicht diese Parteipräferenz der Türkischstämmigen.

¹⁵⁰ In: Spehlt, Fank/Tröndle, Dirk 2005: Reaktionen und Kommentare zur Wahl des 16. deutschen Bundestags in der Türkei, in: www.kas.de/wf/de/33.7210/, 09.01.2009.

In Zusammenhang mit den theoretischen Erklärungsansätzen hat sich gezeigt, dass die Cleavage-Theorie und kurzfristig-situative Faktoren im Vordergrund gestanden haben. Die migrationsspezifischen Konfliktlinien entlang der gesellschaftspolitischen Grundpositionen und gruppenspezifischen Präferenzen der Parteien waren für das Wahlverhalten der türkischstämmigen Wahlberechtigten bei den Bundestagswahlen 2002 und 2005 entscheidend. In diesem Sinne hatten die SPD, die Grünen und später die Linkspartei/PDS eine besondere Bedeutung. Diese Parteien und ihre Kandidaten sind Türken gegenüber meist offener aufgetreten und wirkten durch ihre klaren Haltungen zum Ausländerrecht, zur Integration, zur Zuwanderung und Repräsentation von Minderheiten in der Vergangenheit positiv auf die türkische Bevölkerung. Sie vertraten im Gegensatz zur kritischen Haltung der Unionsparteien ein multikulturelles Zusammenleben.

Die langfristige Parteiidentifikation bestätigte sich nicht als erklärungskräftiger Faktor, um das Wahlverhalten von Deutschen türkischer Herkunft zu erklären. Die Mehrheit der Wählerschaft (2001/2002 50%) identifizierte sich nicht langfristig mit einer Partei. Dagegen kamen Themenorientierung, Kandidatenorientierung und Lösungskompetenzen der Kanzlerkandidaten und Parteien besondere Bedeutung zu. Die eingebürgerten Türken unterschieden sich bei den Bundestagswahlen 2002 und 2005 in der Bewertung politischer Themen und Parteien von der deutschen Bevölkerung. Als wahlentscheidende Themen wurden die Bekämpfung der Ausländerfeindlichkeit und des Rechtsradikalismus, die Gleichstellung von Ausländern und der EU-Beitritt der Türkei angesehen. Die Parteien wurden hinsichtlich dieser Themen bewertet. Trotz der hohen Arbeitslosenquote unter Türken wirkten sich die wirtschaftlichen Themen nicht auf ihre Wahlentscheidung aus oder lockerten die Präferenz für die SPD. Die Kandidatenorientierung wurde bei den Bundestagswahlen 2002 und 2005 von der türkischen Wählerschaft parteipolitisch wahrgenommen. Gerhard Schröder war gewünschter Kanzlerkandidat gegen Stoiber (2002) und Merkel (2005). Neben diesen Faktoren wurde die Wahlentscheidung der eingebürgerten Türken bei beiden Bundestagswahlen durch die Wahlempfehlungen der Selbstorganisationen beeinflusst, die Gerhard Schröder und die SPD empfahlen.

Das vorangegangene Kapitel hat gezeigt, dass die türkischen Massenmedien in Deutschland und die Türkei selbst durch die Regierungen, Parteien und Politiker großen Einfluss auf das Wahlverhalten der Eingebürgerten hat. Türkische Massenmedien richten mit Hilfe der Selbstorganisationen das Interesse der Türken auf die Türkei und die türkische Politik. Ihre Parteibewertungen beeinflusst die Wahlentscheidung der Wählerschaft. Sie gaben bei den Bundestagswahlen ihre klare Un-

terstützung für die SPD und die rot-grüne Koalition, die die Türkei auf dem Weg der EU-Mitgliedschaft unterstützten.

6 Resümee und Zukunftsaussichten

Die vorliegende Arbeit untersuchte das Wahlverhalten der türkischstämmigen Wahlberechtigten bei den Bundestagswahlen 2002 und 2005. Das Interesse galt insbesondere den erklärungskräftigen Faktoren und Ansätzen für die Wahlentscheidungen der türkischstämmigen Wählerschaft von 2002 und 2005. Die Grundannahme dieser Untersuchung geht davon aus, dass die Wahlentscheidungen der eingebürgerten Türken einerseits durch Faktoren, die durch den Migrationsprozess beeinflusst sind, andererseits durch die Cleavage-Theorie entlang ethnischer Linien, den situativen, kurzfristigen Determinanten in der Wahlforschung und durch den Einfluss der türkischen Medien und der Türkei erklärt werden können. Ein Überblick über die Entwicklung des politischen Lebens der Türken in Deutschland und die Bemühungen der Angebotsseiten für diese Gruppe liefern den Hintergrund, um ihren Entscheidungsprozess zu verstehen.

Die Wahlentscheidung der Wähler wird von unterschiedlichen Faktoren bestimmt. Die empirische Wahlforschung untersucht, welche Einflüsse auf die Entscheidung des Wählers einwirken: rationale oder emotionale Elemente, kurzfristige oder langfristige Einflüsse, Erfahrungen oder Erwartungen, individuelle Entscheidungen oder Gruppenentscheidungen. Vier wichtige Erklärungsmodelle bestimmen heute das Bild dieser Faktoren und dienen der Wahlforschung in der Politikwissenschaft als Grundlage, um das Wahlverhalten der Bürger zu erläutern. Der mikrosoziologische Ansatz von Lazarsfeld (Columbia School) sieht den Menschen als ein durch seinen sozialen Kreis oder seine soziale Umwelt bestimmtes Wesen. Er basiert auf der Annahme, dass das Wahlverhalten dieser Menschen ihrer sozialen Umwelt oder Gruppe entspricht. Zu den Merkmalen der Gruppenidentifikation zählen Einkommen, ökonomischer Status bzw. Schichtzugehörigkeit, Beruf, Alter, Religion oder Konfession, Stadt und Land. Das makrosoziologische Erklärungsmodell von Lipset und Rokkan entwickelt weitgehend ein Konfliktlinienmodell und versucht, das Wahlverhalten und die Entstehung der Parteiensysteme in Europa zu erklären. Die These dieses Modells lautet, dass sich vier Hauptkonflikte in den europäischen Gesellschaften infolge sozioökonomischer und kultureller Gründe (wie z.B. Reformation, Industrielle Revolution und Entstehung der modernen Nationalstaaten) entwickelt haben und dass sich diese Konflikte auch im Parteiensystem widerspiegeln. Die so-

zialen Gruppen und Parteien organisieren sich dauerhaft entlang dieser verschiedenen Konfliktlinien, zudem bestimmen diese Konflikte das Wahlverhalten. Diese vier Hauptkonflikte bestehen zwischen Zentrum und Peripherie, Staat und Kirche, Stadt und Land und zwischen den sozioökonomischen Klassen. Dagegen erklärt der sozialpsychologische Ansatz die Wahlentscheidung mit den psychologischen Variablen Parteiidentifikation, Themenorientierung und Kandidatenorientierung. Die Wahlentscheidung der Wähler ist nicht sozialstrukturell determiniert, sondern das Ergebnis dieser lang- und kurzfristigen Einflussfaktoren auf die Menschen. Die früheren politischen und persönlichen Erfahrungen sowie Orientierungen der Personen wurden im so genannten Kausalitätstrichter vorgelagert. Sie determinieren eine langfristige und stabile Parteiidentifikation, welche wiederum Auswirkung auf die kurzfristigen Einflüsse der Kandidaten- und Themenorientierung hat. Die individuelle Wahlentscheidung passt zum Destillat der kausalen Einflussgrößen. Das rationale Wahlverhalten von Downs beruht auf der Annahme, dass der Wähler keine feste Bindung an eine Partei hat, sondern grundsätzlich nach dem eigenen Nutzen entscheidet. Es geht hier um die Nutzenmaximierung. Der Wähler versucht, sein Ziel ohne Kosten zu erreichen. Vor allem Sachthemen und die Frage, welche der Parteien nach Meinung des Wählers am besten mit diesen umgehen kann, entscheiden darüber, wem er seine Stimme überträgt.

Diese Erklärungsmodelle setzen unterschiedliche Schwerpunkte, Fragestellungen, Hypothesen und Vorgehensweisen, um das Wahlverhalten zu erklären. Während z.B. sozialstrukturelle Ansätze bei der Erklärung des Wahlverhaltens Gruppeninteressen und langfristige Einflüsse in den Vordergrund stellen, versuchen die sozialpsychologischen Ansätze, die Wahlentscheidung mit kurzfristigen und individuellen Einflüssen zu erklären. Deswegen gibt es in der Wahlforschung auch keine einheitliche Erklärung für das Wahlverhalten. Jedes Modell hat eigene Grenzen, auf die es sich beschränkt als auch Möglichkeiten, die wichtige Elemente der Wahlentscheidung erklären können. Es handelt sich beim Wahlverhalten im Migrationsprozess um einen komplexen Entscheidungsprozess. Das Wahlverhalten der türkischstämmigen Wahlberechtigten konnte wegen der migrationsspezifischen Faktoren nicht nur mit Hilfe einer einzigen Theorie erklärt werden. Darum wurde in dieser Arbeit versucht, die empirische Relevanz der unterschiedlichen Theorien aufzuzeigen und durch die Kombination dieser Theorien das Wahlverhalten der türkischstämmigen Wähler zu erklären. In diesem Zusammenhang boten drei Ansätze aus der Wahlforschung Möglichkeiten zur Erklärung des Wahlverhaltens der türkischstämmigen Wählerschaft. Dies waren die Cleavage-Theorie, der sozialpsychologische Ansatz und Rational-Choice-Elemente, die operationalisiert wurden und sich für die Wahl-

muster der eingebürgerten Personen eigneten.

Um dieses besondere Wahlverhaltensmuster zu erklären, sollten die wahlverhaltensrelevanten Entwicklungen des politischen Lebens der Türken in Deutschland analysiert werden. Hier hatte besonders die politische Partizipation einen großen Stellenwert, weil der Hauptunterschied in den Partizipationsmöglichkeiten von Deutschen und Türken in der Ausübung des aktiven und passiven Wahlrechts liegt. Die Türken haben eine geringere Partizipationsmöglichkeit, um auf die politischen Entscheidungsprozesse einzuwirken. Ihre aktive und passive Beteiligung an Wahlen hängt von der deutschen Staatsbürgerschaft ab. Sie dürfen auch auf Kommunalebene nicht wählen. Ihre Interessen werden nur durch die Integrationsbeiräte (Ausländerbeiräte) gegenüber der Kommune vertreten. Obwohl auch andere politische und soziale Partizipationsmöglichkeiten wie die Teilnahme an sozialen und politischen Organisationen für die Integration von Türken wichtig sind, zeigt sich, dass es keine Integration ohne politische Integration gibt, die hier durch die aktive Beteiligung von Türken an der demokratischen Mitbestimmung erreicht werden kann.

Eine Folge des fehlenden Wahlrechts und der damit verbundenen Einschränkungen in den Partizipationsmöglichkeiten der Türken ist das geringere politische Interesse, weil das Interesse an Politik nicht nur mit dem Alter, Geschlecht, der Bildung und der sozialen Lage, sondern auch mit dem Wahlrecht stark verbunden ist. Gleichzeitig ist politisches Interesse eine wichtige Determinante für die politische Integration der Türken und für die Partizipationsformen, besonders der Beteiligung an Wahlen und Diskussionen zu politischen Themen. Insgesamt zeigt sich, dass das Interesse der Türken an deutscher Politik mit 11,5% und 13,6% (von 2000 bis 2006) relativ stabil und nicht sehr stark ist. Zu den Gründen zählen im Allgemeinen die niedrige schulische und berufliche Bildung, der niedrige Integrations- oder Assimilationsgrad und die Sprachprobleme. Im Gegensatz dazu weisen sie aufgrund der kulturellen Identität und Identifikation ein stärkeres Interesse an türkischer Politik auf, das sich zwischen 17,3% und 22,7% bewegt. Die eingebürgerten Türken haben größeres Interesse an deutscher Politik als die Türken mit türkischem Pass.

Neben den politischen Partizipationsmöglichkeiten und Interessen wird die politische Integration der türkischen Migranten in Deutschland von den politischen Organisationen und Institutionen beeinflusst. Das Gefühl, durch politische Organisationen, Institutionen und Verbände im politischen System der Bundesrepublik Deutschland vertreten zu sein, ist ein wichtiger Indikator. Im Zeitvergleich werden

politische Organisationen und Institutionen nur von wenigen türkischen Migranten als Interessenvertreter im politischen Prozess wahrgenommen. Besonders Selbstorganisationen, Gewerkschaften und Integrationsräte treten hier in den Vordergrund. Obwohl diese Organisationen am häufigsten als Interessenvertreter angesehen werden, liegen ihre Anteile als volle Interessenvertretung unter 11,5%. Die Mehrheit der Türken (2002 unter 8%, 2005 unter 3%) sehen die Bundesregierung und die deutschen Parteien nicht als ihre Interessenvertreter. Interessant ist, dass durchschnittlich 5% der Türken in Deutschland der türkischen Regierung eine Interessenvertretungsfunktion zuweisen. Je stärker das Interesse an deutscher Politik ist, desto mehr werden deutsche politische Institutionen als Interessenvertreter wahrgenommen.

Im Bezug auf die politischen Forderungen der Türken als größte Minderheitengruppe in Deutschland fällt auf, dass sie in der historischen Entwicklung ab 1995 mit höheren Einbürgerungszahlen mehr und mehr am politischen Prozess partizipieren. Mit dem Regierungswechsel 1998 wurde die Einbürgerung erleichtert. Im Jahr 1999 wurden 103.900 Türken eingebürgert. Nach den Daten des Statistischen Bundesamtes haben insgesamt 840.000 Türken bis Ende des Jahres 2004 die deutsche Staatsangehörigkeit erworben. Hauptgrund für den Antrag auf die deutsche Staatsbürgerschaft sind rechtliche Vorteile und politische Partizipation, die Möglichkeit, das aktive und passive Wahlrecht zu bekommen. Die Zunahme der wahlberechtigten Türken bemerkten die Parteien und Medien und anlässlich der Bundestagswahl 2002 wurde diskutiert, wie viele türkischstämmige Wähler es in Deutschland gibt. Wegen der unsicheren Grundlagen und Schätzungen sollten die Zahlen der türkischstämmigen Wahlberechtigten für die Bundestagswahlen 2002 und 2005 berechnet werden. Aber aufgrund der mangelnden Daten war eine hundertprozentige Berechnung unmöglich. Die Zahl der Wahlberechtigten türkischer Herkunft wurde für die Bundestagswahl 2002 mit rund 430.000 und für die Bundestagswahl 2005 mit rund 540.000 berechnet.

Um dieses Wählerpotenzial zu mobilisieren und gewinnen, haben die deutschen Parteien unterschiedliche Strategien entwickelt, da die Wahlentscheidungskriterien der eingebürgerten Türken anders als die der deutschen Wähler sind. Sie berücksichtigen nicht nur die Angebote der deutschen Parteien für die in Deutschland lebenden Türken, sondern auch die Aussagen der deutschen Parteien über der Türkei. Alle Parteien organisieren im Rahmen des Wahlkampfes Veranstaltungen, fassen ihre Wahlprogramme in türkischer Sprache zusammen, nutzen Informationskanäle wie türkische Massenmedien, Radios, Internet und Zeitschriften und besu-

chen die Moscheen und türkischen Organisationen. Die SPD, die Grünen und die Linkspartei/ PDS stellten türkischstämmige Migranten als Parlamentskandidaten auf. So wurden Lale Akgün (SPD 2002, 2005), Ekin Deligöz (Grüne 2002, 2005) und Hüseyin Kenan Aydın, Hakkı Keskin, Sevim Dağdelen (Linkspartei/PDS 2005) gewählt. Die Unionsparteien und die FDP hatten keine türkischstämmigen Politiker im Bundestag. Dafür haben sich die CDU und die FDP auf der überregionalen Ebene organisiert, um dauerhafte Aktivitäten für die türkische Bevölkerung anzubieten: Es wurde die LTD (Liberale Türkisch-Deutsche Vereinigung) 1993 von der FDP und die DTF (Deutsch-Türkisches Forum) 1997 von der CDU gegründet. Die SPD unterstützt die großen türkischen Selbstorganisationen, während die Linkspartei/PDS mit den linksgerichteten türkischen Organisationen zusammenarbeitet. Dennoch bestehen grundsätzliche Unterschiede zwischen den Parteien hinsichtlich der Migrations-, Integrations- und Türkeipolitik. Diese Unterschiede in der Programmatik werden von der türkischen Bevölkerung in Deutschland wahrgenommen und entsprechend werden die Parteien als ausländerfeindlich oder ausländerfreundlich bezeichnet.

Die Zuwanderungs- und Integrationspolitik wurde im Wahlprogramm 2005 der SPD noch umfangreicher als 2002 bearbeitet. Im Mittelpunkt der sozialdemokratischen Integrationspolitik 2005 standen die Integration der legalen und dauerhaften in Deutschland lebenden Ausländer, die Bekämpfung von Rechtsextremismus, die Sprachförderung bei ausländischen Kindern, Jugendlichen und Frauen, der deutschsprachige islamische Religionsunterricht, die Gleichberechtigung von Frauen, das Verbot der Zwangsheirat und die Ablehnung des Wortbruchs gegenüber der EU-Beitrittsverhandlungen der Türkei.

Die Unionsparteien lehnten 2002 eine multikulturelle Einwanderergesellschaft ab, die 2005 schlichtweg nicht thematisiert wurde. Ihre Integrations- und Zuwanderungspolitik hat sich in den Jahren 2002 und 2005 grundsätzlich nicht verändert. Sie wollten die Zuwanderung begrenzen und stärker steuern, die Integration stärken. Das Lernen der deutschen Sprache wurde stärker eingefordert und gefördert. Darüber hinaus schloss das Wahlprogramm 2005 ein, dass Ausländer zu Integrationskursen verpflichtet werden sollen, nachziehende Ehegatten vor der Einreise nach Deutschland ausreichende Deutschkenntnisse erwerben sollen und das Kindernachzugsalter gesenkt wird. Die EU-Vollmitgliedschaft der Türkei wurde abgelehnt und stattdessen eine privilegierte Partnerschaft vorgeschlagen.

Bündnis 90/Die Grünen haben mit ihrem Wahlprogramm 2005 ihre integrations-

und ausländerpolitische Perspektive verändert: Weg von der alten Ausländerpolitik, hin zur Integrationspolitik als gesellschaftspolitischer Zukunftsaufgabe. Dazu gehörte die soziale Chancengleichheit, die kulturelle Selbstbestimmung, die rechtliche Gleichstellung, die Sprach- und Bildungsförderung von Kindern und Erwachsenen und die Legalisierung illegaler Migranten. Im Wahlprogramm 2002 wurden die Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Diskriminierung sowie die Förderung der Einwanderung hervorgehoben, während die Unterstützung für den EU-Beitritt der Türkei, die Erleichterung der Einbürgerung und die Annahme der doppelten Staatsbürgerschaft sowohl 2002 als auch 2005 betont wurden.

Die FDP hat in ihren Wahlprogrammen 2002 und 2005 festgestellt, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist. Das Bürgerprogramm 2002 hat betont, dass Integration nicht Assimilation ist, dass Deutschland auch in Zukunft im eigenen Interesse Zuwanderung braucht und dass die deutsche Sprache für die schulischen und beruflichen Erfolge erlernt werden muss. Die Zweisprachigkeit der Kinder und Jugendlichen sollte für die Integration gefördert werden. Die Liberalen setzten sich für die Einführung des islamischen Religionsunterrichtes an öffentlichen Schulen ein. Auffallend war im Deutschlandprogramm 2005, dass Zwangsverheiratungen und Diskriminierungen inakzeptabel sind, die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei ergebnisoffen geführt werden müssen und die Integrationsangebote für schon länger hier lebende Zuwanderungsgruppen verbessert werden sollen.

Inhaltlich gab es keinen großen Unterschied zwischen den Wahlprogrammen von PDS 2002 und der Linkspartei/PDS 2005. Beide Programme treten für die gleichen politischen, sozialen und kulturellen Rechte aller Menschen in Deutschland ein und betonen, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist. Sie haben die konsequente strafrechtliche Verfolgung rassistischer und rechtsextremistischer Gewalttaten und die Abschaffung von diskriminierenden Sondergesetzen gefordert. Die PDS forderte im Wahlprogramm 2002 das aktive und passive Wahlrecht für alle, die seit mindestens fünf Jahren ihren ständigen Wohnsitz in Deutschland haben und zudem wollte sie die Mehrsprachigkeit fördern. Die Linkspartei/PDS hat sich im Wahlprogramm 2005 für kostenlose Sprachkurse für Eingewanderte und für die Zulassung der doppelten Staatsangehörigkeit eingesetzt. Die Frage des EU-Beitritts der Türkei wurde in beiden Programmen nicht thematisiert.

Neben den anderen Angeboten und Aktivitäten der Parteien für die Wählerschaft türkischer Herkunft hat sich im wahlprogrammatischen Vergleich gezeigt, dass die linken Parteien SPD, Grüne und Linkspartei/PDS in ihren Wahlprogrammen 2002

und 2005 offener und toleranter als die Unionsparteien der Zuwanderung und Integration von Ausländern gegenüberstanden. Die klare Positionierung und die Türkei-politik dieser Parteien wurden von der türkischen Bevölkerung zumeist positiv beurteilt. Trotz der liberalen Politiken bei den Zuwanderungs- und Integrationsthemen hatte die FDP keine Popularität bei den Türkischstämmigen. Die Ergebnisse der Bundestagswahlen 2002 und 2005 haben diesem Hintergrund entsprochen.

Bei der Bundestagswahl 2002 wurden 430.000 und bei der Bundestagswahl 2005 540.000 wahlberechtigte Türken gezählt. Bei einer angenommenen Wahlbeteiligung von 70% konkurrierten die Parteien im Jahr 2002 um 301.000 und im Jahr 2005 um 378.000 Wähler. Die Parteien haben folgende Ergebnisse erzielt: Die SPD war mit 60% (2002) und mit 77% (2005) Wahlsieger bei diesen Bundestagswahlen. Es folgten die Grünen mit 17% (2002) und 9,2% (2005). Die CDU/CSU erhielten bei der Bundestagswahl 2002 12%, während ihr Anteil bei der Bundestagswahl 2005 bei 4,8% lag. Die Linkspartei/PDS erreichte bei der Bundestagswahl 2005 mit 7,8% einen höheren Stimmenanteil als im Jahr 2002 (5%). Obwohl 5% der Wähler türkischer Herkunft im Jahr 2002 die FDP wählte, lag ihr Stimmenanteil bei der Bundestagswahl 2005 nur bei 1,2%.

Die Beantwortung der ersten Leitfrage, in welchem Ausmaß der Migrationshintergrund, die Ethnizität oder ethnische Gruppenzugehörigkeit auf das Wahlverhalten gewirkt haben, hat gezeigt, dass diese als die sozialstrukturelle Merkmale im Wahlverhalten der türkischstämmigen Wählerschaft eine grundsätzliche und entscheidende Rolle gespielt haben. Die Sozialstruktur der Eingebürgerten in Deutschland hat sich aus dem Migrationshintergrund entwickelt, sie waren von ihrer ethnischen Gruppe nicht unabhängig. Die Ähnlichkeit der Parteipräferenzen der türkischstämmigen Deutschen und türkischen Staatsbürger bestätigte, dass eingebürgerte Türken unter dem Einfluss der eigenen ethnischen Gruppe gewählt haben. In diesem Sinne präferierten die eingebürgerten Türken überwiegend die SPD, die mehrheitlich auch von den türkischen Staatsbürgern bevorzugt wurde. Andere klassisch- soziodemographischen Merkmale wie Geschlecht, Altersgruppe, Generationsunterschiede, Bildungsniveau, berufliche Stellung und Einkommen waren keine erklärenden Einflussfaktoren auf die Wahlentscheidung. Diese Determinanten haben das Wahlverhalten von Türkischstämmigen nicht verändert. Dagegen fiel auf, dass der Islam ein wichtiger Faktor für die Erklärung des Wahlverhaltens der Türkischstämmigen war. Aber die Parteipräferenz und Wahlentscheidung wurden von dem Religiositätsgrad und der Zugehörigkeit zur sunnitischen oder alevitischen Konfessionen nicht beeinflusst. Nach allen diesen Merkmalen hat die türkischstäm-

mige Wählerschaft bei den beiden Bundestagswahlen mehrheitlich für die SPD gestimmt. Die Sympathie für die Grünen ging im Jahr 2005 zurück, während die Stimmen der Linkspartei/PDS stiegen.

Das durch die Beantwortung der zweiten Leitfrage erarbeitete Ergebnis hat gezeigt, dass sich der Migrationscleavage und die situativen, kurzfristigen Determinanten der Wahlforschung für die Erklärung des Wahlverhaltens der Türkischstämmigen am besten geeignet haben. Dieses Ergebnis wurde auch durch die Überprüfung der klassisch- sozialstrukturellen Variablen bewiesen.

Die Cleavages- Theorie hatte mehr Bedeutung für die Erklärung des Wahlverhaltens als der sozialstrukturelle Ansatz. Hier wurde deutlich, dass sich offenbar eine migrationsspezifische Konfliktlinie geformt hat, die in Abhängigkeit der unterschiedlichen Parteipositionen bezüglich ihrer Migrationspolitik und der ehemaligen Staatsangehörigkeit entstanden ist. Die Einwanderungs- und Integrationspolitik reflektierten die ideologischen Grundhaltungen (monokulturell oder multikulturell) der Parteien, die von bestimmten gesellschaftlichen Gruppen unterstützt werden. Die Äußerungen der Parteien über Multikulturalismus unterscheiden sich graduell voneinander. Bündnis 90/Die Grünen und die Linkspartei/ PDS stehen dem Multikulturalismus sehr positiv gegenüber, ebenfalls positiv wird er von der SPD und der FDP gesehen, während die CDU/CSU eindeutig die negative Position einnimmt. Andererseits spielten hier die Angebote der Parteien und die Erfahrungen dieser Gruppen mit Parteien im Migrationsprozess eine entscheidende Rolle. Bei den Bundestagswahlen 2002 und 2005 war offensichtlich, dass die türkischstämmige Wählerschaft wegen derer offener Haltung zum Ausländerrecht, zur Integration und den Multikulti-Gedanken die linken Parteien, besonders die SPD, aber auch die Grünen in 2002 und die Linkspartei/PDS in 2005 wählten.

Neben den migrationsspezifischen Cleavages dienten kurzfristige Einflussfaktoren zur Erklärung des Wahlverhaltens. In diesem Zusammenhang konnte die langfristige Parteiidentifikation nicht als erklärungskräftiger Indikator bestätigt werden. Die Anteile der langfristigen Parteiidentifikation in den Jahren 2001/02 lagen bei 31% für die SPD, 4% für die Union und 9% für die Grünen. In der Themenorientierung haben wirtschaftliche Themen die Wahlpräferenz der türkischstämmigen Wähler für die SPD nicht verändert, obwohl die Arbeitslosenquote unter Türken höher als bei Deutschen war, die Arbeitslosigkeit immer als ein zentrale politisches Problem angesehen wurde und die allgemeine wie auch die eigene wirtschaftliche Lage als sich verschlechternd bewertet wurde. Zu den Themen, die von den Eingebürgerten

und der türkischen Bevölkerung besonders wahrgenommen wurden und die das Wählerpotenzial türkischer Herkunft besonders mobilisieren konnten, zählen Ausländerfeindlichkeit, Bekämpfung des Rechtsextremismus, Gleichstellung von Ausländern und die EU-Frage der Türkei. Die Kandidatenorientierung der türkischstämmigen Wähler hing in besonderem Maße von diesen Themen und der Parteipolitik. Gerhard Schröder war mit seinem hohen Sympathiewert sowohl bei der Bundestagswahl 2002 gegen Stoiber als auch 2005 gegen Merkel der gewünschte Kanzlerkandidat der Türken. Dieser Wunsch wurde besonders vor den beiden Bundestagswahlen auch von den türkischen Selbstorganisationen zur Sprache gebracht und beeinflusste damit die Wahlentscheidung der türkischstämmigen Wählerschaft. Sie empfahlen mehrheitlich die SPD als Partei, die rot-grüne Koalition als Regierung und Gerhard Schröder als Kanzler für die Türken und die Türkei.

Die dritte Leitfrage dieser Arbeit bezog sich auf die Annahme, dass das Wahlverhalten der türkischstämmigen Wahlberechtigten bei den Bundestagswahlen 2002 und 2005 von den türkischen Medien in Deutschland und von den türkischen Regierungen, Parteien und Politikern beeinflusst wurde. Die türkischen Massenmedien in Deutschland erwiesen sich als wichtiger Einflussfaktor auf das Wahlverhalten der Wähler türkischer Herkunft, die sich mehrheitlich in erster Linie über diese Massenmedien informieren. Die deutschen Parteien und ihre Politiken wurden in den Wahlzeiten von den türkischen Massenmedien aus türkischer Sicht bewertet. Diese Bewertungen wurden von den türkischstämmigen Wahlberechtigten vorrangig emotional wahrgenommen und spielten bei ihren Wahlentscheidungen eine maßgebliche Rolle. Türkische Massenmedien kanalisiert gleichzeitig das Interesse der türkischen Bevölkerung in Deutschland an türkischer Politik. Türkische Regierungen, Parteien und Politiker, die bei den Bundestagswahlen 2002 und 2005 Wahlempfehlungen für die SPD und Schröder gaben, haben durch die Vermittlung der türkischen Massenmedien in Deutschland auf die Wählerschaft türkischer Herkunft eingewirkt. Auf diese Weise bestimmten die Vor- oder Nachteile für die Türkei, z.B. die Frage des EU-Beitritts, die Parteipräferenzen und das Wahlverhalten türkischstämmiger Wähler in Deutschland. In diesem Sinne wurden die SPD und die rot-grüne Koalition bei den letzten beiden Bundestagswahlen von den türkischen Medien und der Türkei (den Regierungen, den Oppositionsparteien und den Politikern) gewünscht und empfohlen, während die Unionsparteien immer kritisiert wurden.

Die Ergebnisse dieser Arbeit deuten darauf hin, dass sich das Wahlverhalten der türkischstämmigen Wahlberechtigten in Deutschland von gebürtigen Deutschen unterscheidet und von vielseitigen Einflussfaktoren abhängig ist. Diese Menschen ha-

ben in Deutschland eine andere Sozialstruktur, andere Themenkomplexe und andere Erwartungen. Ihre Entscheidungen werden sowohl von deutscher Seite, die die besonderen Aktivitäten und Angebote der Parteien impliziert als auch von türkischer Seite, durch die Beeinflussung der Türkei selbst, der türkischen Medien in Deutschland und Selbstorganisationen, beeinflusst. Die migrationsspezifischen Faktoren und der kulturell-religiös-ethnische Hintergrund zeigen sich als entscheidende Variable.

Die mangelnden statistischen Daten erschweren die Untersuchung des Wahlverhaltens der türkischstämmigen Wählerschaft bei den Bundestagswahlen. Die frühere Staatsangehörigkeit und die Zugehörigkeit zum muslimischen Glauben werden in den Wahltagsbefragungen von der Forschungsgruppe Wahlen und von Infratest nicht erfragt. Darum ist die Forschung auf weitere Umfragen und neue Berechnungen der Zahl der türkischstämmigen Wahlberechtigten angewiesen. Neben einer exakten Datenbasis benötigt dieses Thema neue Analysen und empirische Untersuchungen. Jede Untersuchung wird eine neue und interessante Perspektive eröffnen.

Die Fragen, ob dieses Wahlverhalten und die Parteipräferenzen der türkischstämmigen Wählerschaft in Deutschland zukünftig beibehalten wird oder ob die CDU/CSU mehr türkischstämmige Wähler gewinnen kann, hängen von den unterschiedlichsten Veränderungen ab.

In kurzer Zeit, d.h. bei der Bundestagswahl 2009, kann man eine Veränderung in der Verteilung des türkischstämmigen Wählerpotenzials zwischen den linken Parteien erwarten. Die Grünen könnten ehemalige Wähler der anderen Parteien, besonders der SPD, für sich gewinnen. Dies könnte ein Grund sein, weshalb die Grünen Ende letzten Jahres (15. November 2008) Cem Özdemir zu ihrem neuen Vorsitzenden gewählt haben. Cem Özdemir ist der erste türkischstämmige Vorsitzende einer deutschen Partei und wurde von der türkischen Bevölkerung in Deutschland und der Türkei als deutscher Obama gefeiert. Bei der nächsten Bundestagswahl wird man sehen, wie viele türkischstämmige Wähler Cem Özdemir für die Grünen gewinnen wird.

Eine allzu große Veränderung der politischen Präferenzen der Türkischstämmigen zwischen linken und rechten Lagern, besonders zwischen der CDU/CSU und der SPD, ist in den nächsten Jahren unwahrscheinlich. Diese Vermutung basiert auf dem bisherigen Präferenzmuster, dem Einfluss der Türkei und der türkischen Massenmedien auf die türkische Bevölkerung in Deutschland sowie auf den unverän-

derlichen migrationsspezifischen Grundpositionen der Parteien. Bisherige Analysen haben gezeigt, dass die sozialstrukturellen Veränderungen (Generationswechsel, beruflicher und finanzieller Aufstieg, Bildungsniveau, gesellschaftliche Integration usw.) die parteipolitischen Präferenzen der türkischstämmigen Wähler für die SPD nicht veränderten. Die zweite und dritte Generation lebt weiterhin in der Sozialstruktur, die im Migrationsprozess gewonnen wurde, und wählt noch immer entsprechend dieser Sozialstruktur.

Die Annahme, dass die in Deutschland lebenden Türken mehrheitlich konservative und damit natürliche Wähler der Unionsparteien sind, scheint jetzt nicht mehr plausibel. Diese Annahme kann in Zukunft nur unter den Bedingungen verwirklicht werden, dass die Türken voll integriert würden, sie die Unionsparteien als ihre Interessenvertreter und eine Alternative zur SPD in Deutschland ansehen würden, die Türkei ihren Einfluss auf die hier lebenden Türken verlieren würde und sich türkische Massenmedien nur mit den Interessen der Türken in Deutschland beschäftigen würden. Aber auch die CDU muss anerkennen, dass diese Menschen ein unabdingbarer Bestandteil der deutschen Bevölkerung sind und damit konkrete Angebote für die Interessen dieser Gesellschaftsgruppe schaffen. In diesem Zusammenhang wird die FDP als kleiner Koalitionspartner der Unionsparteien eine Chance haben, mehr türkischstämmige Wähler zu gewinnen. Mittelfristig scheint dies jedoch nicht sehr wahrscheinlich. Es ist jedoch nicht unmöglich, dass sich die Stimmen der Türkischstämmigen eines Tages auf die Parteien verteilen, wie es ihren Interessen und Weltanschauungen entspricht.

Literaturverzeichnis

- Akgün, Lale 2005: Die Zeit spielt für den Doppelpass, in: Yvonne M. Schröter/ Christoph, Mengelkamp/Reinhold S. Jäger (Hrsg.): Doppelte Staatsbürgerschaft – ein gesellschaftlicher Diskurs über Mehrstaatigkeit, Landau: Verlag empirische Pädagogik, S. 178-183.
- Alemann, Ulrich 1978: Partizipation, Demokratisierung, Mitbestimmung: Problemstellung und Literatur in Politik, Wirtschaft, Bildung und Wissenschaft; eine Einführung, 2. Aufl., Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Arzheimer, Kai/Falter, Jürgen W. 2003: Wahlen und Wahlforschung, in: Münkler, Herfried (Hrsg.): Politikwissenschaft. Ein Grundkurs, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt, S. 553-586.
- Assimenios, Stamatios/Shajanian, Yvette (Hrsg.), 2001: Politische Beteiligung in der Migration. Einbürgerung, politische Rechte, Interessenvertretung, Bonn: Avlos Verlag.
- Assimenios, Stamatios 2001: Migrantenselbstorganisationen und politische Partizipation, in: Assimenios/Shajanian (Hrsg.): Politische Beteiligung in der Migration. Einbürgerung, politische Rechte, Interessenvertretung, Bonn: Avlos Verlag, S.15-22.
- Ataman, Ferda 2005: Ausländer im Wahlkampf. Der Türken-Faktor, in: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,372716,00.html>, 15.08. 2008.
- Atılgan, Canan 2002: Türkische politische Organisationen in der Bundesrepublik Deutschland, Materialien für die Arbeit vor Ort, Nr. 9, Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin.
- Ausländerbeauftragte des Senates von Berlin: Repräsentativumfrage zur Lebenssituation türkischer Berlinerinnen und Berliner. Pressemitteilung vom 15.01.2002, in: Botschaft der Republik Türkei in Berlin: Zur Integration der Türken in Deutschland - Allgemeine Behauptungen und Ergebnisse von Studien, Berlin, 2002, Publikations-Nummer 1, in: <http://www.bteu.de/www.bteu.de/download/TrKitap2002.pdf>, 08.04.2004.
- Ausländerbeauftragte des Landes Niedersachsen: Einbürgerungsabsichten – Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage Einbürgerungshemmnissen in Bremen, Hamburg und Niedersachsen. Dezember 2000/Januar 2001, in: Botschaft der Republik Türkei in Berlin: Zur Integration der Türken in Deutschland - Allgemeine Behauptungen und Ergebnisse von Studien, Berlin, 2002, Publikations-Nummer 1, in: http://www.bteu.de/download/_TrKitap2002.pdf, 08.04.2004.
- Auth, Edgar 1998: Deutschland und die Türkei im Spiegel der Medien. Die Verantwortung der Medien in den deutsch-türkischen Beziehungen, Electroniced., Bonn, FES Library: <http://www.fes.de/fulltext/bueros/istanbul/00252.htm>, 16.01.2009.
- Aydın, Hayrettin 1998: Bilanz und Perspektiven der Integration der Türken in Deutschland, in: Politische Studien. Zweimonatszeitschrift für Politik und Zeitgeschehen, Sonderheft/1998, S. 92-102.
- Bade, Klaus J./Münz, Rainer 2000: Migrationsreport 2000. Fakten, Analysen, Perspektiven, Frankfurt/Main: Campus Verlag.
- Bade, Klaus J./Münz, Rainer 2002: Einführung: Migration und Migrationspolitik – säkulare Entscheidungen für Deutschland, in: K. Bade/R. Münz (Hrsg.): Migrationsreport: Fakten – Analysen – Perspektiven, Frankfurt: Campus Verlag, S.11-30.
- Behnke, Joachim 1999: Die politische Theorie des Rational Choice: Anthony Downs, in: André Brodacz und Gary S. Schaal (Hrsg.): Politische Theorien der Gegenwart, Opladen: Leske + Budrich, S. 312-336.

Berger, Maria/Galonska, Christian/Koopmanns, Ruud 2004: Integration durch die Hintertür. Ethnisches Sozialkapital und politische Partizipation von Migranten in Berlin, in: Klein, Ansgar/Kern, Kristine/Geißel, Brigitte (Hrsg.): Zivilgesellschaft und Sozialkapital. Herausforderungen politischer und sozialer Integration, Berlin: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S.251-275.

Bericht von einer Gesprächsrunde am 29. Juni 1999 in der FES 2000: Die Türken in Deutschland zwischen Fremdbestimmung und Integration, Friedrich-Ebert-Stiftung, Electronic ed., Bonn, Istanbul, FES Library: <http://library.fes.de/fulltext/bueros/istanbul/00773toc.htm>, 16. 01.2009.

Beyme, Klaus von 1984: Parteien in westlichen Demokratien, München, Zürich: Piper.

Beyme, Klaus 1999: Das politische System der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung, Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Bittner, Joachim 2003: Ghetto im Kopf; in: Die Zeit v. 28.08.2003, Nr. 36, S. 4.

Bolzen, Stefanie/Graw, Ansgar 2005: Kampf um die türkischstämmige Wähler, in: <http://www.welt.de/data/2005/09/16/776405html>, abgerufen: 08.03.2006.

Borghoff, Uwe M. 2005: Das neue Corporate Design und das neue Webportal der Universität der Bundeswehr München, in: Hochschulkurier Nr. 22, April 2005, 4-7, in: Hartmann, Christoph 2007, S. 176.

Bosse, D./Vior, Eduardo Y. 2005: Politische Partizipation von Migranten mit muslimischem Hintergrund in Deutschland. Entwicklungen und Probleme, Magdeburg: Hausdruckerei der Otto-von-Guericke-Universität.

BPA Integrationsbeauftragte 2006: Das Potenzial der Zuwanderer entwickeln, Presseerklärung vom 19.12.07 16:26:19 Uhr, in: integrationsbeauftragte_text@abo.bundesregierung.de.

Brettschneider, Frank 1991: Wahlumfragen. Empirische Befunde zur Darstellung in den Medien und zum Einfluss auf das Wahlverhalten in der Bundesrepublik Deutschland und den USA, München: K.G. Sauer Verlag

Brettschneider, Frank 2001: Candidate-Voting. Die Bedeutung von Spitzenkandidaten für das Wählerverhalten in Deutschland, Großbritannien und den USA von 1960-1998, in: Klingemann, Hans-Dieter/Kaase, Max (Hrsg.): Wahlen und Wähler. Analyse aus Anlass der Bundestagswahl 1998, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 351-400.

Brie, Andre 2006: Türkei und EU-Partnerschaft mit Hindernissen, in; Lagauche 1, Herausgegeben von der Delegation der Linkspartei/PDS in der Konföderalen Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL), Brüssel: Druck des Media-services, S. 7-14.

Brie, Michael 2000: Die PDS: Strategiebildung im Spannungsfeld von gesellschaftlichen Konfliktlinien und politischer Identität, in: http://www.rosaluxemburgstiftung.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Texte1.Pdf, 11.06.2008.

Broder, Henryk M. 2006: Wir kapitulieren, in: Der Spiegel 33/2006, Hamburg, S. 40.

Broz, Mirko 2007: Muslimische Abgeordnete des 16. Deutschen Bundestages. Ein Beitrag zum Studierenden-Wettbewerb 2007 des Bundesministeriums des Inneren: „Muslime in Deutschland – deutsche Muslime“, in: http://www.bmi.bund.de/nn_164602/Internet/Content/Common/AnlagenThemen/Wettbewerbe/2007/3a__wiss__BroztemplatId=raw,property=publicationFile.pdf/3a_wiss_Broz.pdf, 27.06.2008.

Bundestagsfraktion die Linke 2007: Integrationskonzept der PDS. Für ein gleichberechtigtes und solidarisches Miteinander, in: <http://www.die-linke.de>, 05.04. 2008.

Bürgerprogramm der FDP 2002, in: <http://www.fdp.de/portal/pdf/Wahlprogramm>. Pdf. 2002, 02.04. 2008.

Burckhardt, Günther/Roßocha, Volker/Jäger, Torsten 2005: Parteien beantworten Fragen zu Rassismus, Migration, Integration, Asyl, in: <http://www.proasyl.info/texte/2005/wahlpapier.pdf>, 08.06. 2006.

Busch, Matthias 1997: Politische Themen und Wahlverhalten, in: Gabriel, Oskar W./Brettschneider, Frank/Vetter, Angelika (Hrsg.): Politische Kultur und Wahlverhalten in einer Großstadt, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 181-203.

Busch, Andreas 2003: Extensive Politik in den Klippen der Semisouveränität: Die Innen- und Rechtspolitik der rot-grünen Koalition, in: Egle, Christoph/ Ostheim, Tobias/Zohlhöfer, Reimut (Hrsg.): Das rot-grüne Projekt. Eine Bilanz der Regierung Schröder 1998-2002, Opladen: VS-Verlag, S. 305-327.

Bürklin, Wilhelm/Klein, Markus 1998: Wahlen und Wählerverhalten. Eine Einführung, Opladen: Leske+Budrich.

Ceyhun, Ozan 2003: Integration muss politisieren und Politik kann integrieren, in Wiener Heft, Heft 1-2003, S. 152-157.

Claro Da Fonseca, Sara 2006: Neue Bürger - Neue Kandidaten? Die Parteien in Wettstreit um Migrantenstimmen, in: WZB-Mitteilungen 114, Berlin, S. 32-35.

Currle, Edda/Wunderlich, Tanja 2005: Daten – Fakten – Trends: Einbürgerung Internetpublikation der Beauftragten der Bundesregierung für Migration Flüchtlinge und Integration, Berlin 2005, in: http://www.bundesregierung.de/nsc_true/Content/DE/Publikation/IB/Anlagen/einbC3_BCrgerungen,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/einbC3%BCrgerungen, 15.08 2007.

Czada, Roland 1991: Sozialstruktur und Stimmabgabe. Parteibindungen im gesellschaftlichen Wandel, in: Wehling, Hans-Georg (Red.): Wahlverhalten. Mit Beitrag von Reiner-Olaf Schultze, Stuttgart, Berlin, Köln: Kohlhammer, S. 103-122.

Çetinkaya, Handan 2000: Haberiniz var mı? Eine explorative Studie zu Informationsbeschaffung über politische Prozesse am Beispiel türkischer Migranten in Gelsenkirchen, Horst, in: Thränhardt, Dietrich/ Hunger, Uwe (Hrsg.): Einwanderer-Netzwerke und ihre Integrationsqualität in Deutschland und Israel, Hamburg, Münster, Berlin: LIT Verlag, S. 111-175.

Dahl, Robert 1961: Who Governs? Democracy and Power in an American City New Haven: Yale University Press.

Debus, Marc 2007: Die programmatische Entwicklung der deutschen Parteien auf Bundes- und Landesebene zwischen den Bundestagswahlen 1998 und 2005, in: Brettschneider, Frank/Niedermayer, Oskar/Weßels, Bernhard (Hrsg.): Die Bundestagswahl 2005. Analysen des Wahlkampfes und der Wahlergebnisse, Wiesbaden: VS Verlag, S. 43-65.

Deligöz, Ekin 2005: Perspektive Doppelpass: Eine Zwischenbilanz der rot-grünen Staatsangehörigkeitsreform, in: Schröter, Yvonne M./Mengelkamp, Christoph/Jäger, Reinhold S. (Hrsg.): Doppelte Staatsbürgerschaft - ein gesellschaftlicher Diskurs über Mehrstaatigkeit, Landau: Verlag empirische Pädagogik, S. 192-198.

Detjen, Joachim 2000: Demokratie in der Gemeinde. Bürgerbeteiligung an der Kommunal-

politik in Niedersachsen, Göttingen/Rosdorf: Dieterichsche Universitäts-Buchdruckerei, W. Fr. Kaestner GmbH & Co. KG.

Deutschlandprogramm der FDP 2005: In: http://www.fdp.de/portal/pdf_wahlprogramm.pdf. 2005, 02.04.2008.

Diehl, Claudia/Urbahn, Julia/Esler, Hartmut 1998: Die soziale und politische Partizipation von Zuwanderern in der Bundesrepublik Deutschland. Hrsg. Vom Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Gesprächskreis Arbeit und Sozialpolitik. Onlineausgabe, Bonn: FES Library (<http://library.fes.de>), abgerufen: 31.05.2006, 16:50.

Diehl, Claudia 2002: Die Partizipation von Migranten. Zwischen Rückzug und Mobilisierung, Mannheim: Leske+Budrich.

Diehl, Claudia 2004: Fördert die Partizipation in ethnischen Vereinen die politische Integration im Aufnahmeland? Theoretische Perspektiven und empirische Evidenzen, in: Klein, Ansgar/Kern, Kristine/Geißel, Brigitte (Hrsg.): Zivilgesellschaft und Sozialkapital. Herausforderungen politischer und sozialer Integration, Berlin: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 231-251.

Dornis, C. 2001: Einbürgerung in Deutschland. Ihre Rolle bei der Integration von Zuwanderern und die Verwaltungspraxis im Regionalvergleich, Aachen Shaker Verlag.

Dorsch, Stefanie 2008: Alles nur doch Theater? Journalistische Inszenierungskritik in der heutigen Politikberichterstattung, in: Aydin, Esra/Begenat, Matthias/Michalek, Christian/Schmann, Jasmin/Stefes, Ingo (Hg.): Düsseldorfer Forum Politische Kommunikation, Schriftenreihe DFPK, Band 3, Berlin: LIT Verlag, S. 29-54.

Downs, Anthony 1968: Ökonomische Theorie der Demokratie, Tübingen: J.C.B. MOHR (= Die Einheit der Sozialwissenschaften 8) (Amerikanische Originalausgabe 1957).

Durgut, Gülay 1993: Tagsüber Deutschland, abends Türkei. Türkische Medien in Deutschland, in: Leggewie, Claus/Şenocak, Zafer (Hg.): Deutsche Türken. Das Ende der Geduld, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt, S.112-122.

Duyvene De Wit, Thom/Koopmanns, Ruud 2001: Die politisch- kulturelle Integration ethnischer Minderheiten in den Niederlanden und Deutschland, in: Forschungsjournal NSB, Jg. 14. Heft 1, S26-39.

Eilfort, M. 1994: Der Nichtwähler: Wahlenthaltung als Form des Wahlverhaltens, Paderborn.

Eilfort, M. 1995: Krise oder Normalisierung? Nichtwähler im „Superwahljahr“ – soviel Konfusion wie Klarheit, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 26, Heft 2, S. 183-192.

Eith, Ulrich 1995: Wählerverhalten in Sachsen-Anhalt. Zur Bedeutung sozialstruktureller Einflussfaktoren auf die Wahlentscheidungen 1990 und 1994, Berlin: Duncker & Humblot.

Elff, Martin 2006: Politische Ideologien, soziale Konflikte und Wahlverhalten. Die Bedeutung politischer Angebote der Parteien für den Zusammenhang zwischen sozialen Merkmalen und Parteipräferenzen in zehn westeuropäischen Demokratien, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.

Emmert, Thomas/Roth, Dieter 1995: Zur wahlsoziologischen Bedeutung eines Modells sozialstrukturell verankerter Konfliktlinien im vereinten Deutschland, in: Historical Social Research, Vol. 20 - 1995 - No. 2, S. 119-160.

Esler, Hartmut 2001: Integration und ethnische Schichtung. Arbeitspapiere- Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung, Nr. 40, ISSN 1437-8574.

- Falter, Jürgen W. 1977: Einmal mehr: Lässt sich das Konzept der Parteiidentifikation auf deutsche Verhältnisse übertragen? Theoretische, Methodologische und empirische Probleme einer Validierung des Konstrukts, in: Politische Vierteljahresschrift, 18 (2/3), S. 476-500.
- Falter, Jürgen W./Schumann, Siegfried/Winkler, Jürgen W. 1990: Erklärungsmodelle von Wählerverhalten, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B37-38, S. 3-13.
- Falter, Jürgen W. 1992: Wahlen 1990. Die demokratische Legimitation für die deutsche Einheit mit großen Überraschungen, in: Jesse, Eckhard/Mitter, Armin (Hrsg.): Die Gestaltung der deutschen Einheit. Geschichte, Politik, Gesellschaft, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S.163-188.
- Falter, J. W./Schoen, H./Caballero, C. 2000: Dreißig Jahre danach: Zur Validierung des Konzepts, Parteiidentifikation in der Bundesrepublik, in: Klein, Markus/Jagodzynski, Wolfgang/Mochmann, Ekkehard/Ohr, Dieter (Hrsg.): 50 Jahre empirische Wahlforschung in Deutschland, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 235-271.
- FDP-Bundestagsfraktion 2004: Migration und Integration. Ein liberales Konzept, in: <http://www.laurischk.de/sitefiles/downloads/502/Integrationspapier30.11.2004.pdf>, 02.04.2008.
- Fengler, Susanne/Jun, Uwe 2003: Rückblick auf den Wahlkampf 2002: Kopie der Kampa 98 im neuen Kontext, in: Althaus, Marco/Cecere, Vito (Hrsg.): Kampagne! Neue Strategien für Wahlkampf, PR und Lobbying, Münster/Hamburg/London: LIT Verlag, S. 168-198.
- Fennema, Meindert/Tillie, Jean 1999: Civic communities in a multicultural society Ethnic networks in Amsterdam. Unterlagen für den Workshop „Citizenship, Mobilization and Ethnic Minorities“ bei der Tagung des European Centre for Political Research (ECPR) in Mannheim 26.-31.03.1999, in: Homepage des ECPR: <http://www.essex.ac.uk/ecpr/joint-session/Manpapers/w15/fennema.pdf>, 06.04. 2006.
- Foertsch, Patricia 2007: Islam und Demokratie, Almanya Infodienst No: 3, Konrad-Adenauer-Stiftung, in: <http://www.imap-institut.de/Almanya%20Infodienst%20Nr%203%20Islam%20und%20Demokratie.pdf>, 05.01.2009.
- Foertsch, Patricia 2007a: Türkische Medien in Deutschland, Almanya Infodienst No: 4, in: http://www.kas.de/wf/doc/kas_12799-544-1-30.pdf, 05.01.2009.
- Friedrichs, Jürgen 1994: Stresemannstraße. Eine Fallstudie zur Dynamik sozialen Protests, in: Neidhardt, Friedhelm (Hg.): Öffentlichkeit, Öffentliche Meinung, Soziale Bewegungen, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 34/1994, S. 359-374.
- Friedrichs, Jürgen 1998: Vor neuen ethnisch-kulturellen Konflikten? Neuere Befunde der Stadtsoziologie zum Verhältnis von Einheimischen und Zugewanderten in Deutschland, in: Heitmeyer, Wilhelm/Dollase, Rainer/ Backes, Otto (Hrsg.): Die Krise der Städte. Analysen zu den Folgen desintegrativer Stadtentwicklung für das ethnisch-kulturelle Zusammenleben, Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 233-265.
- Fuchs, Dieter/Kühnel, Steffen 1994: Wählen als rationales Handeln: Anmerkungen zum Nutzen des Rational-Choice-Ansatzes in der empirischen Wahlforschung, in: Klingemann, Hans-Dieter/Kaase, Max (Hrsg.): Wahlen und Wähler – Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1990, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 305-364.
- Gabriel, Oskar W./Brettschneider, Frank/Vetter, Angelika (Hrsg.), 1997: Politische Kultur und Wahlverhalten in einer Großstadt, Opladen: Westdeutscher Verlag.

- Gabriel, Oskar W. 2001: Parteiidentifikation, Kandidaten und politische Sachfragen als Bestimmungsfaktoren des Parteienwettbewerbs, in: Gabriel, O. W./Niedermayer, O./Stöss, R.: Parteiendemokratie in Deutschland, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, Schriftenreihe Bd. 338, S. 228-251.
- Gabriel, Oscar W./Neller, Katja 2005: Kandidatenorientierung und Wahlverhalten bei den Bundestagswahlen 1994 – 2002, in: Falter, Jürgen W./Gabriel, Oscar W./Wessels, Bernhard (Hrsg.): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2002. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/GWV Fachverlag GmbH, S. 213–243.
- Gestring, Norbert/Jansen, Andrea/Polat, Ayça 2006: Prozesse der Integration und Ausgrenzung. Türkische Migranten der zweiten Generation, Münster: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Gemeinsames Wahlprogramm der CDU und CSU für die Bundestagswahl 2002: Leistung und Sicherheit, Zeit für Taten, in: <http://www.documentarchiv.de/brd>, 02.04. 2008.
- Gestring, Norbert, 2004: Integration auf niedrigem Niveau: Die zweite Generation türkischer Migranten. Keine Indizien für „Parallelgesellschaft“, in: <http://www.uni-oldenburg.de/presse/24677.html>, 23.12.2007.
- Gibowski, Wolfgang G. 1991: Wie wirkt sich die wirtschaftliche Lage auf das Wahlverhalten aus? Forschungsstand und eigene Untersuchung, in: Wehling, Hans-Georg (Red.): Wahlverhalten. Mit Beitrag von Reiner-Olaf Schultze, Stuttgart, Berlin, Köln: Kohlhammer, S. 122-138.
- Glatzer, Wolfgang 2004: Integration und Partizipation junger Ausländer vor dem Hintergrund ethnischer und kultureller Identifikation. Ergebnisse des Integrationssurveys des BiB, Materialien zur Bevölkerungswissenschaft, Heft 105c., Wiesbaden.
- Gluchowski, P./Graf, J./Wilamowitz-Meoeellendorff, U. 2001: Sozialstruktur und Wahlverhalten in der Bundesrepublik Deutschland, in: Gabriel, O. W./ Niedermayer, O./Stöss, R.: Parteiendemokratie in Deutschland. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, Schriftenreihe Bd. 338, S. 181-203.
- Goldberg, Andreas/Humbert, Andreas 1998: Politische Meinung der wahlberechtigten Bevölkerung türkischer Herkunft, ZfT, aktuell Nr.71, Essen.
- Goldberg, Andreas 1999: Integration von Türken in Deutschland, in: Ausländerintegration in Deutschland. Vorträge auf der 2. Tagung des Arbeitskreises „Migration-Integration-Minderheiten“ der deutschen Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft, Berlin, S. 75-95, in: <http://www.bibdemographie.de/publikat/materialien/Heft101.pdf>, 05.05.2007.
- Goldberg, Andreas/Sauer, Martina 2003: Perspektiven der Integration der türkischstämmigen Migranten in Nordrhein-Westfalen. Ergebnisse der vierten Mehrthemenbefragung 2002. Im Auftrag des Ministeriums für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen, Berlin, Hamburg, Münster: LIT Verlag.
- Goldberg, Andreas/Sauer, Martina 2004: Die Lebenssituation von Frauen und Männern türkischer Herkunft. Ergebnisse der sechsten Mehrthemenbefragung 2004. Im Auftrag des Ministeriums für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen, Zentrum für Türkeistudien, Essen.
- Görlitz, Axel/Prätorius, Reiner 1987: Handbuch der Politikwissenschaft. Grundlagen, Forschungsstand, Perspektiven, Hamburg: Leske+Budrich.
- Graf, Jutta/Neu, Viola 2002: Analyse der Bundestagswahl vom 22. September 2002, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. Nr. 91/2002, Sankt Augustin.

Grandinger, Erwin 2004: Hände weg von der Türkei, in: http://www.welt.de/print-welt/article329958/Haende_weg_von_der_Tuerkei.html, 28.08.2007.

Grindel, Reinhard 2005: Integration ohne Doppelpass, in: Schröter, Yvonne M /Mengelkamp, Christoph/Jäger, Reinhold S. (Hrsg.): Doppelte Staats- bürgerschaft – ein gesellschaftlicher Diskurs über Mehrstaatigkeit Landau: Verlag empirische Pädagogik, S. 183-192.

Güntürk, Reyhan 1999: Mediennutzung der Migranten – mediale Isolation? In: Butterwegge, Christoph/Hentges, Gudrun/Sarigöz, Fatma. (Hrsg.): Medien und multikulturelle Gesellschaft, Opladen: Leske+ Budrich, S. 136-143.

Halm, Dirk 2004: Migranten: Starke Sympathien für die Sozialdemokratie, in: <http://www.bundestag.de/dasparlament/2004/18/Thema/011.html>, 22.06. 2007.

Halm, Dirk/Sauer, Martina 2004: Das Zusammenleben von Deutschen und Türken–Entwicklung einer Parallelgesellschaft?, in: WSI-Mitteilungen, Monatszeitschrift des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts der Hans-Böckler-Stiftung, 57/2004, S. 547–554.

Halm, Dirk/Sauer, Martina 2005: Freiwilliges Engagement von Türkinnen und Türken in Deutschland. Empirische Studien zum Bürgerschaftlichen Engagement, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Halm, Dirk/Sauer, Martina 2006: Parallelgesellschaft und ethnische Schichtung - Zu empirischen Bedeutung unterschiedlicher Konzepte des Zusammenlebens von Deutschen und Türken, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 1-2/2006, S. 18–24.

Hartmann, Christoph G. 2007: Zum Einfluss neuer Informations- und Kommunikationstechniken auf politische Parteien in Deutschland, Taunusstein: Verlag Dr. H. H. Driesen.

Heß-Meining, Ulrike 2005: Politische Partizipation und bürgerschaftliches Engagement, in: Cornelißen, Waltraud (Hrsg.): Genderdatenreport 2005 im Auftrag des BMFSFJ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend), S. 342-384, in:<http://www.bmfs.de/Publikationen/genderrport/root.html>, 22.05. 2007.

Henry-Huthmacher, Christine/Wilamowitz-Moellendorff, Ulrich 2005: Deutschland im Umbruch. Delphi-Studie 2004-2005. Befragung ausgewählter Expertinnen und Experten über die Zukunft Deutschlands, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin: Kas-Publikationen.

Hoffmann-Lunge, Ursula 2003: Jugend und Politik, in: Andersen, Uwe/Woyke, Wichard (Hrsg.): Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik, Bochum, Münster: Leske+Budrich, S. 262-282.

Holler, Sebastian/Wolsing, Ansgar 2008: Hallo und herzlich Willkommen auf meine Homepage. Direktkandidaten und ihre Internetauftritte im nordrhein-westfälischen Landtagswahlkampf 2005, in: Aydın, Esra/Begenat Matthias/Michalek, Christian/Schemann, Jasmin/Stefes, Ingo (Hg.): Düsseldorfer Forum Politische Kommunikation, Berlin: LIT Verlag, S. 99-125.

Huber, Til 2008: Türkischstämmige Abgeordnete. Bloß raus aus der Lobbyistenecke, in: <http://www.faz.net/s/EC898B14B05D8D6/Doc~E133267F3B324445A17DB70BE3F58E1F~ATpl~Ecommon~Scontent.html>, 22. 10.2008.

Huß, Torsten 2007: Personalisierung von Politik. Kandidatenorientierung und Wahlverhalten, Saarbrücken: VDM Verlag Dr. Müller.

Integrationskonzept von PDS 2007: Für ein gleichberechtigtes und solidarisches Miteinander, in: <http://www.pds.de>, 02.04.2008.

Jahresgutachten des Sachverständigenrates für Zuwanderung und Integration 2004: Migration und Integration – Erfahrungen nutzen. Neues wagen, in: http://www.dstgb.de/homepage/kommunalreport/archiv2004/newsitem00997/997_3_1092.pdf, 22.08.2006.

Jenkins, J. Craig 1981: Sociopolitical Movements, in: The Handbook of Political Behavior, Volume 4. New York/London: Plenum Press, S. 81-153.

Jungk, Sabine 2002: Politische und soziale Partizipation von Migrantinnen und Migranten und ihren Selbstorganisationen – Möglichkeiten der Mitwirkung Inanspruchnahme und Chancen in Deutschland, in: <http://www.navendde/html/veranstaltungen/duesseldorf/jungk.html>, 03. 07 2007.

Kabis, Veronika 2002: Auslaufmodell Ausländerbeirat? Politische Interessenvertretung zukunftstauglich gestalten, in: Ausländer in Deutschland 3/2002, 18.Jg., S.6-7.

Kalter, Frank/Granato, Nadia 2004: Sozialer Wandel und strukturelle Assimilation in der Bundesrepublik. Empirische Befunde mit Mikrodaten der amtlichen Statistik, in: IMIS-BEITRÄGE, Heft 23/2004, Herausgegeben vom Vorstand des Instituts für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) der Universität Osnabrück, S. 61-85.

Kaplan, Ismail 2004: Das Alevitentum. Eine Glaubens- und Lebensgemeinschaft in Deutschland, AABF-Almanya Alevi birlikleri Federasyonu (Alevitische Gemeinde Deutschland e.V.), Köln: AABF.

Kasdanastassi, Evangelia 2001: Politische und soziale Partizipation sowie Partizipationsressourcen im Integrationsprozess, Auswirkungen des Kommunalwahlrechts auf das politische Interesse und die Partizipationsbereitschaft, in: Assimenios, Stamatis/Shajanian, Yvette (Hrsg.): Politische Beteiligung in der Migration. Einbürgerung, politische Rechte, Interessenvertretung, Bonn: Avlos Verlag, S. 37-60.

Kastoryana, Riva 2002: Der Islam auf der Suche nach seinem Platz in Frankreich und Deutschland. Identitäten, Anerkennung und Demokratie, in: Minkenberg, Michael/Willems, Ulrich (Hrsg.): Politik und Religion. PVS- Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 33, Westdeutscher Verlag, S. 184-207.

Keskin, Hakkı 1998: Die Richtung ist entscheidend. Überlegungen zur politischen Reife der Deutsch-Türken, in: Eryılmaz, Aytaç/Jamin, Mathilde (Hrsg.): Fremde Heimat – Eine Geschichte der Einwanderung; Essen, S. 19; in: Çetinkaya, Handan 2000: 115.

Keskin, Hakkı 2005: Deutschland als neue Heimat: Eine Bilanz der Integrationspolitik, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Klausen, Jytte 2006: Europas muslimische Eliten. Wer sie sind und was sie wollen, Frankfurt am Main: Campus Verlag.

Klingemann, Hans-Dieter 1989: Die programmatischen Profile der politischen Parteien in den politischen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland. Eine quantitative Inhaltsanalyse der Wahlprogramme von SPD, FDP und CDU von 1949 bis 1987, in: Herzog, Dietrich/Wessels, Bernhard (Hrsg.): Konfliktpotentiale und Konsensstrategien. Beiträge zur politischen Soziologie der Bundesrepublik, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 99-115.

Klingemann, Hans-Dieter/Steinwede, Jacob 1993: Traditionelle Kerngruppenbindung der Wähler in der Bundesrepublik. Stabilität oder Veränderung in den 80er Jahren? In: Klingemann, H.-D./Luthardt, W.(Hrsg.): Wohlfahrtsstaat, Sozialstruktur und Verfassungsanalyse,

Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 48-63.

Klingemann, Hans-Dieter/Volkens, Andrea 2001: Struktur und Entwicklung von Wahlprogrammen in der Bundesrepublik Deutschland 1949-1998, in: Gabriel, Oscar W./Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard (Hrsg.): Parteiendemokratie in Deutschland, Bundeszentrale für politische Bildung, Schriftenreihe Band 372, 2., erweiterte und überarbeitete Auflage, Bonn, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 507-527.

Klinger, Thorsten 2001: Politische und gesellschaftliche Partizipation von Eingebürgerten in Hamburg, in: Statistisches Landesamt Hamburg (Hg.): Hamburg in Zahlen IV, S. 132-135.

Klinger, Ulrike 2008: Vom Betrug des Wahlbetrugs: Medienperformanz und die mexikanischen Wahlen 2006, in: Aydın, Esra/Begenat, Matthias /Michalek, Christian/Schemann, Jasmin/Stefes, Ingo (Hg.): Düsseldorfer Forum Politische Kommunikation, Berlin: LIT Verlag, S. 125-147.

Koopmans, Ruud 2001: Integration oder Zersplitterung? Die politische Rolle ethnischer Selbstorganisationen, in: Assimenios, Stamatis/Shajanian, Yvette (Hrsg.): Politische Beteiligung in der Migration. Einbürgerung, politische Rechte, Interessenvertretung, Bonn: Avlos Verlag, S. 91-95.

Kornelius, Bernhard/Roth, Dieter, Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), 2004: Politische Partizipation in Deutschland. Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage, Bonn: Verlag Bertelsmann Stiftung.

Kornelius, Bernhard/Mayer, Annette/Roth, Dieter/Schroth, Yvonne/Wolf, Andrea 2005: Zweite Runde für Rot-Grün: Die Bundestagswahl vom 22. September 2002, in: Falter, Jürgen W./Gabriel, Oscar W./Wessels, Bernhard (Hrsg.): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2002, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 15-49.

Korte, Karl-Rudolf 2005: Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland, überarbeitete u. aktualisierte Auflage 5., Bonn: Zentralen für politische Bildung Publ.

Korte, Karl-Rudolf 2006: Medienanalyse zum Image von Spitzenpolitikern und Parteien in der Politikberichterstattung 2005, in: http://www.karl-rudolf-korte.de/data/medienanalyse_zusammenfassung.pdf, 9. März 2006.

Köllner, Patrick 2008: Gestalt und Orientierung von Wahlkämpfen – Ansätze für den internationalen Vergleich, in: Grabow, Karsten/Köllner, Patrick (Hg.) 2008: Parteien und ihre Wähler: Gesellschaftliche Konfliktlinien und Wählermobilisierung im internationalen Vergleich, St. Augustin und Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung, S. 11-22.

Küçükhüseyin, Şevket 2002: Türkische politische Organisationen in Deutschland. Zukunftsforum Politik, Arbeitspapier Nr.45/2002, Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin, in: http://www.kas.de/wf/doc/kas_855-544-1-30.pdf, 18.06. 2006.

Leggewie, Claus/Şenocak, Zafer (Hg.), 1993: Deutsche Türken. Das Ende der Geduld, Reinbek, Hamburg: Rowohlt.

Leggewie, Claus 2005: Bindestrich-Deutsche, Euro-Muslime und Unions-Bürger. Eine Forschungsskizze zu den Erinnerungsorten von "Deutsch-Türken", in: Knabel, Klaudia/Rieger, Dietmar/Wodinka, Stephanie (Hrsg.): Nationale Mythen-kollektive Symbole. Funktionen, Konstruktionen und Medien der Erinnerung, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht Verlag, S. 67-100.

Lepsius, Rainer M. 1973: Parteiensystem und Sozialstruktur: Zum Problem der Demokrati-

sierung der deutschen Gesellschaft, in: Ritter, G.A. (Hrsg.): Deutsche Parteien vor 1918, Köln: Kiepenheuer & Witsch, S. 56-80.

Linden, Markus 2005: Französische Verhältnisse? Ein Plädoyer für die politische Repräsentation und Partizipation von Migranten, in: Zeitschrift für Kulturaustausch 55 (2005) 3-4, S. 132-133.

Machnig, Matthias 2002: Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft, in: Machnig, Matthias (Hrsg.): Politik-Medien-Wähler. Wahlkampf im Medienzeitalter, Opladen: Leske+Budrich, S. 145-152.

Maier, Jürgen/Rattinger, Hans 2000: Methoden der sozialwissenschaftlichen Datenanalyse. Arbeitsbuch mit Beispielen aus der Politischen Soziologie, München: Oldenburg Verlag.

Meier-Braun, Karl-Heinz 1999: 1,8 Millionen neue Wähler, in: CLID Ausländer in Deutschland 3/1999, 15. Jg., in: <http://www.isoplan.de/aid/1999-3/europa.html>, 03.13. 2005.

Meier-Braun, Karl-Heinz 2000: Deutschland: Einwanderungsland, Stuttgart: Suhrkamp.

Meier-Braun, Karl-Heinz 2006: Zuwanderung und Ausländerpolitik in Deutschland. Der lange Weg ins Einwanderungsland Deutschland, in: Der Bürger im Staat, 56. Jahrgang, Heft 4 2006, Hrsg.: LpB, Baden-Württemberg, S. 204-209.

Meyer, Thomas 2002. Parallelgesellschaft und Demokratie; in: Meyer, Thomas/Weil, Reinhard (Hrsg.): Die Bürgergesellschaft. Perspektiven für Bürgerbeteiligung und Bürgerkommunikation, Bonn: Dietz Verlag, S. 343-372.

Michon, Laure/Tillie, Jean 2003: Politische Partizipation von MigrantInnen in Amsterdam, in: Wiener Hefte zu Migration und Integration in Theorie und Praxis, 1. Jg. (2003), H. 1, S. 98-112.

Micus, Matthias/Walter, Franz 2006: Mangelt es an „Parallelgesellschaften“? "Parallelgesellschaften" erleichtern den Übergang in die Mehrheitsgesellschaft, in: Der Bürger im Staat, 56. Jahrgang, Heft 4 2006, Hrsg.: LpB, Baden-Württemberg, S. 215-221.

Migrationsbericht 2005: Migrationsbericht des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge im Auftrag der Bundesregierung, in: <http://www.bundesregierung.de/content/DE/Publikation/IB/Anlagen/migrationsbericht2005,property=publikationFile, 09.10.2007>.

Moreau, Patrick/Schorpp-Grabiak, Rita 2002: Nach der Berliner Wahl: Zustand und Perspektiven der PDS, aktuelle Analysen 27, Hanns-Seidel-Stiftung e.V., München, in: www.hss.de/downloads/aktuelle_analysen_27.pdf, 12.10. 2008.

Moshövel, Frank 2004: Theorien des Wählerverhaltens im Vergleich: Zum Nutzen ökonomischer Ansätze in der Wahlsoziologie, in: http://deposit.ddp/cgi-bin/dokservidn=971538697&dok_var=d1&dok_ext=pdf&filename=971538697pdf, 16.03.2007.

Müntefering, Franz 2004: EU-Beitritt der Türkei große als Chance, in: <http://archiv.spd.de/servlet/PB/menu/1011220/1042866.html>, 15.08.2008.

Neu, Viola 2005: Analyse der Bundestagswahl vom 18. September 2005, Onlinepublikation, herausgegeben von der Konrad-Adenauer-Stiftung, in: <http://www.kas.de>, 11.09.2008.

Nullmeier, Frank 2003: Der Sozialstaat in der Diskussion. Spannungs- und Konfliktlinien im Sozialstaat, in: Der Bürger im Staat Heft 4/2003, Hrsg.: LpB, in: http://www.buergerimstaat.de/4_03/konflikt.htm, 18.08.2007.

- Oberreuter, Heinrich (Hg.), 1998: Ungewissheiten der Macht. Parteien, Wähler, Wahlentscheidung, München: Olzog Verlag.
- Ottenschläger, Madlen 2004: „Da spürt man irgendwie Heimat“. Eine qualitative Studie zur Mediennutzung von Türken und Deutsch-Türken der zweiten Generation in Deutschland, Münster: LIT Verlag.
- Pappi, Franz Urban 1977: Sozialstruktur, gesellschaftliche Wertorientierungen und Wahlabsicht, in: Politische Vierteljahresschrift (PVS) 18.Jg., S. 195-229.
- Pappi, Franz Urban 1985: Die konfessionell-religiöse Konfliktlinie in der deutschen Wählerschaft: Entstehung, Stabilität und Wandel, in: Oberndörfer, Dieter u.a. (Hrsg.): Wirtschaftlicher Wandel, religiöser Wandel und Wertewandel. Folgen für das politische Verhalten in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin: Duncker und Humblot, S. 263-290.
- Pappi, Franz Urban 1986: Das Wahlverhalten sozialer Gruppen bei Bundestagswahlen im Zeitvergleich, in: Klingemann, Hans Dieter/Max Kaase (Hrsg.): Wahlen und politischer Prozess. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1983, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 369-384.
- Pappi, Franz Urban 1996: Zur Anwendung von Theorien rationalen Handelns in der Politikwissenschaft, in: Beyme, K./Offe, C. (Hrsg.): Politische Theorien in der Ära der Transformation, Opladen: VS Verlag, S. 236-252-
- Pappi, Franz Urban/Shikano, Susumu 2004: Ideologische Signale in den Wahlprogrammen der deutschen Bundestagsparteien 1980 bis 2002, Arbeitspapiere Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung; Nr. 76, ISSN 1437-8574, in: <http://www.mzes.uni-mannheim.de>, 10.06.2008.
- Peters, Hans Rudolf 2000: Wirtschaftspolitik, 3. Aufl., München: Oldenburg Verlag.
- Pötzsch, Horst 2005: Die deutsche Demokratie. 4. aktualisierte Aufl., Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Regierungsprogramm von CDU-CSU 2005-2009: Deutschlands Chancen Nutzen. Wachstum. Arbeit. Sicherheit, in: <http://www.documentarchiv.de/brd>, 02.04. 2008.
- Reißland, Carolin 2007: Politische Partizipation von Migrantinnen und Migranten, in: http://www.bpb.de/themen/H9O99X,0,0,Politische_Partizipation_von_Migrantinnen_und_Migranten.html, 22.07.2007.
- Röseler, Oliver 2003: Wahlkampforganisation der CDU/CSU: Union wie noch nie, in: Althaus, Marco/Cecere, Vito (Hrsg.): Kampagne! Neue Strategien für Wahlkampf, PR und Lobbying, Münster/Hamburg/London: LIT Verlag, S. 199-212.
- Roth, Dieter/Wüst, Andreas M. 1998: Parteien und Wähler. Erklärungsmodelle des Wahlverhaltens, in: Oberreuter, Heinrich (Hg.): Ungewissheiten der Macht. Parteien, Wähler, Wahlentscheidung, München: Olzog Verlag, S. 102-133.
- Roth, Dieter 1998: Empirische Wahlforschung. Ursprung, Theorien, Instrumente und Methoden, Opladen: Leske+Budrich.
- Rudzio, Wolfgang 2000: Das politische System der Bundesrepublik Deutschland, Opladen, Stuttgart: Leske+Budrich.
- Sander, Wolfgang 2007: Wahlprognosen: wichtige Faktoren und Gesichtspunkte, in: http://www.bpb.de/methodik/CYI382,0,0,M_09_21_, 19.10.2008.
- Sauer, Martina/Şen, Faruk 2006: Junge Türkinnen und Türken – Reethnisierung? Erscheint in: Keim, Wolfgang/Gatzemann, Thomas/Uhlig, Christa (Hrsg.): Jahrbuch für Päd-

agogik 2005. Religion – kulturelle Identität – Bildung, Berlin, S.117-133.

Sauer, Martina/Goldberg, Andreas 2006: Türkeistämmige Migranten in Nordrhein-Westfalen. Ergebnisse der siebten Mehrthemenbefragung. Eine Analyse im Auftrag des Ministeriums für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen, in: [http://www.zft-online.de /userFiles/NRW-Bericht](http://www.zft-online.de/userFiles/NRW-Bericht), 09.10.2007.

Sauer, Martina 2007: Perspektiven des Zusammenlebens: Die Integration türkischstämmiger Migrantinnen und Migranten in Nordrhein-Westfalen. Ergebnisse der achten Mehrthemenbefragung, in: [http://www.zftonline.de /userFiles/NRW-Bericht %202006 pdf](http://www.zftonline.de/userFiles/NRW-Bericht%202006.pdf), 14.06.2008.

Savoldelli, Maria 2006: Politische Einstellungen: Eingebürgerte Personen und gebürtige Schweizer und Schweizerinnen im Vergleich, in: http://www.Swisspanel.ch/file/pub/files/2006_SAVO_01172.PDF, und http://aresoas.unil.ch/publications/2006_SAVO_01172.PDF, 22.04. 2007.

Schemel, Britta 2004: Das Internet im Bundestagswahlkampf 2002. Anlass und Instrument der Parteienmodernisierung, in: Siedschlag, Alexander/Bilgeri, Alexander (Hrsg.): Kursbuch Internet und Politik, Band1/2003, Politische Kommunikation im Netz, Opladen: Leske+Budrich, S. 23-38.

Schmidt, Manfred G. 2004: Wörterbuch zur Politik, Stuttgart: A. Kröner Verlag.

Schmitt-Beck, Rüdiger/Weick, Stefan 2001: Die dauerhafte Parteiidentifikation- nur noch ein Mythos? In: Informationsdienst Soziale Indikatoren, jg. 2001, Heft 26, S. 1-5.

Schmitt-Beck, Rüdiger 2003: Wirkungen politischer Kommunikation: Massenmediale und internationale Einflüsse auf die Wahlentscheidung, in: Esser, Frank/Pfetsch, Barbara (Hrsg.): Politische Kommunikation im internationalen Vergleich. Grundlagen, Anwendungen, Perspektiven, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 337-368.

Schnebel, Karin B. 2003: Selbstbestimmung in multikulturellen Gesellschaften. Dargestellt an den Beispielen Frankreich, Deutschland und Spanien, Opladen: Westdeutscher Verlag.

Schröter, Yvonne/Äger, J./Reinhold, S. 2005: Mehrstaatigkeit in der Bundesrepublik Deutschland- Eine Einführung, in: Yvonne M. Schröter/Christoph Mengelkamp/Reinhold S. Jäger (Hrsg.): Doppelte Staatsbürgerschaft - eine gesellschaftlicher Diskurs über Mehrstaatigkeit, Landau: Verlag empirische Pädagogik, S. 5-41.

Schubert, Klaus/Klein, Martina 2001: Das Politiklexikon, 2., aktualisierte Auflage, Bonn: Dietz Verlag.

Schultze, Reiner-Olaf 1991: Wählerverhalten und Parteiensystem. Erklärungsansätze und Entwicklungsperspektiven, in: Wehling, Hans-Georg (Red.): Wahlverhalten, Stuttgart, Berlin, Köln: Kohlhammer, S. 11-44.

Seitz, Verena 2005: Deutschland: Hinter dem Thema EU-Beitritt der Türkei steckt womöglich eine ganz andere Frage, in: <http://www.arte.tv/de/geschichte-gesellschaft/im-spiegel-der-zeitschriften/Im-Spiegel-der-ZeitschriftenNr8/1858172.html>, 11.10.2008.

Seifert, Wolfgang 2007: Integration und Arbeit, in: <http://www.bundestag.de/dasparlament/2007/22-23/beilage/003.html>, 19.10.2008.

Şen, Faruk 1992: 1961 – 1991, Ein kritischer Rückblick auf die dreißigjährige Migrationsgeschichte der Türken in der Bundesrepublik Deutschland, Essen: ZAR.

Şen, Faruk 1993: 1961 bis 1993: Eine kurze Geschichte der Türken in Deutschland, in: Leggewie, Claus/Şenocak, Zafer (Hg.): Deutsche Türken. Das Ende der Geduld, Reinbek,

Hamburg: Rowohlt, S. 17-37.

Şen, Faruk/Goldberg, Andreas 1994: Türken in Deutschland. Leben zwischen zwei Kulturen, München: Verlag C.H. Beck.

Şen, Faruk/Goldberg, Andreas (Hg.), 1999: Deutsche Türken – türkische Deutsche? Die Diskussion um die doppelte Staatsbürgerschaft, Münster: LIT Verlag.

Şen, Faruk 2002: Türkische Minderheit in Deutschland, in: http://www.bpb.de/publikationen/7LG87X,3,0,%Türkische_Minderheit_in_Deutschlad.html, 21.12.2004.

Şen, Faruk/Aydın, Hayrettin 2002: Islam in Deutschland, München: Verlag C.H.Beck.

Şen, Faruk 2005: Mehrstaatigkeit: Statement des Zentrum für Türkeistudien, in: Yvonne M. Schröter/Christoph Mengelkamp/Reinhold S. Jäger (Hrsg.): Doppelte Staatsbürgerschaft – ein gesellschaftlicher Diskurs über Mehrstaatigkeit, Landau: Verlag empirische Pädagogik, S. 232-237.

Shankland, David/Çetin, Atila 2008: Aleviten in Deutschland, in: Sökefeld, Martin (Hg.): Aleviten in Deutschland. Identitätsprozesse einer Religionsgemeinschaft in der Diaspora, Bielefeld: Transcript Verlag, S. 219-241.

Shikano, Susumu 2002: Die soziale Konstruktion politischer Wirklichkeit. Zur kollektiven Deutung der Bundestagswahl 1998 durch Medien und Bürger, Frankfurt/New York: Campus Verlag.

Siebter Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2007: Über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland, in: <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Publikation/IB/Anlagen/auslaenderbericht7,property=publicationFile.pdf>, 19.12.2007.

Sook Kang, Chong 2006: Neue Allianzen für Integration. Politische Partizipation von MigrantInnen in Deutschland, in: http://migrationboell.de/downloads/Integration/Allianzen_Beitrag_Kang.pdf, 02.08.2007.

Sökefeld, Martin 2008: Einleitung: Aleviten in Deutschland – von Takiye zur alevitischen Bewegung, in: Sökefeld, Martin (Hg.): Aleviten in Deutschland. Identitätsprozesse einer Religionsgemeinschaft in der Diaspora, Bielefeld: Transcript Verlag, S. 7-37.

Spehth, Frank/Tröndle, Dirk 2005: Reaktionen und Kommentare zur Wahl des 16. deutschen Bundestags in der Türkei, in: www.kas.de/wf/de/33.7210/, 09.01.2009.

Stadler, Max 2005: Perspektiven zur mehrfachen Staatsbürgerschaft aus Sicht der FDP, in: Yvonne M. Schröter/Christoph Mengelkamp/Reinhold S. Jäger (Hrsg.): Doppelte Staatsbürgerschaft – ein gesellschaftlicher Diskurs über Mehrstaatigkeit, Landau: Verlag empirische Pädagogik, S. 198-201.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) 2004: Datenreport 2004. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland, zweite, aktualisierte Auflage, Berlin, Mannheim.

Statistisches Bundesamt 2005: Migration in Deutschland. Bevölkerung mit Migrationshintergrund, Fachserie 1, Reihe 2.2 Mikrozensus, S. 326- 328.

Statistisches Bundesamt 2006: Strukturdaten zur Migration in Deutschland 2004, Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.

Statistisches Bundesamt 2007: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Ausländische Bevölkerung. Ergebnisse des Ausländerzentralregisters 2006, Wiesbaden.

Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein 2007: Bevölkerung, Strukturen und

Trends. Hamburg 1950 bis 2003, in: <http://www.statistik.nord.de>, 08.06.2006.

Stern, Eva/Graner, Jürgen 2002: It's the Candidate, Stupid? Personalisierung der bundesdeutschen Wahlkämpfe, in: Berg, Thomas (Hrsg.): *Moderner Wahlkampf. Blick hinter die Kulissen*, Opladen: VS Verlag, S. 145-167.

Storz, Henning/Wilmes, Bernhard 2007: Die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts und das neue Einbürgerungsrecht, in: <http://www.bpb.de>, 03.07.2007.

Struening, Felix 2006: Deutsche Parteien und islamische Wählerklientel. Eine Studie zum Wahlverhalten in Deutschland lebender Muslime und über die Möglichkeiten einer islamischen Partei-Gründung, in: <http://europenews.dk/de/node/15453>, 12.08.2008.

Tascı, Hülya 2006: Identität und Ethnizität in der Bundesrepublik Deutschland am Beispiel der zweiten Generation der Aleviten aus der Republik Türkei, Berlin: LIT Verlag.

Tascı, Hülya 2008: Die zweite Generation der Alevitinnen und Aleviten zwischen religiösen Auflösungstendenzen und sprachlichen Differenzierungsprozessen, in: Sökefeld, Martin (Hg.): *Aleviten in Deutschland*, Bielefeld: Transcript Verlag, S. 133-155.

Tillie, Jean 1998: Explaining Migrant Voting Behaviour in the Netherlands. Combining the Electoral Research and Ethnic Studies Perspective, in: REMI 14 (2), S. 71-95.

Thränhardt, Dietrich/Hunger, Uwe (Hrsg.) 2000: *Einwanderer- Netzwerke und ihre Integrationsqualität in Deutschland und Israel*, Berlin, Hamburg, Münster: LIT Verlag.

Thränhardt, Dietrich 2002: Einwanderungs- und Integrationspolitik in Deutschland und den Niederlanden, *Leviathan. Zeitschrift für Sozialwissenschaft*, 30. Jg., S. 220-249.

Uehlinger, Hans-Martin 1988: *Politische Partizipation in der Bundesrepublik. Strukturen und Erklärungsmodelle*, Opladen: Westdeutscher Verlag.

Ulusoy, Yunus 2002: Herausforderungen einer offensive Integrationspolitik: Soziale Anerkennung der Einwanderung und der Eingewanderten. Beitrag für Zentrum für Türkeistudien auf der Tagung Politische und Soziale Partizipation von MigrantInnen am 18.11. 2002 in Düsseldorf, in: <http://www.zft-online.de>, 18.07.2007.

Veen, Hans-Joachim/Gluchowski, Peter 1988: Sozialstrukturelle Nivellierung bei politischer Polarisierung – Wandlungen und Konstanten in den Wählerstrukturen der Parteien 1953-1987, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 19, S. 225-248.

Vertrauen in Deutschland: Das Wahlmanifest der SPD 4. Juli 2005, in: http://www.documentarchiv.de/brd/2002/wahlprogramm_spd_2002., 02.04. 2008.

Vogel, Dita /Wüst, Andreas M. 2003: Paradigmenwechsel ohne Instrumentenwechsel? Kontinuität und Wandel im Politikfeld Migration, in: Gohr, Antonia /Seeleib-Kaiser, Martin (Hrsg.): *Sozial- und Wirtschaftspolitik unter Rot-Grün*, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 265-286.

Volkens, Andrea 1996: Parteiprogramme und Polarisierung, in: Niedermayer, Oskar, (Hrsg.), *Intermediäre Strukturen in Ostdeutschland*, Opladen: Leske+Budrich, S. 215-216.

Volkens, Andrea 2000: Programmatistische Strategien der Parteien im Bundestagswahlkampf 1998, in: Brie, Michael/Woderich, Rudolf (Hrsg.): *Die PDS im Parteiensystem*, Berlin: Dietz Verlag, S. 94-109.

Vorländer, Hans 2003: Aufstieg und Niedergang einer Spaßpartei: Die FDP nach der Bundestagswahl 2002, in: Niedermayer, Oskar (Hrsg.): *Die Parteien nach der Bundestagswahl 2002*, Opladen: Leske+Budrich, S. 109-123.

- Wahlprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) 2002: Erneuerung und Zusammenhalt – Wir in Deutschland, in: [http://www. documentarchiv. de/brd/wahlprogramm_spd_2002.html](http://www.documentarchiv.de/brd/wahlprogramm_spd_2002.html), 02.04. 2008.
- Wahlprogramm der PDS zur Bundestagswahl 2002: Es geht auch anders: Nur Gerechtigkeit sichert Zukunft, in: http://www.jungecdab-berlin.de/?/Themen_Bundestagswahl2005.html, 02.04.2008.
- Wahlprogramm der Linke. PDS zur Bundestagswahl 2005: Für eine neue soziale Idee, in: [http://www.jungecdaberlin.de/?/Themen_Bundestagswahl2005. html](http://www.jungecdaberlin.de/?/Themen_Bundestagswahl2005.html), 02.04. 2008.
- Waldrauch, Harald 2003: Wahlrechte ausländischer Staatsangehöriger in europäischen und klassischen Einwanderungsstaaten: Ein Überblick, in: Wiener Hefte, Heft 1-2003, 1. Jahrgang, S. 75-95.
- Wahlprogramm von Bündnis 90/Die Grünen 2002: Vierjahresprogramm 2002–2006, in: <http://www.documentarchiv.de/brd>, 02.04.2008.
- Wahlprogramm von Bündnis 90/Die Grünen 2005: Solidarische Modernisierung und ökologische Verantwortung, in: <http://www.documentarchiv.de/brd>, 02. 04.2008.
- Wehling, Hans-Georg (Red.) 1991: Wahlverhalten. Mit Beitrag von Reiner-Olaf Schultze, Stuttgart, Berlin, Köln: Kohlhammer.
- Weidacher, Alois 1999: Soziokulturelle und politische Orientierungen. Aspekte der Integrationsbereitschaft griechischer, italienischer und türkischer jünger Erwachsener in Deutschland, in: Ausländerintegration in Deutschland. Vorträge auf der 2. Tagung des Arbeitskreises „Migration – Integration – Minderheiten“ der deutschen Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft, Berlin, S. 75-95, in: www.bib-demographie.de/publikat/materiellen/Heft101.pdf, 22.06. 2005.
- Westle, Bettina 1987: Wahlen, in: Görlitz, Axel/Prätorius, Reiner (Hg.): Handbuch der Politikwissenschaft. Grundlagen, Forschungsstand, Perspektiven, Hamburg: Leske+Budrich, S. 624-630.
- Wilamowitz-Moellendorff, Ulrich 2001: Türken in Deutschland I-Einstellungen zu Staat und Gesellschaft. Arbeitspapier Nr.53/2001, Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin.
- Wilamowitz-Moellendorff, Ulrich 2002: Türken in Deutschland II-Individuelle Perspektiven und Problemlagen. Arbeitspapier Nr.60, Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin.
- Wilamowitz-Moellendorff, Ulrich 2005: Die Rolle der türkischen Minderheit in Deutschland, in: Schriften zur Europäischen Integration. Europa und die Türkei: Privilegierte Partnerschaft statt EU-Mitgliedschaft, in: [http://www. cdusu.eu/images/stories/docs/tuerkei_260805.pdf](http://www.cdusu.eu/images/stories/docs/tuerkei_260805.pdf), 09.10. 2006.
- Winter, Carolin 1997: Sozialstruktur, Werte, Ideologien und Wahlverhalten, in: Gabriel, Oskar W./Brettschneider, Frank/Vetter, Angelika (Hrsg.): Politische Kultur und Wahlverhalten in einer Großstadt, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 119-147.
- Wiswede, Günter 1991: Soziologie. Ein Lehrbuch für den wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Bereich, Hidelberg: Wiener Verlag.
- Wolf, Richard/Reiter, Stefanie 2006: Maßnahmen zur politischen Bildung für Migranten und Migrantinnen. Expertise für die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), in: <http://www.bpb.de/files/2AELAY.pdf>, 08.07.2007.
- Woyke, Wichard 1990: Wahlen, in: Gerlach, Irene/Rüdiger, Robert (Hrsg.): Politikwissenschaft II. Innenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, Münster, Hamburg: LIT Verlag, S.

101-102.

Wunderlich, Tanja 2005: Die neuen Deutschen. Subjektive Dimensionen des Einbürgerungsprozesses, Stuttgart: Lucius&Lucius.

Wüst, Andreas M. 2000: Eingebürgerte Personen in Deutschland: soziodemographische Merkmale und politische Einstellungen. Vortrag auf der 24. Jahrestagung der GSA in Houston, Texas, am 10.06.2000, in: <http://www.andreas.uni-hd.de/houston.pdf>, 20.10.2008.

Wüst, Andreas M. 2002: Wie wählen Neubürger? Politische Einstellungen und Wahlverhalten eingebürgerter Personen in Deutschland, Wiesbaden: Leske+Budrich.

Wüst, Andreas M. 2003a: Eingebürgerte als Wähler. Erkenntnisse aus der Bundesrepublik Deutschland, in: Wiener Hefte, Heft 1-2003, 1. Jahrgang, S. 113-126.

Wüst, Andreas M. 2003b: Das Wahlverhalten eingebürgerter Personen in Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 52/2003, S. 29-38.

Wüst, Andreas M. 2005: Einstellungen von Parlamentskandidaten gegenüber Einwandererminoritäten in Deutschland und den Niederlanden, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 36, Heft 1, S. 142-152.

Wüst, Andreas M. 2006: Wahlverhalten und politische Repräsentation von Migranten, in: Der Bürger im Staat, 56. Jahrgang, Heft 4, Hrsg.: LpB, Baden-Württemberg, S. 228-235.

Wüst, Andreas M./Dominic, Heinz 2008: Die politische Repräsentation von Migranten in Deutschland, in: http://www.mzes.uni-mannheim.de/publication_s/sam___all_d.php?Recno=920_, 18.10.2008.

Zaptcioglu, Dilek 2005: Frau Merkel: Wie die neue Bundeskanzlerin den Türken gefallen könnte, in: Zeitschrift für Kulturaustausch, 55. Jg. Heft 3-4/2005, S. 26-32, in: <http://www.i-fa.de>, 08.03.2006, 16:15.

Zintl, Reinhard 1989: Der Homo oeconomicus; Ausnahmeerscheinung in jeder Situation oder jedermann in Ausnahmesituationen? In: Analyse&Kritik, 11, S. 52-69.

Zintl, Reinhard 1994: Die Kriterien der Wahlentscheidung in Rational-Choice-Modellen, in: Rattinger, Hans/Gabriel, Oscar W./Jagodzinski, Wolfgang (Hrsg.): Wahlen und politische Einstellungen im vereinigten Deutschland, Frankfurt/M.: Peter Lang, S. 501-523.

Zwick, Martin 2005: Der Beratungsbedarf türkischer Erwerbspersonen in Deutschland 2004. Ergebnisbericht einer Untersuchung im Auftrag der Zentralstelle für Arbeitsvermittlung (ZAV), isoplan CONSULT, sozioökonomische Forschung und Beratung, Saarbrücken, Berlin: Zwick und Schmidt-GbR.

Zwick, Martin 2006: Im Detail: Die NRW-Sonderauswertung aus dem Mikrozensus 2005, in: <http://www.isoplan.de/aid/2006-4/statistik.htm>, 17.10.2008.

Internetadressen

Ari Magazin: <http://www.ari-magazin.com>

Ausländerbeauftragte von Hamburg: <http://fhh1.hamburg.de>

Bundesregierung: <http://www.bundesregierung.de>

Bundestag: <http://www.bundestag.de>

Bundeszentrale für politische Bildung: <http://www.bpb.de>

Cem Özdemir: <http://www.oezdemir.de>

Der Bürger im Staat: <http://www.buergerimstaat.de>
 Der Spiegel: <http://www.spiegel.de>
 Deutsch-Türkisches Forum (DTF) der SPD in: <http://dtf-hamburg.de>
 Deutsch-Türkisches Forum (DTF) der CDU: <http://www.dtf.de>
 DITIB (Türkisch Islamische Union der Anstalt für Religion): <http://www.diyenet.org>
 Die FDP: <http://54.parteitag.fdp.de>
 Die Linkspartei/PDS: <http://archiv2007.sozialisten.de>, <http://www.linkspartei.pds>,
<http://www.linkspartei.pds-europa.de>
 Die SPD: <http://archiv.spd.de>
 Die süddeutsche Zeitung: <http://www.sueddeutsche.de>
 Die Welt: <http://www.welt.de>
 Die Zeit: <http://www.zeit.de/>
 Europress: <http://www.europress.de>
 Frakfurter allgemeine Zeitung: <http://www.faz.net>
 Hürriyet: <http://hurriyet.com.tr>
 INFRATEST-DIMAP: <http://www.infratest-dimap.de>
 IMGM (Die Islamische Gemeinschaft Milli Görüs): <http://www.igmg.de>
 Integration in Deutschland: <http://www.isoplan.de>
 Konrad-Adenauer-Stiftung: <http://www.kas.de>
 Liberale Türkisch-Deutsche Vereinigung e.V. (LTD): <http://ltd-ev.de>
 NDR: <http://www1.ndr.de>
 Özcan Mutlu: <http://www.mutlu.de>
 Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein: <http://www.statistik.nord.de>
 Statistisches Bundesamt: <http://www.destatis.de>, <http://www.bundeswahlleiter.de>
 Tagesanzeiger Ausland: <http://sc.tagesanzeiger.ch>
 Tages Zeitung: <http://www.taz.de>
 TGD (Türkische Gemeinde in Deutschland): <http://www.tgd.de>
 ZMD (Der Zentralrat der Muslime in Deutschland): <http://zentralrat.de>
<http://www.jurblog.de>
<http://www.euractiv.com>
<http://www.ju-sachsen.de/>
<http://www.proasyl.info>

Lebenslauf

Persönliche Daten

Name: Acar
Vorname: Mustafa
Geburtsdatum: 27.06.1969
Geburtsort: Eregli-Konya/Türkei
Nationalität: türkisch
Familienstand: verheiratet/keine Kinder
Anschrift: Berner Allee 49a
22159 Hamburg
Tel: 040/ 66 97 98 52
E-Mail: a.m.acar@web.de

Schulbildung

2000 – 2001: Erlernung der deutschen Sprache an Goethe Institut und Universität-Hamburg

1987 – 1991: Diplomabschluss im Bereich der Öffentlichen Verwaltung, Universität Uludag, Bursa/Türkei

1983 – 1986: Gymnasium in Eregli-Konya

1980 – 1983: Mittelschule in Eregli-Konya

1975 – 1980: Grundschule in Eregli-Konya

Hamburg, den 15.09.2010

Mustafa Acar

Erklärung

Hiermit erkläre ich, dass ich die vorliegende Arbeit selbständig und ohne fremde Hilfe verfasst und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel verwendet habe.

Hamburg, den 15.09.2010

Mustafa Acar